

Jan Raja Tampubolon

**PLANUNG UND MARKTWIRTSCHAFT ALS PRINZIPIEN
DER ENTWICKLUNGSPOLITIK**

1972

PLANUNG UND MARKTWIRTSCHAFT ALS PRINZIPIEN
DER ENTWICKLUNGSPOLITIK

Inaugural - Dissertation
zur Erlangung des akademischen Grades
eines Doktors der Wirtschaftswissenschaft
durch den Fachbereich
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
der Westfälischen Wilhelms-Universität
zu Münster

vorgelegt von
Dipl.-Kfm. Jan Raja Tampubolon
aus Porsea/Indonesien

1972

Erster Berichterstatter : Prof. Dr. H.K. Schneider
Zweiter Berichterstatter : Prof. Dr. H.St. Seidenfus
Dekan : Prof. Dr. J. Schumann
Tag der mündlichen Prüfung: 3. Febr. 1972



INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
A Einführung	11
1. Die Ausklammerung grundsätzlicher Probleme als Motivation für die Behandlung der Planung und Marktwirtschaft als Ordnungs- und Gestaltungsprinzipien der Entwicklungspolitik	11
2. Die Bedeutung der Kapitalakkumulation für den wirtschaftlichen Wachstumsprozeß	13
3. Die Lösung des Akkumulations- und Lenkungsproblems als Ansätze zur Prüfung der Eignung der Planung und Marktwirtschaft als Prinzipien der Entwicklungspolitik	16
B Grundprobleme der Kapitalakkumulation in planwirtschaftlichen und marktwirtschaftlichen Systemen	17
I. Die realtypischen Formen als Ansätze für die Begriffserklärung von Planung und Marktwirtschaft	17
1. Elemente des Prinzips Marktwirtschaft	18
11. Die Existenz individueller Pläne und die Dezentralisation der Einzelentscheidungen	18
12. Die ex-post Koordinierung individueller Pläne	19
13. Die Leistungsfunktion des Wettbewerbs in der Marktwirtschaft	20
14. Die Einführung von "informativer Planung" und der Primat der dezentralen, autonomen Entscheidung in der marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftspolitik	21
15. Die Systembezogenheit der wirtschaftspolitischen Instrumente	23
2. Elemente des Prinzips Planung	24
21. Die Existenz einer die Gesamtwirtschaft umfassenden Zentralplanung und die Zentralisation der Entscheidung	24
22. Die ex-ante Koordinierung	26
23. Die Leistungsfunktion der Zentralplanung	27

	Seite
24. Die Einführung von einem oder mehreren marktwirtschaftlichen Elementen in die Zentralplanung	27
25. Die Systembezogenheit der Planungsinstrumente	29
II. Die Kapitalbedarfsermittlung und die Höhe der zusätzlichen Kapitalakkumulation	31
1. Die Möglichkeit der Kapitalakkumulation durch erhöhte inländische Kapitalbildung	31
2. Die Kapitalbedarfsermittlung mit Hilfe des sogenannten "capital-requirements-Approach"	32
III. Möglichkeiten der Kapitalerhöhung durch Konsumverzicht	38
1. Problemzusammenhänge volkswirtschaftlicher Größen	38
2. Determinanten des Konsums	39
21. Die Wirtschaftsstruktur der Entwicklungsländer und ihre Wirkung auf das Einkommen	41
22. Die soziologische Struktur und ihre Wirkung auf das Einkommen	42
23. Die Urbanisierung und ihre Wirkung auf die Einkommensstruktur	44
24. Die Einkommensstruktur und die Bedeutung der einzelnen Einkommensgruppen	45
3. Kriterien für die Beurteilung der Fähigkeit zur Kapitalbildung der einzelnen Einkommensgruppen	48
31. Das lebensnotwendige Minimum als Kriterium zur Messung des unverzichtbaren Konsums	49
32. Die sozial und konventionell bedingte Konsumgröße und ihre Problematik	50
33. Die Notwendigkeit der Maßnahmen zur Beeinflussung dispositiver Entscheidungen der Einkommensbezieher	55
C Kapitalmobilisierung und Investitionsförderung bei einer marktwirtschaftlich orientierten Entwicklungspolitik	57
I. Die Kapitalmobilisierung durch Konsumverzicht	57
1. Der Kapitalbildungsprozeß in der Marktwirtschaft	57

	Seite
11. Die Nachfrage- und Angebotskonstellation des Kapitals und ihre Bedeutung für den Kapitalbildungsprozeß	58
12. Relevante Investitionsdeterminanten und der Kapitalbildungsprozeß	60
121. Die Gestaltung der Kosten- bzw. Ausgabenseite der Investition	60
122. Die Einnahmeseite	60
123. Die Gewinnaussichten	61
124. Politisches Risiko	63
125. Die verschiedenen Sparformen als Auswahlalternativen	64
126. Der Demonstrationseffekt	65
2. Möglichkeiten der Förderung und Beeinflussung von Einzelentscheidungen zugunsten der Kapitalbildung	67
21. Die Besteuerung und ihre Bedeutung als Instrument zur Beeinflussung von Einzelentscheidungen zugunsten der Kapitalbildung	68
22. Die Abwälzbarkeit oder Nichtabwälzbarkeit der Steuerlasten als Kriterium für die Steuerklassifizierung	69
23. Die direkte Besteuerung und ihre Möglichkeit zur Lenkung des Einkommens in den Kapitalektor	71
231. Die Bedingung für die Einführung direkter Steuern	71
232. Wirkungen der Einkommens- und Vermögensbesteuerung auf das Verhalten der Einkommensbezieher	72
2321. Wirkungen der Einkommenssteuererhebung auf das Verhalten der Bevölkerungsmasse	73
2322. Wirkungen der Einkommens- bzw. Vermögensbesteuerung auf das Verhalten der Minorität	74
233. Die Wirkungen direkter Steuern auf die Kosten-Ertrags-Relation des Unternehmens	79
24. Die indirekten Steuern als Mittel der Konsumeinschränkung in der Marktwirtschaft	81
241. Indirekte Steuern als preistreibende Größe, der Preis- und Umlenkungseffekt	81

	Seite
242. Der Mechanismus der durch Preiserhöhung erzeugten Verhaltensanpassung	83
243. Der volkswirtschaftliche Diversionseffekt der indirekten Steuern auf den Konsum	85
244. Die Bedeutung der Investition und Horten als Alternative zum Konsum	86
25. Die Bedeutung der einzelnen Nachfragegruppen in den Entwicklungsländern	87
251. Die Nachfrage nach primären Konsumgütern	87
252. Die Nachfrage nach Luxus- bzw. Importgütern	88
3. Zusammenfassung	90
4. Die Rolle des marktwirtschaftlichen Mechanismus bei dem Diversionseffekt	91
41. Die Bedeutung dezentralisierter und autonomer Entscheidungen individueller Wirtschaftssubjekte	91
42. Die Folge der individuellen, autonomen Entscheidung auf den Konsum und die Ersparnis, und ihre Begründung	92
43. Die unzureichende Information der Einzelindividuen über die zukünftige Entwicklung und die Einführung einer Gesamtplanung in die Marktwirtschaft	94
II Investitionsförderung als flankierende Maßnahme zugunsten der Kapitalakkumulation	96
1. Die unzureichende Investitionstätigkeit und deren Ursache	96
11. Ungünstiges Investitionsklima als Ausgangspunkt	96
12. Faktoren, die die Investitionstätigkeit hemmen	97
121. Kurzer Überblick über die wichtigsten Hemmnungsfaktoren	97
122. Soziologische Hemmnungsfaktoren	98
123. Die Beschränktheit und die Parteilichkeit des Marktes	99
124. Kosten und Ertragsentwicklung	100
2. Die Kosten- und Einnahmeentwicklung in den Entwicklungsländern	101

	Seite
21. Die Kosten- und Ertragsentwicklung als Ansatz für die Entwicklungspolitik	101
22. Die kostenbeeinflussenden Faktoren	102
221. Die unterschiedliche Höhe und Struktur der Kosten und der Ausgaben in den Wirtschaftssektoren	102
222. Die unterschiedliche Produktionsmethode und die Höhe der Kapitalausgaben	103
2221. Der arbeits- und kapitalintensive Produktionsprozeß	103
2222. Mangelnde Infrastrukturvoraussetzungen und deren Folge auf die Kapitalausgaben	105
23. Faktoren, die den Umsatz beeinflussen	108
231. Die monetäre Nachfrage und ihre Struktur	109
232. Die Nachfrageelastizität als Bestimmungsfaktor des Umsatzes	110
233. Der Zugang neuer Unternehmen und die ausländische Konkurrenz	110
3. Maßnahmen zur Beeinflussung der Kosten bzw. Ausgaben von Investitionen	112
31. Alternativen für die Ansätze zur Einführung von wirtschafts- und entwicklungspolitischen Maßnahmen	112
32. Die Schaffung notwendiger Infrastrukturvoraussetzungen als Maßnahmen zur Beeinflussung der Kosten- und Ausgabenentwicklung der Investitionen	112
321. Die Schaffung von Infrastrukturvoraussetzungen	112
3211. Das Problem der Wachstumsoptimalität der Infrastruktur	113
3212. Die maximale Versorgung der Infrastruktur aus der Sicht der Kostenentwicklung	114
3213. Die Grenze der Infrastrukturversorgung durch den Staat	114

	Seite
322. Das Finanzierungsproblem der Infrastrukturinvestition	115
3221. Die finanzielle Grenze und die Art der Finanzbeschaffung	115
3222. Die Möglichkeit der Übernahme der Infrastrukturausgaben durch den Staat	115
3223. Die Gebührenerhebung und Besteuerung und ihre Wirkung auf die Kostenentwicklung der Unternehmen	118
33. Maßnahmen und Möglichkeiten zur Reduzierung der Kapitalkosten	121
331. Faktoren, die die Produktionskosten beeinflussen	121
332. Wirkungen der kostenbeeinflussenden Faktoren auf die Kapitalkosten	122
333. Maßnahmen zur Senkung der Kapitalkosten	125
3331. Voraussetzungen für zinspolitische Maßnahmen	125
3332. Die Bedeutung des Bankensystems und des Integrationsgrades des Gesamtmarktes	126
3333. Das Rentabilitätsgefälle bzw. die Rentabilitätsersparung der einzelnen Wirtschaftssektoren	127
3334. Die unzureichende Selbstfinanzierung der Investoren	128
334. Maßnahmen zur Beeinflussung von Kreditfazilitäten	129
3341. Inhalt der kreditpolitischen Maßnahmen	129
3342. Gewährung günstiger Kreditfazilitäten an Investoren	129
335. Möglichkeiten und die Effizienz kreditpolitischer Maßnahmen	135
3351. Die unterschiedliche Zielsetzung der Einzelinvestoren und der Entwicklungspolitik	135
3352. Kapitalüberlassung in Form von Krediten oder Darlehen	136
3353. Kapitalüberlassung durch Beteiligung	137
3354. Die zeitliche Abgrenzung der finanziellen Vergünstigungen als Voraussetzung für eine marktwirtschaftlich adäquate Maßnahme	140

	Seite
4. Maßnahmen zur Förderung des Erlöses	141
41. Inhalt der Maßnahmen	141
42. Die Bedeutung der Monopolstellung und deren Wirkung auf die Erträge	141
43. Die Monopolstellung als entwicklungs-politisches Instrumentarium	142
44. Die Bedingung für die Anwendung einer Monopolsituation als entwicklungs-po-litisches Instrumentarium	144
441. Der Bereich der Produktion von primä-ren Gütern	144
442. Der industrielle Bereich mit hohem Ka-pitalbedarf	145
45. Die Beurteilung der monopolregelnden Maßnahmen der marktwirtschaftlich ori-entierten Entwicklungspolitik	146
III Zwischenergebnis	148
D Möglichkeiten der Kapitalmobilisierung bei der Planung	149
I Die Konzeption der Planung	149
1. Die Festlegung von Investition und Kon-sum als Ausgangspunkt der Planungsstra-tegie	149
11. Die ex-ante Koordinierung der Produkti-onsseite	149
111. Die Investitionsplanung	150
112. Die Berücksichtigung der Importe im Produktionsplan	154
12. Die ex-ante Koordinierung der Nach-frageseite	155
13. Die ex-ante Koordinierung der Produk-tions- und Nachfrageseite	157
14. Der Umfang der vom Konsumsektor frei-zustellenden Ressourcen	160
2. Die Funktion der Instrumente in der Planung	163
21. Die Bedeutung der Instrumente	163
22. Die Systembezogenheit der Instrumente	164

	Seite
221. Objektbezogene Aufteilung der Instrumente	164
222. Das Problem der Preisfestsetzung bzw. Preisregulierung in der Planung	166
223. Das Problem der Mengenfestsetzung bzw. Mengenregulierung in der Planung	169
II Die Implementation der Planung	170
1. Aufgabenaufteilung zwischen dem Privat- und Staatssektor als Problem der Planimplementation	170
11. Die Bereichsaufteilung als Problem der Implementation	170
111. Die Beziehung zwischen der Planaufstellung und der Planimplementation	170
112. Die Bereichsaufteilung zwischen dem öffentlichen und dem Privatsektor und deren Begründung	171
12. Der Umfang des Bereichs des öffentlichen Sektors bei der Planimplementation	172
121. Gesichtspunkte bei der Beurteilung der Ausdehnung des öffentlichen Sektors	172
1211. Die Einschränkung der Ausdehnungspolitik auf die "Direct Productive Activities" und die Forderung nach der Effektivität in der Planimplementation	172
1212. Der Kosten-Ertrags-Vergleich als Kriterium für die Ausdehnung des Staates	174
122. Die optimale Ausdehnung des öffentlichen Sektors	176
1221. Die Maximierung der Ersparnisse als Ziel der Ausdehnung	176
1222. Die Ermittlung der optimalen Ausdehnung des öffentlichen Sektors	176
123. Die Grenze der Ausdehnung des öffentlichen Sektors in den Entwicklungsländern	179
1231. Die Begrenztheit der Umsatzausdehnung durch die Enge des Marktes	179
1232. Erhöhte Kosten im Materialverbrauch, Einsatz des Faktors Arbeit und Zinsen als Folgen des Systems	181
13. Die Position und die Rolle des Privatsektors in der Planimplementation	184

	Seite
131. Der wirtschaftliche Gesichtspunkt als Kriterium für die Einbeziehung des Privatsektors in die Planung	184
132. Die Berücksichtigung der Konsequenzen für die Planimplementation bei der Heranziehung des Privatsektors	185
133. Die Formen der Partizipation des Privatsektors in der Planimplementation	186
134. Die ungenügende Initiative des Privatsektors in Wachstumsbereichen als einengender Faktor dieses Sektors in der Planung	189
135. Argumente gegen die Einführung imperativer Planung in Entwicklungsländern als einengende Faktoren dieser Planung	190
2. Der Einsatz der Instrumentarien und deren Effektivität bei der Planimplementation	195
21. Die Regelung der Konsumgüterproduktion und des Konsumgüterangebots	195
211. Überblick über die Art der Instrumente	195
212. Der Einsatz der Instrumentarien zur Regelung der primären Konsumgüterproduktion	197
2121. Die Steigerung der primären Konsumgüterproduktion als Ziel	198
2122. Institutionelle Reform, produktionstechnische Verbesserung und Anreizsystem als Instrumentarien zur Steigerung der primären Konsumgüterproduktion	200
213. Die Regelung der inländischen industriellen Konsumgüterproduktion und des Imports	204
2131. Vorbemerkung	204
2132. Die Beschränkung des Konsumgüterangebots durch die Auflage der Einholung staatlicher Genehmigung	204
2133. Die Beschränkung des Konsumgüterangebots durch direkte Einschaltung staatlicher Produktions- und Handelsbetriebe	206
214. Die Funktionsfähigkeit der Administration als Voraussetzung für die Anwendung direkter Maßnahmen; die Lage in den Entwicklungsländern	208

	Seite
215. Die Regelung der effektiven Nachfrage als begleitende Maßnahme für eine effektive Regelung des Konsumsektors	209
22. Die Regelung der effektiven Nachfrage durch Planung	209
221. Die Problematik der Einkommensdistribution	210
2211. Die Plankonformität der Einkommensdistribution	210
2212. Die Problematik der plangerechten Bestimmung des Arbeitnehmereinkommens in den Entwicklungsländern	212
222. Voraussetzungen für die Anwendung der direkten Methode zur Regelung der effektiven Nachfrage	215
2221. Das Gleichgewichtsproblem der einzelnen Bereiche	215
2222. Grundlegende Änderung des Gesellschaftssystems	217
III Zwischenergebnis	219
E Zusammenfassung	220
 Abkürzungen	 222
Literaturverzeichnis	223

A Einführung

1. Die Ausklammerung grundsätzlicher Probleme als Motivation für die Behandlung der Planung und Marktwirtschaft als Ordnungs- und Gestaltungsprinzipien der Entwicklungspolitik

Die Diskussion über die Gestaltungs- und Ordnungsprobleme beschränkt sich nicht auf die Wirtschaftspolitik der entwickelten Länder. Sie verstärkt sich in der letzten Zeit zunehmend bei der Behandlung der entwicklungspolitischen Probleme.¹ Dabei muß im Rahmen dieser Probleme die Frage gestellt werden, inwieweit Planung und Marktwirtschaft als Ordnungs- und Gestaltungsprinzipien der Entwicklungspolitik für die Initiierung des Entwicklungs- und Wachstumsprozesses geeignet sind.

Trotz ihrer grundsätzlichen Bedeutung ist man jedoch zu Anfang nicht zu einer solchen Fragestellung gelangt, weil man sich mit Hinblick auf die Dringlichkeit der Lösung zahlreicher Entwicklungsprobleme mit den Ordnungsproblemen und mit deren sachdienlicher Formulierung nicht lange aufhalten will.² Man glaubt deshalb die Wahl eines für die Konzipierung der Entwicklungspolitik entscheidenden Ord-

1 Zu diesen Problemen sei z.B. auf folgende, neuerdings erschienene Literatur hingewiesen: J.P.Wülbern, Zur Frage einer funktionsfähigen Wettbewerbsordnung in Entwicklungsländern, Bochumer Schriften zur Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik, Bd. 7, Düsseldorf 1970; R.Blum, "Eine dynamische Theorie der Wirtschaftsordnung als Lösung ordnungspolitischer Probleme der Entwicklungsländer", in: B.Pfister (Hrg.), Investitions- und Industrialisierungsprobleme in Entwicklungsländern, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF Bd. 60, Berlin 1971, S. 1 - 29; außerdem: R.Clapham, "Marktwirtschaftliche Theorie und Entwicklungsländer", in: "Wirtschaftspolitische Chronik", H. 2/3 (1969), S. 55 - 78; H.Myint, "Economic Theory and Underdeveloped Countries", in: "The Journal of Political Economics", Bd. 73 (1965), H. 5, S. 477 - 491; G.Fischer, Marktwirtschaftliche Entwicklungspolitik, Bedingungen und Erfahrungen, Diss. Erlangen - Nürnberg 1968

2 Vgl. J.P.Wülbern, Zur Frage einer funktionsfähigen Wettbewerbsordnung, Vorwort der Herausgeber, a.a.O., S. 9

nungsprinzips politisch¹ motivieren zu können.

Diese unsachgemäße Haltung hat zur Folge, daß die Eigenschaftsprüfung der zur Wahl stehenden Ordnungs- und Gestaltungsprinzipien von vorneherein nicht in Erwägung gezogen wurde.²

Die Ausklammerung der entscheidenden Grundprobleme für eine realistische Entwicklungspolitik und die sich daraus ergebende falsche Motivation geben den Anlaß, die Ordnungs- und Gestaltungsprobleme erneut aufzugreifen.

Diese Probleme sind von der Frage aus zu beurteilen, inwieweit Planung und Marktwirtschaft zur Lösung des Kern-

1 Neben politischen Motiven werden folgende Gründe gerne genommen:

Für die Planung:

1. Die Verwechslung der Marktwirtschaft mit dem Kolonialismus
2. Die Auffassung, daß Markt-, Preis- und Wettbewerbsmechanismus wegen struktureller und institutioneller Mängel in den Entwicklungsländern nicht funktionieren kann
3. Gutachten von namhaften Wirtschaftswissenschaftlern, die für die Einführung von Planung in den Entwicklungsländern plädieren.

Vgl. B. Clairmont, Economic Liberalism and Underdevelopment, Studies in the Disintegration of an Idea, Bombay, 1960; G. Myrdal, Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen, Stuttgart, 1959; UN, Department of Economic and Social Affairs, Report of the Secretary-General transmitting the Study of a Group of Experts, New York, 1963

Für die Marktwirtschaft:

Für die Argumente zugunsten der Marktwirtschaft spricht die bewährte Erfahrung in den marktwirtschaftlich orientierten entwickelten Volkswirtschaften. Die Auffassung wird vertreten, daß Entwicklungsprobleme nicht neu seien. Deshalb müßten diese durch das marktwirtschaftliche Prinzip bewältigt werden können. Vgl. F.W. Meyer, "Entwicklungshilfe und Wirtschaftsordnung", in: "Ordo", Bd. 12 (1961), S. 279 - 303

2 Die Unterlassung der sachorientierten Fragestellung ist deshalb unverständlich, weil der Lösungsversuch der Entwicklungsprobleme ein sachlich begründetes Vorgehen voraussetzt. Dies bedeutet, daß einer aktiven Entwicklungspolitik ein Ordnungsprinzip zugrunde liegen muß, das den volkswirtschaftlichen Gegebenheiten Rechnung trägt. Eine entwicklungspolitische Entscheidung zugunsten eines bestimmten Ordnungsprinzips muß daher sachorientiert sein.

problems des Wachstums beitragen können. Da es sich bei diesem Kernproblem um den funktionalen Zusammenhang zwischen dem Wachstum und dem für es entscheidenden Faktor handelt, ist zu fragen, welcher Faktor und warum dieser Faktor für die Lösung der Wachstumsfrage entscheidend ist.

2. Die Bedeutung der Kapitalakkumulation für den wirtschaftlichen Wachstumsprozeß

Ziel der Entwicklungspolitik ist die Erhöhung des Nettosozialprodukts pro Kopf der Bevölkerung. Dabei sind die Faktoren, die das Wachstum bestimmen, zahlreich. Unter den Wachstumsdeterminanten hat jedoch die Investition vor allem in der post-keynesianischen¹ Wachstumstheorie eine entscheidende Stellung eingenommen.

Die entscheidende Rolle der Investition im Wachstumsprozeß wird durch den Kapazitätseffekt erklärt, indem die für das Wachstum bedeutsame volkswirtschaftliche Produktionskapazität erweitert wird. Die "Netto-Investitionen bringen den für das wirtschaftliche Wachstum bedeutsamen Kapazitätseffekt zum Tragen"². Eine höhere marginale Investitionsquote führt demnach zu einer höheren Wachstumsrate. Ausgehend von dem Kausalzusammenhang zwischen Investition und Wachstum wird für die Wachstumspolitik die Schlußfolgerung gezogen, daß das Wachstum durch die Erhöhung der Netto-Investitionen zu erreichen sei. Um zu einem höheren Wachstum zu gelangen, müsse man die Investitionsrate erhöhen.

Diese "investitionsorientierte"³ Wachstumstheorie wurde vor

1 Es sind: Evsey D.Domar, "Capital Expansion, Rate of Growth, and Employment", in: "Econometrica", Vol. XIV (1946); R.F.Harrod, Towards a Dynamic Economics, London, 1952

2 J.Werner, "Wachstumspolitik als Rahmenpolitik und als Prozeßpolitik", in: H.K.Schneider (Hrg.), Beiträge zur Wachstumspolitik, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF Bd. 55, Berlin, 1970, S. 68

3 D.Lorenz, "Investitionsorientierte Wachstumspolitik", in: H.K.Schneider (Hrg.), Beiträge zur Wachstumspolitik, a.a.O., S. 132 - 157

allem in der letzten Zeit angezweifelt. Als wesentliches Argument gegen die Richtigkeit dieser Theorie wurde hervorgehoben, daß in den durchgeführten empirischen Untersuchungen der ausschließliche und eindeutige Zusammenhang zwischen der Investition und dem Wachstum bei einer niedrigen Korrelation zwischen den beiden Größen nicht bestätigt werden konnte.¹ Clark geht sogar noch weiter, wenn er behauptet, daß "die Investition von Kapital ... sicherlich nicht der beherrschende oder dominierende Faktor für das wirtschaftliche Wachstum ist"².

Die bisher aufgeführten Argumente empirischer Natur vermögen jedoch nicht die bedeutende Rolle der Investition im Wirtschaftswachstum absolut zu widerlegen. Die empirische Untersuchung hat nämlich gezeigt, daß nicht nur niedrige sondern auch hohe Korrelationen zwischen Investition und Wachstum ermittelt werden konnten.³ Mehr noch: Die Ergebnisse der von Krelle durchgeführten Untersuchung konnten bestätigen, daß "zumindest für nicht zu langfristige Betrachtungen"⁴ der Wachstumseffekt der Investition auch

1 Folgende Autoren sind zu nennen: O.Aukrust, "Factors of Economic Development: A Review of Recent Research", in: "Weltwirtschaftliches Archiv", Bd. 93 (1964 II), S. 23 - 43; T.P.Hill, "Growth and Investment According to International Comparison", in: "The Economic Journal", Bd. 74 (1964), S. 289 ff; E.Dürr, "Wachstumspolitisch relevante Ergebnisse der Wachstumstheorie", in: H.K.Schneider (Hrg.), Beiträge zur Wachstumspolitik, a.a.O., S. 1-31; C.Clark, "The Fundamental Problems of Economic Growth", in: "Weltwirtschaftliches Archiv", Bd. 94 (1965 I), S. 1 - 8

2 C.Clark, "The Fundamental Problems of Economic Growth", a.a.O., S. 2

3 Vgl. T.P.Hill, "Growth and Investment According to International Comparison", a.a.O., S. 287 ff. Außerdem ist hervorzuheben, daß empirische Ergebnisse solange fragwürdig sind, solange der Anteil der Investition an dem höheren Wachstum nicht einwandfrei ermittelt werden kann. Außerdem ist die Meßbarkeit der Investitionseffekte problematisch.

4 W.Krelle, "Investition und Wachstum", in: "Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik", Bd. 176 (1964), S. 22

empirisch nicht widerlegt werden kann.

Aus den unterschiedlichen Ergebnissen der Untersuchungen kann gesagt werden, daß weder eine absolute d.h. globale Abhängigkeit des Wachstums von der Investition nach dem Harrod-Domarschen Modell noch die völlige Aberkennung der Rolle der Investition in bezug auf das wirtschaftliche Wachstum zu vertreten ist.

Die in der empirischen Untersuchung festgestellte hohe Korrelation zwischen Investition und Wachstum besagt aber, daß Investition eine entscheidende Rolle haben kann. Die Investitionsabhängigkeit des Wachstums setzt jedoch bestimmte Bedingungen voraus.

Die Investition ist nämlich auf ein höheres Wachstum wirksam, wenn sie den höchstmöglichen Effekt auf die volkswirtschaftliche bzw. Produktionskapazität ausübt.¹ Dies wird aber durch eine Strukturierung der Investitionen erreicht.² Für diesen Zweck ist eine Lenkung der Investitionen in wachstumsentscheidende Sektoren notwendig.³ Zur Förderung des Wachstums genügt also nicht "eine lediglich quantitativ orientierte Investitionspolitik"⁴.

1 Diese Aussage ist aber dann wachstumsrelevant, wenn der Entscheidung zugunsten einer oder mehrerer Investitionen Entscheidungen in andere (komplementäre) Investitionen nachfolgen.

2 Vgl. Hollis B.Chenery, "The Interdependence of Investment Decisions", in: M.Abramovitz (Hrg.), The Allocation of Economic Resources, Essays in Honor of Bernard Francis Haley, Stanford-California, 1959, S. 82 - 120; P.C.Mahalanobis, Talks on Planning, Indian Statistical Institute, Nr. 14, Calcutta - London, 1961, S. 19 ff

3 Vgl. H.B.Chenery, Development Policy and Programms, Economic Bulletin for Latin America, Vol. III, Nr. 1 (1958), S. 51 - 77, insbesondere S. 59 ff

4 Vgl. J.Werner, "Wachstumspolitik als Rahmenpolitik und als Prozeßpolitik", a.a.O., S. 70

3. Die Lösung des Akkumulations- und Lenkungsproblems als Ansätze zur Prüfung der Eignung der Planung und Marktwirtschaft als Prinzipien der Entwicklungspolitik

Da das Kapital einerseits ein äußerst knapper Produktionsfaktor in den Entwicklungsländern ist und andererseits die Kapitalakkumulation und deren Lenkung in die wachstumspolitisch entscheidenden Sektoren die Lösung der Wachstumsfrage bilden, ist die Wahl zugunsten eines entwicklungspolitischen Prinzips von seiner Eignung zur Lösung dieses Akkumulations- und Lenkungsproblems zu beurteilen.

Um diese Eignung überprüfen zu können, wird der Gang der Untersuchung folgendermaßen durchgeführt:

- Eine kurze Überprüfung des Begriffsinhalts der Planung und Marktwirtschaft, sofern sie für die weitere Untersuchung wichtig ist.¹
- Die Kapitalbedarfsermittlung und die inländische Kapitalbildung
- Möglichkeiten der Kapitalbildung durch marktwirtschaftlich orientierte und planorientierte Entwicklungspolitik

Es sei hier vermerkt, daß bei der Untersuchung über die Möglichkeiten der Kapitalbildung in der Marktwirtschaft zwei Gesichtspunkte, nämlich die Möglichkeit der Kapitalbildung durch den Konsumverzicht und die Förderung der Investition, nacheinander behandelt werden, weil die Minderung des Konsums eine bestimmte Annahme über Investitionsverhalten voraussetzt.

¹ Dieses Vorgehen ist insofern zu vertreten, als es darauf ankommt, inwieweit die Prinzipienelemente zur Lösung des Akkumulations- und Lenkungsproblems geeignet sind und daher in der Konzipierung der Entwicklungspolitik berücksichtigt werden können.

B Grundprobleme der Kapitalakkumulation in planwirtschaftlichen und marktwirtschaftlichen Systemen

I Die realtypischen Formen als Ansätze für die Begriffs-
erklärung von Planung und Marktwirtschaft

Die ordnungspolitische Kontroverse wurde lange Zeit von den Idealtypen "Verkehrswirtschaft"¹ und "Zentralverwaltungswirtschaft"² völlig beherrscht. Es wurde jedoch bald festgestellt, daß eine Realitätsbezogenheit notwendig ist. Diese Notwendigkeit und die Erkenntnis, daß Planung und Marktwirtschaft sowohl Vorzüge wie auch Mängel zeigen, führen dazu, daß die bisherige Haltung gegenüber den Prinzipien und deren gegenseitige Beziehung zueinander neu überdacht werden müssen.

Dies kann nur geschehen, wenn es gelingt, eine Annäherung zwischen den "beiden Welten"³ zu ermöglichen, um dadurch Vorteile für die Wirtschaftspolitik zu gewinnen.

Die erste Voraussetzung hierfür besteht nun darin, Ideologievorstellungen von Plan- und Marktelementen zu trennen, d.h. Planung nicht mit Marxismus-Sozialismus bzw. Marktwirtschaft nicht mit Liberalismus-Kapitalismus zu identifizieren. Diese Auffassung wird in der letzten Zeit im Gegensatz zu den "Fundamentalisten"⁴ von den "Instrumentalisten"⁵ vertreten, die der Meinung sind, daß Planung und

1 W.Eucken, Die Grundlagen der Nationalökonomie, Jena, 1940

2 derselbe, ebenda

3 H.Giersch, "Das Beste aus beiden Welten: Planung und Preismechanismus", in: "Weltwirtschaftliches Archiv", Bd. 69 (1952 II), S. 216 - 228

4 Kurt W.Rotschild, "Socialism, Planning, Economic Growth, some Untidy Remarks on an Untidy Subject", in: C.H.Feinstein (Hrg.), Socialism, Capitalism, and Economic Growth, Essays presented to Maurice Dobb, Cambridge, 1967, S. 162

5 derselbe, ebenda

Marktwirtschaft als Instrumente zu verstehen sind.

Diese Auffassung hat die entscheidende und weitreichende Konsequenz, daß die Frage nicht mehr lautet, ob Planung und Marktwirtschaft miteinander zu vereinbaren sei. Jetzt lautet die Frage vielmehr, inwieweit Planelemente in die Marktwirtschaft bzw. marktwirtschaftliche Elemente in die Planung einbezogen werden können.

Unter der Annahme, daß die Realtypen "Mischformen" sind, soll geprüft werden, welche Ordnungselemente diese Realtypen beinhalten, und in welchem Verhältnis die Elemente stehen. Dabei orientiert sich die Begriffserklärung an folgenden Kriterien:

- Entscheidungsart
- Koordinationsart
- Leistungsfunktion
- Die Systembezogenheit der wirtschaftspolitischen Instrumente
- Der Primat bestimmter Ordnungselemente gegenüber anderen

1. Elemente des Prinzips Marktwirtschaft

11. Die Existenz individueller Pläne und die Dezentralisation der Einzelentscheidungen

Von jedem Wirtschaftsobjekt wird ein Rationalverhalten in dem Sinne erwartet, daß mit den gegebenen Mitteln der bestmögliche Erfolg erzielt wird oder die gegebenen Ziele mit minimalen Mitteln erreicht werden. Planen ist nun ein wesentlicher Bestandteil "jeder rationalen und damit jeder wirtschaftlichen Handlung"¹, weil "Wirtschaften" als jeder planvolle Einsatz knapper Mittel zur Erreichung vor-

¹ H.Jürgensen und E.Kantzenbach, "Ansatzmöglichkeiten gesamtwirtschaftlicher Planung", in: Joseph H.Kaiser (Hrg.), Planung II, Begriff und Institut des Plans, Baden-Baden, 1966, S. 51

gegebener Ziele verstanden wird"¹. So gesehen wird deutlich, daß Marktwirtschaft kein planloses, sondern ein planvolles Gebilde ist.²

Die Marktwirtschaft setzt jedoch eine Vielzahl von individuellen Plänen der Haushalte und der Unternehmen voraus. Dabei wird der Entwurf bzw. die Aufstellung dieser Pläne weitgehend von der Vorstellung individueller Wirtschaftsobjekte über Ziele und Mitteleinsatz bestimmt. Darüber hinaus werden Entscheidungen über Ziele und Mittel von den einzelnen Wirtschaftssubjekten autonom getroffen. Dieses Postulat wird auch nicht aufgehoben, wenn aus noch näher zu erklärenden Gründen eine "informative Planung"³ oder eine indikative Planung in einer Marktwirtschaft noch zusätzlich eingeführt wird.

12. Die ex-post Koordinierung individueller Pläne

Die Autonomie der Einzelpläne führt jedoch konsequenterweise dazu, daß die für den Vollzug des Planinhaltes notwendige Koordinierung der Einzelpläne über den Markt vollzogen werden kann. Dabei spielen Preise eine entscheidende Rolle, indem sie den Wirtschaftsteilnehmern Signale setzen, die daraufhin ihre Pläne vollziehen. Da die Einzelpläne autonom aufgestellt werden, besteht die Möglichkeit, daß sie korrekturbedürftig sind.

Diese von Giersch⁴ genannte ex-post Koordinierung kann in

1 H.Jürgensen und E.Kantzenbach, "Ansatzmöglichkeiten gesamtwirtschaftlicher Planung", a.a.O., S. 51

2 Dies hat Eucken auch erkannt. W.Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Bern - Tübingen, 1952, 4. Kapitel

3 W.A.Jöhr, "Planung als Mittel rationaler Wirtschaftspolitik in der Marktwirtschaft?", in: E.Schneider (Hrg.), Rationale Wirtschaftspolitik und Planung in der Wirtschaft von heute, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF Bd. 45, Berlin, 1967, S. 80

4 H.Giersch, "Infrastruktur und Regionalpolitik", in: A.Plitzko (Hrg.), Planung ohne Planwirtschaft, Veröffentlichungen der List-Gesellschaft e.V., Bd. 34, Basel - Tübingen, 1964, S. 69

der Realität nicht als die für die Marktwirtschaft einzige (charakteristische) Koordinationsart angenommen werden, weil bei der Aufstellung der Einzelpläne die zukünftige Marktentwicklung berücksichtigt werden muß. Die Vermeidung oder/und die Rückführung von zukünftigen Risiken auf ein Minimum zwingt die Marktteilnehmer dazu, "soviel Kenntnis über einen zukünftigen Markt zu erlangen wie nur möglich"¹.

Dies geschieht zum einen durch die Projektion historischer Markterfahrungen auf die Zukunft, ein Vorgehen, das zwar nur unter der Bedingung zulässig ist, daß beispielsweise "einmal eingespielte Liefer- und Komplementärbeziehungen nicht von heute auf morgen unterbrochen werden"². Zum anderen werden zukünftige Risiken und damit auch Fehlinvestitionen dadurch zu vermeiden versucht, daß für eine neue Investitionsdurchführung sorgfältige Informationen über Anschaffungs- und Absatzbedingungen zunächst eingeholt werden. Dieses Vorgehen ist in der Tat von rational handelnden Marktteilnehmern zu erwarten. So gesehen ist eine ex-ante Koordinierung auch in der Marktwirtschaft nicht nur möglich sondern notwendig.

13. Die Leistungsfunktion des Wettbewerbs in der Marktwirtschaft

Die Frage, wie rational die Realisierung der Einzelpläne in der Marktwirtschaft gestaltet wird, wird mit der Leistungsfunktion des Wettbewerbs beantwortet. Diese besteht darin, eine höchstmögliche Leistung von den im Markt teilnehmenden Produzenten zu fordern. In einem Gewinnsystem werden nur die Marktteilnehmer belohnt, die sich als leistungsstärker als ihre Rivalen erweisen. Dieser ständige Konkurrenzdruck und die Ungewißheit über eine Gewinner-

1 H. Willgerodt, "Warum Staatsplanung in der Marktwirtschaft?", in: Wirtschaftspolitische Chronik, H. 3 (1965), S. 64

2 derselbe, ebenda

wirtschaftung zwingt nun jeden, den Vorsprung vor anderen durch günstigere Bedingungen zu schaffen und auszubauen. Dies kann nur erreicht werden, wenn durch Auffindung von Rationalisierungsmöglichkeiten, d.h. besonders sparsames Umgehen "mit besonders knappen Produktivkräften"¹, die Produktionskosten gesenkt und/oder durch "Innovation"² im Sinne Schumpeters neue Märkte für sich gewonnen werden. Für die Volkswirtschaft kann dies zur Folge haben, daß durch die "Ausschaltung unwirtschaftlicher Bereiche" eine optimale, d.h. produktive³ Allokation der Ressourcen in den Sektoren erreicht wird.

14. Die Einführung von "informativer Planung" und der Primat der dezentralen, autonomen Entscheidung in der marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftspolitik

Die ex-post Koordination und der Wettbewerbsmechanismus zeigen jedoch Funktionsunfähigkeiten und Unfähigkeiten in der Erfüllung bestimmter Aufgaben. In diesem Zusammenhang sind folgende Gesichtspunkte zu erwähnen:

- Es hat sich gezeigt, daß die sogenannten "Sozialgüter", zu deren Genuß das sogenannte "exclusion" Prin-

1 H.Giersch, "Aufgaben der Strukturpolitik", in: "Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik", 9. Jg., Tübingen, 1964, S. 64

2 Nach Schumpeter umfaßt technischer Fortschritt fünf Fälle:

1. Die Einführung eines neuen Gutes oder neuer Qualität eines bestehenden Gutes
2. Die Einführung eines neuen Verfahrens
3. Die Erschließung eines neuen Marktes
4. Die Erschließung einer neuen Rohstoffquelle
5. Die Neuorganisation einer Industrie

Vgl. Art. "Technischer Fortschritt", in: HdSW, Neuaufl., Bd.10, Göttingen, 1959, S. 304

3 Die produktive Verwendung der Ressourcen wird erreicht, entweder durch Senkung der Gesamtkosten bei gegebener Produktionsmenge oder durch Erhöhung der Produktivität bei gegebenem Faktoreinsatz. Vgl. E.Kantzenbach, Die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs, Göttingen, 1967, S. 17

zip nicht gilt, und die daher von allen ohne Gegenleistung benutzt werden, nicht dem Preismechanismus unterworfen sind. Ein Beispiel für Sozialgut ist die Straßenbenutzung.

- Die zur Erfüllung gesellschaftspolitischer Ziele und für die Entwicklung des Landes notwendige sogenannte Infrastruktur wird in den Einzelplänen deshalb nicht berücksichtigt, weil die zu deren Ausführung notwendigen hohen Ausgaben nur den - wenn überhaupt - minimalen und kurzfristig nicht zu rechnenden Gewinnaussichten gegenüberstehen.
- Da bei der ex-post Koordinierung die Abstimmung erst über den Markt durchgeführt wird, werden Plankorrekturen erst dann vorgenommen, "wenn Engpässe...oder Überkapazitäten ... entstanden sind"¹. Dies führt zu Fehlinvestitionen, deren Beseitigung "nur mit sehr hohen volkswirtschaftlichen Kosten"² verbunden ist.
- Der Wettbewerb kann für den Fall, daß nicht Leistung sondern Marktposition über den Erfolg entscheidet, nicht als Leistungswettbewerb bezeichnet werden.³ Darüber hinaus hat sich gezeigt, daß in der wettbewerblichen Marktwirtschaft wirtschaftspolitische Ziele, wie gerechte Einkommensverteilung und Beschäftigung, nicht in befriedigendem Maße erreicht werden können.

Diese genannten Unfähigkeiten und die Unfähigkeiten des Preismechanismus, Strukturveränderungen ohne nennenswerte Friktionen entgegenzutreten, rechtfertigen die Einführung einer Effizienz.

Dabei wird die Existenz der Infrastrukturplanung zum einen

1 H.Giersch, "Infrastruktur und Regionalpolitik", a.a.O., S. 69

2 derselbe, ebenda

3 Vgl. H.Arndt, "Die Planung als Problem der Marktwirtschaft", in: E.Schneider (Hrg.), Rationale Wirtschaftspolitik und Planung in der Wirtschaft von heute, a.a.O., S. 16

damit begründet, den Marktmechanismus durch Verbesserung der Rahmenbedingungen funktionsfähig zu machen, und zum anderen das Wirken der Marktkräfte zu ergänzen, und wo notwendig zu verbessern. Sie darf m.a.W. die Marktwirtschaft als Koordinationsinstrument nicht außer Kraft setzen. Das Verhältnis zwischen der Marktwirtschaft und der Gesamtplanung kann damit umschrieben werden, daß die letztgenannte nur ergänzenden Charakter hat,¹ während die Marktwirtschaft selbst den Anspruch auf primäre Behandlung genießt.

Es entspricht auch dem Primat der dezentralen Entscheidung in der Marktwirtschaft, wenn für die Gesamtwirtschaft eine indikative Planung aufgestellt wird. Denn hiermit soll erreicht werden, daß den einzelnen Individuen und vor allem den Unternehmern Orientierungsdaten für individuelle Entscheidungen gegeben werden, wobei eine sichere Zuverlässigkeit in diesen Planungsdaten aufgrund der besseren Übersicht in den Datenzusammenhängen zu vermuten ist. Das Ziel muß jedoch darin zu sehen sein, daß die Gesamtplanung einen "Selbsterfüllungseffekt"² zeigt und damit die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft fördert.

Auf der anderen Seite ist eine Sektorplanung für die Bereiche, wo der marktwirtschaftliche Mechanismus nicht funktioniert, eine Ergänzung zu den Marktkräften. Als Beispiel ist die Planung der Infrastruktur zu nennen.

15. Die Systembezogenheit der wirtschaftspolitischen Instrumente

Die Wahl und der Einsatz wirtschaftspolitischer Instru-

1 Vgl. H.Arndt, "Die Planung als Problem der Marktwirtschaft", a.a.O., S. 22

2 H.K.Schneider, "Planification als normatives Informationssystem und als Koordinationsprinzip", in: "Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft", Bd. 120 (1964), S. 335 ff

mentarien müssen danach beurteilt werden, ob sie "systemkonform"¹ sind. Ein wirtschaftspolitisches Instrumentarium wird als marktwirtschaftlich adäquat bezeichnet, wenn es die Maxime der Marktwirtschaft nicht verletzt. Dies kann an seiner "Eingriffsintensität"² gemessen werden, was bedeutet, daß sein Einsatz auf dem Markt- und Preismechanismus begründet sein muß. Sein monetär bedingtes Einwirken auf das finanz- oder wachstumspolitisch erforderliche Verhalten der Wirtschaftssubjekte ist auf dem Wege des marktwirtschaftlichen Prozesses zu erreichen. In diesem Zusammenhang kann eine Gesamtplanung in der Marktwirtschaft nur "informativen" oder "indikativen" Charakter haben. Die Gesamtplanung verschafft dann den Einzelmarktteilnehmern bessere Information in bezug auf die "Größen des gesamtwirtschaftlichen Kreislaufprozesses"³. Und aufgrund dieser Information kann die Entscheidung über die durchzuführenden Schritte einzeln getroffen werden.

2. Elemente des Prinzips Planung

21. Die Existenz einer die Gesamtwirtschaft umfassenden Zentralplanung und die Zentralisation der Entscheidung

Logisch ist die Annahme, daß das Rationalverhalten oder spezifischer ausgedrückt "das Wirtschaften" ein wesentlicher Bestandteil der sogenannten Zentralplanung darstellt. Jedoch ist die Zentralplanung mehr als nur "ord-

1 E. Tuchtfield, "Zur Frage der Systemkonformität wirtschaftspolitischer Maßnahmen", in: H.-J. Seraphim (Hrg.), Zur Grundlegung wirtschaftspolitischer Konzeptionen, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF Bd. 18, Berlin, 1960, S. 203 ff und S. 210 ff

2 derselbe, "Das Instrumentarium der Wirtschaftspolitik", in: "Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik", Veröffentlichung der Akademie für Gemeinwirtschaft, Hamburg, hrg. von H.-D. Ortlieb, Tübingen, 2. Jg., 1957, S. 54

3 H. Jürgensen und E. Kantzenbach, "Ansatzmöglichkeiten ...", a.a.O., S. 53

nender Akt"¹ oder "ein Entwurf einer Ordnung in der ein konkreter Prozeß als sich vollziehend gedacht wird"².

Zentralplanung unterscheidet sich von individuellen Plänen in zweierlei Hinsicht, nämlich:

- objektiv und
- personell.

In objektiver Hinsicht hat die Zentralplanung den Gesamtprozeß der Gesamtwirtschaft als Handlungsgegenstand. Diese objektbezogene Begriffsabgrenzung der Zentralplanung reicht jedoch nicht aus. Sie muß von dem personellen Aspekt ergänzt werden, insofern nämlich, als die Entscheidung über die zu erreichenden Ziele und über den Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel in verschiedenen Sektoren bei der staatlichen Planungskommission liegt. Bei diesem zentralen staatlichen Organ werden beispielsweise "makroökonomische Entscheidungen über Wachstumsrate, Höhe der Investitionen und die Verteilung der Ressourcen auf die einzelnen Sektoren"³ und Entscheidungen über "die Zusammensetzung des individuellen Konsumkorbes und die private Berufs- und Arbeitsplatzwahl"⁴ getroffen. Planung geschieht anhand der in der Planung festgelegten Anweisung. Über die Organisation, d.h. die ausführende Institution wird hiermit noch gar nichts gesagt. Wegen der besonderen Probleme des Vollzugs ist dies in einem anderen Punkt gesondert behandelt.

1 E.Gutenberg, Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Bd. I, Die Produktion, 6. Aufl., Berlin - Göttingen - Heidelberg, 1961, S. 121

2 derselbe, ebenda

3 E.Boettcher, "Die zentrale Planung sowjetischen Typs im Wandel", in: E.Schneider (Hrg.), "Rationale Wirtschaftspolitik ...", a.a.O., S. 461

4 derselbe, "Die zentrale Planung ...", a.a.O., S. 462

22. Die ex-ante Koordinierung

Die Existenz der Zentralplanung besagt jedoch nicht, daß individuelle Pläne nicht mehr bestehen können. Das Charakteristikum dabei ist, daß diese Pläne in die Zentralplanung integriert sein müssen.

Die Verschiedenheit der Nachfrage und des Angebots, der Input und der Output, und die Existenz verschiedener Sektoren benötigen eine Koordination, die jedes Wirtschaftssystem zu lösen hat. Im Gegensatz zur Marktwirtschaft wird jedoch das Koordinierungsproblem in der Zentralplanung nicht im Markt, sondern in der Planung selbst behandelt. Bei dieser "ex-ante Koordinierung"¹ wird die Abstimmung der "Gegensätze" nicht während des Planvollzugs sondern in der Planaufstellung selbst durchgeführt. So verstanden ist der Planvollzug nur die technische Durchführung von dem, was in der Planung vorher abgestimmt worden ist. Welche Gesichtspunkte in dieser ex-ante Koordinierung berücksichtigt werden, die in der Marktwirtschaft nicht berücksichtigt werden können, mag zum Teil als Vorteil dieser ex-ante Koordinierung angesehen werden, ohne damit jedoch ihre Nachteile zu übersehen. Zu den Vorteilen der ex-ante Koordinierung kann genannt werden, daß die Interdependenzen der Investitionen² explizit berücksichtigt und bewertet werden.

1 H.Giersch, Allgemeine Wirtschaftspolitik, - Grundlagen -, Bd. 1, Die Wirtschaftswissenschaften, hrg. von E.Gutenberg, 27. und 28. Lieferung, Reihe B (Volkswirtschaftslehre), Wiesbaden, 1960, S. 277

2 Chenery spricht von der Interdependenz der Investitionsentscheidungen. H.B.Chenery, "The Interdependence of Investment Decisions", in: Moses Abramovitz (Hrg.), The Allocation of Economic Resources, Essays in Honor of Bernard Francis Haley, Stanford, California, 1959, S. 82
- 120

23. Die Leistungsfunktion der Zentralplanung

Zunächst werden Ziele allgemeiner Art festgelegt, beispielsweise "Wachstum", wobei als Richtkriterium das "Kollektivinteresse" genommen wird. Danach werden diese Ziele im einzelnen quantifiziert, die als Plannorm festgehalten werden.

Ziele und Mittel sollen jedoch aufeinander abgestimmt werden, was bedeutet, daß einerseits die Zielbestimmung und Zielfestlegung von den verfügbaren Mitteln beeinflußt werden, daß andererseits aber versucht wird, mit den vorhandenen Mitteln die Ziele optimal festzulegen. Die Beschaffung neuer Mittel kann als Ziel einer Planung gesetzt werden.

Inwiefern von optimaler Leistung der Planung gesprochen werden kann, hängt zunächst von der Zuverlässigkeit der Methode der Festsetzung der Ziele ab, was wiederum von dem Grad der für die Festlegung quantitativer Ziele benötigten Informationen bestimmt ist.

Eine optimal erreichbare Leistung festzulegen, ist theoretisch nicht möglich, jedoch ist es möglich, daß das imperative Leistungssoll zu hoch angesetzt ist. In diesem Fall werden die am Produktionsprozeß Beteiligten in ihrer Leistungskapazität überfordert. Sind die Leistungsreserven hingegen effektiv höher als das Leistungssoll, resultiert hieraus eine nicht optimale Ausnutzung des vorhandenen Leistungspotentials.¹

24. Die Einführung von einem oder mehreren marktwirtschaftlichen Elementen in die Zentralplanung und der Primat der zentralen Entscheidung

Die staatliche zentrale Planung versucht, alle staatlichen und privaten Wirtschaftstätigkeiten detailliert zu

¹ Vgl. Jan-Peter Wülbern, Zur Frage einer funktionsfähigen Wettbewerbsordnung in Entwicklungsländern, a.a.O., S. 62

erfassen und zu realisieren. Es zeigt sich jedoch bald, daß dies nur in beschränktem Maße durchgeführt werden kann.¹ Um einerseits in der Zielsetzung realistischer zu werden und andererseits der Inflexibilität der zentralen Planung, die sich vor allem beim Eintritt der Engpässe in einem oder mehreren Sektoren für eine plangerechte Durchführung als sehr nachteilig erweist, entgegenzuwirken, wird die ex-post Koordinierung in beschränktem Maße eingeführt; beim Planvollzug erweisen sich konkrete marginale Abstimmungen als notwendig.

Die notwendige Konzession an die marktwirtschaftlichen Elemente beruht auf folgenden Anlässen bzw. Entwicklungen, mit denen auch die zentralwirtschaftlich orientierten Volkswirtschaften konfrontiert sind:

1. Der weitgehende Verzicht auf gegenwärtigen Konsum zugunsten der Investition kann nur zeitlich befristet sein. Bei einem höheren Entwicklungsstand ist eine Lockerung in dieser Hinsicht nicht mehr aufschiebbar. Hier ist eine Liberalisierung sogar notwendig, weil die in einem höheren Entwicklungsstand nuanciert gewordenen und anspruchsvollen Konsumentenwünsche einen zunehmenden Druck auf eine freigiebigere Befriedigung ausüben.
2. Der höhere Lebensstandard und der Druck auf eine freigiebigere Befriedigung der Konsumentenwünsche bedingen eine Änderung in den Prioritäten zwischen den einzelnen Wirtschaftssektoren. Dies bedeutet, daß der bisher sehr beschränkten Konsumgüterindustrie und dem Landwirtschaftssektor ein größerer Raum eingeräumt wird. Zu der Gewährung einer größeren

¹ Vgl. P.Knirsch, Strukturen und Formen zentraler Wirtschaftsplanung, Osteuropa-Institut, Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen, Bd. 30, Berlin, 1969, S. 132

Bewegungsfreiheit ist die zentrale Planung deshalb gezwungen, weil die komplizierte Befriedigung höherer Konsumentenwünsche eine Höhere Anpassungsfähigkeit, d.h. höhere Beweglichkeit des Systems bedingt.¹

3. Die für die Erreichung des Wachstumsziels gestellte Forderung nach der Effizienz in den wirtschaftspolitischen Aktivitäten bewirkt, daß die gesellschaftspolitische Zielsetzung in Konfliktsituationen, wenn auch beschränkt, d.h. nur in bestimmten volkswirtschaftlichen Bereichen, zurückgestellt wird. Wenn also einerseits nicht das politische sondern das Wachstumsziel als primäres Ziel anerkannt wird, andererseits für die Erreichung dieses Ziels bestimmte marktwirtschaftliche Elemente effizienter anzuwenden sind, ist die Einführung der Marktwirtschaft beim Wegfall der politisch motivierten Abneigung gegenüber ihr wahrscheinlich.
4. Der kompliziert gewordene Entwicklungsvorgang fordert flexiblere Anpassung der Gesamtplanung, um die Effizienz des ganzen Systems nicht zu beeinträchtigen. Die marktwirtschaftliche Koordination zeigt jedoch eine höhere Flexibilität, so daß dieser Koordinierungsart innerhalb der Gesamtkonzeption ein größerer Raum zugestanden wird.

Trotz dieser Zugeständnisse liegt der Primat der Abstimmung und Entscheidung bei der Zentralplanung. Die ex-post Koordinierung dagegen hat nur eine ergänzende Funktion.

25. Die Systembezogenheit der Planungsinstrumente

Im Gegensatz zu den Instrumenten in der marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftspolitik sind die in der zentralen Planung angewandten Instrumente dadurch gekennzeichnet, daß sie eine direkte Einwirkung auf die Ent-

¹ Vgl. P.Knirsch, Strukturen und Formen zentraler Wirtschaftsplanung, a.a.O., S. 137

scheidung der Wirtschaftssubjekte ausüben; direkt in dem Sinne, daß die Einwirkung nicht erst durch den Markt, sondern im Wege der administrativen Maßnahmen stattfindet. Diese Art der unmittelbaren Einwirkung ist durch ihren hohen "Interventionsgrad"¹ gekennzeichnet. Diese unmittelbare Einwirkung ergibt sich daraus, daß die Plankonzipierung nicht nur den Prozeß der Planaufstellung sondern in einer logischen Weise auch den Planvollzug enthält.² Dieser seinerseits enthält die Maßnahmen, deren Einsatz der planvollen Durchführung der in der Zentralplanung festgelegten Entscheidung dient.

Es wurde bereits dargelegt, daß marktwirtschaftliche Elemente in beschränkten Bereichen und in beschränktem Umfang in die Zentralplanung einbezogen sind. Dies deutet darauf hin, daß der Preismechanismus nur dort als Anpassungsinstrument angewandt wird, wo der administrative Planvollzug nicht in der Lage ist, die entstandenen Engpässe und Friktionen kurzfristig zu beheben.

1 G.Kade, "Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, Gedanken zu einigen neueren Veröffentlichungen", in: "Konjunkturpolitik", 9. Jg. (1963), H. 1, S. 61

2 Das wesentliche der Planung ist die Erreichung des Planziels. Dieses Ziel ist aber unter rationalem Einsatz der Mittel zu erreichen. Die so umschriebene Ziel-Mittel-Beziehung erfordert zunächst eine Analyse - also ein gedanklicher Prozeß - der konkreten Situation, um die Möglichkeiten zur Erzielung des Planziels zu prüfen. Die nächste Stufe des Planprozesses besteht in der Prüfung der alternativen Maßnahmen.

Es ergibt sich, daß der Planprozeß nicht mit einer Planaufstellung aufhören kann. Die Erzielung des Planziels erfordert, daß der Planprozeß sich auf den Planvollzug ausdehnen muß, und daß dieser der Zielrealisierung entsprechen muß.

II Die Kapitalbedarfsermittlung und die Höhe der zusätzlichen Kapitalakkumulation

1. Die Möglichkeit der Kapitalakkumulation durch erhöhte inländische Kapitalbildung

Ausmaß und Umfang der notwendigen Kapitalerhöhung in den Entwicklungsländern hängen davon ab, wie hoch der Kapitalbedarf in diesen Ländern ist. Die Höhe des Kapitalbedarfs hängt davon ab, wie hoch die zu erzielende Wachstumsrate des Realeinkommens angesetzt wird. Hat man den Kapitalbedarf ermittelt, kann unter Berücksichtigung der getätigten Gesamtersparnis die zusätzliche Kapitalbildung folgendermaßen ermittelt werden:

Nimmt man für:

K = Geldkapitalbedarf

S_r^i = die tatsächliche Ersparnis im Inland

S_p^i = die zu ermittelnde zusätzliche Kapitalbildung im Inland

X^a = Kapitalimport, so ist

$$(1) \quad K = S_r^i + S_p^i + X^a . \text{ Hieraus folgt:}$$

$$(2) \quad S_p^i = K - S_r^i - X^a$$

Unter der Annahme, daß die Höhe des Kapitalimports von der jeweiligen Konjunkturlage des Auslandes und von der parlamentarischen Entscheidung dieser Länder abhängig ist, ist X^a von der Wirtschafts- bzw. Entwicklungspolitik eines bestimmten Landes unbeeinflussbar und gilt als exogene Variable. X^a kann dann entweder als konstant oder als eine

beschränkte Ergänzungsgröße genommen werden.¹ Bei gegebener S_r^i wird demnach die Höhe von S_p^i von K abhängig sein. Im folgenden soll kurz auf das sogenannte "capital-requirements-Approach"² eingegangen werden.

2. Die Kapitalbedarfsermittlung mit Hilfe des sogenannten "capital-requirements-Approach"

In "capital-requirements-Approach" sind drei Determinanten zu berücksichtigen, die die Höhe des Kapitalbedarfs bestimmen. Es sind: Wachstumsrate, capital-output ratio und die Zuwachsrate der Bevölkerung. Dabei ist eine wissenschaftlich fundierte Quantifizierung des angestrebten Wachstumsziels aus Mangel an systematischer Methode zur Verrechnung von aus der Wachstumsbeschleunigung hervorgehenden Vor- und Nachteilen gegenwärtig nicht möglich.³ Die Festlegung der Wachstumsrate bleibt dem Politiker überlassen.

1 Die Höhe des X^a ist in diesem Fall nicht gleich der "Lücke" des mit Hilfe des sogenannten "trade-gap-Approach" ermittelten Kapitalimportbedarfs, weil in dieser Methode die "trade-gap" als die Differenz zwischen "der für die Erzielung der Wachstumsrate notwendigen Import und dem Exporterlös" verstanden wird, wobei vorausgesetzt wird, daß einerseits die Wachstumsrate des Einkommens niedriger als der Importanstieg, und andererseits der Exportanstieg niedriger als der Einkommensanstieg ist. Zu diesem Problem vgl.: Hiroshige Kitamura, "Trade and Capital Needs of Developing Countries and Foreign Assistance", in: "Weltwirtschaftliches Archiv", Bd. 97 (1966 II), S. 303 - 324, vor allem S. 305; ferner: Ravi I. Gulhati, "The Need for Foreign Resources, Absorptive Capacity and Debt Servicing Capacity", in: J.H. Adler (Hrg.), Capital Movements and Economic Development, Proceedings of a Conference held by the International Economic Association, New York, 1967, S. 245

2 Bela Balassa, "The Capital Needs of the Developing Countries", in: "Kyklos", Internationale Zeitschrift für Sozialwissenschaften, Vol. XVII (1964), S. 197

3 Vgl. H.K. Schneider, Konjunktur- und Wirtschaftspolitik, Vorlesungsmanuskript, April, 1970

Die funktionale Beziehung zwischen der angestrebten Wachstumsrate, dem capital-output ratio¹, der empirisch feststellbaren Zuwachsrates der Bevölkerung einerseits und dem Kapitalbedarf andererseits wird in einer Formel ausgedrückt:

$$K = \beta (p + y), \text{ wobei}$$

K = Kapitalbedarf, β = Kapitalkoeffizient,

p = Wachstumsrate der Bevölkerung und

y = Wachstumsrate des Einkommens bezeichnet.

In Zahlen ausgedrückt heißt das, daß bei

$$\beta = 3 : 1, \quad p = 1,5 \quad \text{und} \quad y = 3 \quad \text{der Kapitalbedarf}$$

$$K = 3 (1,5 + 3); \quad K = 13,5$$

Der Kapitalbedarf würde demnach 13,5 % des Gesamteinkommens am Periodenanfang betragen.

Hieraus ergibt sich, daß die Höhe der Investition von der Höhe der Wachstumsrate der Bevölkerung und des zu erreichenden Wachstums abhängt.

1 Über die Bestimmungsfaktoren des capital-output ratio, vgl. Fußnote 2, S. 35 dieser Arbeit

Tabelle 1

Der Kapitalbedarf einiger Länder Südostasiens, ermittelt nach der "capital-requirements-Methode"

	y	p	β	$\frac{K}{Y_0}$ (in %)
Burma	4	1,3	2,7 : 1	14,3
Ceylon	3	2,6	2,5 : 1	14,0
Indien	5	2,4	2,3 : 1	17,0
Indonesien	2,5	2,1	2,3 : 1	10,6
Pakistan	4	1,6 ^a	3,0 : 1	16,8
Philippinen	3,5	2,0	1,82 : 1	10,0
Thailand	3	2,2	3,0 : 1	15,6

a = geschätzte natürliche Wachstumsrate

y = jährliche Wachstumsrate des Einkommens

p = offiziell geschätzte jährliche Wachstumsrate der Bevölkerung

β = Kapitalkoeffizient

$\frac{K}{Y_0}$ = Anteil des Kapitalbedarfs am Großnationalprodukt in der Periode 0

Quellen:

1. UN, ECAFE, Economic Bulletin for Asia and the Far East, Vol. X (1959), Nr. 1, S. 37 - 40
2. P.N. Rosenstein-Rodan, "International Aid for Underdeveloped Countries", in: "The Review of Economics and Statistics", Vol. XLIII (May 1961), S. 107 - 138; vor allem: Appendix Tabelle 2-A-I, S. 120, 2-B, S. 124

In der Tabelle 1 wird anhand des "capital-requirements-Approach" der Kapitalbedarf einiger Länder Südostasiens errechnet. Sie zeigt, daß der Kapitalbedarf der einzelnen Länder, je nachdem welcher Wert für die einzelnen Variab-

len eingesetzt wird,¹ unterschiedlich ist.

Dieser Unterschied zeigt sich am deutlichsten, wenn die Werte für Ceylon mit denen für die Philippinen verglichen werden. Obwohl die Wachstumsraten des Einkommens für die Philippinen und Ceylon etwa gleich sind, sind die Höhen des Kapitalbedarfs für die beiden Länder unterschiedlich. Dies erklärt sich aus der unterschiedlichen Höhe des geschätzten Kapitalkoeffizienten, weil nämlich der Kapitalkoeffizient für die Philippinen niedrig genommen wurde.

Dies führt zu der Frage, welche Faktoren die Höhe des Kapitalkoeffizienten bestimmen, und ob das "capital-requirements-Approach" eine zuverlässige Methode für die Ermittlung des Kapitalbedarfs eines Landes ist. Abgesehen von der Problematik der Annahme des Kausalzusammenhangs zwischen der Investition (d.h. Kapital) und dem Wachstum, wird die Zuverlässigkeit dieser Methode vom Ergebnis der Analyse der Bestimmungsfaktoren des Kapitalkoeffizienten abhängen. Die ausführliche Analyse der einzelnen Bestimmungsfaktoren² würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Es genügt hier zu erwähnen, daß neben der Vielzahl von

1 Bei unserer Systemgleichung ist y der Wert einer Zielgröße, während p Wert einer exogenen Variablen und β entweder einen empirischen oder einen gesetzten Parameter darstellt.

2 Folgende Bestimmungsfaktoren hat P.K.Sen genannt und analysiert:

1. unterschiedliche sektorale Relationswerte
2. Nachfragestruktur
3. Art des angewandten technischen Produktionsprozesses
4. Grad der Kapazitätsausnutzung
5. Tatsächliche Lebensdauer der vorhandenen und einzusetzenden Produktionsanlagen
6. Die Interdependenzen der Investitionen
7. Der Importbedarf des Landes

P.K.Sen, "Use of the Capital-output Ratio in Economic Planning", in: "The Indian Economic Review", Biannual Journal of the Delhi School of Economics, Vol. V (1960 - 1961), S. 25 ff

Faktoren auch der akzeleratorische und kompensatorische Effekt dieser Faktoren untereinander die Höhe des Kapitalkoeffizienten entscheidend bestimmt. Bei der Bestimmung der capital-output ratio sind also nicht nur die einzelnen Faktoren, sondern auch die Effekte dieser Faktoren untereinander zu berücksichtigen. Doch hier zeigt sich die Problematik der Messung dieser Effekte, Es ergibt sich also, daß durch die Komplexität der Bestimmungsfaktoren untereinander eine genaue Ermittlung des Kapitalbedarfs nicht möglich ist. Andererseits erklären sich die unterschiedlichen capital-output ratios durch den unterschiedlichen Umfang der geltenden Bestimmungsfaktoren des Kapitalkoeffizienten.

So verstanden, eignet sich der "capital-requirements-Approach" zur Ermittlung des globalen Kapitalbedarfs.

Die für die Erfüllung des Kapitalbedarfs benötigte Kapitalbildung wird in der Tabelle 2 aufgeführt. Dieser ermittelte zusätzliche Kapitalbedarf (S_p^i) ist nur ganz global zu verstehen. Eine Abweichung von den offiziellen Kapitalbedarfsermittlungen ist jedoch festgestellt worden. Diese Abweichung ergibt sich aus den unterschiedlichen Zahlen, die genommen worden sind. So hat die UN Kommission für Südostasien im Gegensatz zu der in der Tabelle 2 übernommenen Ermittlung von Rosenstein Rodan beispielsweise für Birma eine Ersparnisquote von durchschnittlich 19 v.H. des Netto Inlandprodukts ermittelt.¹ Eine ebenfalls hohe Ersparnisquote von 12,9 v.H. des Netto Inlandprodukts wurde von derselben UN Kommission für Ceylon ermittelt. Dagegen wurden für Indien und die Philippinen niedrigere Ersparnisquoten von 6,2 v.H. bzw. 3,4 v.H. des

¹ Vgl. UN, ECAFE, Economic Bulletin for Asia and the Far East, Vol. X (1959), Nr. 1, S. 43, Tabelle 34. Die gegebenen Zahlen sind dieser Tabelle entnommen worden.

jeweiligen Netto Inlandprodukts ermittelt.¹

Tabelle 2

Die zusätzlich notwendige Kapitalbildung nach dem "capital-requirements-Approach"

	$\frac{K}{Y_0}$	α	S_r^i	S_p^i
Burma	14,3	-	8,5	5,8
Ceylon	14,0	-	6,5	7,5
Indien	17,0	-	8,5	8,5
Indonesien	10,6	-	5,0	5,6
Pakistan	16,8	-	7,8	9,0
Philippinen	10,0	-	7,5	2,5
Thailand	15,6	-	7,5	8,1

Für die Werte der jeweiligen S_r^i :

P.N.Rosenstein-Rodan, "International Aid for Underdeveloped Countries", a.a.O., Appendix, Tabelle 2-A, S. 128

1 Für die Ermittlung des Kapitalbedarfs der betreffenden südostasiatischen Entwicklungsländer hat die UN Kommission den "capital-requirements-Approach" benutzt. Da die ermittelten Ersparnisquoten von den von uns übernommenen Zahlen erheblich abweichen, wurden unterschiedliche Ersparnislücken ermittelt.

III Möglichkeiten der Kapitalerhöhung durch Konsumverzicht

1. Problemzusammenhänge volkswirtschaftlicher Größen

Für die durch Konsumverzicht zu erzielende Kapitalmobilmisierung kommen folgende relevante volkswirtschaftliche Größen in Betracht:

K = Konsum

I = Investition

S = Ersparnis

H = Horten.

Definitionsgemäß ist $K + S = Y$. Dies bedeutet, daß bei gleichbleibendem Einkommen die Ersparnisse (S) um so größer werden, je niedriger der Konsum (K) ist. Es folgt aber hieraus, daß bei einem bestimmten Einkommen die Erhöhung der Ersparnisse (S) nur bei gleichzeitiger Senkung des Konsums (K) erreicht werden kann.

Nach dem Keynes-System¹ können Ersparnisse sowohl für die Investition (I) als auch für Horten (H) verwendet werden, wobei unter Horten hier der Teil der Ersparnis verstanden wird, der nicht in den volkswirtschaftlichen Kreislauf wiedereintritt. So verstanden sind

$$(1) \quad S = I + H$$

Hieraus folgt, daß eine Erhöhung der Ersparnis nur dann größere Investition (I) bedeutet, wenn die Hortung (H) entweder konstant bleibt oder sinkt.

Der Versuch, höhere Kapitalbildung durch Konsumverzicht zu erzielen, hat nur dann Sinn, wenn

1. höhere Investitionen getätigt werden und
2. das Horten entweder konstant bleibt oder sinkt.

¹ Über das Keynes-System vgl.: E. Schneider, Einführung in die Wirtschaftstheorie, III. Teil, Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung, 10. verb. Aufl., Tübingen, 1967, III. Kapitel, S. 122 - 159

Die Bedeutung der erstgenannten Voraussetzung muß darin liegen, daß erhöhte Ersparnisse im Investitionsbereich Verwendung finden sollen, denn sonst würden sie in den Bereich der Alternative Horden einfließen.

Aus diesem Grunde wird bei der Beeinflussung des Konsums so verfahren, daß das Investitionsproblem zunächst nicht berücksichtigt wird. Es wird erst dann berücksichtigt, wenn Sparer gleich Investor ist.

2. Determinanten des Konsums

Die Einflußnahme der aktiven Entwicklungspolitik auf die Höhe der Konsumausgaben setzt eine Analyse der Determinanten voraus, die den Konsum in einer Weise bestimmen. Zu diesen Determinanten zählt zunächst die Höhe des verfügbaren Einkommens des Verbrauchers. Versucht man eine Relation zwischen dem Konsum und der Höhe des Einkommens herzustellen, kann ganz allgemein gesagt werden, daß bei höheren verfügbaren Einkommen höhere Konsumausgaben möglich sind als bei kleineren Einkommen. Diese allgemein formulierte Größenbeziehung besagt jedoch nichts über die Unterschiede der tatsächlichen Konsumausgaben, da hierbei die Konsumneigung der Verbraucher entscheidend ist. Dies zeigt sich darin, daß bei gleich hohen Einkommen die Konsumausgaben ungleich hoch sind, da die marginalen und durchschnittlichen Konsumneigungen der Konsumenten ungleich hoch sind. Dies bedeutet, daß zwar die Einkommenshöhe eine strukturelle Ausdehnung der Konsumskala ermöglicht, die Struktur und damit der Umfang des Konsums jedoch von den Konsumgewohnheiten der einzelnen Konsumenten oder Konsumentengruppen weitgehend bestimmt wird. Diese Konsumgewohnheiten sind nach Duesenberry vor allem vom Verhalten anderer Konsumenten oder Konsumentengruppen be-

dingt;¹ die Verhaltensbeeinflussung nämlich, die nur durch interpersonelle und kommunikative Gruppenkontakte möglich ist.

Zusammenfassend wird folgendes festgehalten:

Die Höhe der Konsumausgaben ist von der Höhe des verfügbaren Einkommens, von den Konsumgewohnheiten bzw. von interkommunikativen Individuen- und Gruppenbeziehungen und von der Konsumpräferenz abhängig.

Die wirtschaftliche, soziologische und die Einkommensstruktur sind drei Grunddaten, die so eng miteinander verbunden sind, daß die Betrachtung der einen die Analyse der anderen Grunddaten notwendig macht. Darum setzt die eingehende Betrachtung der Einkommensstruktur in den Entwicklungsländern ebenso gründliche Analysen der Wirtschafts- und der soziologischen Struktur voraus.

Tabelle 3

Anteil der Beschäftigten einzelner Wirtschaftssektoren an den Gesamtbeschäftigten der Länder Südostasiens

	Landwirt- schaft in %	Industrie in %	tertiärer Sektor in %
Ceylon (1946)	59,2	11,6	29,2
China (1957)	57,7	10,7	31,6
Indien (1951)	70,6	10,6	18,8
Malaya (1947)	65,1	10,3	24,6
Pakistan (1951)	79,4	7,6	13,0
Philippinen (1948)	71,8	8,9	19,3
Singapore (1947)	8,4	19,8	71,8
Thailand (1947)	85,8	2,4	11,8

Quelle: UN, Secretariate ECAFE, Economic Development and Planning in Asia and the Far East, Industrialisation, Vol. IX (Dec. 1958), Nr. 3, S. 9

1 Vgl. J.S.Duesenberry, Income, Saving and the Theory of Consumer Behaviour, Cambridge, 1952

21. Die Wirtschaftsstruktur der Entwicklungsländer und ihre Wirkung auf das Einkommen

Zu den typischen Merkmalen eines Entwicklungslandes zählt nach allgemein herrschender Meinung die Tatsache, daß die Agrarwirtschaft in der Gesamtwirtschaft mit 75 % den größten Anteil ausmacht, während der Sekundär- und Tertiärsektor mit etwa 10 % bzw. 15 % von kleinerer Bedeutung sind.¹ Das an der Beschäftigung gemessene Schwergewicht dieses Agrarsektors wird jedoch im Gegensatz zu den agrarwirtschaftlich orientierten entwickelten Volkswirtschaften durch die international gemessen sehr niedrige Produktivität der in diesem Sektor Beschäftigten typisiert, wobei die Ursache in dem niedrigen Kapital pro Beschäftigten und in dem niedrigen Niveau der "skill" bzw. des "know how" gesehen wird.² Allerdings wird in der Literatur gelegentlich erwähnt, daß die Entwicklung in den großen Plantagen von diesem allgemeinen Trend wesentlich abweicht, da hier die Arbeitsweise und der Arbeitsprozeß ein hohes technisches Niveau erreicht hat und daher die Produktivität sehr hoch ist.³ Die Frage, wie diese Entwicklungsdisparität zu erklären ist, wird u.a. von Boeke damit zu beantworten versucht, daß in den Entwicklungsländern der Dualismus herrscht, worunter er die völlige Trennung des modernen

1 Über die einzelnen Relationen in den einzelnen Ländern Südasiens, siehe Tabelle 3

2 Vgl. J.Viner, The Economics of Development, in: International Trade and Economic Development - Lectures delivered at the National University of Brazil, 1953, VI. Kap., wiederausgedruckt in: A.N.Agarwala und S.P.Singh (Hrg.), The Economics of Underdevelopment, A Series of Articles and Papers, 3. Aufl., New York, 1963, S. 17

3 Vgl. H.Myint, The Economics of the Developing Countries, London, 1964, S. 64; G.C.Allen und A.G.Dormithorne, Western Enterprise in Far Eastern Economic Development, London, 1954

und des traditionellen Sektors versteht.¹ Auf der einen Seite hat sich eine Entwicklung vollzogen, die geld- und außenwirtschaftlich vollständig orientiert und auf der anderen Seite naturalwirtschaftlich selbstversorgend und traditionell geprägt ist. Durch diesen prallelen Dualismus ist nach Boeke eine Transformation der Impulse aus dem modernen Sektor, durch die der Fortschritt in den traditionellen Sektor sonst eingeschleust werden könnte, wenn nicht unmöglich, doch zumindest sehr schwierig.² Abgesehen davon, welche Ursache oder Ursachen zu der niedrigen Produktivität in dem Agrarsektor führen, bedeutet ein niedriges Produktivitätsniveau ein niedriges Einkommen. Hiervon ausgegangen, soll das Bemühen der Einkommenspolitik in den Entwicklungsländern darin bestehen, Maßnahmen zur Erhöhung der Produktivität der Beschäftigten vor allem in der Landwirtschaft zu ergreifen, wie sie Furtado in seinem Artikel³ erwähnt hat.

22. Die soziologische Struktur und ihre Wirkung auf das Einkommen

Nicht nur das Übergewicht der Agrarwirtschaft prägt die Entwicklungsstruktur in den Entwicklungsländern, vielmehr herrscht ein traditionell geprägtes und vor allem feudal strukturiertes Agrarsystem, das seinen Ausdruck in einer entsprechenden soziologischen Struktur findet. An der Spitze eines solchen Feudalsystems stehen nämlich Großgrundbesitzer und Landherren, die entweder als Besitzer

1 J.H.Boeke, Economics and Economic Policy of Dual Society, a.a.O., S. 4

2 Vgl. K.Schiller, "Möglichkeiten einer rationalen Entwicklungspolitik", in: "Wirtschaftsdienst", wirtschaftspolitische Monatsschrift, 44. Jg. (1964), H. 10, S. 417

3 Vgl. C.Furtado, "Capital Formation and Economic Development", abgedruckt in: A.N.Agarwala und S.P.Singh (Hrg.), The Economics of Underdevelopment, a.a.O., S. 309 - 337

die Führung des Bebauungsprozesses selbst in die Hand nehmen - obwohl dies zugegebenermaßen selten der Fall ist - oder die Bebauung des Grundbesitzes anderen überlassen, wobei diese Überlassung mit Hilfe der für diesen Zweck im Laufe der Zeit traditionell entwickelten, aber sehr komplizierten Besitz- und Pachtverhältnisse geregelt wird. Hierzu zählen das in Latein Amerika sehr oft praktizierte latifundienähnliche Agrarsystem¹ und das in Indien übliche sogenannte Zamindari- und Ryotwarisystem². Dieses zeigt, daß das Abhängigkeitsverhältnis durch die Überlassung der Grundstücksbebauung an Unterpächter oder indirekte Pächter komplizierter und komplexer geworden ist.

Aus diesem System entstehen dann kleine und mittlere Bauern, die ein angemessenes Besitzrecht genießen, und Unterpächter verschiedener Stufen, die im Gegensatz zu der erstgenannten Bauerngruppe kein Besitzrecht sondern ein Pachtrecht zweiten oder sogar oft weiteren Ranges erworben haben.³ Die letzte Gruppe innerhalb der soziologischen Leiter bilden die Landarbeiter, die entweder in dauerndem oder aber gelegentlichem bzw. saisonalen Arbeitsverhältnis mit den Bauern stehen.⁴

Aus diesem sozialen System wird nun die Einkommensstruktur abgeleitet, Es ergibt sich, daß eine kleine Minderheit eine im voraus selbst festgelegte überaus hohe

1 Vgl. Charles Wagley, "The Brazilian Revolution: Social Change since 1930", in: L.Bryson (Hrg.), Social Change in Latin America Today, New York, 1960, S. 185 ff

2 Vgl. Surendra J.Patel, Essays on Economic Transition, London, 1965, S. 8 - 10

3 Vgl. D.K.Rangnekar, Poverty and Capital Development in India, London - New York - Bombay, 1958, S. 8

4 Vgl. P.S.Lokanathan, "The Indian Economic System", in: C.B.Hoover (Hrg.), Economic Systems of the Commonwealth, London, 1962, S. 262

Grundrente, eine große Majorität jedoch entweder ein als Residualgröße bestimmtes oder aber ein gelegentliches, meist saisonal und traditionell bedingtes niedriges Einkommen bezieht.

Auf der anderen Seite findet sich im ländlichen Bereich die Gruppe der Handwerker, die jedoch von der soziologischen Seite her gesehen nur in die eben beschriebene Gesellschaftsstruktur eingefügt werden muß, weil sie mit den kleinen und mittleren Bauern identisch ist. Die ausgeübte Tätigkeit hat sich innerhalb der Agrarwirtschaft vollzogen und wird als eine Nebentätigkeit ausgeübt. Schließlich spinnt und webt jede Bauernfamilie.

23. Die Urbanisierung und ihre Wirkung auf die Einkommensstruktur

In der letzten Zeit ist der Sog der großen Städte in den Entwicklungsländern augenfälliger geworden, woraus das Problem der Urbanisierung ebenso akut geworden ist; ein Sog, der einmal aus Mangel an Beschäftigungsmöglichkeit im Agrarsektor erklärt werden kann, wobei die Nichtbeschäftigten, die innerhalb des Familienkreises keine Unterstützung mehr finden, ihr Glück in den Städten versuchen wollen. Zum anderen wird die Urbanisierung auch durch die Vorstellung beschleunigt, daß das differenzierte und daher attraktive städtische Leben mehr bedeute als das idyllisch ländliche.

Die Niederlassung in den Städten verbessert jedoch nicht das Einkommensniveau der ohnehin einkommensmäßig bereits schwachen Zuzügler. Es findet lediglich eine Verschiebung des Problems in die Städte statt oder sogar dessen Verschärfung. Umgekehrt bildet sich in den Städten eine andere soziologische Struktur, die nicht mehr feudalistisch, sondern mehr oder weniger geschäftlich bzw. arbeitsrechtlich geprägt ist. Neben den Freiberuflern, Händlern und

Industriellen, deren quantitative Bedeutung jedoch sehr gering ist, entsteht eine Gruppe von Angestellten der verschiedenen Branchen sowie Arbeiter, die im Arbeits- bzw. Angestelltenverhältnis Löhne und Gehälter beziehen. Diese Einkommensgruppen sind zwar im Vergleich zu den abhängigen Landarbeitern einkommensmäßig besser gestellt, jedoch liegen sie im Vergleich zu anderen soziologischen Gruppen in den Städten auf der untersten Stufe.

24. Die Einkommensstruktur und die Bedeutung der einzelnen Einkommensgruppen

Aufbauend auf der herrschenden soziologischen Struktur können nun drei sich voneinander unterscheidende Einkommensgruppen herausgebildet werden, wobei hier zunächst der gesellschaftliche Status als Meßkriterium angewandt wird. Demnach sind die Lohn- und Gehaltsempfänger Selbstständige und die Rente, hohen Gewinn oder ähnliches Einkommen Beziehenden. In Anlehnung an Patel¹ zeigt die nach der Anzahl der Personen errechnete Relation folgendes Bild:

¹ Surendra J. Patel, Essays on Economic Transition, a.a.O., S. 78

Tabelle 4

Prozentwerte der einzelnen Gruppen, gemessen an der Zahl der Personen und der Einkommenshöhe

Soziologische Gruppen	Nach der Zahl der Gruppen- personen	Nach der Höhe des Gruppen- einkommens
1. Unselbständige ^a	40	23
2. Kleine Selbstän- dige ^b	57	53
3. Eigentümer, Ren- tembezieher ^c	2-3	24
Summe	100,0	100

a Durchschnittseinkommen von 200 - 800: Landarbeiter, Hausangestellte, Arbeiter in kleinen Handels- und Transportbetrieben, sonstige;

b Einkommen: 800 - 1500: Staatsangestellte, Bergbauarbeiter, Angestellte der mittleren Handels- und Transportbetriebe;

c Land- und Hausbesitzer, Geldverleiher, Großbergbau und Großhandel, sonstige

Es zeigt, daß gemessen an der Zahl der zu der Gruppe gehörenden Personen die Unselbständigen und die kleinen Selbständigen etwa 97 %, während die Großeigentümer nur 2 % bis 3 % der Einkommen beziehenden Gesamtpersonen ausmachen.

Nimmt man jedoch als Bezugsgröße das Gesamteinkommen, verschiebt sich das Bild zugunsten der GroÙeigentümer. Demnach fallen etwa 25 % des Gesamteinkommens auf 2 % der Gesamtpersonen, während nur 75 % des Gesamteinkommens fast 98 % der Gesamtpersonen zufallen. Ganz allgemein kann gesagt werden, daß die Konzentration des Einkommens sich in den Händen einer unverhältnismäßig kleinen Minorität befindet.

Gelegentlich findet eine solche generalisierende Methode einen Einwand, beispielsweise bei Myint¹ und Bauer². Doch ist der Einwendung in unserem Fall nicht zuzustimmen, weil hier nur eine ganz allgemeine Tendenz zu der Einkommenskonzentration gezeigt wurde, ohne dabei feststellen zu können, daß die ermittelten konkreten Relationen des als Beispiel genommenen indischen Verhältnisses tatsächlich auch in anderen Entwicklungsländern zutreffen. Die allgemeine Tendenz zu der Einkommenskonzentration in Händen der Minorität wurde auch in Latein Amerika ermittelt. Die Tabelle 5 zeigt, daß 95 % der Bevölkerung nur 60 % des Gesamteinkommens, 5 % dagegen 40 % des Gesamteinkommens beziehen.

Die starke Konzentration des Einkommens auf eine kleine Minorität bedeutet erhebliche Unterschiede in der Möglichkeit der Bedürfnisbefriedigung, aber auch umgekehrt in der Sparfähigkeit der Einkommensgruppen. Auf der anderen Seite geben die festgestellten Unterschiede Anlaß zu untersuchen, welche Möglichkeiten sich hieraus für die Kapitalbildung ergeben können.

1 H. Myint, "Economic Theory and Underdeveloped Countries", in: "The Journal of Political Economics", a.a.O., H. 5, S. 488 ff.

2 P.T. Bauer, "The Vicious Circle of Poverty", in: "Weltwirtschaftliches Archiv", Bd. 95 (1965 II), S. 4 - 20

Tabelle 5

Die Konzentration der Einkommen in Händen der Minorität
in den Entwicklungsländern

Soziologische Gruppe	Nach der Zahl der Gruppen- personen	Nach der Höhe des Gruppen- einkommens
1. Einkommensbezie- her kleiner Größe	60	20
2. Einkommensbezie- her mittlerer Größe	35	40
3. Höchstverdiener	5	40
Summe	100	100

Quelle: Anibal Pinto, Diskussionsbeitrag zu Dino Jarach, "Taxes on Net Wealth, Inheritances and Gifts", in: Joint Tax Program, Organization of American States, Inter-American Development Bank, Economic Commission for Latin America, Fiscal Policy for Economic Growth in Latin America, Papers and Proceedings of a Conference held in Santiago, Chile, December 1962, S. 233

3. Kriterien für die Beurteilung der Fähigkeit zur Kapitalbildung der einzelnen Einkommensgruppen

Geht man davon aus, daß $S = Y - C$ ist, kann die maximale Sparfähigkeit theoretisch damit berechnet werden, daß zunächst bei gegebenem Einkommen der Minimalkonsum ermit-

telt wird.¹ Mit dieser Methode soll die höchstmögliche Residualgröße S, d.h. in diesem Fall nicht die tatsächliche sondern die potentielle Größe errechnet werden können.

31. Das lebensnotwendige Minimum als Kriterium zur Messung des unverzichtbaren Konsums

Die Ermittlung der höchstmöglichen Grenze der Sparfähigkeit führt zu dem Versuch, ein Kriterium zu finden, das zunächst physisch bedingt ist. Es wurde oft versucht, die Höhe des unverzichtbaren Konsums mit Hilfe der sogenannten "Minimum essentials"² zu bestimmen, die also in erster Linie biologischer Natur sind. Die Kombination aus hauptsächlich einfachen Nahrungsmitteln, aus einfacher Kleidung und primitiver Behausung soll demnach die minimum essentials indizieren.³

1 Diese Ausgangsposition geht von der Annahme aus, daß der Weg zur Erhöhung der Produktionskapazität über die Minimierung des Konsums zu bestreiten ist. Die Minimierung des Konsums setzt jedoch die Grenze voraus, die bei dem Minimierungsprozeß nicht überschritten werden darf. Dieser Ansatz ist, wie noch zu sehen ist, durch die Problematik der "minimum essentials" zwar auch als problematisch anzusehen, weil der Minimumkonsum nicht quantifizierbar ist. Für unsere Analyse genügt es aber, den Spielraum anzugeben, innerhalb dessen eine Senkung des Konsums möglich ist.

2 Nicholas Kaldor, "The Role of Taxation in Economic Development", in: Fiscal Policy for Economic Growth in Latin America, Papers and Proceedings of a Conference held in Santiago, Chile, Dec. 1962, Baltimore, 1965, S. 71

3 Das Indexproblem taucht bei einer anderen Gelegenheit auf, und zwar bei dem Problem der Festsetzung des gesetzlich garantierten Minimumlohns, der sich u.a. auch nach dem lebensnotwendigen Minimum richtet. Zur Diskussion über die Anwendung eines solchen Index, vgl. D.T.Lakdawala, "Minimum Wage Policy in India", in: Amlan Datta (Hrg.), Paths to Economic Growth, 2. verb. Aufl., New Delhi - Bombay u.a., 1963, S. 354 - 378

Gegen einen solchen Index des biologischen Existenzminimums müssen jedoch Bedenken erhoben werden, weil er nicht nur theoretisch unhaltbar ist, sondern auch praktisch überhaupt keine Bedeutung hat. Eine theoretisch einwandfreie Ermittlung der Höhe der minimum essentials ist nicht möglich, weil jedes Individuum eigene biologische Anforderungen stellt. Dies bedeutet, daß es nur einen individuellen Index gibt, also keinen Index, der für die ganze Bevölkerung gilt. Aus diesem Grunde kann ein errechneter Index, der nur einen Durchschnittswert darstellt und darstellen kann, keine praktische Bedeutung haben.

32. Die sozial und konventionell bedingte Konsumgröße und ihre Problematik

Kann die untere Grenze des Konsums also nicht ermittelt werden, ist nur der Konsum oder die Konsumgröße ausfindig zu machen, die zwar nicht als Minimumgröße verstanden werden kann, jedoch Anhaltspunkte für weitere Ausführungen bietet. Gemeint ist die Konsumgröße, die sozial und konventionell bedingt ist. Duesenberry geht sogar davon aus, daß "um das Problem des Konsumverhaltens richtig zu verstehen, man mit der vollen Erkenntnis des sozialen Charakters des Konsums anfangen muß"¹.

Das hierfür angewandte Kriterium berücksichtigt nicht nur den für das existentielle Minimum notwendigen Konsum, sondern auch den gesellschaftlichen Aspekt. Insofern muß der soziologisch bedingte Konsum höher sein als der erstgenannte, da nämlich jetzt neue Konsumkomponenten hinzugezogen werden.

Obwohl die Anwendung dieses Kriteriums auf eine realistische Abschätzung des Konsumproblems zielt, ist die Berücksichtigung der soziologischen und konventionellen

¹ J.S.Duesenberry, Income, Saving and the Theory of Consumer Behaviour, a.a.O., S. 19

Komponente mit Rücksicht auf die Ermittlung der Möglichkeit des Konsumverzichts, oder anders formuliert der Fähigkeit der Ersparnisbildung nicht ohne Problematik, da noch zu prüfen ist, ob nicht konsumfreundliche und somit also ersparnisfeindliche Gewohnheiten in das Kriterium einbezogen seien und damit Widersprüche erzeugt würden. Die entscheidende Frage besteht darin, ob es theoretisch möglich ist, ein Kriterium zu finden, mit dem zwar soziologisch bedingte Konsumkomponenten in die Überlegung einbezogen werden, jedoch die der Ersparnis negativ gegenüberstehenden "luxuriösen" Konsumgewohnheiten herausgehalten werden können. Es ist einleuchtend, daß in diesem Zusammenhang zunächst geklärt werden muß, was unter "luxuriös" zu verstehen ist. Wird unter Luxus der Konsumteil verstanden, "der ... nicht wesentlich [ist] für ... Gesundheit und Kraft, oder für die Erhaltung des ... bestehenden Standes"¹, enthält eine solche Definition nicht nur physiologische Aspekte. Sie berücksichtigt darüber hinaus auch normative Faktoren, die bei der Bestimmung des Konsums oder des Konsumverhaltens von Bedeutung sind. Auf der anderen Seite ist jedoch zur Bestimmung des Inhalts "Luxus" bzw. der Luxusausgaben der erreichte Lebensstandard heranzuziehen, da nämlich bestimmte Güter im allgemeinen erst dann als Luxusgüter zu verzeichnen sind, wenn sie über den "sachlich und zeitlich begrenzten Vorstellungshorizont"² der Mehrheit der Konsumenten hinausgehen. Die Luxusgüter, die meistens mit höherer Qualität

1 W.N.Senior, Political Economy, London 1872, S. 54, zitiert in: Carle C.Zimmermann, Consumption and Standards of Living, New York, 1936, S. 486

2 Art. "Konsum", in HdSW, Bd. 6, Stuttgart - Tübingen - Göttingen, 1959, S. 143

in Verbindung gesetzt werden, erfüllen dann die höheren Wünsche der Konsumenten, wobei diese Wünsche hier nicht absolut, sondern relativ, d.h. in bezug auf das "individuell, räumlich und zeitlich"¹ bedingte Versorgungsniveau zu verstehen sind. Es zeigt sich also, daß der Konsum ein "kontinuierlich wiederholter Prozeß"² ist, so daß je nach dem erreichten Versorgungsniveau seine Struktur veränderlich ist. Die Komponenten des in bezug auf die Kapitalbildung vertretbaren Konsums sind daher dehnbar.

Nimmt man als Kriterium für die Messung des vertretbaren Konsums das allgemein erreichte Versorgungsniveau, so können sämtliche über diese "normalen" hinausgehenden luxuriösen Konsumausgaben herausgehalten werden. Da jedoch der Konsum ein dynamischer Prozeß ist, ist auch das "Normale" beweglich und kann in seinem Wesen also nicht als etwas Feststehendes verstanden werden. Dieser Feststellung wird jedoch nicht widersprochen, wenn in einem bestimmten Zeitraum die Konsumausgaben verschiedener Konsumentengruppen zum Vergleichszwecke herangezogen werden.

Anhand bestimmter Konsumausgaben soll der dargelegte Sachverhalt in bezug auf die Entwicklungsländer untersucht werden.

Die Tabelle 6 zeigt, daß bei der Bevölkerung mit niedrigem Einkommen etwa 89 % deren Gesamtkonsumausgaben für die essentials verwendet werden. Der relativ hohe Anteil der Ausgaben für "non-essentials" von 11 % erklärt sich dadurch, daß hierunter 6 % für Zeremonien verausgabt werden. Dieser hohe Anteil der Ausgaben für Feste und die hohen Ausgaben für "essentials" erlauben die Schlußfolgerung, daß für Ersparnis kaum etwas übrig bleibt.³

1 C.C.Zimmermann, "Consumption ...", a.a.O., S. 486

2 Art. "Konsum", in: HdSW, Bd. 6, a.a.O., S. 143

3 Vgl. D.Bright Singh, Economics of Development, London, 1966, S. 22

Tabelle 6

Anteile der "essentials" und "non-essentials" an den Konsumausgaben bei den Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichen Einkommen am Beispiel Indiens
(in % der Konsumausgaben der jeweiligen Bevölkerungsgruppe)

Bevölkerungsgruppe	Ausgaben für "essentials" ^a	Ausgaben für "non-essentials" ^b	Gesamtkonsumausgaben der Bevölkerungsgruppe
Mit niedrigem Einkommen (200 - 800 Rp./Monat)	88,70	11,30	100,0
Mit hohem Einkommen (1500 - u.m./Monat)	50,00	50,00	100,0

a Zur Aufstellung dieser Statistik werden zu den "essentials" folgende Güter gerechnet: qualitätsmäßig einfache Lebensmittel, einfache Kleidung, Brennmaterial, Medikamente;

b Zu "non-essentials" werden gezählt: Seidenkleidung, Alkoholgetränke, Vergnügung, Schmuckstücke, Zeremonien

Quelle: Ashok Rudra und Bina Roy, "Some Result in Consumption Studies", in: P.C.Mahalanobis (Hrg.), Studies on Consumer Behaviour, Indian Statistical Series, No. 6, Bombay - Kalkutta, 1960, S. 17, Tabelle 1; Surendra J.Patel, Essays on Economic Transition, a.a.O., S. 78

Im Gegensatz zu dieser Bevölkerungsgruppe ist der Prozentsatz der Konsumausgaben für primäre Güter des Bevölkerungsteils mit sehr hohem Einkommen sehr gering, die Prozentwerte für Luxusgüter und aufwendige Ausgaben aber bedeutend hoch. Unter Berücksichtigung des unterschiedlichen Versorgungsniveaus und individueller Wünsche müssen die Gesamtkonsumausgaben dieser Gruppe absolut sehr hoch sein.¹ Da jedoch ihre verfügbaren Einkommen sehr groß sind, müßte der nicht für Konsumzwecke verwendete Teil ebenfalls hoch sein, weil die Sparfähigkeit sehr groß ist. Daß dies nicht der Fall ist, beweist die niedrige Ersparnisquote² und die sehr hohe Konsumquote in Entwicklungsländern. Die letzte ergibt sich aus den sehr hohen Ausgaben für Luxusgüter und für aufwendige und kostspielige Praktiken.

Aus der Analyse der Einkommensstruktur und dem Konsum ergibt sich, daß die Möglichkeit des Konsumverzichts, die einer höheren Kapitalbildung dienen soll, bei den Bevölkerungsgruppen mit sehr niedrigem Einkommen nicht gegeben ist, weil dieses Einkommen nicht über den unverzichtbaren Konsum hinausgeht. Da die Möglichkeit eines größeren Konsumverzichts bei höheren Einkommensbeziehern durchaus ge-

1 Aus Mangel an statistischen Daten muß man sich hier mit einer globalen Aussage über die Gesamtkonsumausgaben der Bevölkerung mit sehr hohem Einkommen begnügen. M.W. fehlt bis jetzt eine quantitative Untersuchung über die Einkommensverhältnisse dieser Gruppe.

2 Unter Ersparnisquote wird hier die Relation zwischen der Summe von Sparen (S) und Horten (H) und dem verfügbaren Einkommen (Y) verstanden. Die hohe Konsumquote führt zu der niedrigen Ersparnisquote, wobei der Anteil von H in der Gesamtersparnis relativ hoch ist. Dieses ungünstige Verhältnis zwischen S und H erklärt sich aus der ungünstigen Investitionsneigung in den Entwicklungsländern. Auf dieses Investitionsproblem wird noch ausführlich eingegangen werden.

geben ist, sind bei diesen Ansätze zur Kapitalbildung zu erkennen.

33. Die Notwendigkeit der Maßnahmen zur Beeinflussung dispositiver Entscheidungen der Einkommensbezieher

Die herrschende Einkommensstruktur zeigt, daß höhere Ersparnisbildung möglich ist. Insbesondere bringen die Bevölkerungsgruppen mit sehr hohem Einkommen eine bessere Voraussetzung hierfür.

Da die effektive Realisierung der bei diesen Bevölkerungsgruppen vorhandenen Sparmöglichkeiten bisher nicht zustande gekommen ist, bemüht sich die Wirtschaftspolitik, die für das Wachstum entscheidende Kapitalbildung zustande zu bringen. Es werden dann entsprechende Maßnahmen notwendig, die auf die individuellen Entscheidungen einwirken.

In erster Linie ist an Maßnahmen gedacht, die in den Entwicklungsländern im allgemeinen ihre Anwendung finden. Sehr oft wird dort versucht, durch steuerliche Maßnahmen auf die Verfügbarkeit des steuerpflichtigen Einkommens einzuwirken.

Auf der anderen Seite werden individuelle Entscheidungen von

1. der Höhe des verfügbaren Einkommens,
2. dem Konsumangebot bzw. der Konsummenge
3. dem Konsumpreis und
- 4 der Konsumgewohnheit

weitgehend bestimmt.

Bei der Bemühung, die individuellen Entscheidungen auf die Wachstumsbahn einzulenken, versteht sich, daß die zu ergreifenden Maßnahmen auf die genannten Entscheidungseterminanten einwirken müssen. Insofern sind die Klassifizierung und Charakterisierung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen anhand der genannten Gesichtspunkte zu betrachten. Die Art und die Wirkungsmechanismen des Beeinflussungsprozesses dagegen hängen von dem wirtschaftspolitischen Prinzip ab. Dies bedeutet, daß der Beeinflus-

sungsprozeß innerhalb des angenommenen wirtschaftspolitischen Systems prinzipabhängig ist. Um diesem gerecht zu werden, soll geprüft werden, inwieweit die Possibilität und Qualifikation der einzelnen Prinzipien, die den Beeinflussungsprozeß und entsprechend auch die Maßnahmen bestimmen, bei der Bildung höherer Ersparnisse als effizient zu beurteilen sind. Beschränkt sich die Möglichkeit der Kapitalbildung auf eine kleine Minderheit, lautet jetzt die Frage, welche Möglichkeiten und umgekehrt welche Hndicaps bei Planung und Marktwirtschaft in der Bemühung bestehen, die Kapitalmobilisierung innerhalb der sparfähigen Minorität durchzuführen.

C Kapitalmobilisierung und Investitionsförderung bei einer marktwirtschaftlich orientierten Entwicklungspolitik

I Die Kapitalmobilisierung durch Konsumverzicht

1. Der Kapitalbildungsprozeß in der Marktwirtschaft

Zur Beurteilung des gesamten Bildes eines wirtschaftspolitischen Prinzips gehört u.a. die Konzeption, auf der die durchzuführende Wirtschaftspolitik begründet wird, wobei unter dieser Konzeption die zu erreichenden Ziele, die Grundsätze, die Maßnahmen und die Durchführung verstanden werden.¹ Dabei sind bestimmte Prozesse, die in verschiedenen Stadien zu beobachten sind, und letzten Endes zu den zu erreichenden Zielen führen sollen, von dem gewählten wirtschaftspolitischen Prinzip selbst stark geprägt. Dies setzt jedoch voraus, daß zur Beurteilung der von den einzelnen Prinzipien angebotenen Möglichkeiten in bezug auf Kapitalbildung durch Konsumverzicht zunächst die Erkenntnis über den entsprechenden Prozeß notwendig ist. Wie ist der Prozeß der Ersparnisbildung in der Marktwirtschaft?

Wie dargelegt, wird die Entscheidung in der Marktwirtschaft dezentral getroffen, d.h. sie wird den einzelnen individuellen "Wirtschaftsakteuren" selbst überlassen. In bezug auf die Verwendung des verfügbaren Einkommens zwischen Konsum und Sparen wird die Entscheidung dementsprechend dezentral getroffen. Da es sich hierbei um den Teil des verfügbaren Einkommens handelt, der nicht mehr an den "unverzichtbaren" Konsum gebunden, dessen Verwendung daher alternativ bedingt ist, sind hintergründige Motive sehr entscheidend, die die Alternativentscheidung zugunsten des

1 Vgl. Th. Pütz, "Die wirtschaftspolitische Gesamtkonzeption", in: E. von Beckerath, F.W. Meyer und A. Müller-Armack (Hrg.), Wirtschaftsfragen der freien Welt, 2. Aufl., Frankfurt/M., o.J., S. 44

einen oder des anderen Sektors begründen. Im allgemeinen geht man davon aus, daß die dezentrale Entscheidung zwischen Konsum und Sparen davon abhängt, wie die individuelle Präferenz zwischen der heutigen und der zukünftigen Bedarfsdeckung aussieht. Dies bedeutet, daß bei einem bestimmten individuellen Präferenzsystem auf den heutigen Konsum erst dann verzichtet wird, wenn durch diesen Verzicht die Aussicht auf eine höhere Versorgung der Bedürfnisse größer wird. Dabei gründet sich diese Haltung auf einer Gegenüberstellung des durch den Verzicht entgangenen Nutzen, d.h. der entstandenen Kosten mit sämtlichen zukünftig erreichbaren Nutzen. Bei dieser individuell und deshalb subjektiv durchgeführten Nutzen-Kosten-Analyse¹ muß der zukünftige Nutzen größer sein als der heutige, wenn die Entscheidung zugunsten der Ersparnisse rational begründet werden soll. Ist dies nicht der Fall, d.h. ist der zukünftige Nutzen geringer als der heutige, ist die Entscheidung in bezug auf die Verwendung des Einkommens zugunsten des Konsums zu erwarten.

11. Die Nachfrage- und Angebotskonstellation des Kapitals und ihre Bedeutung für den Kapitalbildungsprozeß

Es wurde bereits dargelegt, daß in den Entwicklungsländern nur die Bevölkerungsgruppe, die die Minorität bildet, in der Lage ist zu sparen. Es sind meist Händler, Grund-

¹ Die Problematik der Nutzen-Kosten-Analyse, die hauptsächlich in der Frage der Bestimmbarkeit und Quantifizierung der miteinander abzuwägenden Größen liegt, ist unverkennbar. Voraussetzung ist nämlich, daß sämtliche Nutzen und Kosten ermittelt werden können. Trotz dieser scheinbar unüberwindbaren Problematik wird das Nutzen-Kosten-Konzept hier angewandt, weil es sich um Bedürfnisse handelt, die in ihrer Natur subjektiv begründet sind. Einen Überblick über die cost benefit analysis vermittelt: A.R.Prest und R.Turvey, "Cost Benefit Analysis: A Survey", in: "The Economic Journal", Vol. 75 (1965), S. 683 - 735

stückseigentümer, Landherren, doch selten Industrielle. Die sparfähige Bevölkerungsminorität kennzeichnet sich dadurch aus, daß sie ein unmittelbares Interesse an einer Investitionstätigkeit im weitesten Sinne hat, was bedeutet, daß potentielle und tatsächliche Investoren mit den Sparern in den Entwicklungsländern im Gegensatz zu den entwickelten Ländern praktisch identisch sind;¹ eine Trennung zwischen diesen beiden funktional bedingten Wirtschaftssubjekten ist daher nicht relevant.

Die Identifizierung von Angebot und Nachfrage nach Kapital verzerrt im wesentlichen die Funktion des Zinses, der eine Abstimmung zwischen Nachfrage und Angebot auf dem Markt ermöglicht. Dementsprechend stellt der Zins den Preis dar, den der Kapitalnachfrager für die Zurverfügungstellung des Kapitals zu zahlen, bzw. der Kapitalanbieter für das zur Verfügung gestellte Kapital anzunehmen bereit ist.

Da die für diese Koordinierungsfunktion notwendige Voraussetzung durch die tatsächliche Identifizierung nicht mehr existent ist, verliert der Zins in den Entwicklungsländern praktisch seine wichtige Funktion; eine Schlußfolgerung, für die auch die Analyse der Verhältnisse in diesen Ländern sehr stark spricht.

Auf der anderen Seite kann unter dieser Voraussetzung gesagt werden, daß bei der Entscheidung bezüglich der Verwendung des Einkommens zugunsten des Sparens die Zinshöhe kaum eine Rolle spielt. Vielmehr ist zu vermuten, daß andere Faktoren bei der Kapitalbildung entscheidend sind.

Diese Faktoren sind die Determinanten der Investitionen. Bei der Analyse des Kapitalbildungsprozesses erweist es

¹ Dies ergibt sich nicht nur daraus, daß die Bezieher sehr hohen Einkommens sparfähig sind; im allgemeinen kommen Investoren aus der Reihe dieser Bevölkerungsgruppe. Bei dieser Gruppe gilt das "investieren wollen" als entscheidendes Sparmotiv.

sich als notwendig, folgende Investitionsdeterminanten zu untersuchen.

12. Relevante Investitionsdeterminanten und der Kapitalbildungsprozeß

Da Rentabilität als Determinant der Investition einerseits von Kosten und andererseits von Erträgen abhängig ist, soll geprüft werden, wie sich die beiden Größen gestalten.

121. Die Gestaltung der Kosten- bzw. Ausgabenseite der Investition

Die Investoren in den Entwicklungsländern sind im Gegensatz zu denen in den entwickelten Ländern mit besonderen Problemen konfrontiert, die gerade durch den Entwicklungsstand bedingt sind. Es ergibt sich daraus, daß die für die Durchführung der vorgenommenen Investition unbedingten Voraussetzungen oft fehlen. Dies führt dazu, daß weitere Investitionen in die individuelle Investitionsplanung einbezogen werden müssen. Aubrey gibt hierzu als Beispiel¹, daß in das Investitionsvorhaben auch die fehlenden, aber für die Durchführung unverzichtbaren infrastrukturellen Voraussetzungen einbezogen, oder daß komplementäre Investitionen selbst durchgeführt werden müssen, um überhaupt das ursprüngliche Investitionsvorhaben durchführen zu können. In einer solchen Situation sind zusätzliche Aufwendungen unvermeidlich, was selbstverständlich zu Mehrbelastungen, d.h. Mehrkosten führt.

122. Die Einnahmeseite

Zur Kompensierung dieser höheren Kosten sind dagegen keine Mehreinnahmen zu erwarten, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Die Möglichkeit der durch Kostendruck notwendig ge-

¹ Henry G. Aubrey, "Investment Decisions in Underdeveloped Countries", in: Moses Abramovitz (Hrg.), Capital Formation and Economic Growth, A Conference of the Universities-National Bureau Committee for Economic Research, Princeton, 1965, S. 427

wordenen Absatzausdehnung ist in der ganzen Linie sehr gering. Diese enge Begrenzung wird im allgemeinen damit begründet, daß das Einkommensniveau sehr niedrig ist. Die Folge ist, daß die Gesamtnachfrage entsprechend sehr gering ist.

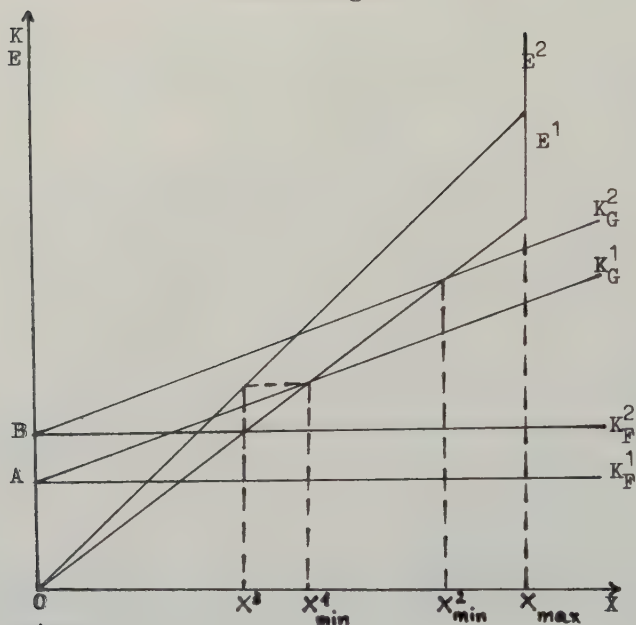
2. Dagegen kann die Nachfrage bestimmter Bevölkerungsgruppen ziemlich groß sein. Dies ergibt sich aus der sehr unterschiedlichen Einkommensstruktur der Bevölkerung. Die Möglichkeit der Einführung eines neuen bzw. der Erhöhung des Absatzes bereits bestehenden Gutes muß deshalb als sehr gering bezeichnet werden, weil der Umfang des Marktes, der sich aus dem sehr engen Kreis der anzusprechenden Kunden ergibt, sehr eng beschränkt ist. Die Investoren werden sich daher fragen, ob in dem Fall Aussichten auf einen höheren Umsatz bestünden.

123. Die Gewinnaussichten

Stellt man die Gesamterträge und die Gesamtkosten einander gegenüber, wird festgestellt, daß sich die Aussicht auf Gewinnerzielung in Folge der durch Mehrinvestition verursachten höheren Gesamtkosten verschlechtert. Die entsprechende graphische Darstellung zeigt, daß mit der durch zusätzliche fixe Kosten verursachten Verschiebung der Gesamtkostenkurve von AK_G^1 auf BK_G^2 der kritische Punkt, wo Gesamterträge die Gesamtkosten völlig decken, von X_{min}^1 auf X_{min}^2 verlagert wird. M.a.W. die hohen Gesamtkosten zwingen zu einer Erhöhung des Absatzvolumens, bei dem die Gesamterträge die Gesamtkosten decken. Doch damit ist bei einem sehr begrenzten partiellen Markt, der beispielsweise durch die vertikale Steigung der E-Kurve zum Ausdruck gebracht wird, die Bandbreite der Gewinnaussicht noch viel enger geworden.¹

¹ Vgl. R. Clapham, "Marktwirtschaftliche Theorie und Entwicklungsländer", in: "Wirtschaftspolitische Chronik", a.a.O., S. 77

Abbildung 1



K = Kosten

E = Erträge

X = Marktgröße

$X_{\max}$ = partielles Marktpotential

$X^1_{\min}$ = Umsatzminimum 1

$X^2_{\min}$ = Umsatzminimum 2

AK_F^1 und BK_F^2 = Fixkostenkurven

AK_G^1 und BK_G^2 = Gesamtkostenkurven

OE^1 und OE^2 = Gesamterlöskurven

Auf der anderen Seite besteht die Möglichkeit, diese nachteilige Startbedingung durch Preisvariation auszugleichen. Die Wirkung einer Preispolitik hängt jedoch von der Preiselastizität der Nachfrage nach dem in Betracht kommenden Gut ab. Bei einer hohen Preiselastizität wird eine Preiserhöhung dazu führen, daß die nachgefragte Menge von $X_{\min}^1$ auf X^3 sinkt. Die Folge ist, daß das Umsatzminimum unterschritten wird; die Gesamtkosten werden nicht gedeckt. Bei einer sehr niedrigen Preiselastizität kann dagegen das Umsatzminimum $X_{\min}^1$ aufrechterhalten werden. In diesem Fall kann die Preispolitik eine Alternative zu der expansiven Absatzpolitik sein. Die Anwendung der Preispolitik als Ausgleich zu den steigenden Kosten kann jedoch erst dann zu einem erwarteten Erfolg führen, wenn ausländische Konkurrenten, die kostengünstiger produzieren und deshalb zu niedrigerem Preis die Güter anbieten können, ferngehalten werden. Dies bedeutet dann, daß die Preispolitik von den inländischen Investoren nur dann als Alternative aufgegriffen und zum Erfolg führen wird, wenn wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Abwendung ausländischer Konkurrenz angewandt werden.

124. Politisches Risiko

Eine andere Determinante, die den Kapitalbildungsprozeß negativ beeinflusst, ergibt sich aus der Instabilität des Gesamtrahmens,¹ die letzten Endes der Ubiquität² des nie-

1 " ... in einem Land [Entwicklungsland] mit rascher Strukturänderung ist definitionsgemäß ein Höchstmaß an Unsicherheit und Instabilität ... ", UN, Secretariat of the Economic Commission for Europe, Economic Survey of Europe in 1962, Part 2, Economic Planning in Europe, Genf, 1965, S. 5

2 Vgl. K.Schiller, "Zur Wachstumsproblematik der Entwicklungsländer", in: E.Boettcher (Hrg.), Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, Gerhard Mackenroth zum Gedächtnis, Tübingen, 1964, S. 184

drigen Entwicklungsstandes entspringt.¹

Das hieraus entstehende politische und gesellschaftlich bedingte Risiko führt einmal dazu, daß die Zukunftserwartung der Sparer sehr stark tangiert wird, mit der Folge, daß der Sparprozeß stagniert. Dies bedeutet andererseits, daß die heutige Bedarfsdeckung der zukünftigen vorgezogen wird, und daß man sich vielmehr für eine Erhöhung des Konsums entscheidet.

Diese allgegenwärtige Instabilität führt darüber hinaus dazu, daß, wenn durch Ersparnisse Kapital gebildet wird, eine strukturell bedingte Kapitalflucht unvermeidlich ist, nicht so sehr weil die Kapitalrentabilität im Ausland verhältnismäßig hoch ist, sondern vielmehr weil die Sicherheit bezüglich der Rückzahlung des Kapitals durch mehr Stabilität des Gesamtrahmens sehr groß ist.² Auf lange Sicht bedeutet diese Sicherheit jedoch zugleich eine hohe Rentabilität.

125. Die verschiedenen Sparformen als Auswahlalternativen
Weiterhin zählt zu den Determinanten, die den Kapitalbildungsprozeß bestimmen, die Auswahl nach den Sparformen. Bevorzugt werden solche Sparformen wie Hortung von Gold und sonstigen teuren Schmuckstücken sowie die Kapitalan-

1 Vgl. R.F.Behrendt, "Gesellschaftliche Aspekte der Entwicklungsförderung", in: E.Schneider (Hrg.), Wirtschaftliche Probleme der Gegenwart, a.a.O., S. 515 ff

2 Die häufig in der Literatur genannten Unsicherheitsfaktoren wie Inflation, Enteignung, politische Willkür und Kontrolle im Außenhandelsverkehr treffen auch die potentiellen inländischen Investoren bzw. Sparer, die dann ihr Kapital im Ausland anlegen. Vgl. W.Röpke, "Die unterentwickelten Länder als wirtschaftliches, soziales und gesellschaftliches Problem", in: A.Hunold (Hrg.), Entwicklungsländer - Wahn und Wirklichkeit, a.a.O., S. 50 ff; Robert B.Bangs, Financing Economic Development, Fiscal Policy for Emerging Countries, Chicago - London, 1968, S. 68

lage durch Kauf von Grundstücken.¹ Zwar ist mit der Vorliebe an den genannten Anlageformen nicht eine direkte Erhöhung des Konsums verbunden, doch sind sie zugegebenermaßen rentable, aber nicht produktive Kapitalanlagen.

Auf der anderen Seite wird die Vorliebe für diese unproduktiven Anlageformen durch die in den Entwicklungsländern übliche inflatorische Preisentwicklung noch verstärkt, die eine reale Wertminderung des Geldes hervorruft. Die pretiösen Güter und Grundstücke sind jedoch von solcher wertmindernden Preisentwicklung verschont, so daß deren realen Werte wenn nicht steigen, doch zumindest relativ stabil bleiben.

126. Der Demonstrationseffekt²

Der von Duesenberry besonders hervorgehobene Demonstrationseffekt resultiert aus der Annahme, daß der Konsum nicht nur die Funktion des Einkommens, sondern u.a. auch des Konsumniveaus bzw. des Konsumverhaltens anderer Konsumenten sei.³ Demnach führt intensivere Kommunikation zwischen verschiedenen Gesellschaftsgruppen unterschiedlichen Konsumniveaus bzw. die mit der Zeit zunehmende Beziehung mit den entwickelten Volkswirtschaften mit hohem Konsumniveau zu einer Nachahmung des höheren Konsums durch die Konsumentengruppen bzw. -gesellschaften mit niedrigem Konsumniveau.⁴ Die Folge sei eine höhere Konsumneigung vor allem

1 Vgl. W.Brand, The Struggle for a Higher Standard of Living, the Problem of the Underdeveloped Countries, Den Haag - Bandung, 1958, S. 150 - 151

2 Vgl. J.S.Duesenberry, Income, Saving and the Theory of Consumer Behaviour, a.a.O.

3 Vgl. derselbe, ebenda

4 Vgl. Ragnar Nurkse, "Some International Aspects of the Problem of Economic Development", in: "The American Economic Review", May 1952, wiedergedruckt in: A.N.Agarwala und S.P.Singh (Hrg.), The Economics of Underdevelopment, a.a.O., S. 266 ff; ferner V.Tanzi und J.Aschheim, "Saving, Investment, and Taxation in Underdeveloped Countries", in: "Kyklos", Vol. XVII (1965), S. 212

bezüglich der nichtprimären oder luxuriösen Konsumgüter. Mit dieser These würde eine Erklärung für die festgestellte, zunehmend hohe Konsumneigung vor allem der sparfähigen Minorität, aber auch zum Teil der städtischen Masse gegeben.

Bei einem kritischen Vermerk über das Zutreffen dieses Demonstrationseffekts auf den Kapitalbildungsprozeß in den Entwicklungsländern, müssen folgende Gesichtspunkte berücksichtigt werden:

1. Die Inhomogenität der Entwicklungsgesellschaft

In den Entwicklungsländern ist die Agrargesellschaft sehr klassenbetont und deshalb inhomogen. Die Kluft zwischen den einzelnen Gesellschaftsgruppen ist traditionell sanktioniert, so daß kommunikative Gruppenbeziehungen, die wesentliche Voraussetzung für die konsumptive Nachahmung sein müssen, kaum möglich sind, geschweige denn intensiviert werden können. Da also nicht von einer integrierten, aber wohl von einer dualistischen Gesellschaft gesprochen werden kann,¹ wird der Demonstrationseffekt zumindest für einen großen Teil der isolierten Bevölkerung nicht relevant sein, nämlich dann nicht, so lange diese traditionelle Kluft noch verharret.

2. Die lockeren Urbanverhältnisse

Diese starre Isolation, wie sie eben beschrieben wurde, wurde in den Städten durch verschiedene Kommunikationsmittel erheblich gelockert, zumal durch den edukativen Anpassungsprozeß das Bewußtsein des eigenen, niedrigen wirt-

1 Diese gesellschaftliche Desintegration wird von Shu-Chin Yang als Argument gegen die Gültigkeit des Demonstrationseffekts zumindest im ländlichen und traditionellen Bereich benutzt. Shu-Chin Yang, "Capital Supply and Economic Growth: Sources of Savings", in: K.Berril (Hrg.), Economic Development with Special References to East Asia, New York, 1964, S. 78

schaftlichen Entwicklungsstandes stärker zutage kommt und der Drang nach Verbesserung dieses Zustandes durch den Kontakt mit den Lebensgewohnheiten in den entwickelten Ländern noch verstärkt wird.¹ Die Orientierung an höherem Lebensstandard führt zunächst zu starker Nachahmung höherer Konsumgewohnheiten.

Es zeigt sich also, daß einerseits der Demonstrationseffekt kaum, andererseits wohl von Bedeutung ist.

Diese festgestellten Unterschiede sollen bezüglich des umgekehrten Effekts auf den Kapitalbildungsprozeß genügend beachtet werden.

2. Möglichkeiten der Förderung und Beeinflussung von Einzelentscheidungen zugunsten der Kapitalbildung

Nach der Analyse über den Prozeß der Kapitalbildung und die Motive, die zu der Kapitalbildung führen oder die diese erschweren, soll nun untersucht werden, ob die Marktwirtschaft in der Lage ist, durch marktwirtschaftlich orientierte Maßnahmen den Mangel an Kapital entwicklungsadäquat zu beheben. M.a.W. es soll untersucht werden, welche Möglichkeiten eine marktwirtschaftlich orientierte Entwicklungspolitik für die Bildung und Mobilisierung von Kapital aus dem bestehenden inländischen Potential bietet. Dabei soll die Möglichkeitsanalyse entsprechend dem Inhalt des wirtschaftspolitischen Prinzips zunächst bei den Instrumentarien anfangen. Anschließend werden die der Methode zugrundeliegenden Voraussetzungen untersucht.

¹ Dieser Kontakt hat verständlicherweise den tiefsten Einfluß auf die Studenten und Schüler, die sich wünschen, einmal "möglichst sein und leben wie der Europäer": H.-D. Ortlieb, "Ausbildungshilfe - wohin? Zur Ausbildung von Spezialisten und Führungskräften der Entwicklungsländer in der Bundesrepublik", in: E.Boettcher (Hrg.), Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, a.a.O., S. 412

21. Die Besteuerung und ihre Bedeutung als Instrument zur Beeinflussung von Einzelentscheidungen zugunsten der Kapitalbildung

Als Instrumente für die Beeinflussung der Einzelentscheidungen werden hier die Steuern genommen.

Die Bedeutung der Fiskalpolitik als Instrument der Entwicklungspolitik wird in den Entwicklungsländern sehr früh erkannt. Die Anwendung der Besteuerung wird hauptsächlich durch die Zielsetzung, nämlich die Durchbrechung des "circulus viciosus", dessen Ursache in den niedrigen Einkommen und in der geringen Möglichkeit hieraus genügend Kapital zu bilden, gesucht wird, motiviert.¹

Demnach werden der Fiskalpolitik folgende Ziele zugeschrieben:²

1. Die Beschaffung von hauptsächlich finanziellen Mitteln
2. Handhabung angemessener wirtschaftlicher Stabilität, angesichts des langfristigen inflationären Drucks und

¹ Zur Frage des Einsatzes von Fiskalpolitik als Instrument zur Behebung von circulus viciosus, vgl. Ragnar Nurkse, Problems of Capital Formation in Underdeveloped Countries, Oxford, 1953; UN, Domestic Financing of Economic Development, Methods of Increasing Domestic Savings and Ensuring their most Advantageous Use for the Purpose of Economic Development, New York, 1950; UN, Economic Development in Selected Countries, Vol. I, New York, 1948; dieselben, Economic Development in Selected Countries, Vol. II, New York, 1950; UN, Department of Economic Affairs, Methods of Financing Economic Development in Underdeveloped Countries, New York, 1949

² Vgl. Walter W. Heller, "Fiscal Policies for Underdeveloped Countries", Papers prepared to Fiscal Division of UN, Department of Economic Affairs, erschienen im: UN, Technical Assistance Administration, Taxes and Fiscal Policy in Underdeveloped Countries, New York, 1954, S. 1, wiedergedruckt in: Richard Bird und Oliver Oldman (Hrg.), Readings on Taxation in Developing Countries, Baltimore, 1964, S. 3

bei den kurzfristigen internationalen Preisbewegungen

3. Die Abflachung der krassen Ungleichheiten in Reichtum, Einkommen und Konsumniveau.

Die aus diesen Zielen abgeleiteten Funktionen der Finanzierungsbeschaffung und der Einkommensverteilung wurden von Interessenten, z.B. den Befürwortern der Ausdehnung des Staatssektors, Sozialpolitikern, aufgegriffen und weiter verfolgt. Dagegen wird die Frage, welche möglichen Wirkungen die Steuern auf die Entscheidungen der Konsumenten und der Einkommensbezieher ausüben, zwar gestellt aber nicht weiter verfolgt. Dabei spielen die Steuern bei der Frage der Kapitalbildung durch Konsumverzicht und bei der Investitionsförderung eine ebenso wichtige Rolle. In dieser Arbeit soll der sogenannte "Umlenkungseffekt", d.h. der Effekt der Steuern auf das Verhalten der Steuerpflichtigen in bezug auf die Einkommensdispositionen behandelt werden.

22. Die Abwälzbarkeit oder Nichtabwälzbarkeit der Steuerlasten als Kriterium für die Steuerklassifizierung

Die Klassifizierung der verschiedenen Steuerarten wird in der Literatur unterschiedlich durchgeführt. Diese Unterschiede erklären sich aus den für die Klassifizierung angewandten Kriterien. Bekannt sind z.B. die Begriffspaare direkte und indirekte Steuern,¹ Personen- bzw. Sachbezogenheit der Steuern,² und wirtschaftlicher bzw. administrativer Gesichtspunkt der Aufteilung, der Zeitpunkt des Empfanges bzw. der Verwendung des Einkommens und die Abwälzbarkeit³ oder Nichtabwälzbarkeit der Steuerlasten.

1 Vgl. Art. "Steuern", in: HdSW, Bd. 10, Stuttgart - Tübingen - Göttingen, 1959, S. 98

2 Vgl. U.K.Hicks, "The Terminology of Tax Analysis", in: "The Economic Journal", Vol. LVI (1946), No. 221, S. 38

3 Vgl. Horst C.Recktenwald, Steuerüberwälzungslehre, theoretische und empirische Verteilung von Abgaben und Kosten, 2. Aufl., Berlin, 1966; Richard A.Musgrave, The Theory of Public Finance, New York - Toronto - London, 1959, S. 205ff

Der Versuch, die Steuern einem bestimmten Begriffspaar unterzuordnen, ist um so problematischer, je komplizierter das Steuersystem ist und je mehr die Steuern aus verschiedenen Gründen entstanden sind.

Auf der anderen Seite interessiert hier nicht die vollständige und einwandfreie Erfassung aller Steuern, sondern die Wirkung der Steuererhebung auf das Verhalten der Steuerpflichtigen. Da grundsätzlich davon ausgegangen wird, daß die Steuerpflichtigen versuchen werden, die Steuerlast auf andere Wirtschaftssubjekte abzuwälzen, interessiert hier die Frage, ob bei den eingeführten Steuern die Abwälzungsmöglichkeit der Lasten besteht oder nicht. Diese Frage ist insofern von Bedeutung, als die erwartete Wirkung einer Steuer von der Ausweichmöglichkeit der Steuerpflichtigen abhängt.

Mit Hinblick hierauf soll bei der Besteuerung des Einkommens der natürlichen und juristischen Personen und bei der Besteuerung des Konsums bestimmter Konsumentenkreise von der Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Lastenentziehung ausgegangen werden. Unter diesem Gesichtspunkt kann dann geprüft werden, ob durch Besteuerung der Konsum und die Konsumausgaben zugunsten der Kapitalbildung gedrosselt werden. Dabei wird von der in den Entwicklungsländern verbreiteten Aufteilung nach direkten Steuern, d.h. Steuern auf Einkommen und Kapital,¹ und indirekten Steuern, d.h. Steuern auf Ausgaben,² ausgegangen. Um zu vereinfachen werden unter den beiden Steuerarten folgende Steuern genannt:

1 Vgl. D.C.Ghose, "Zur Frage der indirekten Besteuerung in Entwicklungsländern", in: Finanzpolitik in Entwicklungsländern, Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, A. Sozialwissenschaftliche Schriften, Hannover, 1965, S. 229

2 Vgl. derselbe, "Zur Frage der indirekten Besteuerung ...", a.a.O., S. 228

Direkte Steuern:

1. Einkommens- und Vermögenssteuern
2. Ertragssteuern
3. Körperschaftssteuern
4. Erbschafts- und Schenkungssteuern

Indirekte Steuern:

1. Konsum- bzw. Verbrauchssteuern
2. Importsteuern, Luxussteuern
3. Exportsteuern

Die hier auf bestimmte Steuerarten beschränkte Aufgliederung erfolgt daraus, daß die genannten Steuerarten in vielen Entwicklungsländern Anwendung finden, und daß sie als die wichtigsten Steuerarten anzusehen sind.

23. Die direkte Besteuerung und ihre Möglichkeit zur Lenkung des Einkommens in den Kapitalsektor

231. Die Bedingungen für die Einführung direkter Steuern

Die Einführung direkter Besteuerung setzt bestimmte Bedingungen voraus, die in einer Marktwirtschaft eher anzutreffen sind als in einer strikt zentralistisch gesteuerten Planwirtschaft. Es sind:¹

1. die Unterschiede in der Einkommensstruktur, d.h. durch den Markt- und Preismechanismus bedingte Einkommensverteilung
2. die Existenz und die grundsätzliche Anerkennung des Kapitals und des Vermögens als Einkommensquellen der Einzelindividuen
3. die Existenz des Unternehmertums
4. die weitgehende Autonomie der Individuen in bezug auf die Verfügung des Einkommens. Dies bedeutet, daß die

¹ Vgl. Karl C. Thalheim, "Systemtypische Merkmale von Wirtschaftsordnungen", in: H. Arndt (Hrg.), Sozialwissenschaftliche Untersuchungen, Gerhard Albrecht zum 80. Geburtstag, Berlin, 1969, S. 332 - 340

Entscheidung in der Verwendung des Einkommens der Einzelindividuen zwischen Konsum und Investition nach der Zielvorstellung der Einzelnen getroffen wird. Unter den genannten Bedingungen, die ganz allgemein auf die autonome Einzelentscheidung zurückgeführt werden können, wird versucht, durch direkte Besteuerung Einfluß auf die Entscheidung der Einzelindividuen auszuüben. Im allgemeinen bedeutet die Zahlung der direkten Steuern eine Last für die Steuerpflichtigen. Diese steuerlich bedingte Last schlägt sich je nach Steuerart in der Minderung des persönlich verfügbaren Einkommens oder in der dadurch verursachten Gewinnschmälerung nieder. In diesem Zusammenhang sollen die Wirkungen der direkten Besteuerung untersucht werden:

- auf das Verhalten der Einkommensbezieher und Vermögensbesitzer, die meist natürliche Personen sind und
- auf die Kosten-Ertrags-Relation der Unternehmungen, was zu möglicher Verhaltensänderung der Investoren führen kann.

232. Wirkungen der Einkommens- und Vermögensbesteuerung auf das Verhalten der Einkommensbezieher

Die mit der Einkommens- und Vermögensbesteuerung auferlegten Steuerlasten werden durch die steuerpflichtigen Einkommensbezieher bzw. Vermögensbesitzer selbst getragen. Eine Überwälzung der Steuerlasten ist jedoch nicht ausgeschlossen.

Im folgenden werden die Wirkungen dieser Steuerlasten auf das Verhalten

- der Bevölkerungsmasse
 - der Minderheitsgruppe und der Vermögensbesitzer
- untersucht, wobei auf die Wirkungen der Möglichkeit der Steuerüberwälzung und der Nichtüberwälzbarkeit der Lasten auf das Spar- und Konsumverhalten unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen getrennt eingegangen wird.

2321. Wirkungen der Einkommenssteuererhebung auf das Verhalten der Bevölkerungsmasse

Die Wirkungen der Einkommenssteuererhebung auf den Konsum und auf die Ersparnis der Bevölkerungsmasse hängen wesentlich von der Höhe deren Einkommens und von deren Verhalten ab.

Da diese Bevölkerung ein sehr niedriges Einkommen bezieht und dieses Einkommen außerdem für den lebensnotwendigen Konsum knapp ausreicht, können die Steuerlasten nur durch zusätzliches Einkommen getragen werden. Die Einkommensbezieher bzw. Lohnempfänger sind dann gezwungen, mehr zu arbeiten.

Eine Einkommensbesteuerung der Bevölkerungsmasse hat demnach eine positive Wirkung¹ auf die Einkommensentwicklung. Das bedeutet, daß bei einer Einkommensbesteuerung der Bevölkerung mit sehr niedrigem Einkommen dieses steigt. Dagegen ist eine Drosselung des Konsums nicht zu erwarten, weil dieser bei der Bevölkerungsmasse nur knapp das Existenzminimum erreicht.

¹ Diese positive Wirkung tritt natürlich dann ein, wenn zur Ausgleichung des um die Steuer geschmälernten Einkommens Beschäftigungsmöglichkeiten gegeben sind. In den Entwicklungsländern wurde beobachtet, daß Familienangehörige der Landbevölkerung entweder zusätzliche handwerkliche Tätigkeiten ausüben oder bei Nichtvorhandensein der Beschäftigungsmöglichkeiten im Landwirtschaftssektor zur Ausübung einer einkommenbringenden Tätigkeit in die Städte geschickt werden. Daß dabei die Massenarbeitslosigkeit just aus Mangel an Beschäftigungsmöglichkeiten in und außerhalb des Agrarsektors zu den aktuellen Problemen gehört, ist nicht zu übersehen. Die Besteuerung, die die Präferenz der Landbevölkerung zugunsten des Geldeinkommens erhöht, zwingt jedoch die Steuerzahler zur Ausübung der vorhandenen aber bisher nicht ausgeübten Beschäftigungen. Vgl. Elliot J. Berg, "Backward-Sloping Labor Supply Functions in Dual Economies - The African Case", in: "The Quarterly Journal of Economics", Vol. LXXV (1961), S. 475 ff

2322. Wirkungen der Einkommens- bzw. Vermögensbesteuerung auf das Verhalten der Minorität

Die einkommensmäßig bestgestellte Bevölkerungsgruppe bezieht ihr Einkommen aus Grundrente oder aus Gewinn.

Bei der Einführung der progressiven Besteuerung des Einkommens dieser Bevölkerungsgruppe sind bei Nichtüberwältzbarkeit der Steuerlasten zwei Reaktionsalternativen möglich. Das durch die Steuereinführung verkleinerte Einkommen kann dazu führen, daß entweder der Konsum unter Beibehaltung bisheriger Ersparnisse gesenkt wird oder umgekehrt die Ersparnisse unter Beibehaltung des bisherigen Konsums reduziert werden. Der Konsum wird erst dann gesenkt, oder umgekehrt die Ersparnisse werden erst dann beibehalten, wenn es sich lohnt, Vermögen zu vergrößern. Hierfür können zwei Gesichtspunkte in Betracht kommen. Einerseits kann eine Vermögensvermehrung durch das Vermögen selbst motiviert werden, d.h. Vermögensvermehrung um jeden Preis. Auf der anderen Seite wird eine Vermögensvermehrung erst dann durchgeführt, wenn aus dem Vermögen höheres Einkommen erwirtschaftet wird.

Unter der Annahme, daß das letztgenannte Motiv, also das Rentabilitätsmotiv das realistischere von beiden ist, wird die Entscheidung hinsichtlich der Verwendung des zusätzlich verfügbaren Einkommens zwischen dem Konsumzweck und der Vermögensbildung von der Abwägung zwischen den gewonnenen Nutzen und den entstandenen Kosten, d.h. entgangenen Nutzen abhängig gemacht. Da sowohl die Rentabilität des Vermögens u.a. von der Höhe der Vermögenssteuer als auch der Preis der Konsumgüter u.a. von der Höhe der Konsumsteuer abhängig ist, wird die Vermögensvermehrung weiter vorgenommen, wenn die dem Vermögen auferlegte Steuer kleiner ist als die Konsumsteuer.

Ein Beispiel soll dieses Verhältnis verdeutlichen: Angenommen, daß 100.000,- Währungseinheiten dem Vermögensbesitzer zur Verfügung stehen. Es wird angenommen, daß der Vermögenssteuersatz 15 % p.a. beträgt. Die Konsumsteuer beträgt dagegen 25 % der Konsumausgaben. Die Entscheidung, ob 100.000,- zusätzliches Einkommen für den Konsumzweck oder zur Vermögensvermehrung angewandt werden, hängt u.a. vom Ergebnis der Gegenüberstellung der heutigen und der zukünftigen Nutzen ab.

Vermögen		Konsum	
Verfügbares		Verfügbares	
Einkommen	100.000,-	Einkommen	100.000,-
Vermögenssteuer von 15 %	<u>- 15.000,-</u>	Konsumsteuer von 25 %	25.000,-
Vermögenssteigerung	85.000,-		
Bruttogewinn aus Vermögen 10 % +	8.500,-		
Verwaltungskosten 7 %	<u>- 5.950,-</u>		
Vermögenssteigerung + Gewinn aus Vermögen	87.550,-	Konsumsteigerung	<u>75.000,-</u>

Für den Fall, daß das zusätzliche Einkommen von 100.000,- Währungseinheiten zur Vermögensvermehrung angewandt wird, stehen nach Ablauf der Periode + 87.550,- Währungseinheiten dem Vermögensbesitzer zur Verfügung. Der heutige Kon-

sumverzicht beträgt jedoch nur 75.000,- Währungseinheiten. Es ergibt sich also, daß bei einem der Konsumsteuer vergleichbaren niedrigeren Vermögenssteuersatz ein höheres Einkommen dem Vermögensbesitzer für späteren Konsum zur Verfügung steht.

Darüber hinaus ist eine Konsumsenkung zugunsten der Beibehaltung der bisherigen Ersparnisse nicht ohne weiteres möglich, solange die Nachfrage dieser Konsumentengruppen nach einem bestimmten Gut inelastisch ist. Unter dieser Annahme wird eine Einkommensbesteuerung nicht zu einer Drosselung des Konsums, sondern der Ersparnis führen. Die feste Bindung der Konsumenten an bestimmte Konsumgüter und die unterschiedliche Auferlegung der Steuerlasten bei dem Vermögen und dem Konsum führen nicht zur Senkung des Konsums.

Eine andere mögliche Reaktion der Einkommensbezieher ergibt sich, wenn die ausgeschütteten und die in der Investition einbehaltenen Gewinne steuerlich unterschiedlich behandelt werden. Dabei gibt es ebenfalls zwei denkbare Behandlungsmöglichkeiten, nämlich eine progressive Besteuerung der ausgeschütteten Gewinne und umgekehrt eine progressive Besteuerung der einbehaltenen Gewinne.¹

Eine progressive Besteuerung der einbehaltenen Gewinne führt dazu, daß die Einkommensbezieher die Betriebsführung zu höherer Gewinnausschüttung bewegen.² Die Möglichkeit, daß das verfügbare Einkommen nicht zur Konsum- sondern zur Ersparniserhöhung verwendet wird, ist gering. Es ist vielmehr wahrscheinlich, daß das Einkommen zum Erwerb von Luxusgütern, Land oder sonstigen Gegenständen ausgegeben

1 Vgl. V.Tanzi und J.Aschheim, "Saving, Investment, and Taxation in Underdeveloped Countries", in: "Kyklos", a.a.O., S. 218 - 221

2 Vgl. dieselben, "Saving, Investment, and Taxation ...", a.a.O., S. 219

wird.¹

Dagegen ist bei einer progressiven Besteuerung der ausgeschütteten Gewinne eine Kapitalbildung wahrscheinlich, da zur Vermeidung der hohen Steuer für eine Einbehaltung der Gewinne in der Investition entschieden wird.

Die Kapitalbildung soll jedoch so durchgeführt werden, daß das Wachstumsziel erreicht wird. Dies bedeutet, daß eine bestimmte Investitionsstruktur erforderlich ist.² Der Einsatz von Kapital soll demnach zweckmäßig geschehen.

Um die notwendige Investitionsstruktur zu erreichen, wird u.a. vorgeschlagen, steuerliche Erleichterungen durchzuführen. Nach diesem Vorschlag sollen wachstumsfördernde Investitionen steuerlich günstig, dagegen Investitionen, die dem Wachstum durch niedrige Produktivität nicht för-

1 Diese Folgerung wird auch dadurch unterstützt, daß Inflation in den Entwicklungsländern herrscht. Um deren Gefahr zu entgehen, werden wertbeständige Anlageformen bevorzugt. Aus diesem Grunde soll eine Inflation nicht als Methode für Kapitalbildung, wie sie von einigen Lateinamerikanern nicht abgelehnt wird, herangezogen werden. Vgl. N.Kaldor, "The Role of Taxation in Economic Development", in: Fiscal Policy for Economic Growth in Latin America, a.a.O., S. 70

2 Im Grunde genommen zielen die unterschiedlichen Strategien "balanced" und "unbalanced growth" auf eine bestimmte dem Wachstum adäquate Investitionsstruktur. Zu den verschiedenen Strategien werden folgende Arbeiten genannt: Balanced Growth: R.Nurkse, Problems of Capital Formation in Underdeveloped Countries, a.a.O.; P.N.Rosenstein-Rodan, "Problems of Industrialization of Eastern and South Eastern Europe", in: "The Economic Journal", Vol. LIII (1943), wiedergedruckt in: A.N.Agarwala und S.P.Singh (Hrg.), The Economics of Underdevelopment, a.a.O., S. 245 - 255; Unbalanced Growth: A.O.Hirschman, The Strategy of Economic Development, New Haven, 1958

derlich sind, steuerlich ungünstig behandelt werden.¹ Dabei wird die Gliederung der beiden Gruppen nach einer bestimmten Prioritätenskala durchgeführt.

Das Ziel einer solchen steuerlich unterschiedlichen Behandlung der Investitionsgruppen besteht in der Hinführung des Kapitals in die gewünschte Investitionsstruktur. Abgesehen von der Frage, welches konkrete Kriterium z.B. zur Aufgliederung der Investitionen anzuwenden ist, und ob das angewandte Kriterium klar umrissen ist, soll hier nur die Frage behandelt werden, ob die steuerliche Erleichterung auf die Entscheidung der Einkommensbezieher zugunsten der entwicklungsrelevanten Investitionen einwirken kann.

Die Entscheidung zugunsten der Investition und damit der Erfolg der durchgeführten Entwicklungsstrategie hängt von folgenden Gesichtspunkten ab:

1. Die Investitionspräferenz der Einkommensbezieher und der Entwicklungspolitik

2. Konsumneigung der angesprochenen Bevölkerungsgruppen.

Im Gegensatz zu der Investitionspräferenz der Entwicklungspolitik ist die Investitionspräferenz der Einzelindividuen durch die Rentabilitätserwartung bestimmt.

Durch die Diskrepanz in der Zielsetzung kann nicht ohne weiteres angenommen werden, daß mit der bloßen Steuererleichterung in einigen Investitionsbereichen, die als produktiv aber nicht als rentabel bezeichnet werden können,

1 Die Politik der Steuererleichterung wird in sehr vielen Entwicklungsländern Asiens wie Indien, Pakistan, Malaya, Philippinen, Afrikas u.a. Nigeria, Ghana, und Latein Amerikas angewandt. Bekannt ist die Einführung von Steuererleichterung Anfang der 50er Jahre, in Puerto Rico, die auch in anderen Ländern Schule macht. Vgl. Milton C. Taylor, "What happens when Exemptions End: Retrospect and Prospect in Puerto Rico", in: R. Bird und O. Oldman (Hrg.), Readings on Taxation in Developing Countries, a.a.O., S. 245 - 256

die Entscheidung der Einkommensbezieher zweckdienlich beeinflusst wird. Denn die Einzelindividuen lassen sich von der Überlegung leiten, ob die Steuererleichterung oder die völlige Steuerbefreiung ("tax holiday") die Aussicht auf höhere Rentabilität in dem geförderten Investitionssektor so groß macht, daß die Investition in sehr rentablen Bereichen nicht mehr als Wahlalternative in Erwägung gezogen würde. Mit Hinblick auf die sehr hohe Rentabilität in den nicht geförderten Sektoren,¹ bei denen hohe Steuern keine entscheidende Rolle spielen, ist die Wahrscheinlichkeit, daß die Einzelindividuen sich für die geförderten Investitionen entscheiden, sehr gering. Es ist eher möglich, daß die Dividendenberechtigten die Unternehmungen zur Gewinnausschüttung zwingen.

233. Die Wirkungen direkter Steuern auf die Kosten-, Ertragsrelation des Unternehmens

Der Einfluß der direkten Besteuerung auf das Unternehmerverhalten wird dahingehend bestimmt, welche Wirkungen direkte Steuern auf die Kosten- und auf die Ertragsentwicklung des Unternehmens ausüben. Im folgenden werden die Wirkungen auf das Kosten- und Ertragsverhalten untersucht.

Für den Fall, daß Körperschaftssteuern mit einem erheblich hohen Steuersatz erhoben werden, steigen die vom Unternehmer getragenen Gesamtausgaben. Unter diesen Umständen sind die Unternehmer gezwungen, Maßnahmen zu treffen, und ihr bisheriges Verhalten in der Kostengestaltung zu revidieren. Dabei sind zwei mögliche Verhaltensalternativen zu unterscheiden:

- Die Unternehmer nehmen die durch Steuereinführung ver-

¹ In einigen Industriebereichen in Pakistan ist eine Gewinnmarge von 100 % üblich. Vgl. Gustav F. Papanek, "The Development of Entrepreneurship", in: "The American Economic Review, Papers and Proceedings", Vol. LII (1962), Nr. 2, S. 50

ursachte Ausgabensteigerung ohne weiteres hin, da sie Möglichkeiten sehen, diese auf die Konsumenten zu übertragen, indem sie entweder bei gleichbleibendem Umsatz Preiserhöhung vornehmen, oder die Ausgabensteigerung durch Erhöhung des Umsatzes auszugleichen versuchen.

- Die Unternehmer versuchen, kostensparende Produktionsalternativen einzuführen.

Welche von den beiden Verhaltensalternativen als wahrscheinlicher anzunehmen ist, hängt vornehmlich davon ab, wie die Marktkonstellation einerseits und andererseits wie das Verhältnis der produktionstechnischen Alternativen, die den Unternehmern entgegenstehen, zu beurteilen ist. Bei dem heutigen Entwicklungsstand und bei dem geltenden Faktorknappheitsverhältnis ist es als wahrscheinlich anzunehmen, daß die an Rationalisierung orientierte Verhaltensalternative eher ausscheidet, da die arbeitsintensive Produktionsmethode bei sehr elastischem Arbeitsangebot¹ und bei sehr niedrigem

¹ Nach Lewis ist das Arbeitsangebot durch offene und versteckte Arbeitslosigkeit im ländlichen Bereich unendlich elastisch. Er hat daher vorgeschlagen, diese "Reservearmee" bei sehr einfacher Produktionsmethode zur Kapitalbildung in den Industrie-sektor einzusetzen. Lewis hat jedoch einige wichtige Probleme, die bei der Transformation der Arbeitsreserve auftauchen entweder nicht weiter behandelt oder für nicht existent bzw. irrelevant gehalten. Die von Lewis gemachte Annahme, daß die gezahlten Löhne, die niedriger sind als die Arbeitsproduktivität, ziemlich lange konstant gehalten werden (und daher die Mehrwerte von den Kapitalisten lange geschaffen sind), wird von Fei und Ranis untersucht. Diese beiden Autoren kamen in ihrem Modell zu drei Entwicklungsphasen, bei denen Lohnentwicklungen unterschiedlicher Höhe festgestellt wurden; bei der letzten Entwicklungsphase wird nach ihnen die Lohnhöhe durch die marginale Produktivität des Faktors Arbeit bestimmt (Anfang des Kapitalismus). Vgl. W.A.Lewis, "Economic Development with Unlimited Supplies of Labour", in: "The Manchester School of Economic and Social Studies", Vol. XXII (1954), wiedergedruckt in: A.N. Agarwala und S.P. Singh (Hrg.), The Economics of Underdevelopment, a.a.O., S. 400-449; S.Enke, "Economic Development with Unlimited and Limited Supplies of Labour", in: "Oxford Economic Papers", Bd. 14 (1962), S. 159-172; G.Ranis und John C.H.Fei, "A Theory of Economic Development", in: "The American Economic Review", Bd. 51 (1961), Nr. 4, S. 533-565; dieselben, "Innovation, Capital Accumulation, and Economic Development", in: "The American Economic Review", Bd. 53 (1963), Nr. 3, S. 283-313

Preis des Produktionsfaktors¹ Arbeit die billigere Alternative ist. Dies bedeutet, daß ein kostensparender Produktionsprozeß nur in Richtung auf den intensiveren Einsatz des Faktors Arbeit möglich ist.

Vielmehr wird versucht, die Steuerlasten durch Preiserhöhung und/oder durch Umsatzausdehnung auf die Konsumenten zu übertragen. Dies ist jedoch nur dann erfolgreich, wenn die Nachfrageelastizität in bezug auf Preiserhöhung gering ist. Dieses Elastizitätsproblem soll bei der Behandlung der Reaktion der Konsumenten im Falle der indirekten Besteuerung noch ausführlicher untersucht werden.

24. Die indirekten Steuern als Mittel der Konsumeinschränkung in der Marktwirtschaft

241. Indirekte Steuern als preistreibende Größe; der Preis- und Umlenkungseffekt²

Das Interesse der Entwicklung an der Einführung indirekter Steuern liegt neben den an anderen Stellen bereits erwähnten Finanzierungsgesichtspunkten und organisatorischen Vorteilen³ auch bei den entwicklungspolitisch so wichtigen Bemühungen, den Konsum im allgemeinen, und den besonderen Konsum einzuschränken, um damit die Möglichkeit einer höheren Kapitalbildung zu schaffen. Dabei wird die Einschränkung des Konsums durch effektive Einflußnahme auf die Nach-

1 Vgl. R.S.Eckaus, "The Factor-proportions Problem in Underdeveloped Areas", in: "The American Economic Review", Bd. 45 (1955), wiedergedruckt in: A.N.Agarwala und S.P. Singh (Hrg.), The Economics of Underdevelopment, a.a.O., S. 354

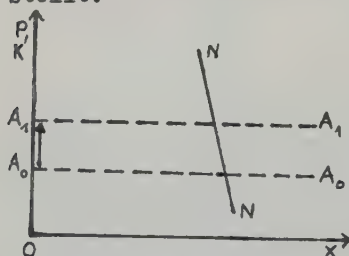
2 Unter "Umlenkungseffekt" wird hier der Effekt verstanden, der darin zu sehen ist, daß Einzelindividuen zur Vermeidung von Steuerlasten den Einkommensteil aus dem Konsum- in den Investitions- bzw. Kapitalektor umdisponieren, vgl. Raja J.Chelliah, Fiscal Policy in Underdeveloped Countries with Special Reference to India, London, 1960, S. 90 - 91

3 Die organisatorischen Vorteile bestehen in der Möglichkeit der Einschaltung der Verkäufer bei der Steuereintreibung, was eine geringe Inanspruchnahme des ohnehin überlasteten Verwaltungsapparates bedeutet.

frage der Konsumenten bzw. der Konsumentengruppen durchgeführt. Als Instrumentenvariable wird der entsprechende Konsumgüterpreis genommen. Dies liegt dem Anpassungsmechanismus zugrunde, in dem bei einer Preiserhöhung die Mengennachfrage sinkt.

Es ist hier zu erwähnen, daß bei der indirekten Besteuerung die Steuerlasten den Verbrauchern überwältzt werden. Durch die Verbraucherbesteuerung wird der Konsumentenpreis um den Steuerbetrag höher.¹ Die Frage lautet: Welche Wirkungen haben indirekte Steuern auf die Konsumententscheidung?

1 In folgender Abbildung wird die Preiserhöhung dargestellt:



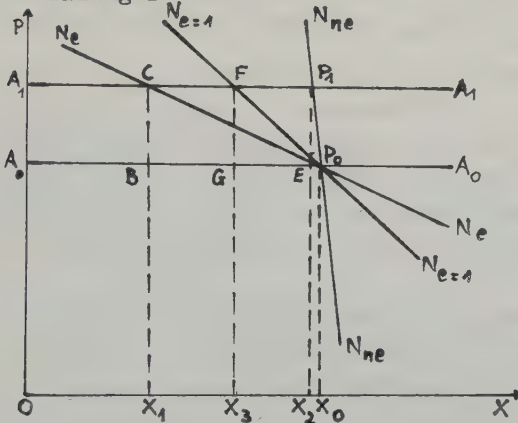
P = Konsumpreis
K = Gesamtkosten
X = Nachfrage- und Angebotsmenge

Die Erhebung der Umsatzsteuer (T_u) führt zur Erhöhung der Gesamtkosten der Anbieter. Die Angebotskurve steigt dann von A_0 auf A_1 . Bei einer inelastischen Nachfrage (NN), deren Existenz in den Entwicklungsländern in den nächsten Seiten noch zu begründen ist, werden die indirekten Steuern den Konsumenten überwältzt. Vgl. R. Eppler, Die Steuerwirkungen, Volkswirtschaftliche Schriften, H. 145, Berlin, 1970, S. 117 ff

242. Der Mechanismus der durch Preiserhöhung erzeugten Verhaltensanpassung

Bei dem Versuch, die Kapitalakkumulation durch den Konsumverzicht zu erwirken, soll zunächst der Mechanismus der preisdependenten Methodenalternativen untersucht werden. Durch die Einführung der indirekten Steuern werden die Preise für unterschiedliche Konsumentengruppen höher. Welche Wirkungen diese Maßnahmen haben, soll anhand einer graphischen Darstellung geprüft werden.

Abbildung 2



In der Abbildung 2 werden drei Nachfragefunktionen angegeben, und zwar:

$$N_e = f(P_e, X_e); \quad N_{e=1} = f(P_e, X_e) \quad \text{und} \quad N_{ne} = f(P_{ne}, X_{ne})$$

für P = Preis der Konsumgüter

N = Konsumgütermenge

Die drei angegebenen Nachfragefunktionen unterscheiden sich durch die Nachfrageelastizität voneinander, d.h. um wieviel Prozent die mengenmäßige Nachfrage nach einem Gut

variiert, wenn der Preis dieses Gutes variiert.¹

Durch die Erhebung der Verbrauchersteuer werden die Konsumpreise von P_0 auf P_1 erhöht. Diese Erhöhung bewirkt, daß einerseits Mehrausgaben erforderlich sind. Auf der anderen Seite werden bei negativer Änderung der nachgefragten Menge des entsprechenden Gutes durch den Verzicht auf eben diese Menge Ausgaben gespart. Der Saldo dieser beiden Größen gibt an, ob am Ende des Anpassungsprozesses der wertmäßige Konsum größer ist als zu Anfang.

Unter der Annahme, daß die Erhöhung des Preises von P_0 auf P_1 , die Nachfrageelastizität bei der Nachfragekurve N_e größer als 1, bei $N_{e=1} = 1$ und bei der Funktion N_{ne} kleiner als 1 ist, gelten in bezug auf die möglichen Konsumausgaben folgende drei Möglichkeiten:

1. Die mit dem Rechteck A_0A_1CB ausgedrückten, durch Preis-erhöhung bedingten Mehrausgaben sind kleiner als die mit dem Rechteck $BP_0X_0X_1$ ausgedrückten, durch Nachfrageminderung verursachten Ersparnisse, so daß per Saldo positive Ersparnisse bleiben.
2. Die mit dem Rechteck A_0A_1FG ausgedrückten, durch Preis-erhöhung bedingten Mehrausgaben sind den mit dem Rechteck $GP_0X_0X_3$ ausgedrückten, durch Nachfrageminderung verursachten Ersparnissen gleich groß, so daß ein Saldo ± 0 entsteht.
3. Die mit dem Rechteck $A_0A_1P_1E$ ausgedrückten, durch Preis-erhöhung bedingten Mehrausgaben sind größer als die mit dem Rechteck $EP_0X_0X_2$ ausgedrückten Ersparnisse, so daß den Mehrausgaben keine Ersparnisse gegenüberstehen.

1 Vgl. E.Schneider, Einführung in die Wirtschaftstheorie, II. Teil, Wirtschaftspläne und wirtschaftliches Gleichgewicht in der Verkehrswirtschaft, 7. verb. Aufl., Tübingen, 1960, S. 26 und 30 - 31

Aus den drei genannten möglichen Alternativen ergibt sich, daß das Volumen der Ersparnisse bzw. der Mehrausgaben von der Nachfrage- und Angebotselastizität abhängt. Unter der realistischen Annahme,¹ daß die Elastizität des Gesamtangebots in bezug auf die Mengenänderung unendlich groß ist, bedeutet es, daß bei einer mehr elastischen Nachfrage ($\eta > 1$) Ersparnisse zu erwarten sind, bei einer inelastischen Nachfrage ($\eta < 1$) jedoch keine Ersparnisse entstehen, weil die Nachfrage nach Menge sich nicht ändert. Da bei einer Nachfragefunktion, deren Elastizität gleich 1 ist, die Mehrausgaben also die Ersparnisse ausgleichen, entsteht weder ein negativer noch ein positiver Saldo.

243. Der volkswirtschaftliche Umlenkungseffekt der indirekten Steuern auf den Konsum

Die Saldierung der durch Preiserhöhung notwendigen Mehrausgaben mit den durch Änderung der Mengennachfrage entstandenen Ersparnisse hat eine volkswirtschaftliche Bedeutung. Dabei können in diesem Zusammenhang drei Alternativen festgestellt werden:

1. Durch die Preiserhöhung wird per Saldo mehr Einkommen an den Konsum gebunden als Einkommen für die Kapitalbildung frei geworden ist.
2. Die durch Verminderung der Mengennachfrage freigegebenen Mittel übersteigen die Mehrausgaben, so daß ein Teil des Einkommens für die Kapitalbildung zur Verfügung steht.
3. Das an den Konsum gebundene Einkommen kompensiert das freigewordene Einkommen; Ersparnisse entstehen daher nicht.

¹ Das unendlich elastische Angebot des Faktors Arbeit erlaubt eine Vergrößerung der Produktion ohne nennenswerte Kostensteigerung. Allerdings steigt die Gesamtangebotskurve langsam nach oben, sobald die Entlohnung nach der steigenden, d.h. positiven Arbeitsproduktivität durchgeführt wird. Zu dieser Frage vgl. die in der Fußnote 1 der Seite 80 angegebene Literatur.

Bei diesen drei Möglichkeiten kann jedoch keine Aussage darüber getroffen werden, ob letztlich an den Konsum mehr Mittel gebunden sind oder ob Einkommen dem Konsum entzogen wird.¹ Eine endgültige Aussage zu treffen, setzt die Kenntnis voraus, welche quantitative Bedeutung die einzelnen Konsumgüter innerhalb einer unterentwickelten Volkswirtschaft haben. Diese Bedeutung und vor allem die durch Preiserhöhung erzeugten Wirkungen zu quantifizieren sind deshalb nicht möglich, weil z.B. über diese keine statistischen Daten verfügbar sind. Eine gewisse Entwicklungstendenz, die - wie noch zu sehen - entwicklungsbedingt ist, kann jedoch ganz allgemein festgestellt werden.

244. Die Bedeutung der Investition und Horten als Alternative zum Konsum

Auf der anderen Seite beschränkt sich die Reaktion der Wirtschaftssubjekte bei der erörterten preispolitischen Beeinflussung nicht nur auf die unmittelbare Bedürfnisbefriedigung, sondern auch auf das Sparverhalten und die Neigung zum Horten. Unter dieser Annahme können folgende drei Ansätze festgehalten werden:

1. Für den Fall, daß die Nachfrageelastizität größer als 1 ist, und daß daraus Ersparnisse entstehen, kann eine Kapitalakkumulation nur dann erwartet werden, wenn die freigewordenen Mittel in dem Investitionsbereich Verwendung finden. Voraussetzung ist, daß Investitionsmöglichkeiten bestehen oder, wenn nicht, geschaffen werden. Zugleich

1 Zwei Beeinflussungsalternativen sind zu nennen, nämlich einerseits die Einführung von indirekten Steuern auf alle und andererseits auf nur bestimmte Güter, deren Nachfrageelastizität hoch ist. In diesem Fall werden die Konsumenten versucht, nicht steuerlich belastete Substitutionsgüter zu beziehen, mit der Folge, daß mehr Mittel für den Kauf dieser Güter verwendet werden, wenn diese Substitutionsgüter qualitativ besser und deshalb teurer sind.

soll verhindert werden, daß die freigewordenen Mittel nicht in den Sektor Hortung transferiert werden.

2. Für den Fall, daß die Nachfrageelastizität gleich 1 ist, und daß daher keine zusätzlichen Ersparnisse entstehen, kann eine Kapitalakkumulation stattfinden, wenn die Hortung sinkt, was den Transfer zumindest eines Teils dieser in den Investitionssektor bedeutet.

3. Für den Fall, daß die Nachfrageelastizität kleiner als 1 ist, und daß zusätzliche Ausgaben für den Konsum deshalb erforderlich sind, kann Kapitalakkumulation stattfinden, wenn ein Teil des abgehorteten Einkommens in den Investitionsbereich transferiert wird.

25. Die Bedeutung der einzelnen Nachfragegruppen in den Entwicklungsländern

Es soll darauf hingewiesen werden, daß es sich bei der bisherigen Analyse um theoretische Möglichkeiten handelt, die aus der aktiven Preisvariation und der hieraus resultierenden Mengenreduzierung hervorgehen. Ob aber durch die Einführung indirekter Steuern neues Realkapital gebildet werden kann, hängt zunächst vom Verhalten der Konsumenten ab, das sich in der Entwicklung der Nachfrage niederschlägt. Für die Beurteilung der durch Einführung indirekter Steuern herbeigeführten Möglichkeiten der Kapitalbildung ist es deshalb angebracht, die Nachfragen nach verschiedenen Konsumgütern zu untersuchen.

251. Die Nachfrage nach primären Konsumgütern

Es besteht ein Zusammenhang zwischen der Höhe des verfügbaren Einkommens und der Nachfrage nach primären Konsumgütern, und zwar so, daß bei Einkommenssteigerung die Elastizität der mengenmäßigen Nachfrage nach diesen Gütern in bezug auf das Einkommen gering ist. Darüber hinaus wurde festgestellt, daß bei dieser Bevölkerungsgruppe

die Nachfrage nach primären Konsumgütern nicht auf eine Erhöhung der Preise dieser Güter reagiert. M.a.W. die Nachfrageelastizität in diesem Konsumgüterbereich ist sehr niedrig. In den Entwicklungsländern ist zu verzeichnen, daß der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung ein sehr niedriges Einkommen zur Verfügung steht. Die Nachfrage nach primären Konsumgütern ist bei der Masse in bezug auf eine Preisänderung inelastisch. Dagegen ist die Nachfrage nach diesen Gütern bei der Minderheit, der ein hohes Einkommen zur Verfügung steht, elastischer, was zur Folge hat, daß bei der Erhöhung des Preises die primären, d.h. qualitativ schlechteren Konsumgüter, überhaupt nicht mehr gefragt sind und auf qualitativ höher stehende Konsumgüter ausgewichen wird.

252. Die Nachfrage nach Luxus- bzw. Importgütern

Die Nachfrage nach Luxus-¹ bzw. Importgütern in Entwicklungsländern ist im Gegensatz zu der Nachfrage nach diesen Gütern in den entwickelten Industrieländern ebenfalls inelastisch. Diese Inelastizität der Nachfrage kann dadurch erklärt werden, daß die Luxusgüter nicht der Bevölkerungsmasse zugänglich sind, sondern nur von der kleinen Minderheit gefragt sind, deren Konsumgewohnheiten sehr oft durch Statussymbole bestimmt werden.² Dies hat zur Folge, daß bei hohem verfügbarem Einkommen die Nachfrage nach Repräsentationsgütern durch Preiserhöhung in keiner

1 Die Unterscheidung zwischen Luxus- und Nichtluxusgütern bringt insofern relativ wenig Schwierigkeiten, als der Lebensstandard der großen Masse und der kleinen Minderheit sehr unterschiedlich ist. Hierzu vgl. Richard Goode, "Taxation of Savings and Consumption in Underdeveloped Countries", in: R. Bird und O. Oldman (Hrg.), Readings on Taxation in Developing Countries, a.a.O., S. 276

2 Vgl. J. von Spindler, Das wirtschaftliche Wachstum der Entwicklungsländer, Stuttgart, 1963, S. 147

Weise beeinträchtigt wird. Chelliah¹ nennt in diesem Zusammenhang u.a. die Nachfrage nach Konsumgütern Tee, Kaffee, Tabak und Kleidung höherer Qualität. Die Nachfrage nach diesen Gütern ist einerseits preisinelastisch, andererseits sehr einkommenselastisch, was beim Einkommenszuwachs eine Nachfragesteigerung bedeutet. Die Nachfrage nach Importgütern wie Kühlschränke, Personenwagen und sonstige Luxusartikel, die als Statussymbole und Repräsentationsgüter zu bezeichnen sind, wird sehr hoch eingeschätzt. Bei sehr hohem Preis liefert eine anhaltend hohe Nachfrage den Beweis, daß die Preiselastizität dieser Nachfrage sehr gering ist.

Die Inelastizität der Nachfrage nach Luxus- und Importgütern in bezug auf deren Preiserhöhung ist nicht nur auf die Konsumgewohnheiten und aufwendige Lebensweise zurückzuführen;² für diese Inelastizität spricht auch die ungünstige Investitionserwartung in Entwicklungsländern, die in bezug auf das Disponieren des verfügbaren Einkommens eher zu einer Entscheidung zugunsten des Konsums führt.

Mit Rücksicht auf die Entwicklungslage kann jetzt festgestellt werden, daß die Nachfragen nach verschiedenen Konsumgütern in Entwicklungsländern preisinelastisch sind.

1 Raja J.Chelliah, "Fiscal Policy ...", a.a.O., S. 147

2 Der Einfluß des Status innerhalb der Gesellschaft, der Lebensgewohnheiten und sonstige soziale Praxis wird untersucht in: W.Brand, Het Streven van de economisch onontwikkelde landen naar een hogere levensstandaard, Leiden, 1954, übersetzt ins Englische mit dem Titel: The Struggle for a Higher Standard of Living, a.a.O.; Melville J.Herskowitz, Cultural Anthropology, New York, 1955, S. 160 - 164

3. Zusammenfassung

Bei der Zusammenfassung der Ergebnisse der Untersuchung über die Möglichkeiten der Beeinflussung der Entscheidung durch steuerpolitische Maßnahmen kann folgendes festgestellt werden:

1. Der Umlenkungseffekt der direkten und vor allem der indirekten Besteuerung zu Ungunsten des Konsums scheint sehr gering zu sein. Die direkte Besteuerung übt keinen direkten Einfluß auf den Konsum aus; vielmehr setzt die Einführung der direkten Besteuerung eine Einschränkung bzw. Erschwerung des Konsums durch andere Maßnahmen voraus.

2. Der Umlenkungseffekt der indirekten Besteuerung ist ebenfalls gering einzuschätzen, weil die Preiselastizität der Nachfrage als sehr gering zu bezeichnen ist. Durch Einführung von indirekten Steuern werden in dem Fall vielmehr Mittel als bisher an den Konsum gebunden. Zwar stehen dem Staat mehr Mittel als bisher zur Verfügung, deren Verwendung entwicklungspolitisch noch zu entscheiden ist, eine Konsumeinschränkung wird jedoch mit der Steuereinführung nicht erreicht.

3. Der Umlenkungseffekt der Besteuerung im Bereich der Investition setzt voraus, daß in diesem Bereich demnächst günstige Voraussetzungen geschaffen werden.

4. Die Rolle des marktwirtschaftlichen Mechanismus bei dem Diversionseffekt

Die bisherige Analyse hat gezeigt, daß der Versuch, den Konsum durch steuerliche Maßnahmen zu reduzieren, nicht erfolgsversprechend zu sein scheint, da ein geringer Diversionseffekt der Maßnahmen zu verzeichnen ist. Es soll jetzt geprüft werden, inwieweit dieses Ergebnis dem marktwirtschaftlichen Mechanismus zuzuschreiben ist.

4.1. Die Bedeutung dezentralisierter und autonomer Entscheidungen individueller Wirtschaftssubjekte

Die Entscheidung in bezug auf die Einkommensverwendung zwischen Konsum und Ersparnis wird in der Marktwirtschaft, wie erörtert, von Einzelindividuen getroffen.

Dabei wird diese Entscheidung von dem individuellen Präferenzsystem bestimmt. Das individuelle Präferenzsystem seinerseits wird durch das Streben nach Maximierung direkter, d.h. jetziger und zukünftiger individueller Bedürfnisbefriedigung gekennzeichnet. Dies bedeutet, daß die Verwendung des individuellen Einkommens aus diesem Maximierungsprinzip von den Individuen beurteilt wird.

Von diesem Gesichtspunkt aus wird sich das Individuum zugunsten der zukünftigen Bedürfnisbefriedigung erst dann entscheiden, wenn für es durch den Verzicht auf die jetzige Bedürfnisbefriedigung eine höhere Bedürfnisbefriedigung in der Zukunft besteht. M.a.W. das Individuum wird sich bei der Alternativverwendung des Einkommens für die Ersparnis entscheiden, wenn es sich damit eine höhere Be-

friedigung seiner Bedürfnisse verspricht.¹ Es wird dann bereit sein, einen größeren Teil seines Einkommens aus dem Konsum- in den Ersparnissektor umzudisponieren.

Kommt dagegen das Individuum zu der Ansicht, daß die zukünftige Bedürfnisbefriedigung unsicher ist, was bedeutet, daß bei einem Verzicht auf die jetzige Bedürfnisbefriedigung diese insgesamt schlechter wird, wird eine Entscheidung zugunsten der jetzigen Bedürfnisbefriedigung getroffen; es wird nicht bereit sein, auf den Konsum zu verzichten.

42. Die Folge der individuellen, autonomen Entscheidung auf den Konsum und die Ersparnis, und ihre Begründung

Die Wahrscheinlichkeit, daß sich individuelle Wirtschaftssubjekte für eine direkte Bedürfnisbefriedigung entscheiden, wurde in unserer Analyse bereits festgestellt. Im folgenden sollen die wichtigsten Gründe zusammengefaßt werden:

1. Das allgemein niedrige Einkommensniveau

Da der Bevölkerungsmasse ein solches niedriges Einkommen zur Verfügung steht, das das Existenzminimum gerade noch deckt, ist eine autonome individuelle Entscheidung zugunsten der Wahlalternative "Sparen" kaum denkbar. Der Versuch, die Ersparnisse bei dieser Bevölkerungsgruppe durch

¹ Vgl. Henry J. Bruton, Principles of Development Economics, Englewood Cliffs 1965, S. 124. Das Problem der Nutzenmaximierung beinhaltet, u.a. die Meßbarkeit und die Vergleichbarkeit der jetzigen und zukünftigen Nutzen. Das Problem der Vergleichbarkeit der Nutzen wird u.a. durch die Diskontierung der zu erwartenden Einnahmen der Perioden 1, 2 ... n auf die Periode 0 zu lösen versucht. Vgl. G. Tintner, "The Maximization of Utility over Time", in: "Econometrica", Vol. VI (1938), S. 154. Eine kritische Überprüfung der Literatur über Optimierung der Ersparnis: vgl. A. Heertje, "On the Optimum Rate of Saving", in: "Weltwirtschaftliches Archiv", Bd. 90 (1963 I), S. 7 - 44, vor allem S. 28 - 34

finanzpolitische Maßnahmen doch zustande zu bringen, ist vom statischen Gesichtspunkt aus gesehen abzulehnen, da die Last des Existenzminimums durch Besteuerung noch größer wird, ohne dabei der Bevölkerung spürbare und unmittelbare Vorteile zu gewähren. Darüber hinaus muß mit einem heftigen Widerstand der Bevölkerung gerechnet werden. Von der dynamischen Betrachtungsweise her gesehen ist jedoch die Besteuerung dieser Bevölkerungsgruppe möglich und notwendig. Es soll nämlich verhindert werden, daß das zusätzlich verdiente Einkommen für einen höheren Konsum verwendet wird; ein Vorhaben, das nicht unwichtig ist, weil die Konsumneigung der Masse sehr groß ist.

2. Der Nachfrageüberhang der einkommensmäßig besser gestellten Bevölkerungsgruppen

Die Höhe des diesen Bevölkerungsgruppen verfügbaren Einkommens erlaubt eine Alternativwahl zwischen dem Konsum und der Ersparnis. Doch hier wird eine Entscheidung eher zugunsten des Konsums getroffen. Diese zugunsten der Ersparnis festgestellte Tendenz kann nicht nur durch einen institutionell und gesellschaftlich bedingten Nachfrageüberhang nach Luxus- und Konsumgütern mit besserer Qualität erklärt werden. Ein anderer wichtiger Grund kann nämlich in der Frage gesehen werden, ob die Voraussetzungen für die andere Verwendungsalternative "Ersparnis bzw. Investition" derart ungünstig sind, daß sich die Umlenkung der Mittel in diesen Sektor individuell gesehen nicht mehr lohnt. Eine eingehende Untersuchung zu dieser Frage wird jedoch bei der Behandlung der Investitionsförderung angestellt.

43. Die unzureichende Information der Einzelindividuen über die zukünftige Entwicklung und die Einführung einer Gesamtplanung in die Marktwirtschaft

Die von den Einzelindividuen getroffenen Entscheidungen können auch dadurch erklärt werden, daß die ihnen (Einzelindividuen) verfügbare Information über zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten unzureichend sein kann. Diese fehlende Information hat zur Folge, daß nicht alle möglichen Vorteile und Möglichkeiten im Investitionssektor von den einzelnen Wirtschaftssubjekten erkannt werden, was zu der falschen Einschätzung der in Zukunft zu erwartenden Nutzen führt.

In diesem Zusammenhang lautet jetzt die Frage, ob die in den dezentral aufgestellten individuellen Plänen enthaltene Information über die Investition ausreicht. Geht man davon aus, daß in einer Marktwirtschaft die individuellen Pläne ihre Information aus dem Markt gewinnen, kann diese nur beschränkt sein. Diese Beschränktheit ergibt sich daraus, daß der Preis und die ihm entsprechende marginale Anpassung nur eine kurzfristige Signalwirkung zeigen. Dies bedeutet, daß, weil der Markt für die Zusammenfügung größerer wirtschaftlicher Aktivitäten und für die Erkennung der Gesamtzusammenhänge wenig geeignet ist,¹ eine aus dem Markt erzielte Information über die Zukunft beschränkt ist. Der Versuch, diese Informationsbeschränktheit zu überwinden und den einzelnen Wirtschaftsakteuren einen weiten Kenntnishorizont zu verschaffen,² führt zur Einführung von Globalplanung in die Marktwirtschaft.

1 Vgl. Neil W. Chamberlain, Private and Public Planning, New York, 1965, S. 137

2 Vgl. H.K. Schneider, "Planifikation als normatives Informationssystem und als Koordinationsprinzip", in: "Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft", Bd. 120 (1964), S. 351

Eine auf diese Weise ergänzte Marktwirtschaft eignet sich jedoch nicht für die Entwicklungsländer, weil es bei diesen Ländern nicht darum geht, ob eine funktionsfähigere Marktwirtschaft geschaffen wird, ohne daß nach dem mit dieser Ergänzung verfolgten Zweck gefragt wird. Während es sich in den entwickelten Ländern um die Bestallokation der Ressourcen handelt, soll in den Entwicklungsländern der Konsum zugunsten der Kapitalbildung gedrosselt werden. Eine auf individueller Entscheidung beruhende Drosselung des Konsums setzt jedoch eine investitionsgünstige Lage voraus, die durch geeignete wirtschaftspolitische Maßnahmen erst geschaffen werden muß.

II. Investitionsförderung als flankierende Maßnahme zugunsten der Kapitalakkumulation

1. Die unzureichende Investitionstätigkeit und deren Ursache

11. Ungünstiges Investitionsklima als Ausgangspunkt

Es wurde bereits festgestellt, daß die Maßnahmen zur Vergrößerung der Kapitalakkumulation, die sich nur auf die indirekte Beeinflussung der Entscheidung in bezug auf die konsumptive Verwendung des verfügbaren Einkommens beschränken, nicht genügen und nicht effektiv sind. Es sollen vielmehr andere zusätzliche Maßnahmen getroffen werden, die so zu wählen sind, daß ein günstiges Investitionsklima geschaffen wird. Diese Maßnahmen können aber nur dann als effektiv bezeichnet werden, wenn durch sie nicht nur das Investitionsklima geschaffen oder verbessert wird, sondern wenn auch die latente Investitionsneigung zu Investitionen veranlaßt wird.¹

Im folgenden soll untersucht werden, welche zusätzlichen auf Marktwirtschaft beruhenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Beeinflussung der Investitionsentscheidung der Wirtschaftsakteure anzuwenden sind. Von der Annahme ausgehend, daß Investition und Sparen von ein und derselben Person ausgeübt werden, findet der Prozeß der Kapitalakkumulation nicht in ausreichendem Maße statt, wenn Investitionsmöglichkeiten entweder nicht gegeben sind oder von den in Frage kommenden potentiellen Produzenten nicht wahrgenommen werden. Es ist in jedem Fall richtig, daß bei Nicht-Vorhandensein von Investitionsmöglichkeiten bzw. Investitionsbe-

¹ Hirschman spricht von einem Zwang, dem die Investoren ausgesetzt sind, daß sie sich zur Investierung entschieden haben. A.O.Hirschman, The Strategy of Economic Development, New Haven, 1958, S. 27 ff

dingungen die Neigung zur Durchführung von Investitionen kaum gegeben ist.

12. Faktoren, die die Investitionstätigkeit hemmen

121. Kurzer Überblick über die wichtigsten Hemmungsfaktoren

Sind Investitionshandlungen in den Entwicklungsländern zu wecken und zu beleben, dann sind die Faktoren, die die Investitionsneigung bedingen, einerseits zu beseitigen und andererseits die fehlenden Investitionsvoraussetzungen zu schaffen. Welche der wichtigsten Faktoren dabei für den Investitionsmangel verantwortlich sind, wird im folgenden aufgezählt:

1. Soziologische Hemmungsfaktoren
2. Die Beschränktheit und die Partialität des Marktes
3. Kostenerhöhende Faktoren, zu denen
 - der Mangel an Infrastrukturvoraussetzungen,
 - die lange Ausreifungszeit der Investitionen sowie
 - die in den Entwicklungsländern allgemein herrschende hohe Inflationsrate¹zu zählen sind
4. Absatzgefährdende Faktoren.

¹ Die Inflation in den Entwicklungsländern ergibt sich aus der Wachstumsbemühung selbst, da nämlich die Finanzierung von Investitionen nicht durch Kredite, die aufgrund der Ersparnisse geschaffen worden wären, sondern durch das sogenannte "pumppriming" durchgeführt wird. Es entsteht ein durch den Einkommenseffekt hervorgerufener Nachfrageüberhang, da der Kapazitätseffekt der durchgeführten Investitionen erst viel später eintritt. Mit Hinblick auf die Schwierigkeit, die meistens aus der Unkenntnis der konkreten Verhältnisse des Entwicklungslandes zu erklären ist, ist eine Diagnose über die Nachfrageentwicklung sehr schwer. Die Folge ist, daß eine Kontrolle über die eingetretene Inflation fast unmöglich ist.

122. Soziologische Hemmungsfaktoren

Die unzureichende Investition ist nach allgemein vertretener Ansicht darauf zurückzuführen, daß das für den Wirtschaftsprozess unerläßliche Management in den Entwicklungsländern ein knapperer Faktor¹ ist als das Kapital. Die Knappheit wird durch das Sozialverhalten gegenüber dem Management erklärt. In diesen Ländern wird nämlich eine abwertende negative Haltung gegenüber dem Beruf "Kaufmann"² eingenommen. Eine höhere Stellung innerhalb der Wertungshierarchie wird dem so gepriesenen und respektvoll behandelten Beamtentum eingeräumt. Die Folge ist, daß durch die stiefmütterliche Behandlung oder die sogar völlige Vernachlässigung des Management nicht die gebührende Entfaltung erfährt. Diese Vernachlässigung wird darüber hinaus noch durch die Tatsache verstärkt, daß meist aus

1 Vgl. UN, Economic Commission for Africa, Problems Concerning Techniques of Development Programming in African Countries 1959, wiedergedruckt in: G.M.Meier (Hrg.), Leading Issues in Development Economics, New York, 1964, S. 451

2 Der Beruf "Kaufmann" ist nicht dem Management gleichzusetzen. Allerdings ist festzustellen, daß sich Manager unter bestimmten Bedingungen aus den Händlern rekrutieren. Diese Bedingungen werden im allgemeinen als "Unternehmensklima" bezeichnet. Bei der Erfüllung dieses "Unternehmensklimas", d.h. günstige soziokulturelle, technische und ökonomische Faktoren, ist eine Transformation des Händlerdaseins in den Produzenten, bei dem das Management erst recht zum Zuge kommt, wahrscheinlich. Die große Zahl der Kleinhändler in den Entwicklungsländern bedeutet für einige Autoren, daß in diesen Ländern das Unternehmerpotential groß ist. Die Aufgabe der Entwicklungspolitik besteht aber darin, ein günstiges Klima für die Transformation zu schaffen.

Vgl. Bert F.Hoselitz, "Entrepreneurship and Economic Growth", in: ders. (Hrg.), Sociological Aspects of Economic Growth, London, 1964, S. 139 ff; P.T.Bauer und B.S.Yamey, The Economics of Underdeveloped Countries, Cambridge, 1957, S. 105 ff; Fritz W.Meyer, "Entwicklungshilfe und Wirtschaftsordnung", in: Ordo, Bd. XII (1960/61), S. 279 ff; R.Clapham, "Marktwirtschaftliche Theorie und Entwicklungsländer", in: "Wirtschaftspolitische Chronik", H. 2/3 (1969), S. 55 - 78

politischen Gründen eine feindliche Haltung¹ seitens des Staates gegenüber dem Profit demonstrativ gezeigt wird; eine Haltung also, die nicht gerade eine Förderung des Managements und der Managementfunktionen bedeutet.

123. Die Beschränktheit und die Partialität des Marktes

Während die soziologischen Hemmungsfaktoren das Managementangebot sehr ungünstig beeinflussen, wird dieses in seiner Handlungsweise durch die Absatzrisiken, die durch den Dualismus und durch die Partialität des Marktes entstanden sind, behindert.

Unter welchen Aspekten sind die Beschränktheiten und die Partialität des Marktes zu verstehen?

Diese Frage ist insofern von Bedeutung, als zunächst geprüft werden muß, wodurch der Markt, dem der Investor in den Entwicklungsländern gegenübersteht, als Tätigkeitsbereich beschränkt ist. Die Struktur und der Umfang des Marktes in den Entwicklungsländern sind durch folgende Tatbestände bestimmt:

1. Die Gesellschaft in den Entwicklungsländern ist von dem gesellschaftlichen Dualismus² geprägt. Sie ist in zwei nebeneinander stehende moderne und traditionelle Welten gespalten. Diese Spaltung hat im wirtschaftlichen Bereich zur Folge, daß der monetäre Kreislauf innerhalb des schmalen modernen Sektors seine Gültigkeit hat, während in dem traditionellen Sektor die Naturalwirtschaft und die Selbstversorgung vorherrschen. Der Markt als Konstellation von Angebot und Nachfrage beschränkt sich somit auf einen Teilbereich der Gesamtwirtschaft.

1 Vgl. Jan-Peter Wülbern, Zur Frage einer funktionsfähigen Wettbewerbsordnung in Entwicklungsländern, a.a.O., S. 110

2 Vgl. J.H.Boeke, Economics and Economic Policy of Dual Society, a.a.O.

Darüber hinaus wird die durch den Dualismus erzeugte Marktbeschränktheit dadurch noch verstärkt, daß beispielsweise wegen geographischer Abkapselung, die hauptsächlich aus Mangel an infrastrukturellen Kommunikations- und Transportmitteln nicht überwunden werden kann, kleine lokale Teilmärkte entstehen.

2. Auf der anderen Seite werden die isolierten Teilmärkte durch das Einkommensniveau der jeweiligen Bevölkerungsgruppen bestimmt. Das Einkommensniveau ist jedoch von unterschiedlicher Höhe. In bezug auf die Entwicklungsländer kann gesagt werden, daß das Gesamteinkommen pro Kopf der Gesamtbevölkerung sehr niedrig und deshalb die gesamte monetäre Nachfrage sehr gering ist. Die partielle Betrachtung zeigt jedoch, daß sehr hohe partielle Nachfragen vorhanden sind. Die Möglichkeit der Angebotsausdehnung und -differenzierung ist daher nur innerhalb der Teilmärkte gegeben. Die durch kleine Bevölkerungsgruppen mit hohem Einkommen beeinflussten Teilbereiche sind jedoch so eng und in bezug auf die Bedarfsstruktur so anspruchsvoll, daß die Teilnachfrage aus Mangel an entsprechenden Faktor-inputs nicht befriedigt werden kann.
3. Die unzureichende Kenntnis über die Marktsituation und das Marktpotential gehört zu den Gründen, warum die Investition in den Entwicklungsländern nicht in ausreichendem Maße durchgeführt wird. Daß die Kenntnis der Marktlage und die Schätzung deren künftiger Entwicklung Voraussetzung des Marktpotentials sind, ist eine Tatsache, die auch in den Entwicklungsländern gültig ist.

124. Kosten- und Ertragsentwicklung

Die Entscheidung eines Investors wird letztlich von der Entwicklung der für die Investition zu erwartenden Kosten

und der Erträge abhängig sein. Mit Hinblick auf die Partialität und die Enge des Marktes in den Entwicklungsländern sind die Chancen zur Erzielung eines höheren Umsatzes und daher der Erträge gering.

Stellt sich außerdem heraus, daß auch die Kostenentwicklung ungünstig ist, ist eine gewinnorientierte Entscheidung zugunsten der Investitionsdurchführung unwahrscheinlich.

2. Die Kosten- und Ertragsentwicklung in den Entwicklungsländern

21. Die Kosten- und Ertragsentwicklung als Ansatz für die Entwicklungspolitik

Die Bedeutung sozialpsychologischer Faktoren wird in dieser Arbeit nicht besprochen.¹ Vielmehr interessieren uns die Faktoren, die die Entscheidung der potentiellen Investoren unmittelbar berühren. Es wird davon ausgegangen, daß die potentiellen Investoren sich durch einen Kosten-Ertrags-Vergleich die Gewinnaussichten errechnen.

Mit Hinblick auf diese Rentabilitätsüberlegung sollen im Rahmen der Bemühung, ein geeignetes Investitionsklima zu schaffen, auch solche Faktoren berücksichtigt werden, die Kosten und Erträge derart beeinflussen, daß eine günstige Rentabilitätsaussicht besteht, was dann die potentiellen Investoren zur Durchführung der Investitionen veranlassen kann. Im folgenden soll untersucht werden, welche marktwirtschaftlich adäquaten Maßnahmen zur Beeinflussung der Kosten und der Erträge zu treffen sind.

1 Über die Behandlung der soziologischen und anthropologischen Probleme sei auf folgende Arbeiten verwiesen: R.F. Behrendt, Soziale Strategie der Entwicklungsländer, Entwurf einer Entwicklungssoziologie, Frankfurt/M., 1965; E.E.Hagen, On the Theory of Social Change, a.a.O.; derselbe, "The Process of Economic Development", in: "Economic Development and Cultural Change", Vol. 5, Nr. 3 (1957), S. 193 - 215; B.Strümpel, Wirtschaftliche Entwicklung und Entwicklungsmentalität, Berlin, 1964

22. Die kostenbeeinflussenden Faktoren

Zunächst werden die Faktoren untersucht, die die Kosten des Unternehmens beeinflussen. Dabei interessiert uns bei der Analyse dieser kostenbestimmenden Faktoren die Frage, wie weit sie die von den Investoren zu tragenden Kosten ungünstig beeinflussen. Eine solche Abgrenzung der Fragestellung muß nach der Analyse der Faktoren dahin führen, daß bei einem ungünstigen Kostenverlauf, der also nur durch die Entwicklungslage zu begründen ist, eine Entscheidung zugunsten der Investition von den Investoren nicht getroffen wird. Auf der anderen Seite geht die Entwicklungspolitik, die den Versuch unternimmt, die Investitionsstagnation zu überwinden, von der Annahme aus, daß die Höhe der zu tragenden, unvermeidbaren Kosten eine Entscheidungsdeterminante ist. Dies bedeutet, daß ungünstige hohe Gesamtkosten die Entscheidungsfreudigkeit der Investoren hemmen. Umgekehrt wird ein günstiger Gesamtkostenverlauf die Investitionsentscheidung fördern.

22.1. Die unterschiedliche Höhe und Struktur der Kosten und der Ausgaben in den Wirtschaftssektoren

Die Investitionen in den verschiedenen Wirtschaftssektoren unterscheiden sich u.a. nach der Höhe und Struktur der Kosten und der Investitionsausgaben, die für die Durchführung notwendig sind. Für die Durchführung der Investitionen im tertiären Bereich sind die Investitionsausgaben im Verhältnis zu denen im sekundären Bereich nicht so hoch. Dieser Unterschied ergibt sich aus der unterschiedlichen Art des Prozesses (der einzelnen Wirtschaftssektoren), der sich im Umfang und in der Struktur der notwendigen inputs niederschlägt. Während im industriellen Bereich der Produktionsprozeß durch die Notwendigkeit der Verarbeitung der Rohstoffe zu Produktionserzeugnissen als anlageintensiver zu bezeichnen ist, verlagert sich der Schwerpunkt des Prozesses und damit der Einsatz der "Produktionsmittel"

im Handelsbereich auf die Verwertung der Fertigerzeugnisse. Durch die relativ lange Ausreifungszeit der Produktion im industriellen Bereich ist die Bindungsdauer der Produktionsfaktoren und also des Kapitals im Produktionsprozeß bedeutend länger als im Handelssektor. Bei diesem kann die Umschlagshäufigkeit der Mittel vervielfältigt werden.

222. Die unterschiedliche Produktionsmethode und die Höhe der Kapitalausgaben

Nicht nur die Unterschiede in der Ausgabenintensität bei den verschiedenen (sekundären und tertiären) Wirtschaftssektoren, sondern auch die Produktionstechnik als solche prägen die Entscheidung bezüglich der Mittelverwendung zwischen den verschiedenen Investitionsalternativen.

2221. Der arbeits- und der kapitalintensive Produktionsprozeß

Zu unterscheiden ist der arbeits- von dem kapitalintensiven Produktionsprozeß. Der Einsatz und damit die Kombination von Produktionsfaktoren wird durch die unterschiedlichen Preise und die marginalen Produktivitäten der Produktionsfaktoren bedingt. Unter der Annahme, daß zur Erreichung des gleichen Produktionsziels mehrere Produktionsalternativen zur Verfügung stehen, wird die Entscheidung zugunsten des kostengünstigsten Produktionsprozesses getroffen. Mit den verschiedenen Produktionsprozeßalternativen erhebt sich die Frage, welche unter ihnen, unter Berücksichtigung der Entwicklungsverhältnisse, die günstigste ist, zu wessen Gunsten eine Entscheidung getroffen wird. Generell läßt sich sagen, daß zu diesem Problem zwei unterschiedliche Meinungen herrschen. Die eine Richtung vertritt die Meinung, daß solche Produktionsprozesse gewählt werden sollen, die dem herrschenden Produktionsfaktorverhältnis entsprechen. Dies bedeutet, daß für eine mehr arbeitsintensive Produktionsprozeßalternative plä-

diert wird. Die andere Richtung ist dagegen der Auffassung, daß die kapitalintensive Produktionsprozeßalternative schon jetzt einzuführen sei, obwohl dies das merkliche Knappheitsverhältnis im Kapitalbereich nicht zuläßt.¹

Ohne auf Einzelheiten der hervorgehobenen Vor- und Nachteile der einzelnen Produktionsprozeßalternativen einzugehen, soll hier nur das allgemeine Charakteristikum der Argumente, die zur Bevorzugung der einen oder der anderen Produktionsmethode führt, genannt werden. Es gilt nämlich festzustellen, daß die Einführung von arbeitsintensiven Produktionsmethoden in erster Linie zur Beseitigung von offener und versteckter Arbeitslosigkeit gedacht ist.²

Dagegen sieht die Einführung der kapitalintensiven Produktionsmethode auf die "Erhöhung der wirtschaftlichen Produktionskapazität so schnell wie möglich"³. Zu diesem Zweck bietet sich nach Auffassung ihrer Vertreter geradezu die kapitalintensive Produktionsmethode an, weil auf der einen Seite die Arbeitsproduktivität in den Entwick-

1 Vgl. Charles P. Kindleberger, Economic Development, New York - St. Louis ..., 1965, S. 249. Als Vertreter der Politik der Einführung kapitalintensiver Produktionsmethode sind zu nennen: W. Galenson und H. Leibenstein, "Investment Criteria, Productivity and Economic Development", in: "Quarterly Journal of Economics", Vol. LXIX (1955); A. E. Kahn, "Investment Criteria in Development Programs", in: "Quarterly Journal of Economics", Vol. LXV (1951), S. 38. Vertreter der Politik der Einführung arbeitsintensiver Produktionsmethode: F. A. Hayek, "Toward a Theory of Economic Growth", in: R. Lekachman (Hrg.), National Policy for Economic Welfare at Home and Abroad, New York, 1955, S. 89, zitiert in: Charles P. Kindleberger, Economic Development, a.a.O., S. 249

2 Vgl. Charles P. Kindleberger, Economic Development, a.a.O., S. 250

3 H. J. Bruton, "Growth Models and Underdeveloped Economies", in: A. N. Agarwala und S. P. Singh (Hrg.), The Economics of Underdevelopment, a.a.O., S. 227

lungsländern sehr niedrig, dagegen die Kapitalproduktivität sehr hoch ist.

Sieht man das Problem der Wahl zwischen den verschiedenen Produktionsprozeßalternativen vom Standpunkt der Kapitalakkumulation, so ist anzumerken, daß die kapitalintensive Produktionsmethode deshalb vorzuziehen ist, weil einerseits für bestimmte entwicklungsnotwendige Investitionen große Kapitalausgaben unvermeidbar sind und andererseits mit der Einführung der kapitalintensiven Produktionsmethode die Chance eines schnellen Aufbaus von Produktionskapazitäten größer ist als bei einer anderen Produktionsmethode. Inwieweit jedoch die potentiellen, privaten Investoren sich an diesem Entwicklungsziel orientieren, hängt davon ab, ob sie in der Lage sind, die damit verbundenen Ausgaben und Kosten zu tragen. Offenbar stehen die Investoren zwischen zwei Möglichkeiten. Unter den gegebenen Umständen ist anzunehmen, daß sie der Produktionsmethode den Vorzug geben, die niedrigere Kapitalausgaben aufweist. Doch hier sollen Ansätze für entwicklungspolitische Aufgaben gegeben sein, inwiefern die Entwicklungspolitik in der Lage ist, Anreize für die Investoren zu schaffen.

2222.Mangelnde Infrastrukturvoraussetzungen und deren Folge auf die Kapitalausgaben

Voraussetzung für die Durchführung von Investitionen ist die Existenz ausreichender Infrastruktur. Diese Bedingung ist nicht in ausreichendem Maße in den Entwicklungsländern vorhanden. Bei der Durchführung von Investitionen sind die privaten Investoren daher gezwungen, die Ausfüllung der Lücke, die durch mangelnde Infrastrukturversorgung entsteht, in ihre Investitionsentscheidung einzubeziehen. Die unzureichende Versorgung beispielsweise mit Transportmitteln, Kommunikation, Energie, Reparaturwerkstatt, Rohmate-

rial und Brennstoff, Ausbildung in allen Stufen¹ ist häufig als Problem bei der Durchführung von Investitionen genannt. Die Selbstversorgung hat dann zur Folge, daß die laufenden Kosten und Kapitalausgaben steigen, weil die Investoren nicht in den Genuß der kostengünstigen Vorteile der external economies gelangen.² Eine solche ungünstige Entwicklung wird dazu führen, daß in einem Entwicklungsland die Durchführung einer Investition höhere Kapitalausgaben erfordert als in einem entwickelten Land, weil in dem erstgenannten die Notwendigkeit zum Aufbau von Sozialkapital besteht, das in dem letztgenannten Land bereits existiert. In welchem Maße sich die unzureichende Infrastruktur auf die Kostenstruktur eines Projektes niederschlägt, verdeutlicht der von Doyle angestellte Vergleich zwischen einer in Indonesien und einer in den USA errichteten Zementfabrik.³

1 Vgl. H.G.Aubrey, "Investment Decisions in Underdeveloped Countries", in: M.Abramovitz (Hrg.), Capital Formation and Economic Growth, a.a.O., S. 435

2 derselbe, "Investment Decisions ... ", a.a.O., S. 427

3 Leonard A.Doyle, Inter-Economy Comparisons, A Case Study, A Comparative Study of Industrial Development, Currency Devaluation, and Inflation, Publications of the Institute of Business and Economic Research University of California, Berkeley and Los Angeles, 1965

Die Feststellung von Kuznets, daß die realen Gesamtkosten mit der fortschreitenden Entwicklung steigen, widerspricht unserer Feststellung nicht. Die ausreichende Infrastruktur in den entwickelten Ländern verhindert, daß die von den Investoren zu tragenden Kosten nicht noch höher steigen. Vgl. S.Kuznets, Quantitative Aspects of the Economic Growth of Nations, VII: "The Share and Structure of Consumption", in: "Economic Development and Cultural Change", Vol. 10 (1962), S. 58 ff

Tabelle 7

Kostenstrukturvergleich zwischen zwei Zementfabriken in Indonesien und den USA

	Gresik (Indonesien)		Cushenberry (USA)	
	abs. in US \$	in %	abs. in US \$	in %
1. Verwaltungsge- bäude, "Commu- nity development", Kaufanlage	12.217.350	38.7	1.390.619	9.5
2. Versorgungsanlagen (Dock und Ölanla- gen, Dieselkraftan- lage, Elektrizität, Wasseranlagen)	6.001.685	19.4	2.061.602	13.5
3. Zementproduktions- anlagen und entspre- chende Lagersilos	13.343.893	41.9	11.087.494	77.0
Gesamtinvestition	31.562.928	100.0	14.539.715	100.0

Quelle: L.A.Doyle, Inter-Economy Comparisons, a.a.O.,
Appendix 1, Tabelle 2-1

Der in der Tabelle 7 errechnete Unterschied in den Ausga-
ben für Verwaltung zwischen der in Indonesien und in
Cushenberry errichteten Zementfabrik - 39 % zu 10 % - er-
klärt sich dadurch, daß bei der erstgenannten die Infra-

strukturausgaben notwendig sind. Zählt man zu den allgemeinen Verwaltungsausgaben noch die Ausgaben für Versorgungsanlagen, d.h. Elektrizitäts- und Wasserversorgung, ergibt sich für die indonesische Zementfabrik ein Ausgabenanteil von 58 %, für das amerikanische Projekt jedoch nur noch 23 % der jeweiligen Gesamtkostenausgabe.

Dieses Problem ist um so komplizierter, als die durch die ungünstige Entwicklungslage hervorgerufene Unsicherheit eine genaue Schätzung des sicherlich hohen Kapitalbedarfs äußerst schwierig macht. Die Wahrscheinlichkeit, daß der Kapitalbedarf unterschätzt worden ist, erklärt sich aus dieser Schwierigkeit.

Zu dieser Schwierigkeitsprognose ist noch die Tatsache hinzuzufügen, daß bei den anlageintensiven Investitionen die Reifungszeit, d.h. die Zeit bis das erste Produktionsergebnis sichtbar ist, ziemlich lange dauert. Dies bedeutet, daß die durchschnittliche Bindungsdauer der Kapitalmittel hoch ist. Hieraus ergeben sich:

1. eine lange Durststrecke, die nur durch die zusätzliche Anschaffung von Mitteln bzw. Krediten zu überbrücken ist, mit der Folge, daß zusätzliche Kosten ohne den Gegenwert aus der Einnahmeseite zu tragen sind und
2. das Verlustrisiko, das aus unvorhergesehenen Gründen entsteht, Es wird auf lange Sicht um so wahrscheinlicher, je länger die Durststrecke ist.

23. Faktoren, die den Umsatz beeinflussen

Bei der Analyse der Ausgaben- bzw. Kostenseite wurde gezeigt, daß deren Höhe und Struktur unter Berücksichtigung der bestimmenden, in den Entwicklungsländern herrschenden Faktoren für die Investoren ungünstig sind.

Bestrachtet man die Möglichkeiten, die sich auf der Umsatzseite bieten, ist eine allgemeine Entwicklung zu ver-

zeichnen, die die Investoren nicht zu einer Entscheidung zugunsten der der Entwicklung ausreichenden Investitionen veranlassen kann.

Parallel zu der Ausgabenseite soll gezeigt werden, welche Faktoren den Ertrag bzw. Umsatz der Investitionen in den Entwicklungsländern beeinflussen.

231. Die monetäre Nachfrage und ihre Struktur

An anderer Stelle wurde die Bedeutung des Einkommensniveaus im Hinblick auf die Höhe der monetären Nachfrage angedeutet. Das niedrige Einkommensniveau bedeutet, daß die Aussicht auf eine Vergrößerung des Umsatzes beschränkt ist.¹ Die Betrachtung der einzelnen Nachfragen führt jedoch zu unterschiedlichen Ergebnissen, weil in den Entwicklungsländern erhebliche Unterschiede in der Einkommens- und in der Nachfragestruktur zu verzeichnen sind. Denn einerseits beschränkt sich zwar die Nachfrage des überwiegenden Bevölkerungsteils auf einige essentials, andererseits jedoch wird die Nachfrage der Bevölkerungsminderheit durch eine nuancierte Wunschalette gekennzeichnet.

Ob die letztgenannte Nachfrage genügend Impulse für die Produktion gibt, ist sehr stark zu bezweifeln, da sie an die nachgefragten Konsumgüter qualitativ hohe Anforderungen stellt. Aus Mangel an geeigneten inputs ist jedoch eine wirtschaftlich vertretbare Herstellung im Inland nicht gegeben; die Nachfrage dieser Minderheit mit sehr hohem Einkommen ist daher stark importorientiert. Außerdem ist diese Nachfrage meistens zu klein für eine inländische Produktion.²

1 Vgl. Ragnar Nurkse, "Capital Formation ...", a.a.O.

2 Vgl. H.G. Aubrey, "Investment Decisions in Underdeveloped Countries", in: M. Abramovitz (Hrg.), Capital Formation and Economic Growth, a.a.O., S. 423

232. Die Nachfrageelastizität als Bestimmungsfaktor des Umsatzes

Als weiterer Bestimmungsfaktor des Umsatzes wird die Nachfrageelastizität genannt. Bei gegebener Nachfrageelastizität wird der Umsatz durch Preismanipulation zu erhöhen versucht. Dabei ist dies theoretisch auf zweierlei Wegen möglich, nämlich bei einer inelastischen Nachfrage durch Preiserhöhung und bei einer elastischen Nachfrage durch Preissenkung. Da über die Wirkungen preiserhöhender Maßnahmen auf die Dispositionsentscheidung der Konsumenten bereits gesprochen und damit die Wirkungen auf den Umsatz der Investoren implizit behandelt wurden, braucht hier auf diese Probleme nicht mehr eingegangen zu werden. Die Frage, welche Konsequenz eine Preiserhöhung auf die Einkommensentwicklung haben kann, wird an anderer Stelle behandelt.

233. Der Zugang neuer Unternehmen und die ausländische Konkurrenz

Der Umsatz der einzelnen Unternehmen wird auch davon abhängen, ob die Möglichkeit des Zugangs neuer Unternehmen gegeben oder nicht gegeben ist. Ist zum Beispiel der Zugang neuer Betriebe in die Branche gegeben, bedeutet dies eine Gefährdung oder zumindest eine Verunsicherung des Umsatzes, der bei einem schmalen Markt ohnehin bereits brüchig ist. Hinzu kommt, daß die Konkurrenz mit Hinblick auf die Enge des Marktes für die Umsatzentwicklung deshalb ungünstig ist, weil damit der Marktanteil der Unternehmer noch kleiner wird.

Auf der anderen Seite wird jedoch darauf hingewiesen, daß die Schaffung einer kompetitiven Situation schwierig und unwahrscheinlich ist. Dies wird damit begründet, daß gerade die Enge des Marktes selbst neue Betriebe vom Eintritt in den bestehenden Markt abhält. So gesehen ist eine Mo-

nopolsituation in den Entwicklungsländern eher möglich.¹

Wenn es gilt, daß das Umsatzvolumen der bestehenden Unternehmen vom Eintritt neuer inländischer Unternehmer wenig gefährdet wird, ist dies im Hinblick auf die ausländische Konkurrenz nicht der Fall. Hier handelt es sich um Vorteile seitens der ausländischen Teilnehmer, die sich daraus ergeben, daß die von Ausländern angebotenen Konsumgüter kostengünstiger produziert werden. Zu dieser sehr günstigen Produktionskostenentwicklung werden noch Transportkosten gezählt. Die Gesamtkosten sind dann so niedrig, daß die ausländische Konkurrenz ihre Erzeugnisse zu einem niedrigeren Preis anbieten kann. Da es sich hier um substitutive Güter handelt, wird eine Nachfrageverschiebung zugunsten des ausländischen Angebots stattfinden.

Die Analyse der Bestimmungsfaktoren des Umsatzes hat gezeigt, daß hohe und sichere Erträge nicht zu erwarten sind. Diese Schlußfolgerung gilt auch für das Problem, das durch den Neueintritt entsteht, zumindest in dem Sektor mit hoher Rentabilitätserwartung.

¹ Vgl. Murray D. Bryce, Industrial Development, A Guide for Accelerating Economic Growth, New York - Toronto - London, 1960, S. 58

3. Maßnahmen zur Beeinflussung der Kosten bzw. Ausgaben von Investitionen

31. Alternativen für die Ansätze zur Einführung von wirtschafts- und entwicklungspolitischen Maßnahmen

Nachdem die Faktoren, die die Kosten und den Umsatz der Investitionen in den Entwicklungsländern beeinflussen, erläutert wurden, können jetzt folgende Zusammenhänge genannt werden:

- Die Konstellation der Bestimmungsfaktoren ist für Investitionen in den Entwicklungsländern ungünstig. Sie hat zur Folge, daß für die Durchführung von Investitionen im allgemeinen relativ hohe Kosten bzw. finanzielle Ausgaben erforderlich sind.
- Dagegen erlauben die Bestimmungsfaktoren keine Prognose auf einen hohen Umsatz.
- Die Gegenüberstellung von Kosten- und Ertragsentwicklungen zeigt, daß die Aussicht der Investoren auf die Erzielung des ihnen vorschwebenden Gewinns gering einzuschätzen ist.

Die Aufgaben der marktwirtschaftlich orientierten Entwicklungspolitik bestehen nun darin, durch Einführung von geeigneten Maßnahmen, auf der einen Seite die Entwicklung der Kosten zugunsten der potentiellen Investoren zu beeinflussen, und auf der anderen Seite diesen die Möglichkeit zur Erhöhung des Umsatzes zu gewähren. Darüber hinaus soll die Wirtschaftspolitik in den Entwicklungsländern die potentiellen Investoren zur Reinvestition bzw. zur Umlenkung der Kapitalmittel in den Investitionssektor bewegen.

32. Die Schaffung notwendiger Infrastrukturvoraussetzungen als Maßnahme zur Beeinflussung der Kosten- und Ausgabenentwicklung der Investitionen

321. Die Schaffung von Infrastrukturvoraussetzungen

Die mit der Infrastrukturinvestition verbundene hohe finanzielle Ausgabendimension ist einer der Hinderungs-

gründe, durch die die Stagnation in dem Investitionsbereich zu erklären ist. So verstanden besteht die Aufgabe der Entwicklungspolitik darin, diese infrastrukturebedingten Investitionsausgaben dem Staat zu übertragen, nicht so sehr, weil bei diesen Investitionen die marginale Anpassung eines Preismechanismus nicht möglich ist,¹ sondern weil damit die Ausgabendisposition der privaten Investoren günstiger gestaltet werden kann. Dabei wird davon ausgegangen, daß die Erfüllung von infrastrukturellen Voraussetzungen zwar nicht zur automatischen, d.h. zwingenden Ingangsetzung neuer Investitionsprozesse führen muß, doch daß sie den potentiellen Investoren die Ausführung ihrer Investitionsvorhaben erleichtert.

Im Zusammenhang mit der Aufgabenübernahme ist es besonders wichtig, in welcher Struktur und in welchem Umfang die Infrastrukturinvestition vorzunehmen ist. Diese Frage ist insofern von Bedeutung, als die von der Entwicklungspolitik zu ergreifenden Maßnahmen eben von der vorzunehmenden Infrastrukturinvestition abhängig sind. Im folgenden sollen zunächst verschiedene Aspekte besprochen werden, mit denen Umfang und Struktur des Infrastrukturbedarfs beurteilt werden.

3211. Das Problem der Wachstumsoptimalität der Infrastruktur

Der Umfang der benötigten Infrastrukturinvestition ist bei der Angabe eines wachstumspolitischen Ziels durch Kombination zwischen der Infra- und Suprastruktur bestimmt. Bei der Bestrebung nach optimaler Allokation der Ressourcen ist eine optimale Infrastrukturinvestition erforderlich. Die Infrastruktur ist jedoch dann optimal, wenn für die Erzielung des gesetzten Wachs-

1 Vgl. E.Tuchfeldt, "Infrastrukturinvestitionen als Mittel der Strukturpolitik", in: R.Jochimsen und Udo E.Simonis (Hrg.), Theorie und Praxis der Infrastrukturpolitik, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF Bd. 54, Berlin, 1970, S. 128 - 130

tumsziel die Infrastrukturausgaben minimiert werden.¹

3212. Die maximale Versorgung der Infrastruktur aus der Sicht der Kostenentwicklung der Investoren

Die ermittelte optimale Infrastruktur ist jedoch nur die Bedingung, unter der das Wachstumsziel mit minimalem Einsatz der Mittel im Infrastrukturbereich erreichbar ist. Die wichtige Frage, welche Erleichterung in bezug auf eine günstige Gesamtkostenentwicklung die Investoren mit der Übernahme der Infrastrukturaufgaben durch den Staat erfahren, wird impliziert. M.a.W. da es sich bei der Infrastrukturbeschaffung um Entwicklungsprozesse handelt, die angekurbelt werden müssen, müssen die für die Infrastruktur zu tragenden Investitionsausgaben möglichst viel vom Staat übernommen werden. Die Bedeutung einer solchen Infrastrukturstrategie besteht darin, daß je mehr Infrastruktur verfügbar ist, um so mehr sinken die von den potentiellen Investoren zu tragenden Gesamtausgaben.²

3213. Die Grenze der Infrastrukturversorgung durch den Staat

Auf der anderen Seite wird der weitgehenden Übernahme des Infrastrukturausbaus durch den Staat eine Grenze gesetzt. U.a. wird diese Grenze durch die finanzielle Kapazität des Staates bestimmt. Je größer diese finanzielle Kapazität ist, desto größer ist die Möglichkeit für den Staat, infrastrukturelle Investitionen durchzuführen. Umgekehrt kann der Mangel an staatlichen Finanzierungsmitteln einen Infrastrukturausbau verhängen, der niedriger ist als die für die Erreichung eines festgesetzten Wachstumsziels notwendige Infrastruktur.

1 Vgl. E.Tuchfeldt, "Infrastrukturinvestitionen als Mittel der Strukturpolitik", a.a.O., S. 134

2 Vgl. A.O.Hirschman, The Strategy of Economic Development, a.a.O., S. 86 f

Dabei ist anzumerken, daß die finanzielle Kapazität im Rahmen des Staatshaushalts abgesteckt wird, wie noch zu erklären ist.

322. Das Finanzierungsproblem der Infrastrukturinvestitionen

3221. Die finanzielle Grenze und die Art der Finanzbeschaffung

Die Übernahme der Infrastrukturaufgaben durch den Staat ist neben der ordnungspolitischen auch eine Finanzierungsfrage. Während auf der einen Seite der theoretisch mögliche Umfang der vom Staat zu übernehmenden Infrastruktur u.a. davon abhängig ist, welches wirtschaftspolitische Konzept in einer Volkswirtschaft Anwendung findet,¹ wird der Umfang der realisierten Infrastruktur davon abhängen, wie hoch die tatsächliche finanzielle Kapazität ist, die dem Staat zur Verfügung steht. Dabei wird hierunter die Möglichkeit verstanden, Mittel zu verschaffen, die der Finanzierung dieser Infrastruktur dienen. Diese Finanzierungsmittel² setzen sich in der Regel aus Steuereinnahmen, Gebühren, Anleihen, Rücklagen und Auslandsmitteln zusammen. Wie weit der Staat die Infrastrukturausgaben übernehmen kann, soll im folgenden untersucht werden.

3222. Die Möglichkeit der Übernahme der Infrastrukturausgaben durch den Staat

Die Frage, wie hoch die finanzielle Kapazität des Staates, und damit auch in welchem Umfang die Infrastruktur in den Entwicklungsländern realisierbar ist, kann nicht beantwortet werden, ohne daß der Zusammenhang der Infrastrukturpolitik mit der Budgetpolitik vorher

1 Vgl. E. Tuchfeldt, "Infrastrukturinvestitionen...", a.a.O., S. 132

2 Vgl. E. Dammroff, Finanzierung der Infrastruktur, Staatswissenschaftliche Studien, NF Bd. 59, S. 26 - 58

erläutert wurde. Es empfiehlt sich zu erwähnen, daß die Infrastrukturpolitik nicht allein betrieben wird. Sie wird vielmehr im Rahmen der Entwicklungs- und der Budgetpolitik durchgeführt. Die bedeutet, daß die Entscheidung, in welchem Maße die Infrastrukturinvestition durchzuführen ist, davon bestimmt wird, welchen Platz diese in der Prioritätenskala einnimmt;¹ danach wird dann die finanzielle Entscheidung getroffen. In den Entwicklungsländern gibt es außer Infrastruktur andere für wichtiger gehaltene Entwicklungs- und wirtschaftliche Probleme, die in der Prioritätenskala daher einen vorgeschobenen Platz haben. Dies ist z.B. der Fall bei der Verteidigungspolitik und der Versorgung der Bevölkerung mit primären, lebensnotwendigen Gütern.

Tabelle 8

Mittelbeschaffung zur Finanzierung von staatlichen Investitionen in Indien (in %)

Mittelherkunft	1956 - 1959
1. Brutto-Ersparnis (Staatseinnahmen aus Steuern)	28.8
2. Staatsanleihen	
-aus dem Inland	74.4
-aus dem Ausland	15.2
3. Zurückgenommene Schatzanweisungen	-18.2
Finanzierungssumme	100.0

Quelle: J.M. Healey, The Development of Social Overhead Capital in India 1950 - 1960, Oxford 1965, S. 15

¹ Vgl. H. Zimmermann, "Alternativen der Finanzierung von Infrastrukturvorhaben", in: R. Jochimsen und Udo E. Simonis (Hrg.), Theorie und Praxis der Infrastrukturpolitik, a.a.O., S. 187

Die Tabelle 8 zeigt, daß die aus den Steuereinnahmen, Gebühren und staatlichen Ersparnissen zusammengesetzten Finanzierungsmittel 29 %, die Finanzierungsmittel aus Staatsanleihen dagegen 74 % der gesamten Finanzierungsmittel ausmachen. Sie zeigt, daß nicht die Steuereinnahmen, die Gebühren und die Einnahmen aus staatlichen Unternehmen, sondern die Staatsanleihen die hauptsächliche Finanzierungsquelle darstellen. Dies erklärt sich dadurch, daß der Löwenanteil der Staatseinnahmen aus Steuern zunächst zur Finanzierung anderer öffentlicher Ausgaben bestimmt ist.¹

Der Rest verbleibt für die Finanzierung der Infrastruktur. Da diese restlichen Mittel den Finanzierungsbedarf der Infrastrukturinvestitionen nicht decken können, müssen entweder der Umfang der vorgesehenen Infrastruktur wesentlich reduziert oder Staatsanleihen in Höhe der fehlenden Finanzierungsmittel genommen werden.

Das Beispiel zeigt, daß die letztgenannte Alternative in Indien praktiziert wird. Geht man jedoch davon aus, daß "deficit financing" in den Entwicklungsländern viel schwächer als in den entwickelten Ländern zu kontrollieren ist, und daß wegen ihrer Inflationsgefahr² diese "unsolide"³ Finanzierungsmethode mit Vorsicht anzuwenden ist, müßte das Infrastrukturvolumen reduziert werden. Diese für die Infrastruktur ungünstige Entscheidung in bezug auf Priorisierung hat zur Folge, daß die Zuteilung finanzieller Mittel zugunsten dieser Investition beschränkt ist. Dies bedeutet jedoch, daß die finanzielle Kapazität, die der Infrastrukturinvestition zur Verfügung gestellt wird, begrenzt ist. Die Möglichkeit der Übernahme der Infrastrukturausgaben durch den Staat ist somit begrenzt.

1 Vgl. J.M.Healey, The Development of Social Overhead Capital in India, 1950 - 1960, a.a.O., S. 17

2 Vgl. R.B.Bangs, Financing Economic Development, a.a.O., S. 68

3 E.Dammroff, Finanzierung der Infrastruktur, a.a.O., S. 34

Die durchführbare Infrastruktur ist im Verhältnis zu dem Umfang der entwicklungsmäßig notwendigen Infrastruktur kleiner, weil die finanzielle Kapazität sehr beschränkt ist. Aus diesem Grunde, d.h. nachdem die verfügbaren Finanzierungsmittel ermittelt worden sind, ist eine Anpassung der Investitionspläne an die finanzielle Kapazität notwendig.¹ Über die Abstimmungsmethode und den Abstimmungsprozeß soll hier nicht gesprochen werden, da dies den Rahmen unserer Untersuchung sprengen würde.

Ein anderer Gesichtspunkt ist die Frage, auf welche Weise die Finanzierung der Infrastruktur durchzuführen ist. Hier soll kurz auf den Einfluß von Gebühren und Steuern eingegangen werden.

3223. Die Gebührenerhebung und Besteuerung und ihre Wirkung auf die Kostenentwicklung der Unternehmen

Der uns interessierende Aspekt des Problems "Steuer oder Gebühr"² ist, welchen Einfluß diese

1 Dieses Anpassungsproblem findet man auch bei der Ziel-Mittel-Beziehung. Um eine realistische Entwicklungspolitik zu gestalten, muß das gesteckte Ziel auch umgekehrt der Verfügbarkeit der Mittel angepaßt werden. Zu diesem Problem, vgl.: K.W. Kapp, "Economic Development in a New Perspective: Existential Minima and Substantive Rationality", in: "Kyklos", Vol. XVII (1965), S. 57 - 64 ; B. Knall, "Ziele und Kriterien realistischer Entwicklungsplanung", in: W. Guth (Hrg.), Probleme der Wirtschaftspolitik in Entwicklungsländern, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF Bd. 46, Berlin 1967, S. 13 - 37

2 K.H. Hansmeyer und D. Fürst, Die Gebühren. Zur Theorie eines Instrumentariums der Nachfragelenkung bei öffentlichen Leistungen, Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaften, Bd. 18, Stuttgart - Berlin - Köln - Mainz, 1968

auf die Investitionsneigung der Unternehmer haben. Dabei ist dieses Problem (erst) als relevant anzusehen, wenn oder weil mit der Gebührenerhöhung und Besteuerung die Gesamtkosten der Unternehmer tangiert werden. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, daß die mit der Inanspruchnahme der angebotenen Leistungen entrichteten Gebühren sich in der Kostenrechnung der Unternehmer niederschlagen. Die damit erhöhten Gesamtkosten brauchen jedoch nicht unbedingt zur Entmutigung der Investitionsneigung und Investitionstätigkeit zu führen, nämlich so lange nicht, wie die gezahlten Gebühren dem Preis zugeschlagen werden können. Es wurde bereits gesehen, daß Preiserhöhung dann nicht zur Umsatzminderung führt, wenn die Nachfrageelastizität in bezug auf Preisänderung sehr gering ist. Dagegen kann die Preiserhöhung bei einer hohen Preiselastizität nicht ohne Umsatzschrumpfung den Konsumenten angelastet werden. Die Schlußfolgerung lautet dann, daß die Wirkung der Gebührenerhebung nur auf das Verhalten der die Leistung der Infrastrukturinvestition in Anspruch nehmenden Investoren beschränkt und innerhalb dieser Gruppe je nach der Elastizität der Nachfrage unterschiedlich zu beurteilen ist.

Dagegen ist die Wirkung der Steuererhebung auf die Entscheidung der Unternehmer von der erhobenen Steuerart her zu beurteilen. Wenn nämlich davon ausgegangen wird, daß die Finanzierung der Infrastrukturinvestition nicht mit bestimmten Steuereinnahmen verbunden wird, hat beispielsweise die indirekte Steuer keine direkte Wirkung auf die Gesamtkosten der Unternehmen. Die Entscheidung der Investoren wird durch eine Steuererhebung erst dann beeinflusst, wenn wie bei Gewinn- und Körperschaftssteuern der Gewinn und das Einkommen der Unternehmer beeinträchtigt werden. Aus diesem Grunde wird in den Entwicklungsländern vielfach empfohlen, die Unternehmen ^{von} Steuerlasten zu befreien und die sogenannten "tax holiday" einzuführen. Die für die Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen benötigten Einnahmen sollen dann durch indirekte

sind als die vom Staat übernommenen Infrastrukturausgaben, wird der Gewinn der Investoren größer. Haben die Investoren den Markt mit dem höchstmöglichen Gewinn erreicht, besteht jetzt für sie die Möglichkeit, ein größeres Produktionsvolumen mit dem einbehaltenen Gewinn zu finanzieren.

33. Maßnahmen und Möglichkeiten zur Reduzierung der Kapitalkosten

331. Faktoren, die die Produktionskosten beeinflussen

Die Investitionen in den Entwicklungsländern werden nicht nur durch die außerordentlich hohen Ausgaben für Infrastruktur, sondern auch durch solche Kosten belastet, die zu den Produktionskosten zu rechnen sind. Diese Kosten sind im Vergleich zu denen der Investitionen in den entwickelten Ländern und im Gegensatz zu der allgemeinen Erwartung verhältnismäßig hoch. Zu dieser **Feststellung** ist man aufgrund der vorläufigen Ergebnisse der von dem Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv im Jahre 1969 geführten Untersuchungen gekommen.¹ Es wurde festgestellt, daß bei 78% der untersuchten Projekte die Gesamtkosten mit etwa 20% über dem deutschen Niveau liegen. Zwar sind die Personalkosten bei 85% der Projekte niedriger als in der BRD, bei 81% der Projekte wurden jedoch höhere Materialkosten ermittelt. Die ungünstige Gesamt- und Produktionskostenentwicklung, die auch bei anderer Untersuchung festgestellt wurde,²

1 Vgl. Awni Al-Ani, "Deutsche Direktinvestitionen in Entwicklungsländern", in: "Wirtschaftsdienst", 49. Jg. (1969), H. 4, S. 203 - 206

2 Vgl. M. Kidron, Foreign Investment in India, London - New York - Bombay, 1965, S. 246 - 258

ist durch eine Reihe von Erklärungen zu begründen. U.a. sind folgende Argumente anzugeben:

1. Der Mangel an Infrastruktur in den Entwicklungsländern führt nicht nur zu der Notwendigkeit, höhere Investitionsausgaben vorzunehmen, sondern auch dazu, daß Betriebseinrichtungen, die **sonst nicht notwendig** wären, gebaut werden. Deutlich ist eine solche Notwendigkeit am Beispiel zu sehen, in dem die ungenügende Transportmöglichkeit durch Errichtung größerer Lagerkapazität überbrückt wird.¹
2. Die Versorgung mit Roh- und halbfertigem Material läßt sich aus Angebotsmangel nicht zu jedem gewünschten Zeitpunkt realisieren. Um den Produktionsprozeß nicht zu stören, empfiehlt es sich, das benötigte Roh- und halbfertige Material ausreichend auf Lager zu halten. Darüber hinaus ist auf die Tatsache hinzuweisen, daß viele Industrien auf bestimmte Importe, z.B. halbfertige Rohmaterialien, angewiesen sind. Dies bedeutet, daß unvorhergesehenen Ereignissen nur durch höhere Lagerhaltung zu begegnen ist.²

332. Wirkungen der kostenbeeinflussenden Faktoren auf die Kapitalkosten

Die vorhin erwähnten Gründe haben zur Folge, daß mit der ungünstigen Entwicklung der Gesamt- und Produktionskosten der Kapitalbedarf der Investoren in den Entwicklungsländern im allgemeinen hoch anzusetzen ist. Insbesondere gilt diese Feststellung für solche Branchen, bei denen anlageintensive und also kapitalintensive Produktions-

¹ Vgl. S. 106 dieser Arbeit

² Vgl. H.C.Aubrey, "Investment Decisions...", a.a.O., S. 427

methoden eine produktionstechnische Notwendigkeit sind. Mit dieser Feststellung des relativ hohen Kapitalbedarfs ist die Frage zu erörtern, wie sich die Kapitalkosten in den Entwicklungsländern entwickeln und welches Ausmaß diese Kapitalkosten annehmen. Das Problem der Kapitalkosten ist besonders aktuell, wenn bei unzureichender Selbstfinanzierung die Aufnahme von Krediten notwendig ist. Die entstehende Verpflichtung zur Zahlung von Zinsen für die aufgenommenen Kredite ist bei einer ungünstigen Zinsentwicklung fühlbar. Bei dem Kapitalbedarfsproblem stehen somit die Möglichkeit der Kapitalaufnahme und die Höhe der Kapitalkosten im Vordergrund.

Um eine konkrete Vorstellung über das Ausmaß der von den Investoren in den Entwicklungsländern zu tragenden Kapitalkosten zu haben, sei die Zinsentwicklung in einigen dieser Länder angegeben. Die Tabelle 9 zeigt die Entwicklung der Zinssätze von 1964 bis 1970. Da bei diesen Ländern die Zentralbanken eine Zinspolitik betreiben, die im allgemeinen nach der Geldmarktkonstellation orientiert ist, gibt die Tabelle ein reelles Bild über die Höhe der Zinsen und daher der Geldkosten an. Bei dem Vergleich mit der Zinsentwicklung in den entwickelten Ländern während des Zeitraums von 1963 bis 1970 stellt sich heraus, daß sowohl im Ausgangsjahr wie auch im Jahre 1970 das Zinsniveau in den Entwicklungsländern erheblich über dem der entwickelten Industrieländer steht. Das hohe Zinsniveau in den Entwicklungsländern kann sicherlich u.a. durch die für diese Länder allgemeingültige und erkennbare Tatsache des besonderen Knappheitsverhältnisses im Kapitalektor erklärt werden. Daß die Inflation in diesen Ländern für die rapide Steigung des Zinsniveaus verantwortlich gemacht wird, beweisen die Entwicklungen in den Ländern wie Korea, Philippinen, Brasilien, Chile.

Die erwähnte Zinsentwicklung¹ und die Notwendigkeit der Aufnahme von Krediten führen dazu, daß bei dem hohen Kapitalbedarf, wie er durch die Investitionsausgaben für Infrastruktur entsteht, die Entwicklung der Kapitalkosten für die Investitionsentscheidung ein wichtiger, nicht zu übersehender Faktor ist.

Tabelle 9

Die Entwicklung der Diskontsätze in einigen Entwicklungsländern (1964 - 1970)

Länder	Diskontsätze (in%)	Indices der Konsumpreise (1963=100)
China(Taiwan)	14 - 12.5	100 - 122
Korea	10 - 28	128 - 249
Philippinen	6 - 10	108 - 148
Brasilien	8 - 22	187 - 1050
Chile	15 - 20	146 - 451
Kolumbien	8 - 8	118 - 196
El Salvador	6 - 6	101 - 107
Peru	9.5 - 9.5	110 - 206
Türkei	7.5 - 9	101 - 145
Indien	5 - 6	114 - 160
Iran	4 - 8	103 - 113

Quellen: IMF, International Financial Statistics, Vol. XXIV (Juli 1971), Nr. 7, S.66 - 340; UN, Statistical Yearbook 1970, New York, 1971, S. 622 - 623

1 Daß Inflation nicht ohne Wirkung auf die Höhe des Zinssatzes ist, zeigt die neuere Entwicklung in Indonesien. Im Jahre 1967/1968 stieg das Preisniveau um 82% innerhalb von 5 Monaten. In diesem Zeitraum betrug der Zinssatz für 12-monatige Einlagen 6% pro Monat, also 72% p.a. Hierzu vgl. Gunnar Tomasson, "Indonesien: Wirtschaftliche Stabilisierung 1966 - 69", in: "Finanzierung und Entwicklung", 7. Jg. (1970), H. 4, S. 50

333. Maßnahmen zur Senkung der Kapitalkosten

3331. Voraussetzungen für zinspolitische Maßnahmen

Unter den dargelegten Bedingungen soll jetzt untersucht werden, ob wirtschaftspolitische Maßnahmen, die das allgemeine Zinsniveau senken, die erwartete kostensparende Wirkung auf die Kapitalkosten der Investoren zeigen. Es handelt sich um zinspolitische Maßnahmen, bei denen das Zinsniveau im organisierten Geld- und Kapitalmarkt auf einen bestimmten niedrigeren Zinssatz festgesetzt wird. Mit diesen Maßnahmen soll u.a. erreicht werden, daß die notwendige Aufnahme von Krediten nicht zur kostenhohen Belastung führt. Ob jedoch die zinspolitischen Maßnahmen in der Tat zu einer Senkung der Kapitalkosten führen werden, hängt davon ab, wie weit der Wirkungsbereich der getroffenen monetären Maßnahmen in der Gesamtwirtschaft ist. Da darüber hinaus die zinspolitischen Maßnahmen nur dann Wirkung auf die kreditpolitische Entscheidung zeigen, wenn die Kosten zinsempfindlich sind und die Rentabilität ungünstig verschoben wird, ist zu fragen, wie das Rentabilitätsgefälle bzw. die Rentabilitätserwartung der einzelnen Wirtschaftssektoren ist.

Zur Beurteilung der Effektivität zinspolitischer Maßnahmen sind daher folgende Bedingungen zu analysieren:

- Institutionelle Voraussetzungen: Hierunter werden neben einem ausgedehnten Bankensystem auch weitgehende Marktintegration verstanden
- Das Rentabilitätsgefälle bzw. die Rentabilitätserwartung der einzelnen Wirtschaftssektoren
- Unzureichende Selbstfinanzierung. Dieser Gesichtspunkt ist für die Beurteilung der Effektivität zinspolitischer Maßnahmen insofern von Bedeutung, als bei einer unzureichenden Selbstfinanzierung, d.h. Finanzierung durch einbehaltene Gewinne, die In-

vestoren dazu genötigt sind, den Kapitalbedarf durch Fremdfinanzierung ganz oder teilweise zu decken.

Inwieweit diese Voraussetzungen in den Entwicklungsländern zutreffend sind, soll jetzt überprüft werden. Zugleich sollen bei Vorhandensein oder Nichtvorhandensein der Voraussetzungen die Wirkungen auf die Zins- und somit auf die Kostenentwicklung aufgezeigt werden.

3332. Die Bedeutung des Bankensystems und des Integrationsgrades des Gesamtmarktes

Die für die Effektivität der zinspolitischen Maßnahmen wichtigen Bedingungen eines ausgedehnten Bankensystems sowie des hohen Integrationsgrades des Gesamtmarktes sind in den Entwicklungsländern unzureichend anzutreffen.

Die Rolle und damit auch die Entwicklung des Bankensystems kann durch den Umfang der Gesamteinlagen bemessen werden.¹ Bezieht man die Gesamteinlagen (D) auf die Geldmenge (M),² so ist die Relation $\frac{D}{M}$ um so größer, je höher die Gesamteinlagen im Bankensektor sind. Es bedeutet, daß je höher diese Relation ist, um so höher ist der Grad der Inanspruchnahme der Einleger von Leistungen des Bankensystems und um so mehr ist das Bankensystem in der Gesamtwirtschaft verbreitet. Umgekehrt bedeutet aber eine niedrigere Relation zwischen den Gesamteinlagen D und der Geldmenge M einen niedrigen Grad der Inanspruchnahme der Bankleistung und damit auch eine beschränkte Ausdehnung des Bankensystems. Diese Schlußfolgerungen wurden durch den von U Tun Wai angestellten Vergleich zwischen den Relationen in den entwickelten und den Entwicklungsländern bestätigt,

1 Vgl. U Tun Wai, "Interest Rates in the Organized Money Markets of Underdeveloped Countries", in: "International Monetary Fund Staff Papers", Vol. V (1956), Nr. 2, S. 249, wiedergedruckt in: Gerald M. Meier (Hrg.), Leading Issues in Development Economics, Selected Materials and Commentary, New York 1964, S. 193 - 203

2 Unter der Geldmenge (M) wird der Bestand an Zentralbankgeld und Giralgeld bei Kreditbanken verstanden, vgl. E. Schneider, Einführung in die Wirtschaftstheorie, III. Teil, a.a.O., S. 6

wonach $\frac{D}{M}$ in den erstgenannten größer ist als in den letztgenannten Ländern.¹

Die in den Entwicklungsländern festgestellte niedrige Relation $\frac{D}{M}$ bedeutet, daß ein größerer Teil der volkswirtschaftlichen Geldmenge sich außerhalb des Bankensystems befindet. Da jedoch die zinspolitischen Maßnahmen der Zentralbank institutionell nur im Rahmen des Bankensystems ihre Geltung finden, wird die Geldmenge außerhalb dieses Bankensystems von den zinssenkenden Maßnahmen nicht berührt. Auf der anderen Seite wird die Effektivität der wirtschaftspolitischen Maßnahmen davon abhängen, wie groß der Anteil der unbeeinflussbaren Menge an der Gesamtgeldmenge ist und ob eine Zuflußmöglichkeit der beeinflussbaren Geldmenge in den unbeeinflussbaren Sektor besteht. Da statistische Angaben fehlen, sind eine Quantifizierung der beiden Sektorengrößen und eine quantitative Messung des Abflusses nicht möglich. Ganz allgemein kann jedoch gesagt werden, daß die Intensität des Geldabflusses aus dem Bankensektor von der Rentabilitätserwartung in dem unbeeinflussbaren Sektor abhängig ist. Je höher diese Rentabilitätserwartung ist, desto stärker ist der Geld- bzw. Kapitalfluß aus dem Bankensektor und desto zinsunempfindlicher sind die Investitionen in diesem unbeeinflussbaren Sektor.

3333. Das Rentabilitätsgefälle bzw. die Rentabilitätserwartung der einzelnen Wirtschaftssektoren

In den Entwicklungsländern sind beträchtliche Rentabilitätsunterschiede zwischen den einzelnen Wirtschaftssektoren zu verzeichnen. Die Rentabilität und die Rentabilitätserwartung dürfte im Handelssektor und bei Speku-

¹ Vgl. U Tun Wai, "Interest Rates in the Organized Money Markets of Underdeveloped Countries", a.a.O., S.250ff

lationsgeschäften am höchsten sein.

Bei sehr hoher Rentabilität und Rentabilitätserwartung wird jedes Kreditangebot von den Kreditnachfragern sofort angenommen. In diesem Fall verliert die Kosten- im allgemeinen und damit auch die Kapitalkostenentwicklung bei dem Entscheidungsprozeß an Bedeutung. Hier sind die Geld- und Kapitalnachfrager bereit, die geforderten hohen Zinsen zu zahlen. Die Wirkung solch unterschiedlicher Rentabilitätsgefälle besteht darin, daß Geldeinlagen aus dem unrentablen Bankensektor in den höchst rentablen Handelssektor wandern.

3334. Die unzureichende Selbstfinanzierung der Investoren

Nicht nur die institutionelle Integration und ein ausgeglichenes Rentabilitätsgefälle, sondern auch die Notwendigkeit der Kreditaufnahme durch die Investoren ist für die Effizienz der Zinspolitik überhaupt entscheidend. Wenn nämlich die Selbstfinanzierungskapazität der Unternehmen den eigenen Kapitalbedarf decken kann, zeigt in diesem Fall eine Zinserhöhung auf das Finanzierungsverhalten der Unternehmer keine Wirkung. Im Falle einer Zinssenkung wird der Unternehmer so reagieren, daß er den Kapitalbedarf durch die billigen Kredite deckt. Auf der anderen Seite wird er bemüht sein, den Gewinn, auf den mit der Bildung von Rücklagen verzichtet wurde, durch Zuführung dieser (Rücklagen) in einen anderen, mindestens gleich rentablen Wirtschaftssektor rückgängig zu machen.

Wie auch die Selbstfinanzierung bei den Unternehmen in den Entwicklungsländern beschaffen ist, führt eine Zinssenkung immer zu einem Abfluß des Kapitals aus dem beeinflussbaren in den unbeeinflussbaren Wirtschaftssektor. Dagegen ist bei einer Zinserhöhung der Rückfluß des Kapitals in den Bankensektor nicht automatisch. Dieser

Rückfluß kann dann erreicht werden, wenn die gewonnenen Zinsen die Rentabilität, d.h. den Gewinn aus der Investition in dem unbeeinflußbaren Sektor übersteigen. Da in diesem Sektor die Rentabilität hoch ist, würde der Zins eine irreal hohe Höhe erreichen.

334. Maßnahmen zur Beeinflussung von Kreditfazilitäten

3341. Inhalt der kreditpolitischen Maßnahmen

Während es sich bei der Zinspolitik um Maßnahmen handelt, die das allgemeine Zinsniveau beeinflussen, besteht der Kern der kreditpolitischen Maßnahmen in der Beschaffung von benötigtem Geldkapital. Dabei wird unter Kapitalbeschaffung die Gewährung von rückzahlbarem und zinsverbilligtem einerseits und von geschenktem und zinslosem Darlehen andererseits verstanden.

3342. Gewährung günstiger Kreditfazilitäten an Investoren

Die Gewährung bzw. Schenkung von zinsverbilligten bzw. zinslosen Darlehen, die entweder vom Staat direkt oder von Entwicklungsbanken den Investoren zur Verfügung gestellt werden, soll unter Verfolgung bestimmter entwicklungspolitischer Zielsetzung geschehen. Dies bedeutet, daß die gesetzten Ziele Ausmaß und Richtung der Darlehensgewährung sowie die Art der Verzinsung bestimmen. M.a.W. die der Entwicklungspolitik verfügbaren, knappen Finanzierungsmittel einerseits und die Verfolgung bestimmter entwicklungspolitischer Ziele andererseits zwingen die Wirtschaftspolitik dazu, Prioritäten aufzustellen und hiernach die Verteilung bzw. Gewährung von Mitteln sowie die Festlegung der Zinskonditionen zu gestalten. Mit entsprechenden Maßnahmen soll erreicht werden, daß das Kapital den gewünschten Investitionsbereichen zweckmäßig zugeführt und den ungewünschten Investitionsbereichen effektiv entzogen wird.

Es erhebt sich zunächst die Frage, unter welchen Kriterien die Wahl der Prioritäten zwischen den förderungswürdigen und förderungsunwürdigen Investitionsbereichen getroffen werden soll und wird, was dann bedeutet, unter welchen Kriterien die Verteilung der Finanzierungsmittel durchzuführen ist.

Die Ziele der Entwicklungspolitik können durch zwei Entwicklungsstrategien erreicht werden, und zwar

1. durch gleichzeitige Förderung des Agrar- und des Industriesektors, bekannt als "balanced growth"¹ und
2. durch Förderung des Industriesektors in erster Linie, wobei hier noch zwischen
 - der Förderung der modernen, meistens kapitalintensiven Schwerindustrie und
 - der Förderung der "small industries", differenziert zu unterscheiden ist.

Die zu ergreifenden Maßnahmen in bezug auf die Gewährung von Krediten richten sich danach, welche Strategie zur Erreichung der entwicklungspolitischen Ziele gewählt worden ist. Bei näherer Betrachtung der bisherigen Entwicklungsstrategien ist ohne weiteres festzustellen, daß es zumindest bei der früheren Diskussion über Entwicklungsprobleme fast kaum Entwicklungsländer gab, die nicht in der Industrialisierung den einzig richtigen Weg zur Überwindung von Entwicklungsstagnation sahen und ihre Entwicklungspolitik entsprechend konzipierten.² Die den Entwicklungsprozeß fördernden Aspekte der Industrialisierung werden auch sogleich als Begründung für entwicklungs-

1 Über "balanced growth", Vgl. Literatur auf S. 77 dieser Arbeit

2 Die Bevorzugung der Industrialisierung vor Agrarisierung durch alle Entwicklungsländer wird durch den Satz wie z.B. "der Glaube, daß Industrialisierung Nationen reich macht, die Agrarkultur dagegen eine Quelle der Armut ist" begründet. Vgl. R. Prebisch, "Commercial Policy in the Underdeveloped Countries", in: "The American Economic Review, Papers and Proceedings", Bd. 49(1959), S. 251

politische Maßnahmen herangezogen, die zugunsten des Industriebereichs getroffen werden.¹ Unter der Annahme, daß die Förderungswürdigkeit auch innerhalb des Industriebereichs noch zu differenzieren ist, können in den Entwicklungsländern folgende Förderungskriterien² angewandt werden:

1. Bildung und Erweiterung von Investitionskapazitäten
2. Zahlungsbilanzkriterium

1 Das wesentliche der Entwicklungsprobleme ist die Entwicklungsstagnation. Der Entwicklungsprozeß ist in Gang zu setzen. Die wesentlichen Argumente zugunsten der Industrieinvestitionen sind nämlich die Möglichkeit der Ausnutzung der von einigen Industrieinvestitionen dargebotenen "external economies" durch andere Investitionen und die Möglichkeit, daß die vor- und nachgelagerten Industrien Entscheidungen treffen, die den Entwicklungsprozeß verstärken ("backward" und "feedback effect"). Mit der Ausdehnung ist aber außerdem eine Diversifikation möglich. Dabei sind mit der Prozeßausdehnung z.B. die Verbesserung der "productivity of manpower", die "market creating effects" und die "income generating effects" hervorzuheben. Zu den hervorgehobenen Argumenten für die Industrialisierung seien unter den zahlreichen Veröffentlichungen folgende Schriften anzugeben: A.O. Hirschman, The Strategy of Economic Development, a.a.O., S. 98-116; Rosenstein-Rodan, "Problems of Industrialization of Eastern and South Eastern Europe", in: "The Economic Journal", Vol. LIII (1943); T. Scitovsky, "Two Concepts of External Economies", Journal of Political Economy, April 1954, S. 148 ff; H.W. Arndt, "External Economies in Economic Growth", in: "Economic Record", Nov. 1955; H.B. Malmgren, "Balance, Imbalance, and External Economies", in: "Oxford Economic Papers", März 1963; H.B. Chenery, "The Role of Industrialization in Investment Programs", in: "The American Economic Review, Papers and Proceedings", Vol. 45 (1955), S. 40-57; W.A. Lewis, The Theory of Economic Growth, London, 1955; UN, Processes and Problems of Industrialization in Underdeveloped Countries, New York, 1955; Norman S. Buchanan und Howard S. Ellis, Approaches to Economic Development, New York 1955; S. Klatt, Industrialisierung, in: H. Besters und E.E. Boesch (Hrg.), Entwicklungspolitik -Handbuch und Lexikon, Sp. 1165ff

3. Kapitalbedarf

4. Beiträge zum nationalen Realeinkommen¹

Die Prüfung der aufgezählten Kriterien zeigt, daß deren Anwendung von dem zu verfolgenden Zweck abhängig gemacht wird. Wenn das Wachstum durch Auf- und Ausbau von Anlagekapazitäten zweckmäßig erreicht wird, wird einer solchen anlageexpansiven Wachstumsstrategie durch deren zu erwartende Wirkungen auf die Zahlungsbilanz und/oder durch den für die Realisierung dieser Strategie notwendigen hohen Kapitalbedarf eine Grenze gesetzt.

Fußnote 2 der vorherigen Seite:

2 Die Aufzählung der hier genannten Kriterien ist nicht ausschöpfend. Es sind lediglich solche Kriterien aufgezählt, die bei der Bewertung bestimmter Investitionsprojekte in den Entwicklungsländern im allgemeinen Anwendung finden. Dabei stehen diese Kriterien teils additiv teils alternativ untereinander. Welches bzw. welche Kriterien in concreto angewandt wird bzw. werden, hängt davon ab, welches unmittelbare Problem zunächst zu überwinden ist. Im dritten und vierten indischen Fünfjahresplan z.B. beabsichtigt man, die chronischen Zahlungsbilanzschwierigkeiten durch Förderung von Investitionen zu überwinden, die einen hohen Substitutionseffekt auf den Importbedarf erzeugen. Hierzu vgl.: P. Ch. Mahalanobis, Talks on Planning, a.a.O.; Ch. Uhlig, "Der 4. indische Fünfjahresplan 1966/67 - 1970/71", in: "Wirtschaftsdienst", 46. Jg. (1966), Nr. 12, S. 669

¹ Vgl. UN, ECAFE, Formulating Industrial Development Programs, Development Programming Techniques Series, Nr. 2, Bangkok 1961, wiedergedruckt in: G.M. Meier (Hrg.), "Leading Issues", a.a.O., S. 540

Da sowohl Zahlungsbilanzschwierigkeiten wie auch die unzureichende Kapitalbildung zwei Probleme sind, deren Lösung für weitere Schritte in Richtung auf die Erzielung des Wachstums von wesentlicher Bedeutung ist, sind folgende industrielle Investitionen in die Überlegung einzubeziehen:

1. Grundsätzlich werden solche Investitionen gefördert, bei denen die Aussicht auf Aufbau und Erweiterung von für das Wachstum wesentlichen Produktionskapazitäten gegeben ist.
2. Diese anlageintensiven Investitionen bedürfen jedoch eines hohen Kapitals.¹ Diese Investitionen sind deshalb förderungsbedürftig, weil bei einem geringen Kapitalangebot die Beschaffung des benötigten Kapitals besonders schwierig und teuer ist.
3. Die durch hohe Importneigung verursachten chronischen Zahlungsbilanzschwierigkeiten lenken unter Umständen wichtige Finanzierungsmittel von deren wachstumsentscheidender Allokation ab. Zur Überwindung dieses Zahlungsbilanzproblems ist es daher notwendig, daß gerade solche Investitionen, die für die weitere Entwicklung einen reduzierenden Effekt auf den Importbedarf zeigen, förderungswürdig sind. Da bei bestimmten Investitionsvorhaben dieser Importsubstitutionseffekt und der höchstmögliche Kapazitätseffekt nicht zugleich erreichbar sind, wird eine Entscheidung notwendig sein, die zugunsten eines zu erreichenden

¹ Vgl. UN, Department of Economic Affairs, Domestic Economic Development, Methods of Increasing Domestic Savings and of Ensuring their most Advantageous Use for the Purpose of Economic Development, New York, 1950, S. 59

Effekts getroffen wird. Diese Entscheidung wird in den Entwicklungsländern meistens zugunsten des Imports substitutionseffekts getroffen, weil die Lösung der chronischen Zahlungsbilanzprobleme die Durchführung weiterer wachstumsentscheidender Maßnahmen wesentlich erleichtert.

4. Investitionen mit dem höchsten Beitrag am nationalen Realeinkommen

Von einem anderen Gesichtspunkt aus ist das Problem der Gewährung von ausreichenden Finanzierungsmitteln an sogenannte "Klein- und Mittelbetriebe" zu betrachten. Dieses Problem wird durch die zahlenmäßige und beschäftigungstheoretische Bedeutung dieser "Klein- und Mittelbetriebe" charakterisiert. Diese sind daher bei der Frage der günstigen Kapitalbeschaffung in der kreditpolitischen Überlegung berücksichtigt. Darüber hinaus ist diese Investitionsgruppe zu berücksichtigen, weil ihre Position im Falle der notwendigen Inanspruchnahme fremder Finanzierungsmittel in einer ungünstigen Lage ist. Unter diesen Umständen werden dann die in Klein- und Mittelbetrieben durchzuführenden Investitionen unter Berücksichtigung der finanziellen Kapazität in der Entwicklungspolitik berücksichtigt.¹

Für die als förderungswürdig erachteten Investitionen werden dann kredit- und darlehenspolitische Maßnahmen getroffen, durch die die Finanzierungsmittel im Gegen-

1 In Indien wurde bei dem Finanzierunghilfsprogramm zugunsten der "Klein- und Mittelbetriebe" der Gesichtspunkt, daß große Unternehmen einen leichteren Zugang zu dem bestehenden Kapitalmarkt haben, ziemlich hervorgehoben. Es wurden dann Darlehensgesetze verabschiedet, bei denen ein Ausgleich zu den institutionellen Handicaps die den "small industries" gegenüberstehen, geschaffen werden sollen. Vgl. B.K. Madan, On Prevailing Practices and Problems of Domestic Financing in India, Annex in: UN, Domestic Financing of Economic Development, a.a.O., S. 137

satz zu anderen förderungswürdigen Investitionen mit günstigen Kredit- und Zinskonditionen angeschafft werden können.

335. Möglichkeiten und die Effizienz kreditpolitischer Maßnahmen

Die Beurteilung der kreditpolitischen Maßnahmen bei einer marktwirtschaftlich orientierten Entwicklungspolitik hängt wesentlich davon ab, inwieweit es dieser gelingen kann, die Finanzierungsmittel den förderungswürdigen Investitionen effektiv zuzuleiten und damit deren Kapitalkosten zu senken. Bei der Möglichkeits- und Effizienzbeurteilung werden folgende Gesichtspunkte hervorgehoben:

3351. Die unterschiedliche Zielsetzung der Einzelinvestoren und der Entwicklungspolitik

Hier soll nochmals auf die unterschiedlichen Zielsetzungen hingewiesen werden. Da die Entwicklungspolitik einerseits und die einzelnen Investoren andererseits wegen des unterschiedlichen zeitlichen und wirtschaftlichen Horizonts im allgemeinen nicht von der gleichen Zielsetzung ausgehen, weicht der Umfang der entwicklungspolitisch für förderungswürdig entschiedenen Investitionen von dem Umfang der Investitionen ab, die sich an individuellen Entscheidungen orientieren.

Wenn jedoch davon ausgegangen wird, daß die individuelle Entscheidung in erster Linie eine Frage des Vergleichs zwischen Kosten und Ertrag ist, soll nun das Interesse der Privatinvestoren an den förderungswürdigen Investitionen im Wege der Kostensenkung durch Zins- und Kreditmanipulation geweckt und gelenkt werden.

Parallel zu der bei der allgemeinen Zinspolitik bereits erwähnten Tendenz können jedoch die zinsgünstigen Darlehen bei den gewählten Investitionen nur dann genommen

werden, wenn bei ungünstigen Erlösaussichten die Zinsen so niedrig gehalten werden, daß eine Rentabilitätsan-
gleichung mit den nicht förderungswürdigen Investitionen
erreicht wird.

Das Problem der "Kapitalflucht" wird deutlicher, wenn
beispielsweise die Situation im Sektor "small industries"
genommen wird. Es wird vielfach erwähnt, daß zinsverbil-
ligte Kredite offiziell für die zu fördernden Investi-
tionen beantragt, in Wirklichkeit jedoch nicht nur für
andere Investitionen sondern oft für Konsumzwecke zweck-
entfremdet benutzt werden.¹

Dies zeigt, daß bei sehr hohem Rentabilitätsunterschied
die zinsverbilligten Kreditmaßnahmen gegenüber der "Ka-
pitalflucht" nur unter höchst undurchführbarer Bedingung
effektiv sind. Darüber hinaus ist die Form, in der die
finanziellen Mittel den Investoren überlassen werden,
für die Effizienz der Kapitalvergabe sowie in bezug auf
die Frage entscheidend, ob nicht die Tendenz zu einer
Aufgabe der autonomen Entscheidung zu befürchten ist.
Inwieweit jedoch diese beiden Gesichtspunkte, nämlich
die Notwendigkeit der Kapitalvergabe und die autonome
Entscheidung, bei einer bestimmten Form des Kapitalhilfs-
programms zugleich und optimal berücksichtigt werden
können, soll jetzt geprüft werden.

3352. Kapitalüberlassung in Form von Krediten oder Dar- lehen

Daß die Effektivität der Überlassung von (Geld)Kapital
in Form von Krediten bzw. Darlehen an diejenigen Investi-
tionen, die für förderungswürdig erachtet sind, in Frage
gestellt ist, wurde bereits an anderer Stelle dargelegt.
Zur Vervollständigung der hervorgehobenen Argumente sei

¹ Vgl. UN, Domestic Financing of Economic Developmet, Me-
thods of Increasing Domestic Savings, a.a.O., S. 55

an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß die zinsverbilligte Kreditbewilligung beispielsweise von rein formalen Voraussetzungen abhängig gemacht wird, ohne daß eine gründliche Überprüfung der tatsächlichen Verhältnisse durchgeführt worden ist. Durch diese technischen und organisatorischen Mängel können die häufig beobachteten Entgleisungen bei der Kreditvergabe erklärt werden.

Dagegen ist der Effekt der Kapitalüberlassung in Form von Krediten auf die in der Marktwirtschaft für unerläßig erachteten autonomen Entscheidungen positiv zu beurteilen, insofern als diese grundsätzlich erhalten bleiben. Zwar besteht ein begründetes Interesse seitens des Staates als Darlehensgeber an der Möglichkeit der Zinszahlung und Rückzahlung der gewährten Darlehen. Dies führt jedoch nur zu einer intensiven Beobachtung der Geschäftsentwicklung. Ein eventueller Versuch auf Einmischung in die dispositive Entscheidung des Management ist insofern unbegründet, als die Berührung der Interessen des Gläubigers und des Schuldners nur in den Forderungen und Verpflichtungen zu sehen ist, wodurch also die Grenze der Beeinflussungsmöglichkeit durch dieses Schuldner-Gläubiger-Verhältnis gegeben ist.

Bei der Betrachtung der Effektivität und der dispositiven Entscheidung hat sich ergeben, daß diese beiden Aspekte bei der Kapitalüberlassung in Form von Krediten nicht optimal erfüllt werden können. Bei der Beteiligung wird jedoch ein umgekehrtes Verhältnis festgestellt.

3353. Kapitalüberlassung durch Beteiligung

Die direkte Beteiligung des Staates an der Finanzierung von Investitionen ist als ein effektiver Weg zur Durchschleusung von Kapital in die ausgewählten Investitionen zu betrachten, weil hier im Gegensatz zu dem Prozeß der Kreditgewährung die Disposition über die benö-

tigten Finanzierungsmittel durch die staatliche Beteiligung von dessen (Staat) Entscheidung mitbestimmt wird. Die Frage, ob jedoch damit eine tatsächlich günstige Kostenentwicklung erreicht wird, kann deshalb positiv beantwortet werden, weil die bei der Kreditgewährung sonst anfallenden Zins- und Rückzahlungsverpflichtungen bei der Beteiligung entfallen,¹ was natürlich eine erhebliche Risikominderung für die Investoren bedeutet. Dies setzt voraus, daß sonstige Kostengruppen nicht steigen. Auf der anderen Seite ist die Problematik, die sich aus der durch die Beteiligung gegebenen staatlichen Beeinflussungsmöglichkeit ergibt, nicht zu übersehen. Die Frage nämlich, ob nicht die Bevorzugung bestimmter Investitionen eine unnötige Wettbewerbsverzerrung herbeiführe, und ob der wettbewerbsbedingte Zwang zum rationalen Einsatz der Ressourcen durch die verleihe Vorzugsstellung nachläßt, gewinnt an Aktualität. Daß die Existenz halbstaatlicher Unternehmungen, die sich also außerhalb des Infrastrukturbereichs befinden, prinzipiell nicht unmöglich ist, beweisen die marktwirtschaftlich orientierten entwickelten Volkswirtschaften. Diese Praxis wird auch in den Entwicklungsländern ausgeübt. Vom marktwirtschaftlichen Prinzip her gesehen ist diese Praxis also auch in diesen Ländern durchaus prinzipienadäquat. Allerdings wird vom Staat eine Verhaltensweise erwartet, die den marktwirtschaftlichen Anforderungen entspricht. Abgesehen von den Vorteilen, die eine Monopolstellung bestimmter Investoren auch für die Gesamtentwicklung mit sich bringt - hiervon wird noch zu sprechen sein -, ist eine solche Prinzipien-

¹ Hier wird vorausgesetzt, daß "opportunity costs" entweder gar nicht berücksichtigt oder aber, wenn sie berücksichtigt werden, gleich Null angesetzt sind.

forderung gerade dort von Bedeutung, wo eine Konkurrenzsituation zwischen mehreren Investoren (also auch staatliche Unternehmen eingeschlossen) herrscht. Dies muß dann bedeuten, daß der Staat seine hoheitliche Stellung nicht dazu mißbrauchen soll, die Position der geförderten gegenüber den nicht geförderten Investoren durch Ausdehnung der verliehenen Vorzugsstellung in vielen oder allen konkurrenzrelevanten Berührungspunkten zu verstärken.

Daß die staatliche Aktivität im Investitionsbereich oft gegen solche Prinzipienforderung verstößt, zeigt das Beispiel Indiens. Dort wurde beklagt, daß Privatinvestitionen in verschiedenen Bereichen durch die vielen Vergünstigungen, die die staatlich geförderten und geführten Unternehmen genießen, und durch andere Lizenzverordnungen sowie Verbote in ihrer Marktposition benachteiligt und geschwächt werden.¹

Wenn sich herausstellt, daß zur Erreichung des Wachstums in den Entwicklungsländern bestimmten Investitionen eine größere Rolle zugeschrieben wird, oder daß auch der Staat eine Investitionstätigkeit in dem Suprastrukturbereich ausüben soll, berechtigt dies alles nicht den Mißbrauch eigener hoheitlicher Stellung zugunsten anderer Marktteilnehmer. Darüber hinaus besteht bei einer Kapitalbeteiligung durch den Staat die Gefahr, daß durch den leichten Zugang zu den Finanzierungsmitteln der Zwang zur rationellen Gestaltung der Gesamtkosten nicht mehr besteht.

Eine genaue Analyse und Verfolgung der Gesamtkostenentwicklung und die Ziehung von Konsequenzen werden nicht mehr für notwendig gehalten. Unter diesen Umständen

¹ Vgl. A.H. Hanson, The Process of Planning: A Study of India's Five Year Plans 1950 - 1964, London 1966, S. 489

würde das ursprüngliche Ziel, das in der Senkung der Kapitalkosten besteht, durch die Beteiligung nicht erreicht.

3354. Die zeitliche Abgrenzung der finanziellen Vergünstigungen als Voraussetzung für eine marktwirtschaftlich adäquate Maßnahme

Als dritter Punkt soll erwähnt werden, daß die finanziellen Maßnahmen nur auf Zeit beschränkt werden sollen. Die Notwendigkeit der zeitlichen Abgrenzung erklärt sich daraus, daß die Gefahr, daß Marktkräfte außer Kraft gesetzt werden, mit der Zeit wächst, wie sich in der Untersuchung auch gezeigt hat. Wie lange eine solche Vergünstigung "ungefährlich" durchzuführen ist, kann nicht genau angegeben werden. Es kann jedoch ganz allgemein gesagt werden, daß die finanzielle Vergünstigung aufgegeben werden sollte, sobald sich herausstellt, daß die Verdrängung der Marktkräfte sichtbar geworden ist.

4. Maßnahmen zur Förderung des Erlöses

41. Inhalt der Maßnahmen

Neben den Möglichkeiten, Kosten bzw. Ausgaben der Investitionen günstiger zu gestalten, ist eine günstige Entwicklung des Umsatzes für die Investitionsentscheidung von Bedeutung. Geht man davon aus, daß eine günstige Umsatzentwicklung oder die günstige Einschätzung der Erträge zu einer größeren Investitionsneigung führen kann, soll den Investoren, die wegen des begrenzten Umsatzes einem Risiko ausgesetzt sind, die Möglichkeit gegeben werden, sich auch auf der Einnahmenseite eine günstige Machtposition zu verschaffen. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, inwieweit eine Monopolstellung der Investoren von Bedeutung und zulässig ist.

42. Die Bedeutung der Monopolstellung und deren Wirkung auf die Erträge

An anderer Stelle wurde bereits dargelegt, daß die Investoren in den Entwicklungsländern mit einer Entwicklungslage konfrontiert sind, die bei der Durchführung der Investition eine ungünstige Entwicklung der Gesamtkosten zur Folge hat. Die Folge beschränkt sich nicht nur auf die für die Investition notwendigen hohen Ausgaben, sondern die ungünstige Entwicklungslage schlägt sich auch auf die Kostengestaltung beispielsweise der Lagerung bestimmter Materialien nieder.

Die ungünstige Gesamtkostenentwicklung führt ihrerseits dazu, daß der Minimumumsatz,¹ dessen Erlös die Gesamtkosten gerade noch deckt, größer wird, unabhängig davon, wie die Gesamtkostenkurve verläuft. Auf der anderen Seite hat die Erzielung dieses größeren Umsatzminimums mit wesentlichen Schwierigkeiten zu rechnen, die sich aus der Enge des betreffenden Marktes ergeben.

¹ Vgl. S. 61 dieser Arbeit

Das durch ungünstige Gesamtkostenentwicklung höher gewordene Umsatzminimum und die Enge des Markts für die angebotenen Güter einerseits zwingen die Investoren dazu, sich eine Marktposition zu verschaffen, um sich damit den Umsatz zu sichern. Da andererseits die Existenz vieler Marktteilnehmer nur eine Verengung der Marktanteile bedeuten kann, ist die Möglichkeit der Erzielung des Umsatzminimums noch fragwürdiger. Von dieser Seite aus gesehen ist eine Konkurrenz entweder unmöglich oder selbstmörderisch. Das Streben der Investoren nach einer Monopol- bzw. monopolistischen Stellung kann unter diesem Gesichtspunkt begründet werden.

43. Die Monopolstellung als entwicklungspolitisches Instrumentarium

Wenn sich herausstellt, daß die Investoren in den Entwicklungsländern die Sicherung eines höheren Umsatzes brauchen, stellt sich die Frage, ob nicht die Entwicklungspolitik diese Sicherung den Investoren durch eine bewußt freundliche Monopolpolitik gewähren soll.

Diese Frage kann nur bedeuten, daß die Entwicklungspolitik eine Monopolstellung als Instrumentarium zur Förderung der Investitionsneigung in Angriff nehmen soll.

Inwieweit jedoch eine freundliche Monopolpolitik gerechtfertigt ist, hängt davon ab, ob ein solcher Schritt begründet ist, d.h. ob und inwieweit die Monopolstellung eine positive Wirkung auf das Wachstum ausübt.

Ansätze für die Beurteilung der Monopolisierung sind darin zu suchen, daß durch den Besitz einer besonderen Machtstellung das "Profitniveau einer Industrie oder

Firmengruppe gegenüber dem Durchschnitt..."¹ angehoben wird, oder daß im Falle des Neueintritts einer Industrie in einen bestimmten Markt die Aussicht auf Gewinnerzielung durch die monopolabhängige Umsatzsicherung günstig beurteilt wird.

Sowohl bei der ersten wie bei der letztgenannten Situation stellt sich die entscheidende Frage, was mit dem erwirtschafteten Monopolgewinn weiter geschieht.

Für die Kapitalbildung kommt es darauf an, ob der Monopolgewinn in der Industrie einbehalten oder ob er als Dividende ausgeschüttet wird. Wird für den erstgenannten Weg entschieden, ist die Möglichkeit der Kapitalbildung durch Gewinninvestition eher gegeben² als durch den letztgenannten indirekten Weg, weil hier die Verwendungsalternative zwischen Konsum und Investition noch erwogen wird, wobei die Entscheidung von den Dividendenempfängern frei getroffen wird.

Für die Entwicklungsländer geht es zunächst nicht so sehr darum, ob durch Monopolisierung die Möglichkeit zur Erweiterung der Investition gegeben ist. Wichtiger ist vielmehr, ob durch Monopolisierung die Investitionsneigung geweckt werden kann.

Diese Frage kann nur damit beantwortet werden, daß zunächst das den Investoren gegenüberstehende Problem, wie bereits dargelegt, in der Überwindung des durch ungünstige Kostenentwicklung entstehenden Drucks auf größeren Umsatz besteht. Die Möglichkeit der Erzielung größeren Umsatzes ist bei einer Monopolisierung durchaus gegeben, so daß von hier aus gesehen die Förderung

1 K. Brandt, "Konkurrenzprobleme im wirtschaftlichen Wachstum", in: "Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft", Tübingen, Bd. 119 (1963), S. 221

2 Zu der Möglichkeit überdurchschnittlicher Gewinninvestition bei den Monopolfirmen, vgl. W.G. Hoffmann, "Die unverteilten Gewinne der Kapitalgesellschaften in Deutschland 1871 - 1957", in: "Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft", a.a.O., Bd. 115 (1959), S. 271 - 291

des Monopols bis zu einem gewissen Grad zum Zwecke der Überwindung stagnierender Investitionen und mangelnder Investitionsneigung in den Entwicklungsländern gerechtfertigt und sogar notwendig ist.

44. Die Bedingung für die Anwendung einer Monopolsituation als entwicklungspolitisches Instrumentarium

Die Zulassung der Monopolstellung als Instrument zur Förderung der Investitionstätigkeit bedeutet jedoch nicht, daß die Nachteile, die in bezug auf Güterversorgung¹ aus der Monopolstellung für die Volkswirtschaft entstehen, übersehen werden können. Vielmehr soll versucht werden, die monopolbedingten Nachteile erst gar nicht entstehen zu lassen.

Unter Berücksichtigung der möglichen Nachteile soll die Zulassung und Förderung der Monopolstellung nur bedingt sein. Dies soll

- im Bereich der Produktion von lebensnotwendigen Gütern verhindert und
- auf den industriellen Bereich mit hohem Kapitalbedarf beschränkt werden.

Als Kriterium für die Aufteilung der beiden Bereiche wird der Einsatz von Kapital genommen. Hiernach werden kapitalintensive Industriegruppen den Investitionsgruppen zugerechnet, denen dann eine Monopolstellung zu gewähren ist.

44.1. Der Bereich der Produktion von primären Gütern

Das Verbot der Monopolisierung im Bereich der Produktion von lebensnotwendigen Gütern ist um so notwendiger, als

¹ Vgl. Daniel L. Spencer, India, Mixed Enterprise and Western Business, Experiments in Controlled Change for Growth and Profit, The Hague, S. 96

gerade in diesem Bereich "propensity to monopolize",¹ die durch die Preiselastizität und die Einkommenselastizität der Nachfrage gemessen wird,² sehr stark ist, was dann auf die sehr niedrige Preiselastizität der Nachfrage nach diesen Gütern zurückzuführen ist. Da die Entwicklungsstufe in den Entwicklungsländern durch diese sehr niedrige Preiselastizität und die sehr hohe Einkommenselastizität der Nachfrage nach den primären, lebensnotwendigen Gütern gekennzeichnet ist, ist eine Monopol Tendenz eher gegeben.³

Umgekehrt sinkt bei höherer Entwicklungsstufe, d.h. bei steigendem Einkommen pro Kopf der Bevölkerung, die Einkommenselastizität bestimmter Gütergruppe".⁴

442. Der industrielle Bereich mit hohem Kapitalbedarf

Während im Bereich der Produktion von primären Gütern die Monopolisierung verhindert werden soll, soll eine

1 L.J. Zimmermann, The Propensity to Monopolize, Amsterdam, 1952

2 derselbe, The Propensity to Monopolize, a.a.O., S. 47, zitiert nach R. Jochimsen, "Marktform und wirtschaftliche Entwicklung", in: "Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft", a.a.O., Bd. 122 (1966), S. 33

3 Vgl. R. Jochimsen, "Marktform und wirtschaftliche Entwicklung", a.a.O.

4 Vgl. W.G. Hoffmann, "Wachstumsnotwendige Wandlungen in der Sozialstruktur der Entwicklungsländer", in: "Kyklos", Vol. XV (1962), S. 91

Die starke Monopolisierung wurde bereits von Solomon festgestellt, daß nämlich in den Entwicklungsländern die Monopolsituation stärker überwiegt als in den entwickelten Ländern; Morton Solomon, "The Structure of the Market in Underdeveloped Economies", in: "The Quarterly Journal of Economics", Bd. 62 (1948), S. 519 - 541

solche im industriellen Bereich gefördert werden, weil hier von der Marktseite her eine Notwendigkeit besteht. Darüber hinaus kann der benötigte hohe Kapitalbedarf dieser Firmen in einer Situation, in der der Kapitalmarkt noch unterentwickelt ist, nur durch hohe Selbstfinanzierung am billigsten gedeckt werden.

45. Die Beurteilung der monopolregelnden Maßnahmen der marktwirtschaftlich orientierten Entwicklungspolitik

Die Gewährung einer Monopolstellung wird dadurch erreicht, daß vor der Durchführung der Investition die behördliche Genehmigung erteilt worden ist. Dies ermöglicht es dem Träger der Wirtschaftspolitik, die Entwicklung und die Situation in einzelnen Industriebereichen zu beobachten und zu lenken. Die Lizenzpflicht betrifft nicht nur inländische potentielle Investoren, sondern auch ausländische Unternehmer, die an der Durchführung bestimmter Investitionen Interesse zeigen. Doch nicht nur durch das Lizenzsystem, sondern auch durch protektionistische Maßnahmen,¹ z.B. Erhebung von Importtarifen, Importzöllen oder totales Verbot der Einführung bestimmter Güter, soll die Monopolstellung der in Frage kommenden Investitionen geschaffen werden. Da sich diese Arbeit auf die Bildung von Kapital aus der inländischen Ersparnis und entsprechend auf die Förderung von Investitionen durch inländische Investoren beschränkt, wird das Problem der "infant industries"² nur aus dieser Sicht betrachtet. Dies bedeutet, daß der Protektionismus zu betrachten ist, sowie er einen größeren Umsatz ermöglicht.

1 Zur Frage des Protektionismus, vgl. Harris G. Johnson, "An Economic Theory of Protectionism, Tariff Bargaining, and the Formation of Customs Unions", in: "The Journal of Political Economics", Vol. LXXIII (1965), S. 256 - 283; ferner E.E. Hagen, "An Economic Justification of Protectionism", in: "The Quarterly Journal of Economics", Vol. LXXII (1958), S. 496 - 514

2 Norman S. Buchanan und Howard S. Ellis, Approaches to Economic Development, a.a.O., S. 289 - 292

Bei der Beurteilung der monopolfeindlichen Maßnahmen lautet die entscheidende Frage, ob die "Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs"¹ durch diese Maßnahmen bereits verdrängt und in Frage gestellt würde.

Diese Frage kann zunächst damit beantwortet werden, inwieweit eine Wettbewerbsbeschränkung zulässig ist. Es wird davon ausgegangen, daß die Funktion des Wettbewerbs in der Marktwirtschaft darin besteht, die Leistung der Wirtschaftsteilnehmer optimal zu gestalten. Dieses Optimum kann jedoch nur dann erreicht werden, wenn das Wettbewerbssystem sich in einer "unaufhörlichen ordnungspolitischen Rahmensetzung"² bewegt. Von der Marktwirtschaft wird jedoch nicht nur und allein die Gestaltung einer optimalen Leistung verlangt. Sie kann auch dazu benutzt werden, zumindest individuelle Wirtschaftsteilnehmer zu einer Investitionsentscheidung zu bewegen. Da es unter den gegebenen Umständen in den Entwicklungsländern darauf ankommt, vielmehr die Investitionsneigung zu wecken als die Bestleistung für eine autonome Dispositionsentscheidung durch Einzelindividuen zu schaffen, muß von vornherein eingeschränkt werden, daß eine solche partielle Wettbewerbsbeschränkung nur dann gerechtfertigt ist, wenn das Ziel der Entwicklungspolitik zunächst durch Weckung der Investitionsneigung zu erreichen ist. Eine weitere Frage besteht darin, wie weit diese Möglichkeit in den Entwicklungsländern in die Praxis umgesetzt wird. Die Praxis zeigt, daß die Tendenz zur Verdrängung des marktwirtschaftlichen Mechanismus nicht übersehbar ist,

1 E. Kantzenbach, Die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs, Göttingen 1967

2 K. Schiller, "Möglichkeiten einer rationalen Entwicklungspolitik, a.a.O., S. 424

da nämlich die Monopolstellung in den in Frage kommenden Investitionsbereichen nicht dem Privat-, sondern dem Staatssektor zufällt.¹ Dies erklärt sich daraus, daß das wachstumspolitische Ziel von anderen sozial- und machtpolitischen Gründen in den Hintergrund verdrängt wird, mit der Folge, daß die Alternative Privatsektor von vornherein nicht in Erwägung gezogen wird. Aber auch die Konzentration des Vermögens in wenigen Händen, die mit der Monopolsituation verbunden ist,² schreckt den Staat von der Privatisierung der kapitalintensiven Bereiche ab.

III Zwischenergebnis

Die Analyse der Möglichkeit der Marktwirtschaft als entwicklungspolitisches Prinzip zeigt, daß die Aussicht auf eine höhere Bildung von Kapital durch freiwilligen Konsumverzicht davon abhängt, inwieweit die Einzelindividuen der Investition dem Konsum den Vorzug geben. Somit wird das Bemühen der Entwicklungspolitik in die Förderung der Investition und Investitionsneigung verlagert. Es hat sich jedoch gezeigt, daß die Marktwirtschaft aus verschiedenen Gründen die Erwartungen nicht erfüllt. Es bleibt jetzt die Frage, ob eine Planung die Kapitalakkumulation effektiver durchführen kann.

1 Vgl. A.H. Hanson, "The Process of Planning"; a.a.O., S. 476

2 Vgl. Daniel L. Spencer, "India, Mixed Enterprise...", a.a.O., S. 97

D Möglichkeiten der Kapitalmobilisierung bei der Planung

I Die Konzeption der Planung

1. Die Festlegung von Investition und Konsum als Ausgangspunkt der Planungsstrategie

11. Die ex-ante Koordinierung der Produktionsseite

Für das Wachstum ist die Höhe der Investition entscheidend. Wird das zu erreichende Wachstum quantitativ festgelegt, ist es auch möglich, unter bestimmter Annahme über die Entwicklung der Kapitalkoeffizienten die für das Wachstum adäquate Investitionshöhe zu bestimmen. Unter der Annahme einer an den realen Gegebenheiten orientierten Wirtschaftspolitik wird die durchzuführende Investition so gewählt, daß sie mit den Kapitalbildungsmöglichkeiten im Sinne der Finanzierungsmöglichkeiten nicht kollidiert. Dabei ist es wichtig, unter diesen Kapitalbildungsmöglichkeiten auch die Möglichkeiten der Kapitalverjüngung, Kapitalansammlung in Händen des Staates und last not least die Grenze des Konsumverzichts, der von der Bevölkerung zugunsten der Kapitalbildung verlangt wird, einzubeziehen. Offenbar handelt es sich bei der letztgenannten Möglichkeit um die äußerste Grenze, deren Überschreitung existentiell nicht mehr vertretbar ist.

Da unter Planung und Marktwirtschaft u.a. auch Methodenprobleme, d.h. Probleme über die Effizienz der Koordinierungsarten, verstanden werden, ist es berechtigt, die Wirkung der Planungsmethode auf die Kapitalbildung zu verfolgen. M.a.W. gelingt es der Planung, durch "ex-ante" Methode die Bildung von Kapital effektiver, d.h. erfolgreicher zu gestalten als durch "ex-post" Methode, so ist sie der Marktwirtschaft zumindest in bezug auf die Ka-

pitalbildung vorzuziehen. Ist sie jedoch nicht erfolgversprechend, ist eine andere Haltung bezüglich der Wahl eines geeigneteren entwicklungspolitischen Prinzips anzunehmen.

111. Die Investitionsplanung

Im Rahmen der Gesamtplanung wird Investition neben dem Konsum geplant. Zu dieser Investitionsplanung zählt in erster Linie die Aufteilung der Investition in Konsumgüter- und in Investitionsgüterbereich.¹ Dabei geht man bei der Aufteilung von einer bestimmten Annahme aus, die sich logischerweise an der Zielsetzung, d.h. an dem Wachstum sehr stark orientiert. Unter der Annahme, daß Wachstum im Wege einer Erhöhung der Investitionskapazität zu erzielen ist, interessiert die Gesamtplanung die Wahl der entsprechenden Investitionsstruktur, die so gewählt ist, daß die Produktionskapazität der Gesamtwirtschaft möglichst schnell erhöht wird.² Es ist aus dieser Perspektive zu beurteilen, wenn z.B. die Strategie der indischen Planung den Aufbau der schweren Kapitalanlagen besonders betont.³

1 Die ersten beiden indischen Fünfjahrespläne wurden nach dem Planungskonzept von Mahalanobis konzipiert. Dieses System basiert auf dem Zweissektorensystem (Konsum und Investition), vgl. R. Komiya, "A Note on Professor Mahalanobis' Model of Indian Economic Planning", in: "The Review of Economics and Statistics", Bd. XLI (1959), S. 29; S. Subramanian, Die Wirtschaftsentwicklung Indiens 1951 - 1961, Kieler Studien, Bd. 69, Tübingen 1965, S. 7 - 12

2 Vgl. O. Lange, Essays on Economic Planning, 2. Aufl., London - Calcutta 1967, S. 13

3 Vgl. I.G. Patel, "The Strategy of Indian Planning", in: C.R. Rao (Hrg.), Essays on Econometrics and Planning, Presented to Prof. P.C. Mahalanobis on the Occasion of his 70 th Birthday, Calcutta o.J., S. 217

In diesem Zusammenhang glaubt Mahalanobis das Grundproblem der indischen wirtschaftlichen Entwicklung u.a. damit lösen zu können, daß die Verteilung der Investition "in der Zukunft größere Investitionen sowie ein ständiges Ansteigen des Sozialprodukts..."¹ ermöglicht. Diese Auffassung wird im wesentlichen von fast allen Entwicklungsländern mit Entwicklungsplanung vertreten. Die investitionsorientierte Wachstumspolitik steht bei der Aufteilung der Investitionen theoretisch vor zwei Alternativen, nämlich die der Aufteilung ausschließlich auf den Investitionsgüterbereich, oder die der Aufteilung auf den Investitionsgüter- und Konsumgüterbereich.² Da die erstgenannte Aufteilungsalternative durch den Zwang, der durch die Befriedigung der zumindest unmittelbaren, existentiellen Bedürfnisse ausgeübt wird, praktisch nicht möglich ist, bleibt die Mischalternative als Diskussionsproblem übrig.

Das Mischproblem besteht zunächst darin, zu prüfen, unter welchem Kriterium die Mischung und deshalb die Struktur der Investition in den Entwicklungsländern vorzunehmen ist. Bei der Anwendung des Kriteriums geht es jedoch darum, inwieweit der Verzicht auf Konsumgüter durchgeführt werden kann.

In der Planung werden die Höhe und die Struktur des Konsums durch die staatliche Beschränkung der dem Konsumbe-

1 P.C. Mahalanobis, Talks on Planning, Indian Statistical Institute, Indian Statistical Series, Calcutta-London, 1961, S. 19, zitiert in: Shankerier Subramanian, Die Wirtschaftsentwicklung Indiens 1951 - 1961, a.a.O., S. 7

2 Hierzu vgl. auch Karl C. Thalheim, Beiträge zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung, Gesammelte Aufsätze und Vorträge, Berlin 1965, S. 278. "...für das Gelingen einer zentralen Planung [ist] das Problem der Proportionalität entscheidend - der Proportionalität zwischen Produktion und Konsumption ebenso wie das der Proportionalität zwischen den verschiedenen Wirtschaftszweigen."

reich zugeteilten Ressourcen bestimmt. Die Notwendigkeit eines solchen Schrittes ist damit zu erklären, daß einerseits der Staat bzw. Planung und Konsumenten unterschiedliche, meistens konträre Präferenzsysteme haben, und andererseits wegen der Knappheit der Ressourcen eine Entscheidung zugunsten des einen oder des anderen Sektors getroffen werden muß. Die zentral getroffene Entscheidung in bezug auf die Ressourcenallokation zwischen Investition und Konsum geschieht nun so, daß entweder das staatliche Präferenzsystem unter völliger Ignorierung der Konsumentenpräferenz für die Allokationsentscheidung allein gilt oder unter Berücksichtigung der letztgenannten Präferenz eine modifizierte Entscheidung getroffen wird.¹

Die Berücksichtigung individueller Konsumpräferenzen ist jedoch aus dem genannten Unterschied problematisch. Denn selbst bei einer Beschränkung der Berücksichtigung der Konsumwünsche auf existentielle Konsumgüter muß zunächst noch die Frage geklärt werden, welche Konsumgüter als existentiell anzusehen sind. Danach soll entschieden werden, welche lebensnotwendigen und nichtlebensnotwendigen Konsumgüter in die Alternativentscheidung einbezogen werden sollten.

¹ Je höher der erreichte Lebensstandard der Bevölkerung ist, desto mehr ist die Planung gezwungen, die Präferenzen der Konsumenten zu berücksichtigen. Eine Verschiebung des höheren Verbrauchs auf einen späteren Zeitpunkt zugunsten der Kapitalakkumulation kann nicht zum x -ten Mal vorgenommen werden. Vgl. B. Levčik, "Zum Problem der Wirtschaftsreform in der CSSR", in: E. Schneider (Hrg.), Rationale Wirtschaftspolitik und Planung in der Wirtschaft von heute, a.a.O., S. 479. Zu der Einführung von höherem Lebensstandard in der Planung, vgl. Predrag Mihailović, "Die Planung in Jugoslawien", in: E. Schneider (Hrg.), Rationale Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 497ff

Nach Halm¹ ist dieses Entscheidungsproblem in den Entwicklungsländern relativ leicht zu bewältigen. In seiner Argumentation geht er davon aus, daß in diesen Ländern der Lebensstandard niedrig ist und daher die Existentialien relativ überschaubar sind. Nach Halm ist es aus diesem Grunde für den Staat nicht schwer, die zu berücksichtigenden existentiellen Konsumgüter zu bestimmen. Sobald jedoch die primären Wünsche befriedigt werden und Nuancierungen im Leben eingeführt sind, werden die Alternativen zahlreicher und die Wahl zwischen diesen wird kontrovers und weniger berechenbar.²

Diesem günstigen Faktor ist die in vielen Entwicklungsländern zu beobachtende Entwicklung in bezug auf die Macht der Interessengruppen entgegenzusetzen, deren Widerstand erst dann zu spüren ist, wenn eine entwicklungsadäquate Entscheidung getroffen werden soll.³

Das Problem nimmt an Aktualität erst dann zu, wenn über eine Be- bzw. Einschränkung des Konsums, der über das existentielle Minimum hinausgeht, entschieden werden soll. Bei einer realistischen Einschätzung des volkswirtschaftlichen Potentials wird der Konsum soweit einge-

1 Georg N. Halm, Economic System, A Comparative Analysis, 3. Aufl., New York-Chicago-San Francisco etc. 1968, S.242

2 Vgl. derselbe, ebenda

3 Bird betont in seiner Untersuchung über Möglichkeiten der Reformen im Besteuerungssystem in Kolumbien den Zusammenhang zwischen den Möglichkeiten der Reform und den sozialen Beziehungen. Die Durchführung der Reformvorschläge setzt jedoch eine starke Regierung voraus, und diese kann die Durchsetzung des Reformprogramms nur unter Eingehung eines Kompromisses u.a. mit den "pressure groups" erreichen. Richard M. Bird, Taxation and Development, Lessons from Colombian Experience, Cambridge 1970, S. 197ff

schränkt, wie es die für die Erreichung der gesetzten Wachstumsrate notwendige Investition erfordert.¹

Anahnd dieses Kriteriums wird die Verteilung der Investition in Investitionsgüter- und Konsumgüterbereich vorgenommen. Mit der Bestimmung der Konsumhöhe wird dann zugleich die Struktur der herzustellenden Konsumgüter bestimmt, die aus primären Konsumgütern bestehen.

Wenn andersherum gesehen die Bedeutung der Planung auch in der Gewährleistung des minimalen Lebensstandards² besteht, ist wegen der Knappheit der Ressourcen die Nichtberücksichtigung, d.h. Nichteinbeziehung nichtprimärer Güter notwendig und unvermeidlich.

112. Die Berücksichtigung der Importe im Produktionsplan

Die Strukturierung der inländischen Produktion geht jedoch von einer Berücksichtigung der außenwirtschaftlichen Beziehung aus. Ob bestimmte Güter im Inland hergestellt, oder aus dem Ausland bezogen werden sollen, wird in der Theorie der komparativen Kosten aus dem Vorhandensein der für die Herstellung der Güter benötigten Produktionsfaktoren begründet ("factor endowment"). Demnach soll die Produktion bestimmter Güter dort durchgeführt werden, wo der zur Herstellung dieser Güter am

1 Vgl. John C.H.Fei und Alpha C.Chiang, "Maximum Speed Development through Austerity", in: Irma Adelman und Erik Thorbecke (Hrg.), The Theory and Design of Economic Development, Baltimore, 1966, S. 67 - 69. In dem von Fei und Chiang entwickelten System wird vorausgesetzt, daß der Konsum nicht Selbstzweck ist. Dies führt dazu, daß die Entscheidung zugunsten der Investition, die einer Maximierung der Kapitalbildung entspricht, getroffen werden kann. Auf der anderen Seite wird vorausgesetzt, daß der niedrige Konsumstandard nicht noch mehr verkürzt wird, da ein solcher Versuch zur Senkung der Arbeitsproduktivität führt.

2 Vgl. J.Tinbergen, Central Planning, Studies in Comparative Economics, Nr. 4, New Haven und London, 1964, S. 69

meisten beschäftigte Produktionsfaktor am reichlichsten vorhanden ist, dessen Beschäftigung deshalb die geringsten Kosten verursacht.¹ Daß die außenwirtschaftliche Beziehung der Entwicklungsländer nicht auf dieser Theorie beruhen kann und soll, ergibt sich aus verschiedenen hier nicht näher zu bezeichnenden Gründen, die gegen diese Theorie sprechen.

Die Berücksichtigung der Importe in der Planung ergibt sich einmal daraus, daß die für den Investitionsgüterbereich benötigten Investitionsanlagen im Inland noch nicht hergestellt werden können. Zum zweiten geht die Planung zwar davon aus, daß sich die Volkswirtschaft in bezug auf primäre Güter selbst versorgt, weil damit die knappen Devisen für den Kauf von Investitionsanlagen erspart werden, doch muß festgestellt werden, daß die Selbstversorgung noch nicht erreicht ist, und daß Devisen für den Kauf dieser primären Güter ausgegeben werden müssen. Die Berücksichtigung des Importsektors ist vor allem jedoch notwendig, weil hier das Angebot an nichtprimären Konsumgütern vorhanden ist. Gerade hier ist aber die Einschränkung des Konsums erwünscht, zu dessen Erwerb keine Mittel in der Gesamtplanung zur Verfügung stehen.

12. Die ex-ante Koordinierung der Nachfrageseite

Ebenso wie die Produktionsseite der Volkswirtschaft wird die Gesamtnachfrage in der Planung koordiniert.

¹ Vgl. G. Haberler, "Die Theorie der komparativen Kosten und ihre Auswertung für die Begründung des Freihandels", in: "Weltwirtschaftliches Archiv", Bd. 32(1930), S. 349ff. Auch: D. Jaeger, Handelspolitik als Entwicklungspolitik, Bochumer Schriften zur Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik, Bd. 2, Bielefeld 1968, S. 17ff; H.B. Chenery, "Comparative Advantage and Development Policy", in: "The American Economic Review", Bd. LI (1961), S. 18f

Die ex-ante Koordinierung der Gesamtnachfrage ist aus folgenden Gründen notwendig:

1. Damit die Durchführung der geplanten Investitionen gesichert ist, müssen die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Dies kann dann gewährleistet sein, wenn die Verwendungsseite des Einkommens mit der Gesamtproduktion abgestimmt wird.
2. Die effektive Nachfrage nach Konsumgütern darf nicht die Konsumgüterproduktion übersteigen, da dies sonst eine Verringerung bzw. eine "Abführung" der für die (geplanten) Anlageinvestitionen vorgesehenen Mittel bedeuten würde.

Diese beiden Gesichtspunkte sind miteinander sehr eng verbunden, weil sie schließlich der Durchführung der Investitionsplanung und damit auch der Erhöhung der realen Kapitalbildung dienen.

Sie unterscheiden sich auf der anderen Seite jedoch dadurch, daß der erstgenannte Grund nicht unmittelbar mit einem zwangsweisen Konsumverzicht verbunden ist. Dagegen ist die Abstimmung der effektiven Nachfrage nach Konsumgütern mit Konsumeinschränkung verbunden, da den in der Produktion festgelegten Konsumgütermengen eine entsprechende Konsumnachfrage gegenüberstehen soll.

Die Planung der Gesamtnachfrage ist die logische Konsequenz der Koordinierung auf der Investitionsseite, weil die Koordinierung eine entsprechende Entscheidung über die Richtung der Verwendung des Einkommens impliziert.¹

¹ "...man muß nicht nur die technischen Relationen innerhalb des Produktionssektors, sondern auch die Art, bei der die sich ändernden Produktionsniveaus im Produktionssektor den Fluß der Kaufkraft an die Konsumenten, die deren Nachfrage in besonderer Weise beeinflusst..., berücksichtigen". R. Frisch, *Planning for India: Selected Explorations in Methodology*, New York-Calcutta, 1960, S. 4

Dies bedeutet, daß von dem Einkommen genau der Anteil an den Konsumsektor abgeführt werden soll, der zur Herstellung der geplanten Konsumgüter gerade ausreicht.¹

Der Rest des Einkommens soll dann zur Bildung von Investitionskapazitäten benutzt werden.

Die Notwendigkeit der Koordinierung der monetären Nachfrage ergibt sich, wie ersichtlich ist, aus der Planung höherer Investition.

Setzt sich nämlich das Volkseinkommen aus der Summe der Löhne, Gehälter und Gewinne zusammen, so muß ein Teil dieses Einkommens zur Finanzierung höherer Investitionen verwandt und zugleich der Teil, der für den Konsum notwendigerweise verwandt wird, auf ein Minimum zurückgeführt werden.

13. Die ex-ante Koordinierung der Produktions- und Nachfrageseite

Das eben beschriebene Finanzierungsverhältnis ist das Ziel, das bei der ex-ante Koordinierung zwischen der Produktions- und der Einkommensseite erstellt werden soll. Die Abstimmung der Produktions- mit der Einkommens- bzw. Finanzierungsseite ist eben erforderlich, weil in einem störungsfreien, d.h. plangerechten volkswirtschaftlichen Prozeß Angebot und Nachfrage in ein Gleichgewicht gebracht werden müssen.² Es ist in diesem Zusammenhang zuzustimmen, wenn Hirsch behauptet, daß "die Naturalpla-

1 Bettelheim bezeichnet eine Methode, die von einem im Plan gewährten (Minimum-)Lebensstandard ausgeht, als normative Methode. Ch. Bettelheim, Some Basic Planning Problems, Indian Statistical Series, Nr. 12, New York-Calcutta 1961, S. 9 -10

2 Vgl. S.S. Ahluwalia, "Balancing vis-a-vis Input-Output Techniques in Ensuring the International Consistency of a Plan", in: Essays on Planning and Economic Development, Center of Research on Underdeveloped Economies, Research Papers, Vol. 2, Warszawa 1965, S. 99

nung...eine solche Bedeutung hat, daß ein Verzicht auf sie, ein Übergang zu rein finanziellen Lenkungsmethoden nicht vorstellbar ist."¹ Dabei soll hier die Frage beantwortet werden, wie noch der Anteil des Einkommens ist, das zu einem bestimmten Produktionsbereich verwendet werden soll.

Folgende Größen werden hier berücksichtigt:

E = reales monetäres Einkommen

w = Löhne und Gehälter

r = Kapitalzinsen

p = Profit

Y = Gesamtproduktion (Menge)

I_a = inländische Investitionsgüter

I_m^a = importierte Investitionsgüter

I_k = inländische Konsumgüter

I_m^k = importierte Konsumgüter

Definitionsgemäß ist:

$$(1) E = w + r + p$$

$$(2) Y = (I_a + I_m^a) + (I_k + I_m^k)$$

Da die Planbilanz $Y = E$ lautet, kann die Abstimmung "der Güterfonds und der Geldfonds"² folgendermaßen ausgedrückt werden:

$$(3) (I_a + I_m^a) + (I_k + I_m^k) = w + r + p$$

1 H. Hirsch, Mengenplanung und Preisplanung in der Sowjetunion, Basel-Tübingen, 1957, S. VII

2 G. Gutmann, Theorie und Praxis der monetären Planung in der Zwangsverwaltungswirtschaft, Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen, H. 5, Stuttgart 1965, S. 73; zu den zwei wichtigen Mengen- und Finanzbereichen vgl. auch: O. Lange, Essays on Economic Planning, a.a.O., S. 17 - 18

Bezeichnet man w^* als den Anteil des Faktors Arbeit an der Gesamtproduktion, w als das dem Faktor Arbeit zur Erhaltung des existentiellen Minimums gewährte Einkommen und $(w^* - w)$ als das Einkommen, das dem Faktor Arbeit vorenthalten ist, und geht man darüber hinaus davon aus, daß

$w = (I_k + I_m^k)$ sein soll,¹ so ergibt sich aus der Gleichung (3)

$$(4) \quad r + p + (w^* + w) = (I_a + I_m^a)$$

Setzt man für $(w^* - w)$ das Symbol s , kann die Gleichung (4) auch wie folgt ausgedrückt werden:

$$(5) \quad r + p + s = (I_a + I_m^a)$$

Unter der Voraussetzung, daß die effektive Nachfrage die geplante Konsumgüterproduktion deckt, sind Kapitaleinkommen, Profite und Surplus² aus der Arbeitsproduktivität dem Investitionsgüterbereich zuzuführen.³

1 Der geplante Konsum enthält natürlich auch den "notwendigen" Konsum der Kapitalbesitzer und Profitbezieher.

2 Dieser Surplus aus der Arbeitsproduktivität entsteht dadurch, daß nicht der ganze Anteil des Faktors Arbeit an der Gesamtproduktion als Lohn und Gehälter verteilt wird. Dieser Surplus ist also mit dem Einkommen $(w^* - w)$ identisch.

3 Diese Auffassung deckt sich nicht ganz mit der Mehrwert-Theorie von K. Marx, weil dieser als die einzige Quelle des Mehrwerts den Faktor Arbeit sieht. Nach ihm ist der Mehrwert lediglich durch den Einsatz des zusätzlichen Faktors Arbeit entstanden; die aus diesem Einsatz entstandene Produktivität ist jedoch von Kapitalisten beibehalten. Vgl. N. Spulber, *The Soviet Economy, Structure, Principles, Problems*, New York 1962, S. 34 - 35; O. Lange, *Essays on Economic Planning*, a.a.O., S. 44 - 47

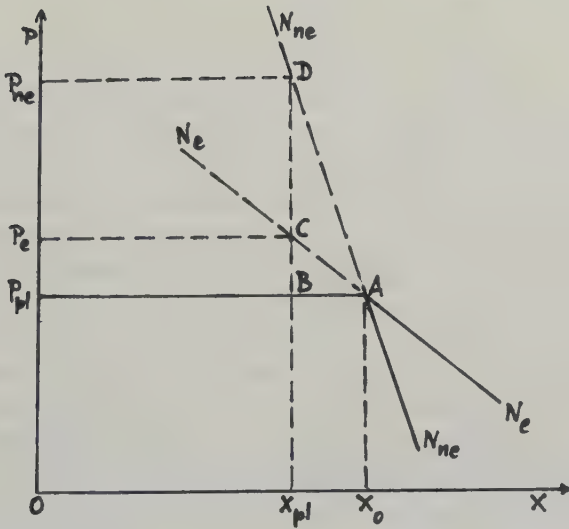
14. Der Umfang der vom Konsumsektor freizustellenden Ressourcen

Aus den eben durchgeführten Ausführungen ergibt sich, daß, um den in der Gleichung (5) enthaltenen Zweck zu erreichen, Maßnahmen getroffen werden müssen, die dazu dienen, einerseits das Konsumgüterangebot auf das Existenzminimum zu beschränken und andererseits Einkommen aus Kapital, unselbständiger und selbständiger Arbeit dem Investitionsgütersektor zuzuführen. Dabei stellt sich heraus, daß die anzuwendenden wirtschaftspolitischen Instrumentarien im allgemeinen in einen mengenmäßigen und preismäßigen Bereich einzuteilen sind.¹ Bevor auf die einzelnen Instrumente und deren spezifische Wirkungsweise und Tragweite eingegangen wird, soll zunächst geprüft werden, wie hoch die Mittel sind, die dem Konsumsektor entzogen werden können.

Um zu zeigen, wie groß der zu erwartende, d.h. geplante Effekt der planungsrelevanten mengenmäßigen und preismäßigen wirtschaftspolitischen Instrumentarien in bezug auf die Freiwerdung der Mittel sein kann, sei hier eine graphische Darstellung gegeben:

¹ Die idealtypische Planwirtschaft, die als "Naturalplanung", d.h. eine mengenmäßige, preislose Koordinierung der Plansektoren, verstanden wird, ist niemals verwirklicht worden. Selbst die Planwirtschaft sowjetischen Typs ist ein "Mischsystem", das für den Vollzug der Planung nicht auf den Preis als Transformator verzichten kann. Vgl. F. Haffner, Das sowjetische Preissystem, Theorie und Praxis, Änderungsvorschläge und Reformmaßnahmen, Osteuropa-Institut an der Freien Universität Berlin, wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen, Bd. 29, Berlin 1968, S. 105 f.

Abbildung 4



Systemgemäß wird einerseits der Preis der Konsumgüter und andererseits die Menge dieser Güter auf ein planungsadäquates Niveau planerisch festgelegt. Der Planpreis wird mit P_{pl} und die Planmenge mit OX_{pl} bezeichnet. Es ist darauf hinzuweisen, daß dieser planerisch festgelegte Preis unterhalb des Preises liegt, den bei Nichteinschränkung der realen Nachfrage die Bevölkerung zu zahlen bereit ist. Parallel hierzu liegt die planerisch festgelegte Menge OX_{pl} selbstverständlich unterhalb der Menge OX_0 , die bei Nichteinschränkung des Konsumgüterangebots die Bevölkerung abzunehmen bereit ist.

Durch die Festsetzung des Preises auf OP_{pl} verliefen die verschiedenen Nachfragefunktionen nicht mehr wie $N_e N_e$ und $N_{ne} N_{ne}$, sondern wie $P_{pl} AN_e$ und $P_{pl} AN_{ne}$.

Stellen nun die Rechtecke $OP_{pl} BX_{pl}$ die geplanten Konsumausgaben dar, wird durch die planerisch festgelegte Konsumeinschränkung ein Teil des Einkommens, der insgesamt durch die Rechtecke $P_e CBP_{pl}$, $P_{ne} DBP_{pl}$ und $BAX_o X_{pl}$ dargestellt wird, dem Konsumbereich entzogen. M.a.W. der Teil des Einkommens, den Konsumenten im Falle der Nichteinführung von Restriktionsmaßnahmen für Konsumzwecke gern zur Verfügung stellen würden, wird vom Konsumsektor entzogen und der Investition zur Verfügung gestellt.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, wird an dieser Stelle betont, daß die freigewordenen Mittel nur einen Teil der Gesamtmittel ($r + p + s$) darstellen, die dem Investitionssektor ($I_a + I_m^a$) zur Verfügung stehen.

2. Die Funktion der Instrumente in der Planung

21. Die Bedeutung der Instrumente

Es wurde dargelegt, daß die Ziele, die mit der Planung verfolgt werden, zu erreichen sind, wenn sowohl die Produktions- wie auch die Einkommensseite sich in dem in der Planung festgelegten Rahmen verhalten. Die Befolgung des auf diese Weise fixierten Verhaltens ist von entscheidender Bedeutung, da dessen Nichtbeachtung möglicherweise dazu führt, daß die angestrebten Ziele nicht erreicht werden.¹ So gesehen muß der Einsatz der der Planung konformen Instrumentarien seine Aufgabe in der Erfüllung dieser Ziele haben. Der Einsatz der Instrumentarien muß daher so gestaltet sein, daß einerseits die geplanten Größen und der Wachstumsprozeß realisiert und andererseits die nichtgeplanten Entwicklungen vermieden werden. Im folgenden soll untersucht werden, welche Instrumentarien in der Planung im allgemeinen eingesetzt sind, um von hier aus zu prüfen, welche Instrumentarien für die Entwicklungsländer in Frage kommen. Danach soll geprüft werden, ob und inwieweit die Erhöhung von Kapitalbildung mit Hilfe dieser Instrumentarien erreicht werden kann.

Dabei sollten die Ausführungen folgende Bereiche, in denen die Instrumente eingesetzt sind,² einbeziehen:

1. Produktionssektor
2. Konsum- und Importsektor
3. Einkommensektor

1 Die konkreten Erfolge einer Wirtschaftspolitik müssen nicht in kausalem Zusammenhang mit dem angewandten Prinzip stehen. Denn auch die Planung, die als eine rationale Wirtschaftspolitik verstanden ist, wird nicht von Irrationalität verschont. Vgl. P. Knirsch, Strukturen und Formen zentraler Wirtschaftsplanung, a.a.O., S. 24

2 Diese Einteilung entspricht bei einigen Änderungen der Einteilung bei: R. Krüger, Das wirtschaftspolitische Instrumentarium, Einteilungsmerkmale und Systematisierung, Volkswirtschaftliche Schriften, H. 110, Berlin 1967, S. 65 - 66

22. Die Systembezogenheit der Instrumente

221. Objektbezogene Aufteilung der Instrumente

Die Aufteilung der gesamten planungsrelevanten Instrumente kann, wie bereits erwähnt, im mengenmäßigen und im preismäßigen Bereich durchgeführt werden. Diese Aufteilung ist insofern gültig, als jedes Instrument entweder über Menge oder Preis, oder über beides zugleich den Planungsprozeß in die Bahn lenkt, für die bereits in der Planung entschieden wurde. Dabei wird hier unter Preis nicht nur der monetäre Gegenwert der nachgefragten Investitions- und Konsumgüter, sondern auch der der nachgefragten Arbeit (Löhne und Gehälter), des Entgelts für die Bereitstellung des Kapitals (Zins) und des Entgelts für die Benutzung des Bodens (Bodenrechte) verstanden.¹ Unter dieser Annahme können dann die Produktions-, d.h. die Mengenseite und die Einkommenseite entsprechend erfaßt werden.

Um die Ziele der Planung zu erreichen und um die in der Planung sektoriell festgelegten Größen zu erzwingen, sowie um die Planungsinterdependenzen nicht zu gefährden, werden nun Mengen und Preise auf eine der Planimplementationsentsprechende Höhe festgelegt. Wie, welche Kriterien und unter welchen Annahmen die Festlegung der Mengen und der Preise durchgeführt wird, soll anschließend untersucht werden.

Zuvor soll jedoch daraufhingewiesen werden, daß Preis- und Mengenregulierungen zugleich einzuführen sind, weil einerseits die Planungsgrößen mengenmäßig und preismäßig zu erfassen sind und zum anderen die Freistellung

¹ Vgl. Th. Pütz, Grundlagen der theoretischen Wirtschaftspolitik, Bd. 1, Stuttgart 1971, S. 121

der Mittel aus dem Konsumsektor zugunsten der Kapitalakkumulation¹ nur durch gleichzeitige Festlegung der Menge und des Preises zu erreichen ist. In welcher Beziehung Mengen- und Preisregulierung zueinander stehen, erklärt sich nach Pütz damit, daß die Mengenregulierung "das Hauptinstrument der imperativen Mikroplanung der Produktion und des Konsums"² sei. Dagegen habe die Preisregulierung nur "ergänzende Funktion: als Mittel der monetären Planungsrechnung und - bei Konsumwahlfreiheit - als Mittel der Konsumlenkung"³. Dieser generalisierenden Aussage über Beziehungszusammenhänge zwischen Mengen- und Preisfunktionen ist nur dann zuzustimmen, wenn der Preis nur eine einzige Funktion, nämlich die des "gemeinsamen Maßstabes"⁴ auszuüben hat. Wenn jedoch dem Tatbestand entsprechend, daß Produktion Einkommen erzeugt, dem Preis außerdem die Funktion eines Knappheitsmessers zuerkannt werden muß⁵, bedeutet

1 Vgl. W.M.Frhr. von Bissing, "Theorie der sozialistischen (sowjetischen) Wirtschaft", in: G.Hahn und W.M.Frhr. von Bissing (Hrg.), Die Wirtschaftssysteme der Staaten Ost-europas und der Volksrepublik China, Untersuchung der Entstehung, Entfaltung und Wandlung sozialistischer Wirtschaftssysteme, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF Bd. 23/I, Berlin, 1961, S. 27

2 Th.Pütz, Grundlagen der theoretischen Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 121

3 derselbe, ebenda

4 H.Hirsch, Mengenplanung und Preisplanung in der Sowjetunion, a.a.O., S. 22

5 Zu der Ansicht, daß die in der Zentralplanung verwendeten Preise den Knappheitsgrad der Produktionsfaktoren nicht oder nicht genügend berücksichtigen, ist man auch in der sowjetischen Wirtschaft gekommen. Eine Verbesserung in der Preisbildung wird daher gefordert. Allerdings wird erkannt, daß diese Verbesserung, die ja darin besteht, "daß im Preis der Nutzen, mit dem die Erzeugnisse eingesetzt werden", zum Ausdruck gebracht werden soll, nicht ohne weiteres möglich ist, da damit im Gegensatz zu der bisherigen Planpraxis der Preis vom Plan losgelöst würde. G.Hahn, Investitionslenkung im sowjetischen Wirtschaftssystem, eine Untersuchung der staatlichen Planung des Wirtschaftsprozesses, Schriften des Vergleichs von Wirtschaftsordnungen, H. 11, Stuttgart, 1967, S. III

dies, daß dem Preis eine Eigenständigkeit innerhalb der Planwirtschaft zuzugehen ist.

222. Das Problem der Preisfestsetzung bzw. der Preisregulierung in der Planung

Der Prozeß der Preisfestsetzung geschieht nicht im Rahmen der Nachfrage- und Angebotskonstellation, sondern im Rahmen des Gesamtplans. Dementsprechend wird der Preis nicht als ein Knappheitsmesser, sondern als ein Mittel betrachtet, mit dem "der Wirtschaftsplan rational rechenmäßig durchgeführt [wird]...und die Warenströme in die von der Wirtschaftsführung gewollte Richtung"¹ gelenkt werden. Die Folge einer derartigen Vorstellung über Preisfunktionen im Plan ist, daß es je nach der Zahl der zu verfolgenden Zwecke und unter Berücksichtigung des allgemeinen Ziels eine "Polyphonie"² von Preisvariationen, u.a. innerhalb eines bestimmten Sektors, geben kann. Es sind jedoch vier Preistypen zu erkennen, die in den heutigen Planwirtschaften gelten:³

1. Programmierungspreise, die der Konstruktion eines intern konsistenten Plans dienen. Diese Programmierungspreise werden bei der Planaggregation benutzt.
2. "Shadowprices", d.h. Preise, die im Gegensatz zu dem vorhergesagten Preis, nur für die Partialoptimierung benutzt werden, wobei diese Preise aus der Lösung der Linearprogrammierungsprobleme abgeleitet sind.

1 W.M. Frhr. von Bissing, "Theorie der sozialistischen (sowjetischen) Wirtschaft", a.a.O., S. 26

2 N. Spulber, "The Soviet Economy", a.a.O., S. 34

3 Vgl. J. G. Zielinski, Lectures on the Theory of Socialist Planning, Ibadan 1968, S. 13

3. Durchführungspreise, d.h. Preise, die im Prozeß der Planimplementation ihre Anwendung finden.
4. Konsumgüterpreise, d.h. Preise, mit denen die geplanten Konsumerzeugnisse an die Konsumenten abgegeben werden.

Es erhebt sich jedoch die Frage, wie und mit welchem Kriterium die Festsetzung der Preise in der Planung durchgeführt wird. Das Problem der Preisfestsetzung soll, soweit es für das Kapitalbildungsproblem relevant ist, hier kurz erörtert werden.

Bei der Bestimmung der Preise, mit denen die Produktionsverhältnisse zwischen den Unternehmungen geregelt werden, gelten als Anhaltspunkte die in der Branche geltenden Durchschnittskosten. Diese Durchschnittskosten werden aus den individuellen Kosten ermittelt. Sie sind das "gewogene arithmetische Mittel der individuellen Kosten".¹ Die so ermittelten Durchschnittskosten können willkürlich sein, wenn z.B. sehr kostengünstige Betriebe aus der Durchschnittsberechnung ausgeklammert werden, weil sonst die Durchschnittskosten niedrig würden und an kostenungünstige Betriebe eine zu hohe Subvention gezahlt werden würde.²

Auf die so ermittelten Durchschnittskosten wird dann eine vertretbare Gewinnmarge zugeschlagen, so daß die Preise der Produktionserzeugnisse sich aus diesen beiden Größen zusammensetzen.

Diese kostenorientierte Ermittlungsmethode wird eine Konstruktion "von unten"³ genannt.

Dagegen wird die Höhe der Preise der Konsumgüter "von oben"⁴ ermittelt, indem neben den für die Herstellung

1 F. Haffner, Das sowjetische Preissystem, a.a.O., S. 98

2 Vgl. derselbe, Das sowjetische Preissystem, S. 99

3 Vgl. J. Tinbergen, Central Planning, a.a.O., S. 16

4 derselbe, ebenda

dieser Güter notwendigen Plankosten¹ auch die Bereitschaft der Verbraucher zum Erwerb dieser Güter und deren Liquidität berücksichtigt wird, mit der Folge, daß die Konsumgüterpreise um die zu zahlende Umsatzsteuer höher als die Plankosten sind.

Mit der staatlich bestimmten Festlegungsmethode ist die Möglichkeit der Preisvariiierung auch innerhalb eines und desselben Sektors durchaus gegeben. Es könnte z.B. die Preisfestsetzung dermaßen vorgenommen werden, daß nicht die vollen Herstellungskosten in die Preisberechnung einbezogen, sondern stattdessen Subventionen gewährt werden. Andere Möglichkeiten ergeben sich z.B. dadurch, daß die Profitmarge oder daß die Steuern gar nicht in die Preise einbezogen sind, mit der Folge, daß niedrigere Preise zu zahlen sind.

Auf der anderen Seite wird bei der Festlegung der Konsumentenpreise so verfahren, daß das Gleichgewicht zwischen der angebotenen Menge und der effektiven monetären Nachfrage hergestellt wird. Dies wird dadurch erreicht, daß auch im Einkommenssektor die Löhne, Gehälter und Zinsen auf eine planadäquate Höhe festgelegt bzw. garantiert sind. Dabei geht man in den sozialistischen Ländern bei der Lohnfestlegung von einem "Lohnfonds"² aus, der einen Bestandteil der Plankosten bildet. Der Durchschnittslohnsatz wird durch die Division des Lohnfonds durch den "planmäßigen Arbeitsaufwand"³ ermittelt. Daß die mit dieser Ermittlungsmethode festgelegte Lohnhöhe nicht die Knappheit bzw. die Nützlichkeit der erzeugten Güter widerspiegelt, geht aus der Absicht der Planträger bei der Lohnendifferenzierung hervor. Die Lohnunterschiede sind nämlich an den vom Plan angestrebten

1 Vgl. H. Hirsch, "Mengenplanung und Preisplanung", a.a.O. S. 125

2 derselbe, "Mengenplanung und Preisplanung", S. 129

3 derselbe, ebenda

Zielen orientiert. Es ist in diesem Zusammenhang erklärlich, daß die Löhne in dem Sektor (Investitionsgütersektor) am höchsten festgesetzt werden,¹ der vom Staat für förderungswürdig gehalten wird. Umgekehrt werden die Löhne in dem Sektor sehr niedrig gehalten, dem im Gesamtplan eine ergänzende Rolle in bezug auf die Planziele zugesprochen wird (Konsumgütersektor).²

223. Das Problem der Mengenfestsetzung bzw. Mengenregulierung in der Planung

Die Mengenfestsetzung läßt sich an dieser Stelle kurz erwähnen. Das Ziel, die Investitionskapazitäten zu steigern, führt dazu, daß der Investitionsgütersektor zu ungunsten des Konsumgütersektors bevorzugt wird. Nachdem nun die zu erreichenden Produktionsziele in den genannten Sektoren in unterschiedlicher Höhe quantifiziert sind, wird eine Mengenbilanz aufgestellt, bei der die zu erzeugende Produktion den hierzu benötigten Bedarfsposten gegenübergestellt wird, wobei die Höhe der Inputs durch den angenommenen Produktionskoeffizienten bestimmt wird. Mit der Annahme eines bestimmten Produktionskoeffizienten wird dann die Menge der einzelnen Input-Faktoren festgelegt.

1 Vgl. N. Spulber, The Soviet Economy, a.a.O., S. 40

2 Vgl. derselbe, ebenda

II. Die Implementation der Planung

1. Aufgabenaufteilung zwischen dem Privat- und Staatssektor als Problem der Planimplementation

11. Die Bereichsaufteilung als Problem der Implementation

111. Die Beziehung zwischen der Planaufstellung und der Planimplementation

Bei der Planaufstellung wird der Produktionssektor in Investitionsgüter- und in Konsumgütersektor eingeteilt. Bei der Strukturierung der durchzuführenden Investitionen läßt man sich von dem zu verfolgenden Ziel leiten. Da jedoch einerseits die Höhe und die Struktur des Konsums bereits feststehen und andererseits mit den zur Verfügung stehenden Mitteln die Erhöhung der Investitionskapazitäten erreicht werden soll, ist jetzt bei der Plandurchführung dafür zu sorgen, daß die geplante Investitions- und vor allem Konsumgüterstruktur realisiert werden. Dabei geht es in erster Linie darum, wie eine planorientierte Ressourcenallokation derart durchzuführen ist, daß die Investitionskapazitäten vergrößert werden, das Konsumvolumen jedoch auf einem Minimum gehalten wird. Für diesen Zweck werden zunächst Pläne über die Allokation der zur Verfügung stehenden Ressourcen für den Investitions- und für den Konsumgütersektor aufgestellt, die dann in einem Gesamtplan zusammengefaßt sind. Auf der anderen Seite ist Planung nicht nur als ein System von gedanklichen Zusammenhängen, sondern als eine Gesamtheit zu verstehen, in der auch Mittel und Wege geplant sind, die für die Implementation des Geplanten notwendig sind. Hierzu zählt in erster Linie die Entscheidung darüber, in welchem Maße die Aufteilung der Planaufgaben zwischen dem Staats- und dem Privatsektor bei der Planimplementation vorzunehmen ist. Das Problem

der Aufgabenaufteilung ist für die Entwicklungsländer insofern von Bedeutung, als der Privatsektor eine nicht zu übersehende Größe darstellt.

112. Die Bereichsaufteilung zwischen dem öffentlichen und dem Privatsektor und deren Begründung

Der Umfang der Aufteilung der Bereiche, in denen der öffentliche einerseits und der Privatsektor andererseits ihre Tätigkeit ausüben, hängt vom Kriterium ab, womit auch das Ausmaß der jeweiligen Rolle innerhalb der Planung bemessen ist. Wenn der politisch-ideologische Aspekt als maßgebendes Kriterium angewandt wird, wird die Bereichsaufteilung nur so lange zugunsten des einen oder des anderen Sektors durchgeführt, wie die ideologischen Postulate nicht verletzt werden. Wenn es jedoch darum geht, die entwicklungspolitischen Ziele zweckmäßigerweise zu realisieren, ist es unerheblich, in welchem Umfang das Betätigungsfeld des einen oder des anderen Sektors bestimmt ist. In diesem Zusammenhang sind bei der Bereichsaufteilung folgende Begründungen maßgebend:

1. Daß in den Entwicklungsländern die Tätigkeitsbereiche des Privatsektors ausgedehnt sind, ist eine nicht zu übersehende Tatsache. Sie sind nicht nur auf den Agrarsektor, in dem nahezu zweidrittel des Volkseinkommens geschaffen sind, beschränkt; sie erstrecken sich darüber hinaus auch auf den Handel und bestimmte Industriesektoren.
2. Auf der anderen Seite soll jedoch die Erhöhung der Investitionskapazitäten durch Forcierung des Investitionsgütersektors einerseits und durch das Konstanthalten der Konsumgüterproduktion erreicht werden. Voraussetzung hierfür ist jedoch, daß eine Kontrolle über die für die Sektoren vorgesehene Ressourcenallokation effektiv durchgeführt werden kann.

3. Um dies zu erreichen, soll eine Verengung des Tätigkeitsbereichs des Privatsektors vom System her notwendig sein. In allen Entwicklungsländern mit einer Gesamtplanung führt dies zur Einschränkung des Bereichs auf den ohnehin von der Planung her bereits minimierten Konsum- bzw. Agrar- und Kleinindustriesektor.

In den folgenden Teilabschnitten soll zunächst das Problem erörtert werden, inwieweit eine Ausdehnung des Staatssektors aus dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit vertretbar ist. Danach soll auch geprüft werden, welche Begründungen der Heranziehung vom Privatsektor bei der Planimplementation zu geben sind.

12. Der Umfang des Bereichs des öffentlichen Sektors bei der Planimplementation

121. Gesichtspunkte bei der Beurteilung der Ausdehnung des öffentlichen Sektors

1211. Die Einschränkung des Ausdehnungsproblems auf die "Direct Productive Activities"¹ und die Forderung nach der Effektivität in der Planimplementation

Die Gewähr zur Durchführung des Planinhalts, insbesondere bezüglich der planmäßigen Aufteilung der Mittel zwischen Investitions- und Konsumsektor, gehört zu den wichtigen Punkten in der Planimplementation. Um das Planziel zu erreichen, müssen die zwischen den einzelnen Plansektoren konzipierten Gleichgewichte und das Gesamtgleichgewicht eingehalten werden. Dies setzt eine genaue Durchführung des Planinhalts voraus.

¹ Zu dem Begriff Direct Productive Activities, vgl. A.O. Hirschman, The Strategy of Economic Development, a.a.O., S. 83 - 99

Die Forderung nach dem effektiven Planvollzug der Planung ist einer der Gründe für die Ausdehnung des Staatssektors in die "Direct Productive Activities", d.h. in die Bereiche, die wegen der angebotenen Rentabilitätsaussichten für die Privatinitiatoren interessant sind. Die Aktualität des Planvollzugs gibt folgendes Beispiel aus den Entwicklungsländern:

Ausgangsbasis der Überlegung in den Entwicklungsländern ist die Tatsache, daß die Höchststrategie der Kapitalbildung bei den Unternehmungen anzutreffen ist. Die bisherige Kapitalakkumulation ist jedoch unbefriedigend. Neben den bereits an anderen Stellen aufgeführten Gründen,¹ führt Gadgil die unbefriedigende Entwicklung der Kapitalakkumulation darauf zurück, daß durch die Kommissionsgewährung und sonstige Zahlungen die Überschüsse dem Kapitalakkumulationsprozeß entzogen sind.² Um die Möglichkeit der Absplitterung von Mitteln aus dem Kapitalsektor zu verhindern und zugleich auch um eine sichere Lenkung der Mittel in die plangemäße Richtung zu erreichen, soll der öffentliche Sektor auf die traditionellen Bereiche der Privatinitiative wie Banken, Versicherung, Außen- und Binnenhandel sowie auf die Bereiche bestimmter strategischer Sektoren, Großindustrie usw. ausgedehnt werden.³ Die gleiche Extensionspolitik hat auch Ganguli sehen wollen. In seinem Memorandum hat er u.a. vorgeschlagen, die Handelsgesellschaften zu verstaatlichen, weil sie

1 Vgl. S. 51ff und S. 126 - 127 dieser Arbeit

2 D. R. Gadgil, Planning and Economic Policy in India, Bombay 1962, S. 2

3 Vgl. derselbe, ebenda

"eine wichtige Quelle für Staatseinnahmen und für die Kapitalakkumulation sind..."¹

Das Beispiel zeigt, daß sich das Ausdehnungsproblem nur auf die Bereiche beschränkt, deren Übernahme durch den Privatsektor eine Alternative für den Planvollzug darstellt.

1212. Der Kosten-Ertrags-Vergleich als Kriterium für die Ausdehnung des Staatssektors

Unter Bezugnahme auf das genannte Beispiel² soll geprüft werden, welches Kriterium sich für die Beurteilung der Ausdehnung des Staatssektors auf die dem Privatsektor traditionell überlassenen Bereiche bietet.

Als Kriterium bieten sich die mit der Übernahme von Direct Productive Activities anfallenden Kosten einerseits und die erhaltenen Einnahmen andererseits an. Was unter den beiden Größen zu verstehen ist, wird anhand einer Bilanz³ verdeutlicht.

1 B.N. Ganguli, "Institutional Implications of a Bolder Plan with Special Reference to Chinese Experience", S. 542 - 543, zitiert nach: P.T. Bauer, Indian Economic Policy and Development, New York 1961, S. 112

2 Mit dem gewählten Beispiel wird die Frage der Effektivität des Planvollzugs nur auf die Verfügung der in den Unternehmungen gebildeten Ersparnisse beschränkt.

3 Vgl. R. J. Chelliah, "Public Sector Investment and the Financial Plan - A General Framework and Policy Issue", in: UN, ECAFE, Economic Bulletin for Asia and the Far East, Vol. XIX (1968), Nr. 1, S. 32

Aufwendung

Erträge

1. Materialaufwendungen	1. Umsatzerlös
2. Löhne und Gehälter	2. Dividende ¹
3. Kreditzinsen	3. Subvention
4. Abschreibungen	
5. Indirekte Steuern	
6. Übernahmekosten	

Die Entwicklung der mit der Ausdehnung übernommenen Kosten und Erträge ist unterschiedlich zu beurteilen. Die Gesamtkosten entwickeln sich in der ersten Phase zunächst relativ günstig, weil die technisch bedingten freien Kapazitäten jetzt genutzt werden. Nach Ausschöpfung der freien Kapazitäten steigen die Gesamtkosten progressiv,² zumal in verschiedenen Bereichen Engpässe entstehen.

Dagegen entwickeln sich die Erträge proportional zum Umsatz, weil über eine längere Zeit hinaus die Preise konstant gehalten werden.

Während also die Einnahmen zur Ausdehnung des Staatssektors proportional stehen, entwickeln sich die Kosten nach einem Ausdehnungsvolumen überproportional. Die Ausdehnungspolitik muß daher die Frage stellen, wieweit sie gehen kann. Dabei ist eine optimale Lösung zu erstreben.

¹ Hierunter werden sowohl die Dividenden von Tochterunternehmen als auch von Beteiligungen an Privatunternehmen verstanden. Vgl. R.J. Chelliah, "Public Sector Investment...", a.a.O., S. 32

² Die intervallfixen Kosten steigen zaghaft nach oben, die der Ausdehnung bedingten variablen Kosten dagegen progressiv, da zur Erfüllung der Engpässe die relativ teureren Produktionsfaktoren herangezogen werden müssen.

122. Die optimale Ausdehnung des öffentlichen Sektors

1221. Die Maximierung der Ersparnisse als Ziel
der Ausdehnung

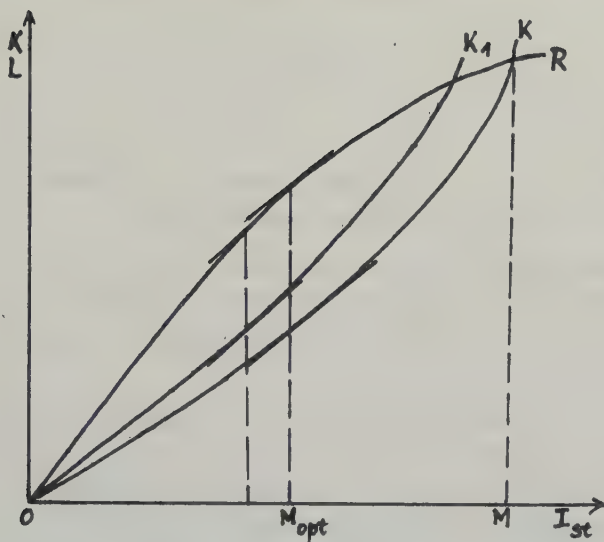
Ziel der Ausdehnung des Staatssektors ist die Maximierung der aus der Ausdehnung entstandenen und der dem Plan verfügbaren Ersparnisse.¹ Dies bedeutet, daß die Ausdehnung so lange durchgeführt werden soll, bis der Gewinn maximiert wird.

1222. Die Ermittlung der optimalen Ausdehnung des öffentlichen Sektors

Die Ermittlung der optimalen Ausdehnung des öffentlichen Sektors und damit auch die Ermittlung des Volumens des öffentlichen Sektors im "Direct Productive Activities"-Bereich wird anhand der Abbildung 5 dargestellt.

¹ Der hier angewandte Begriff stimmt mit der von Chelliah benutzten "groß saving" inhaltlich nicht überein. Während Chelliah unter groß saving die Summe aus dem Überschuß des Staatsetats, den in den Staatsunternehmungen einbehaltenen Gewinnen, Provision für festes Kapital und Abschreibungen versteht, wird in dieser Arbeit nur der Überschuß bzw. der Gewinn aus Staatsunternehmen verstanden. R.J. Chelliah, "Public Sector Investment and the Financial Plan", a.a.O., S. 14

Abbildung 5



L = Gesamtliquidität aus der Übernahme der Direct Productive Activities durch den Staat

K = Gesamtkosten, die der Staat mit der Übernahme der Direct Productive Activities zu tragen hat

I_{st} = Umfang des öffentlichen Sektors

M = Umfang des öffentlichen Sektors, wobei Erträge die Kosten decken

Die Kurve¹ OR stellt die Entwicklung der durch die Ausdehnung erreichten Gesamtliquidität, d.h. der Gesamtmittel dar, die dem Plan durch "Vestaatlichung" der Betriebe aus dem Gesamterlös zur Verfügung stehen. Die Kurve OK dagegen stellt die Entwicklung der Gesamtkosten

¹ Der Verlauf der Gesamtliquiditätskurve wird zunächst als linear ansteigend gezeichnet, weil die Preise der von Konsumenten gekauften Güter und Dienste während des Planungszeitraums konstant festgelegt sind. Da jedoch am Ende der Anlaufphase der Investition die Einnahmen steigen, ist eine Verringerung der Subventionen zu erwarten. Ab diesem "Wiedergeldwerdungszeitpunkt" verläuft die Gesamtliquiditätskurve konkav.

dar, die bei Übernahme und Ausdehnung der öffentlichen Tätigkeit entstanden sind.¹

Für die optimale Lösung der Ausdehnung des öffentlichen Sektors im Bereich der Direct Productive Activities werden folgende Symbole verwendet:

$R = \sum_{i=1}^n R_i$ = Gesamterträge aus sämtlichen in den öffentlichen Sektor übernommenen Betrieben

$K = \sum_{i=1}^n K_i$ = Gesamtaufwendungen sämtlicher in den öffentlichen Sektor übernommenen Betriebe

$M = \sum_{i=1}^n M_i$ = Umfang der in den öffentlichen Sektor einbezogenen Betriebe

Um die Ausdehnung optimal zu gestalten, oder anders formuliert, um möglichst hohe Mittel aus den Direct Productive Activities dem Plan zur Verfügung zu stellen, muß die positive Gesamtdifferenz zwischen den den "verstaatlichten" Betrieben zufließenden Gesamterträgen und den Gesamtaufwendungen maximal sein.

Wenn die maximale Differenz zwischen den Gesamterträgen und den Gesamtaufwendungen erreicht werden soll, muß

$$\frac{\partial R}{\partial M} = \frac{\partial K}{\partial M}$$

sein. Setzt man $\frac{\partial K}{\partial M}$ auf die linke Seite der Gleichung, so erhält man :

$$\frac{\partial R}{\partial M} - \frac{\partial K}{\partial M} = 0.$$

1 Die Kostenkurve OK verläuft konvex, weil bei "economics of scale" zunächst die bestehenden Produktionsfaktoren rationeller genutzt werden können. Die Kosten steigen jedoch rapide nach oben sobald ein bestimmter Produktionsfaktor einen Engpaß zeigt.

Diese Bedingung wird in Abbildung 5 bei dem Punkt M_{opt} dargestellt, wo die Tangente der Gesamtkostenkurve OK zu der Gesamtertragskurve OR parallel verläuft. M.a.W. bei gegebenen Gesamtkurven OR und OK ist die optimale Ausdehnung des öffentlichen Sektors auf die Direct Productive Activities bei M_{opt} erreicht. Für die Wirtschaftspolitik bedeutet dies, daß eine Ausdehnung nur bis zu M_{opt} sinnvoll sein kann.

123. Die Grenze der Ausdehnung des öffentlichen Sektors in den Entwicklungsländern

Betrachtet man die Möglichkeit der optimalen Ausdehnung in den Entwicklungsländern, so ist festzustellen, daß es eine Reihe von wichtigen Faktoren gibt, die diese Möglichkeit ungünstig beeinflussen. Dies hat zur Folge, daß die Optimalität mit relativ begrenzter Ausdehnung des öffentlichen Sektors schneller erreicht wird, als bei einer Situation, wo günstigere Bedingungen gegeben sind. Eine solche Begrenztheit muß bedeuten, daß größere Bereiche bei der Verstaatlichung unberücksichtigt bleiben müssen. Ein großer Teil der Direct Productive Activities ist dann dem Privatsektor zu überlassen. M.a.W. der Versuch, die Direct Productive Activities zu verstaatlichen, wird aus Optimalitätsgründen sehr beschränkt sein.

Die Beschränktheit der Ausdehnung der öffentlichen Tätigkeit wird aus mehreren Gründen erklärt:

1231. Die Begrenztheit der Umsatzausdehnung durch die Enge des Marktes

Die Ertragsseite der Bilanz enthält den aus dem Verkauf von Gütern und Dienstleistungen erzielten Erlös. Dieser wird nach der Größe der Nachfrage bestimmt, deren

Umfang und Struktur letzten Endes vom Lebensstandard der Bevölkerung abhängt. Je geringer die erzielten Erträge sind, desto flacher ist die Gesamtertragskurve OR, was bei gegebener Gesamtkostenkurve OK eine Verschiebung des optimalen Punktes (M_{opt}) nach links bedeutet. In den Entwicklungsländern ist die Möglichkeit der Umsatzausdehnung durch die Beschränktheit des Marktes (- die Existenz des Dualismus -) gering.¹ Ferner wird der Ertrag aus dem Verkauf von Gütern und Dienstleistungen durch die im Plan eingeführte Preisfestsetzung hinreichend bestimmt. Aus diesem Grunde ist ein flacherer Verlauf der Gesamtertragskurve in den Entwicklungsländern eher zu vermuten.

Doch kann das Interesse des Staates an der Verfügung möglichst hoher Finanzierungsmittel mit der Preispolitik in der Planung kollidieren. Es zeigt sich nämlich, daß bei ungünstiger Entwicklung der Gesamtkosten ein höherer Preis notwendig ist, während die Preispolitik vom Gesichtspunkt der Gesamtplanung aus gesehen sich nach der Planungsnotwendigkeit richtet.

In einer solchen Konfliktsituation muß sich jedoch eine Liquiditätspolitik der Planungspolitik beugen. Aus den dargelegten Überlegungen ergibt sich, daß die Erwirtschaftung der Gewinne in der Planung nicht nur plankonform, sondern vor allem von dem Aspekt der Kapitalakkumulation und der Finanzierung notwendig ist.

1 Vgl. S. 99 dieser Arbeit

1232. Erhöhte Kosten in Materialverbrauch, Einsatz des Faktors Arbeit und Zinsen als Folge des Systems

Dagegen zeigt die Gesamtkostenkurve in den Entwicklungsländern eine steigende Tendenz, d.h. eine steilere Neigung, die durch mehrere kostenungünstige Faktoren verursacht ist. Die Wirkung der kostenbeeinflussenden Faktoren zeigt sich darin, daß die Gesamtkostenkurve nicht den Verlauf der in der Abbildung gezeichneten OK, sondern der OK₁ hat.¹

Die erhöhten Gesamtkosten ergeben sich aus folgenden Gründen:

- Um sich gegen den behördlichen Vorwurf wegen Versagens in bezug auf die geplante Produktionserfüllung zu schützen, werden der benötigte Materialverbrauch sowie andere Input-Faktoren bei der Produktionszentrale übermäßig, d.h. über den produktionstechnisch optimalen Verbrauch hinaus, angegeben.² Der von der Zentrale vorgeschriebenen Produktionsfunktion liegt also eine unwirtschaftliche, d.h. willkürliche "Verbrauchsfunktion"³ zugrunde.
- Das unproduktive Verhalten der öffentlichen Unternehmen ist in den Entwicklungsländern sehr wahrscheinlich, weil die hierfür benötigte Kontrolle aus organisatorischem und administrativem, aber auch aus Interessenmangel oft nicht durchgeführt werden kann und wird.
- Zu den Faktoren, die die Entwicklung der Gesamtkosten der öffentlichen Unternehmen erheblich verschlechtern, gehören auch die hohen Zinsen für die Kredite, die diese Unternehmen aus der privaten

¹ Vgl. S.177 dieser Arbeit

² Vgl. N. Spulber, "The Soviet Economy", a.a.O., S. 59

³ E. Gutenberg, Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, erster Band, Die Produktion, a.a.O., S. 219

Hand, sei es Privatbanken oder sonstige private Gesellschaften in Anspruch nehmen müssen.¹ Zwar wirkt sich die Festlegung der Zinsen als Preis für die Zurverfügungstellung des Kapitals auf die Kosten dämpfend aus; die Zinsen müssen jedoch hoch genug sein, um das Kapital aus dem privaten in den öffentlichen Sektor zu ziehen.²

- Die bloße Existenz der Planung und die Übernahme der Produktion durch den öffentlichen Sektor bedeutet nicht, daß das für die Unternehmung so wichtige Managementproblem bereits gelöst ist. Vielmehr ist dieses Problem noch deutlicher, und zwar zunächst durch die allgemeine, d.h. durch die sowohl für den privaten wie auch für den öffentlichen Sektor

1 In der letzten Zeit wurde festgestellt, daß der Anteil der Anleihen aus dem Banken- und Nicht-Bankensektor in Südostasien erheblich gestiegen ist. Dieser Anteil schwankte 1966 zwischen 60% (Indien) und 88% (Malaysia). Absolut gesehen bedeutet dies z.B. für Indien Rp. 25 Milj. (4. Fünfjahresplan). Bei einem Zinssatz von 12% sind dann Rp. 3 Milj. Zinsen zu zahlen. Vgl. Government of India, Planning Commission, Fourth Five Year Plan - A Draft Outline, S. 80, zitiert aus: T. K. Velayudham, "Financing Public Sector Investment with Special Reference to the Role of Domestic Borrowing and Small Saving: Case Study of India", in: UN,ECAFE, Economic Bulletin for Asia and the Far East, Vol. XIX (1968), a.a.O., S. 22 und S. 52

2 Die Existenz der öffentlich geführten Unternehmen führt zu einer Kostenerhöhung, weil die Heranziehung der benötigten Ressourcen bei der Konkurrenz mit dem Privatssektor nur über einen höheren Preis für diese Ressourcen möglich ist. Dies gilt insbesondere für die Heranziehung besonders knapper Ressourcen.

herrschende und durch die besondere Knappheit dieses Faktors und durch die Beschäftigung dieses Faktors in dem öffentlichen Sektor.¹

- Die Geltung der sogenannten "economics of scale", die in der wirtschaftlichen Ausnutzung der vorhandenen Kapazitätsreserven² besteht, führt zur Senkung der Stückkosten. Dieser Effekt kann in vielen Entwicklungsländern entstehen, wenn die vorhandenen überaus großen Kapazitätsreserven vor allem in den Produktionsanlagen optimal ausgenutzt werden. Diese kostensparende Wirkung, die ihren Niederschlag in dem flacheren Verlauf der Gesamtkostenkurve zu Anfang findet, wird jedoch sehr schnell durch die bereits erwähnten kostenerhöhenden Faktoren nicht nur kompensiert sondern überkompensiert, so daß am Ende die Kostensteigerung überproportional wird. Auf der anderen Seite ist deutlich, daß die überproportionale Steigerung der Gesamtkosten nicht nur zur schnelleren Erreichung der optimalen Verstaatlichung, sondern bei gegebener Gesamtertragskurve zur Verringerung der Überschüsse führt.

1 Vgl. zu den Problemen des Managements im öffentlichen Sektor, Murray D. Bryce, Industrial Development, A Guide for Accelerating Economic Growth, New York - Toronto - London 1960, S. 46 - 50

2 Oft wird in den Entwicklungsländern so verfahren, daß große Kapazitätsreserven bewußt im voraus geplant sind, mit Hinblick darauf, daß diese Reserven bei induzierter Nachfrageerhöhung sofort verfügbar sind. Vgl. M. Narasimhan, "India's Third Five Year Plan", in: "International Monetary Fund", Staff Papers", Vol. IX (1962), S. 400

13. Die Position und die Rolle des Privatsektors in der Planimplementation

131. Der wirtschaftliche Gesichtspunkt als Kriterium für die Einbeziehung des Privatsektors in die Planung

Für die Entscheidung, ob die Privatinitiative grundsätzlich zu der Planimplementation herangezogen werden soll, können politische bzw. ideologische und wirtschaftliche Kriterien eine Rolle spielen. Überwiegen in einer Planung die politischen Ziele in der Form der Machtkonzentration, dann ist eine Duldung des Privatsektors systemwidrig und deshalb dessen Mitarbeit abgelehnt. Als Beispiel nennt Knirsch die Planungsformen sowjetischen Typs, die er in "Form A", d.h. Planungsform "bei niedrigem wirtschaftlichem Entwicklungsstand"¹, und in "Form B", d.h. Planungsform "bei entwickelter bzw. hochentwickelter Wirtschaft"², unterscheidet. Bei beiden Planungstypen, die sich nur durch die Ziele Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftswachstum unterscheiden, ist die Vorherrschaft politischer Ziele maßgebend, was dann zur Ablehnung und Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln führt. Dagegen kann von den heutigen Planungen in den nicht-kommunistischen Entwicklungsländern gesagt werden, daß sie (Planungen) der Zielsetzung nach mehr wirtschaftlich, d. h. entwicklungsorientiert sind, obwohl nach Knirsch das "Machtstreben der Wirtschaftspolitik"³ bei den Entwicklungsplanungen in diesen Ländern zwar vorhanden ist, jedoch weniger eindeutig ist. Und hiermit ist die Entscheidung über die Mitarbeit des Privatsektors bereits getroffen. Denn es handelt sich darum, mit welchen Mitteln die

1 P.Knirsch, Strukturen und Formen zentraler Wirtschaftsplanung, a.a.O., S. 125

2 derselbe, "Strukturen und Formen ... ", a.a.O., S. 126

3 derselbe, "Strukturen und Formen ... ", a.a.O., S. 175

Ziele am zweckmäßigsten verfolgt werden können. Wenn jedoch einerseits das Rationalverhalten in der Wirtschaftspolitik das wesentliche Kriterium ist, und andererseits wirtschaftliche Ziele eindeutig zu verfolgen sind, muß hieraus die Konsequenz gezogen werden, daß die Privatinitiative ebensogut herangezogen werden kann, wenn es sich herausstellt, daß deren Einsatz bei der Planimplementation zweckmäßiger ist als eine andere Mittelwahlalternative. Die Frage ist nur, ob die Überlassung bestimmter Bereiche an die Privatinitiative tatsächlich rationeller ist, wobei es von Bedeutung ist, daß damit das Gesamtziel nicht durch Abweichung von der geplanten Richtung gefährdet wird.

132. Die Berücksichtigung der Konsequenzen für die Planimplementation bei der Heranziehung des Privatsektors

Bei der Entscheidung zur Heranziehung des Privatsektors zur Planimplementation läßt man sich im allgemeinen von dem Gedanken leiten, daß sämtliches verfügbare Potential zur Erfüllung der Entwicklungsaufgaben mobilisiert werden soll. Dies führt jedoch notwendigerweise zu einer Verteilung der Aufgaben zwischen dem öffentlichen und dem Privatsektor. Bei der Heranziehung dieses Sektors sind vor allem drei Gesichtspunkte zu beachten:

1. Welche Kriterien werden bei der Aufteilung der Aufgaben- und Sektorenverteilung angewandt,¹
2. welche Position hat und in welchem Verhältnis steht der Privatsektor zu den Mechanismen innerhalb der Planung, und
3. welche Konsequenzen hat die Heranziehung des Privatsektors zur Planimplementation in bezug auf die Ziele und die Anwendung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen.

1 Vgl. J. Tinbergen, The Design of Development, Baltimore, 1958, S. 63

Diese drei Gesichtspunkte hängen sehr eng miteinander zusammen und sind insofern von Bedeutung, als ihre praktische Durchführung letzten Endes die Planungsziele berührt.

Die Entscheidung, daß dem Privatsektor im Planungsprozeß ein bestimmter Platz eingeräumt wird, bedeutet auch die Regelung seiner Position innerhalb der Planung bzw. des Planungsprozesses. Sie ist von Bedeutung, da es sich um die Abgrenzung der Entscheidungsbefugnisse handelt, die der Privatsektor in bezug auf die Produktion und Investition auszuüben hat.¹ M.a.W. es geht nicht um die Frage, ob die Privatinitiative bei den Entwicklungsaufgaben eine Funktion auszuüben hat - eine Frage, die durch die Tatsache, daß in allen Entwicklungsplanungen die Privatinitiative als eine nicht zu übersehende Institution akzeptiert wird, hinfällig geworden ist -, sondern darum, inwieweit der Privatsektor eine Entscheidung treffen darf. Bei der Entscheidungsabgrenzung des Privatsektors soll jedoch davon ausgegangen werden, daß die Erreichung der in der Planung festgelegten Ziele nicht nur nicht beeinträchtigt, sondern womöglichst rationeller gestaltet werden soll, was dann im Hinblick auf die Kapitalbildung bedeuten muß, daß die geplante Relation zwischen dem Investitions- und dem Konsumgütersektor nicht beeinträchtigt wird.

133. Die Formen der Partizipation des Privatsektors in der Planimplementation

In bezug auf die Abgrenzungsform der privatwirtschaftlichen Partizipation sind folgende zwei Möglichkeiten zu erwähnen:

¹ Vgl. UN, Department of Economic and Social Affairs, World Economic Survey 1966, Part one, Implementation of Development Plans: Problems and Experience, New York, 1967, S. 8

1. die "imperative Planung"¹, bei der die Privatinitiative die im Plan vom Staat allein getroffene Entscheidung durchzuführen hat,
2. die "indikative Planung"², bei der die Privatinitiative an der getroffenen Entscheidung in Form eines Informationsaustausches partizipiert.

Bei der ersten Möglichkeit wird der Privatsektor bei der quantitativen Zielformulierung für die Investitions- und für die Konsumgüterproduktion nicht nach seiner Vorstellung gefragt. Seine Aufgaben und Funktionen bestehen lediglich darin, die vom Staat in der Planung getroffene Entscheidung in die Tat umzusetzen. In einer solchen Abgrenzungsform ist der Privatsektor zu einem ausführenden Organ der Planung degradiert worden. Die Funktion des Risikotragens, das einen Unternehmer im wesentlichen charakterisiert,³ ist bei dem Sektor nicht mehr gegeben. Ein gewisser Entscheidungsspielraum ist jedoch noch gegeben, der durch die in der Planung festgelegte Relation bestimmt ist. Wenn z.B. in der Planung die Mengen der verfügbaren Ressourcen für bestimmte Produktionssektoren bereits festgelegt sind, besteht eine für den Privatsektor gegebene Möglichkeit darin, die Allokation der Ressourcen inner-

1 W.A. Jöhr, "Planung als Mittel rationaler Wirtschaftspolitik in der Marktwirtschaft?", in: E.Schneider (Hrg.), Rationale Wirtschaftspolitik in der Wirtschaft von heute, a.a.O., S. 80

2 Der wesentliche Inhalt des Begriffs ist der französischen, indikativen Planung entnommen. Dieser Begriff ist in der letzten Zeit auch in der Literatur über Entwicklungsländer häufig erwähnt. Inwieweit dieser Planbegriff auch für den Zweck, den diese Länder verfolgen, brauchbar ist, verdient eine eingehende Untersuchung. UN, Development of Economic and Social Affairs, World Economic Survey 1966, a.a.O., S. 9 ff

3 Vgl. Bert F. Hoselitz, "Entrepreneurship and Economic Growth", in: ders., Sociological Aspects of Economic Growth, 3. Aufl., London, 1964, S. 140

halb seines ihm zugeteilten Wirkungsbereiches auf ein Minimum zu bringen. Doch dies erfordert bestimmte Maßnahmen, die den Anreiz für die Kostenminimierung seitens des Privatsektors bieten.

Bei der indikativen Planung ist die Beteiligung des Privatsektors an der Formulierung des Plans wesentlich größer. Man geht davon aus, daß die in der Planung getroffene Entscheidung für den Privatsektor nicht als verbindlich erklärt wird. Dies bedeutet, daß die einzelnen Wirtschaftsakteure die Prognose über die jeweilige Branche dem Plan entnehmen können, daß sie jedoch frei sind, "ihren relativen Marktanteil innerhalb der Branche zu erhöhen, konstant zu halten, oder zu reduzieren"¹. Vielmehr sollen dem Privatsektor in seinem autonomen Entscheidungsprozeß wichtige Orientierungsdaten gegeben werden, die nämlich deshalb auch für diesen Sektor von Bedeutung sind, weil sie die makroökonomischen Zusammenhänge widerspiegeln,² was einen wichtigen Faktor in der Risikominderung darstellen kann. Auf der anderen Seite ist die Vereinbarkeit der Planung und den individuellen Entscheidungen nicht als unmöglich bzw. als widerspruchsvoll zu betrachten. Die Begründung der Widerspruchslosigkeit zwischen der Planung und der individuellen Entscheidung wird im allgemeinen in der Form gegeben, daß der Privatsektor im Wege des Informationsaustausches und der sonstigen aktiven Beteiligung seine Zielvorstellung im Gesamtziel der Gesamtplanung in irgendeiner Weise verwirklicht sieht, und daß er seine Interessen mit denen der Gesamtplanung identifiziert, mit der Folge, daß er von sich aus die Entscheidung im Gesamtplan

1 P.Massé, "The French Plan and Economic Theory", in: "Econometrica", Vol. 33 (1965), Nr. 2, S. 266

2 Vgl. E.Boettcher, "Die zentrale Planung sowjetischen Typs im Wandel", in: E.Schneider (Hrg.), "Rationale Wirtschaftspolitik", a.a.O., S. 461

für sich selbst für verbindlich erklärt.

134. Die ungenügende Initiative des Privatsektors in Wachstumsbereichen als einengender Faktor dieses Sektors in der Planung

Die Beurteilung, welche der genannten Abgrenzungsformen für eine zuverlässige Erzielung des geplanten Produktionsumfanges (sowohl des Investitions- als auch des Konsumgütersektors) geeigneter ist, hängt von den Voraussetzungen ab, die die jeweilige Planungsform hat. Es zeigt sich nämlich, daß für eine funktionsfähige indikative Planungsform der Privatsektor in der Lage sein muß, von sich aus Eigeninitiative zu entfalten, und die aus dem Plan gewonnene Information sowie im Plan erstellte Branchenprognose für seine Entscheidung zu ergreifen. Eine solche Initiative ist jedoch in den Entwicklungsländern nicht oder nicht genügend vorhanden. Dieser Mangel ist darauf zurückzuführen, daß "im Anfangsstadium einer industriellen Entwicklung das Risiko zu groß oder die Rentabilität zu gering ist."¹ Darüber hinaus setzt die Identifizierung mit dem Planinhalt seitens des Privatsektors voraus, daß ein echter Informationsaustausch tatsächlich geführt wird und geführt werden kann.

Der Dialog zwischen dem Zentrum und der Peripherie wird nach Ansicht Vernons nur "höchst selten"² in den Entwicklungsländern geführt. Vielmehr ist ein vertikaler Monolog die Regel.³ Außerdem kann ein Informationsaustausch nur

1 H.Arndt, "Planung und Marktwirtschaft in Entwicklungsländern", in: derselbe, Sozialwissenschaftliche Untersuchungen, a.a.O., S. 289

2 R.Vernon, "Comprehensive Model-Building in the Planning Process: The Case of the Lessdeveloped Economies", in: "The Economic Journal", Bd. 76 (1966), Nr. 301, S. 60

3 Vernon gibt als Beispiel die Weitergabe presidentieller Instruktion durch den Minister an dessen Staatssekretär. Dieser gibt die Anordnung an seinen Abteilungsleiter, der seinem Angestellten seinerseits Anordnung gibt. R.Vernon, ebenda

zwischen zwei gleichrangigen Partnern nützlich durchgeführt werden.¹

135. Argumente gegen die Einführung imperativer Planung in Entwicklungsländern als einengende Faktoren dieser Planung Die Feststellung, daß der Privatsektor ungenügende Initiative entfaltet, und daß eine Forcierung der Entwicklung durchzuführen ist, läßt vermuten, daß eine straffere, d.h. für alle Wirtschaftswakteure als verbindlich geltende Planungsentscheidung die effektivere Methode zu sein scheint. Diese Auffassung wird durch folgende Überlegungen untermauert:

- Bei einer einfachen Produktions- und Nachfragestruktur, wie sie in den Entwicklungsländern im allgemeinen der Fall ist, ist ihre Erfassung relativ wenig diffiziler. Die Prognose und die Projektion lassen sich mit einem ziemlich hohen Grad an Sicherheit durchführen. Darüber hinaus ist die Abstimmung der Produktion und der monetären Nachfrage wegen deren einfacher Struktur relativ leicht durchzuführen.
- Wenn in der Planung die Zielstrebigkeit besonders hervorgehoben wird, folgt hieraus die notwendige Konsequenz, daß die geplanten Maßnahmen auf die Realisierung des Produktionsumfangs direkt gerichtet sind. Dieses Argument geht davon aus, daß der Planungsinhalt das Ergebnis rationaler Überlegung ist.² Es ist deshalb im Interesse des Ziels notwendig, daß die Möglichkeit der Plandurchkreuzung zumindest auf ein Mi-

1 Ein Dialog zwischen einem einheimischen Staatsbeamten und einem chinesischen Industriellen in Indonesien z.B. würde nur sehr schwierig zustande kommen.

2 "... wenn man schon plane, müsse man den Plan auch durchsetzen ...", W.A.Jöhr, "Planung als Mittel rationaler Wirtschaftspolitik in der Marktwirtschaft?", in: E.Schneider (Hrg.), "Rationale Wirtschaftspolitik ...", a.a.O., S. 93

nimum beschränkt wird. In diesem Zusammenhang ist auf die Tatsache hinzuweisen, wie wenig Interesse der Privatsektor an der Verwirklichung der kurzfristig nicht rentablen, aber für die Kapitalbildung notwendigen Industrievorhaben zeigt. Um einerseits die Programmdurchkreuzung auf ein Minimum zu beschränken und andererseits das geplante Programm in bezug auf Industrie- und Konsumgütersektor durchzuführen, sollten die privatsektoriellen Betätigungsfelder zweckmäßig eingeengt werden.

- Nimmt man die beiden Argumente zusammen, kann schließlich gesagt werden, daß eine Allokation der Ressourcen auf die für die Entwicklung für unerläßlich erachteten und zueinander in bestimmter Relation stehenden Produktionssektoren in einer verbindlicheren Planung eher gewährleistet sind.

In den Entwicklungsländern geht es in Wirklichkeit nicht darum, bestimmte ideologische Grenzen nicht zu überschreiten; vielmehr soll die Bemühung jeder Entwicklungspolitik dahin gehen, die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.¹

Wenn jedoch auf der anderen Seite nicht oder nicht genügend Initiative seitens des Privatsektors² in Richtung auf die für die Entwicklung dieser Länder als notwendig erachteten Industrialisierungsprozesse vorhanden ist, sollte zunächst die Bemühung dahin orientiert sein, Impulse seitens des Staates zu schaffen. Eine Reihe von stichhaltigen Argumenten spricht daher gegen die Einführung von einer allumfassenden, imperativen Planung. Abgesehen von ideologischen Momenten, werden im allgemeinen folgende Punkte hervorgehoben:

1 Vgl. UN, Department of Economic and Social Affairs, Planning for Economic Development, a.a.O., S. 1

2 Vgl. J. Tinbergen, Modelle zur Wirtschaftsplanung, München, 1967, S. 34

- Eine imperative Planung braucht detaillierte Kenntnisse über "makro-ökonomische"¹ und "mikro-ökonomische"² Daten. Fundierte Kenntnis und exakte Analyse der Daten über Einkommensstruktur, Nachfragefunktion, Konsum- und Sparneigung der einzelnen Bevölkerungsgruppen, Elastizitäten, technische und Kapitalkoeffizienten usw. fehlt jedoch in den Entwicklungsländern. Es ist daher unmöglich, eine detaillierte, "komprehensive"³ Planung aufzustellen.
- Die Anwendung der allumfassenden Planung in den Entwicklungsländern ist insofern problematisch, als sich diese Länder in einer raschen Strukturwandlung befinden. Diese Strukturwandlung hat einen "hohen Unsicherheitsgrad und Instabilität der (bei der Programmierung angewandten) technischen Koeffizienten und der anderen quantitativen Relationen ..." ⁴ zur Folge.
- Die komprehensive Planung kann eine dualistische Volkswirtschaft logischerweise nicht umfassen, weil sich der traditionelle Teil in Naturalwirtschaft und außerhalb des monetären Kreislaufs befindet. Er entzieht sich jeder Erfassung.

1 J.Tinbergen, The Design of Development, a.a.O., S. 11

2 derselbe, ebenda

3 Unter "komprehensiv" wird hier die Einbeziehung der ganzen Volkswirtschaft in die Planung verstanden. Dabei muß eine komprehensive oder "integrierte" Planung durch eine vernünftige und realistische Zusammenlegung einer Vielzahl von Faktoren in ein kohärentes Ganzes gekennzeichnet sein. Die die Volkswirtschaft allumfassende Planung hat im Gegensatz zur Projektplanung den Vorteil, daß die erstgenannte Planung die Makrogrößen als Variablen nimmt. Bei komprehensiver Planung müssen jedoch die Ziele (Einkommen) und die Bedingungen (Investition, Konsum) exakt quantifiziert und expliziert werden. Vgl. B.Knall, "Die Ziele und Kriterien realistischer Entwicklungsplanung", in: "Weltwirtschaftliches Archiv", Bd. 95 (1965 II), S. 44; R.Vernon, "Comprehensive Model-Building in the Planning Process", a.a.O., S. 57

4 UN, Secretariat of the Economic Commission for Europe, Economic Survey in 1962, Part 2, Economic Planning in Europe, a.a.O., Kap. 1, S. 6

- Die Einräumung einer größeren Ubiquität des öffentlichen Sektors geht davon aus, daß Planung das wichtige Management- und Organisationstalent ersetzen kann, oder daß der öffentliche Sektor über diesen Faktor ausreichend verfügt. Diese Annahme ist jedoch nicht stichhaltig, da die Knappheit dieses Faktors als ein national- universales Phänomen gilt. Auf der anderen Seite ist Planung kein Substitut für Management; die erstgenannte setzt vielmehr die Existenz des letztgenannten voraus. Es muß deshalb das Gegenteil festgestellt werden, weil die Verwaltungsapparate in den Entwicklungsländern organisatorische Unfähigkeiten zeigen.¹
- Wenn in der Planung keine Erfüllung der Selbstinteressen gesehen werden, fehlt die Beziehung zwischen den einzelnen Wirtschaftsakteuren und dem Planinhalt selbst. Damit fehlt auch die Bemühung zu dem erwarteten Erfolg.
- Die Planung ist gegen unerwartete Entwicklungen in der Praxis inflexibel. Je träger die Planreaktion ist, um so entscheidender sind die eingetretenen Änderungen, da nämlich dadurch die Relationen zwischen den einzelnen Sektoren in Ungleichgewicht geraten sind. Diese Gefahr des Ungleichgewichts ist wahrscheinlich, weil, wie bereits gesagt wurde, die Entwicklungsländer sich

¹ Es wurde von den Vereinten Nationen berichtet, daß die Planimplementation wegen Mangel an administrativer Organisation zu wünschen übrig läßt. Dieser Mangel besteht nicht nur in der Koordinierung der einzelnen organisatorischen Apparate, sondern auch vor allem in der Unfähigkeit, klare Aufgabenabgrenzungen durchzuführen, was dann eine Überschneidung und Doppelfachung der Aufgaben zur Folge hat. Es ist daher nötig, funktionale Homogenität zu schaffen. Vgl. UN, ECAFE, Economic Development and Planning in Asia and the Far East, in: Economic Bulletin for Asia and the Far East, Vol. XVIII (1967), Nr. 3, New York, 1967, S. 23

in einer raschen Strukturwandlung befinden. Eine schnelle Abstimmung ist organisatorisch und administrativ für das Verhältnis in den Entwicklungsländern kaum möglich.

Ob eine umfassende, detaillierte Planung zu dem Planungsziel führen kann, hängt zum großen Teil von der Möglichkeit ab, entsprechende Instrumente, mit denen das Gleichgewicht zwischen dem Konsum und der Akkumulation vollzogen wird, einzusetzen.

2. Der Einsatz der Instrumentarien und deren Effektivität bei der Planimplementation

21. Die Regelung der Konsumgüterproduktion und des Konsumgüterangebots

211. Überblick über die Art der Instrumente

Die Bemühungen, die Produktions- und Investitionsstruktur durch planische Aufteilung, d.h. durch Zuführung größerer Ressourcen auf den Investitionsgütersektor einerseits und durch Einschränkung der Ressourcen innerhalb der geplanten Grenze andererseits zu bestimmen, deuten auf eine Skalierung der für die Entwicklung notwendigen Prioritäten innerhalb der Investitionen hin.¹ Das Ziel des Einsatzes der wirtschaftspolitischen Instrumentarien besteht demnach darin, die Begünstigung und die Einschränkung der Mittelallokation vorzunehmen und damit die Investitionsstruktur und das Produktionsvolumen planmäßig zu gestalten.

Ganz allgemein werden die Instrumente in mengen- und in preisbeeinflussende Gruppen eingeteilt. Dabei gilt es, die Produktion und Investition durch Festlegung der Input-Faktoren unter Kontrolle zu bringen. Innerhalb dieser quantitativen Grenze wird dann die Allokation der Produktionsmittel in den verschiedenen förderungsfähigen bzw.

1 Die Notwendigkeit der Planung ist letzten Endes darauf zurückzuführen, daß einerseits die zur Verfügung stehenden Mittel für die Volkswirtschaft im ganzen knapp und andererseits die noch zu schaffenden Entwicklungsvoraussetzungen zahlreich sind. Je höher der Knappheitsgrad der Mittel ist, um so notwendiger ist die Planung des Faktorproduktioneinsatzes. Insofern besteht kein Widerspruch zwischen der Forderung nach optimaler Allokation und der Initiierung des Wachstums durch Planung, weil eine Aufstellung der Prioritäten, die für die Induzierung des Wachstums gedacht sind, eine optimale Allokation voraussetzt. Diese Aussage gilt, auch wenn in der Praxis aus methodischem Grunde auf exakte Quantifizierung verzichtet werden muß.

einzuschränkenden Produktions- und Investitionssektoren durchgeführt.

Die Kontrolle der Ressourceallokation im Rahmen der quantitativ festgelegten Grenze erstreckt sich von der Auflage, bei Errichtung neuer Unternehmenstätigkeiten zuvor die behördliche Genehmigung¹ einzuholen, über die Zuteilung der verfügbaren Ressourcen,² die durch ein in der Plandurchführung bestimmtes Kriterium vorgenommen wird, bis hin zur Gewährung von Subventionen.³ Durch die Genehmigungspflicht beispielsweise soll der Planung die Möglichkeit gegeben werden, die nichtgeplanten Investitionsvorhaben und damit auch die nichtgeplante Verwendung von Produktionsfaktoren von vornherein zu verhindern. Aber umgekehrt soll mit dem Genehmigungsverfahren die in der Planung eingeschlagene Richtung in bezug auf die Investition erreicht werden.

Auf der anderen Seite sollten die bestehenden und die genehmigten Investitionen nicht planlos gelassen werden; sie sollten vielmehr so kontrolliert werden, daß ihre Struktur und ihr Produktionsvolumen mit dem Planungsvorhaben übereinstimmen. Eine differenzierte Behandlung ist demnach notwendig, die dann durch Kontingentierung der benötigten Ressourcen und durch Gewährung von Subventionen zu erreichen versucht wird. Wenn beispielsweise nach dem Plan bestimmte Investitionsvorhaben als nicht wachstums-

1 UN, ECAFE, "Economic Development and Planning in Asia and the Far East, Implementation Problems in Indian Planning, A Case Study", in: Economic Bulletin for Asia and the Far East, Vol. XVIII (1967), Nr. 3, a.a.O., S. 64

2 Vgl. Santikumar Ghosh, "Antiinflationäre Finanzpolitik, Geldpolitik und direkte Kontrollen in Entwicklungsländern", in: Finanzpolitik in Entwicklungsländern, a.a.O., S. 276

3 J. Tinbergen, The Design of Development, a.a.O., S. 52 - 53

strategisch angesehen werden, wird die Zuteilung von Ressourcen mit einem niedrigen Limit vorgenommen.¹ Werden jedoch die Investitionsvorhaben als planstrategisch wichtig angesehen, wird versucht, das Wachstum, unter Umständen durch Subventionierung, d.h. in dem Fall daß der Gesamterlös die Gesamtkosten nicht deckt, zu fördern und zu forcieren.

Die mit den genannten direkten Maßnahmen durchgeführte Strukturierung der inländischen Produktion sieht eine Einschränkung des Konsumangebots, d.h. auch des Importes vor. In diesem Zusammenhang ist eine Kontrolle über die angebotenen ausländischen Güter innerhalb der Planung durch

- Preisfestsetzung bzw. Festsetzung verschiedener Wechselkurse (Wechselkursspaltung)²
- Importverbot und Importquoten³
- Devisenkontingentierung bzw. -bewirtschaftung⁴

durchzuführen.

212. Der Einsatz der Instrumentarien zur Regelung der primären Konsumgüterproduktion

Die Kontrolle der Faktorallokation erstreckt sich auf den Investitions- und auf den Konsumgüterbereich. Da jedoch eine Abwendung von Produktionsfaktoren aus den nichtpro-

1 UN, ECAFE, "Economic Development and Planning in Asia and the Far East, Policies and Means of Implementation", in: Economic Bulletin for Asia and the Far East, Vol. VII (1956), Nr. 3, S. 61

2 Vgl. H.Doebel, Devisenbewirtschaftung und Wirtschaftswachstum in Entwicklungsländern, Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, Schriften zur Wirtschaftspolitik, Bd. 6, Frankfurt/M, 1968, S. 16

3 Vgl. UN, Economic Commission for Asia and the Far East, Economic Development and Planning in Asia and the Far East, Policies and Means of Implementation, a.a.O., S. 56

4 Vgl. R.Doebel, Devisenbewirtschaftung und Wirtschaftswachstum in Entwicklungsländern, a.a.O., S. 14

duktiven Bereichen erst die Möglichkeit zum höheren Einsatz der Ressourcen in die kapazitätsbildenden Investitionsbereiche schafft, beschränkt sich die folgende Ausführung auf die Regelung der Konsumgüterproduktion.

2121. Die Steigerung der primären Konsumgüterproduktion als Ziel

Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die Schätzung und Analyse der Produktion von primären Konsumgütern verhältnismäßig unkompliziert ist, weil diese wegen dem noch niedrigen Lebensstandard der Masse eine einfache Struktur zeigen. Diese Tatsache ist neben der Exklusion des "autochthonen und traditionellen"¹ Agrarsektors aus dem monetären Wirtschaftskreislauf einer der Gründe, die die Entwicklungspolitik dazu veranlaßt, diesen Sektor dem Privatssektor weiterhin zu überlassen.² Dies hat natürlich zur Folge, daß im Entwicklungsbudget der Anteil der dem Agrarsektor zugewiesenen Finanzierungsmittel sowohl absolut wie

¹ K.Schiller, "Möglichkeiten einer rationalen Entwicklungspolitik", a.a.O., S. 417

² Daß sich der Agrarsektor außerhalb des monetären Kreislaufs befindet, stimmt nicht ganz, denn der monetäre Tauschverkehr zwischen dem landwirtschaftlichen und dem Industrie- und Handelssektor nimmt in der letzten Zeit zu. Viele Bauern produzieren jetzt nicht nur für den Eigenbedarf sondern auch für den Markt. Der Kontakt zwischen dem landwirtschaftlichen und nichtlandwirtschaftlichen, sprich monetären Sektor wird durch folgende zwei Faktoren ermöglicht: 1. Die Landbevölkerung übt normalerweise verschiedene komplementäre Beschäftigungen aus. Dies führt zum Wachstum von Handwerksbetrieben, Handel und Transportwesen. 2. Die Wanderung der Arbeiter aus dem Agrar- in den Industriesektor. Vgl. P.K.Mukherjee, "A Conceptual Framework for the Analysis of Village Output", in: V.K.R.V.Rao, S.R.Sen, M.V.Divatia und Uma Datta (Hrg.), Papers on National Income and Allied Topics, Vol. I, New York, 1960, S. 64

relativ sehr niedrig ist.¹ Bei der Beurteilung der Bedeutung dieses Anteils soll jedoch die Tatsache nicht übersehen werden, daß der Produktionsprozeß in der Landwirtschaft naturgemäß bei weitem nicht den hohen Kapitalbedarf aufweist wie bei dem industriellen Produktionsprozeß.

Das Problem der Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigen Primärgütern liegt in den Entwicklungsländern jedoch nicht darin, wie bei Überproduktion Ressourcen aus diesem Primärsektor abgewendet würden, sondern genau darin, die Lücke zwischen dem im Plan bereits berücksichtigten und deshalb als notwendig erachteten Bedarf und der ungenügenden Bedarfsdeckung zu schließen.² Die Abstimmung zwischen Bedarf und Bedarfsdeckung ist insofern von großer Wichtigkeit, weil durch den großen Nachfrageüberhang die Primärgüterpreise wegen der Inelastizität der Nachfrage steigen. Dieser Prozeß der Preissteigerung wird folgendermaßen erklärt:

Es wird angenommen, daß mit der Steigerung des Arbeitseinkommens in dem nichtlandwirtschaftlichen Sektor die monetäre Nachfrage nach primären (landwirtschaftlichen) Gütern steigt, da das bisherige Nahrungsdefizit bei der ersten Gelegenheit sofort nachgeholt wird. Dies bedeutet,

1 Wilbrandt schätzt diesen Anteil im allgemeinen zwischen 10 % und 20 %. H. Wilbrandt, "Die politische und sozialökonomische Stellung der landwirtschaftlichen Entwicklung im Rahmen der Entwicklungsplanung", in: A. Kruse-Rodenacker (Hrg.), Grundfragen der Entwicklungsplanung, eine Analyse und die Ergebnisse einer Tagung, Schriften der Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer, Bd. 1, Berlin, 1964, S. 179. In Indien betrug der Anteil der Landwirtschaft am Gesamtplanbudget im 3. und 4. Fünfjahresplan 14 % bzw. 15 %. Vgl. Ch. Uhlig, "Der 4. indische Fünfjahresplan 1966/67 - 1970/71", in: "Wirtschaftsdienst", 44. Jg. (1966), Nr. 12, S. 667 (Tabelle 1)

2 Vgl. UN, Department of Economic and Social Affairs, Implementation of Development Plans: Problems and Experience, a.a.O., S. 56

daß die landwirtschaftlichen Preise bei konstantem Angebot nach oben tendieren.¹ Eine Erhöhung des Angebots seitens der individuellen Produzenten erscheint nicht möglich zu sein, weil Engpässe institutioneller, produktionstechnischer und organisatorischer Art herrschen. Die erhöhten Preise einerseits und die Inelastizität der Nachfrage nach diesen Gütern andererseits führen zu erhöhten Konsumausgaben, die über den geplanten Rahmen hinausgehen können.

2122. Institutionelle Reform, produktionstechnische Verbesserung und Anreizsystem als Instrumentarien zur Steigerung der primären Konsumgüterproduktion

Um dem Druck der Agrarpreise entgegenzutreten, ist man bemüht, die geplante Produktion zu erhöhen und die Produktionsstruktur erfolgreich zu gestalten. Die Produktionserhöhung soll durch Änderung bzw. Verbesserung institutioneller Voraussetzungen,² die bisher ein ernster Hinderungsgrund³ für die Produktionsausweitung waren, erreicht werden. Die Einführung von Bodenreform ist in diesem Zusammenhang von dem Gesichtspunkt aus zu sehen, daß sie

1 Dies bedeutet nicht, daß das allgemeine Preisniveau unbedingt steigen muß, nämlich dann nicht, wenn die Produktivität in anderen nichtlandwirtschaftlichen Sektoren steigt. Die Produktivität in diesen Bereichen steigt aus dem Grunde, weil die in dem Agrarsektor bisher unterbeschäftigten Arbeitskräfte in dem Industriesektor eingesetzt werden, wo der Kapitaleinsatz pro Arbeit höher als in dem Agrarsektor ist, was zu einer Erhöhung der Arbeitsproduktivität führt. Vgl. W.A.Lewis, "Economic Development with Unlimited Supply of Labour", a.a.O., S. 406 - 407

2 Vgl. D.Warriner, "Land Reform and Economic Development", in: C.Eicher und L.Witt (Hrg.), Agriculture in Economic Development, New York - Toronto - San Francisco - London, 1964, S. 272

3 Vgl. UN, Department of Economic and Social Affairs, "Implementation of Development Plans", a.a.O., S. 58

durch Neuverteilung und Zusammenlegung der landwirtschaftlichen Betriebe die Betriebsgröße optimal gestalten soll. Die Änderung der Betriebsgröße ist deshalb notwendig, weil viele Betriebe unterhalb des Betriebsminimums arbeiten, mit der Folge, daß nicht einmal die Subsistenzbedürfnisse befriedigt werden können.¹ Mit der durch Zusammenlegung mehrerer Kleinbetriebe erreichten Betriebsgröße soll "eine genügend große Wirtschaftlichkeit"² gesichert sein. Für viele Betriebe bedeutet jedoch diese wirtschaftliche Forderung die Erreichung einer Betriebsgröße, wo durch Produktionssteigerung der Erlös die Gesamtstückkosten gerade noch deckt.

Diese Maßnahmen, die die institutionelle Änderung der landwirtschaftlichen Voraussetzungen herbeiführen sollen, werden auf der anderen Seite im allgemeinen durch solche Maßnahmen flankiert, die auf eine ausreichende Versorgung betrieblicher Mittel hinielen. Durch Verbesserung von Saatgut, Beschaffung von benötigtem Düngemittel³ und außerdem durch den Aufbau eines Irrigationssystems,⁴ das die absolute Abhängigkeit der Produktion von klimatischen Bedingungen beseitigen soll, werden neben den vorhin genannten Maßnahmen Förderungsmittel geschaffen, die, so erhofft die Planung, die Produktion steigern sollen. Um jedoch zu den vorgesehenen Ergebnissen zu kommen, wird eine bestimmte Verhaltensweise bei den Bauern vorausge-

1 Vgl. A.Ghanie Ghaussy, Das Genossenschaftswesen in den Entwicklungsländern, Freiburg, 1964, S. 141

2 derselbe, Das Genossenschaftswesen in den Entwicklungsländern, S. 265

3 Vgl. William N.Nichols, "The Place of Agriculture in Economic Development", in: C.Eicher und L.Witt (Hrg.), Agriculture in Economic Development, a.a.O., S. 35

4 Vgl. H.Lal Das Gupta, "Agriculture as a Barrier to the Growth of Indian Economy", in: Essays on Planning and Economic Development, Center of Research on Underdeveloped Economies, a.a.O., S. 157 - 161

setzt. Auf der anderen Seite ist die Erreichung der Produktionsziele um so schwerer, je mehr das tatsächliche von dem in der Planung angenommenen Verhalten der Bauern abweicht. Solche Abweichungen können jedoch verhindert werden, wenn genaue Kenntnisse über die bäuerlichen Gewohnheiten vorhanden sind, um damit ihre Reaktion in etwa einzukalkulieren. Dieses Erfordernis wird bei der Konzipierung der Entwicklungsplanung in den Entwicklungsländern nicht genügend beachtet, was zu einer realitätsfremden Entwicklungspolitik führt.

In vielen Entwicklungsländern ist das landwirtschaftliche Programm oft nicht erfüllt. 1970 wurde z.B. das Ziel des indischen, landwirtschaftlichen Programms von 120 Mill. Tonnen nur teilweise erreicht.¹ Obwohl das Risiko der Abhängigkeit vom Wetter im Landwirtschaftssektor groß ist, kann dieser Fehlschlag auch von der Planung her begründet sein.

Wenn es nämlich darum geht, die landwirtschaftliche Produktion nicht einzuschränken, sondern im Rahmen der Planrelationen zu erhöhen, ist das Handlungsmotiv der Wirtschaftsakteure entscheidend. Wenn an anderer Stelle erwähnt wurde, daß der Agrarsektor dem Privatsektor überwiegend überlassen wird, erhält das Anreizsystem eine entscheidende Bedeutung. Der Anreiz zur Erhöhung der Produktion kann nur dann gegeben sein, wenn die Produzenten den eigenen Vorteil darin sehen. Abgesehen von der Notwendigkeit infrastruktureller Verbesserung und der institutionellen Reform, die unter dem großen Widerstand der Betroffenen sehr schwer durchzuführen ist, soll im Zusammenhang mit dem Anreizsystem die Möglichkeit der Gewährung finanzieller Vorteile, die aus einer erhöhten Pro-

¹ Vgl. Jörn C. Fitter, "Droht die Sprengung der Indischen Union?", in "Wirtschaftsdienst", 50. Jg. (1970), Nr. 9, S. 544

duktion entstehen, für die Produzenten geschaffen werden. Den Bauern soll es demnach ermöglicht werden, ihre Produktion zu einem garantierten, höheren Preis bei der behördlichen Verkaufsstelle abzusetzen. Der Zweck einer solchen Preispolitik besteht darin, saisonale Schwankungen, die zu einem unregelmäßigen, niedrigeren Einkommen der Produzenten führen, auszuschalten. Nach dem Bericht der Vereinten Nationen hat diese preisgarantierende Politik in vielen Entwicklungsländern in der letzten Zeit Eingang gefunden.¹

Dieses Instrument der Planimplementation muß von da aus beurteilt werden, inwieweit die Planung in der Lage ist, den von den Konsumenten zu zahlenden Preis konstant zu halten, um den Abfluß des Einkommens in den Konsumsektor zu verhindern.

Da bei dem Nachfrageüberhang die Preise steigen, bleibt für ihre Konstanthaltung die Anwendung administrativer Regelung. Diese schreibt vor, daß die Einzelhändler die landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu einer administrativ festgelegten Höhe abnehmen. Ferner muß kontrolliert werden, daß die Einzelhändler den erhöhten Preis nicht auf die Konsumenten überwälzen. M.a.W. da bisher nicht die Produzenten sondern die Einzelhändler die finanziellen Vorteile genießen, soll mit der administrativen Maßnahme eine umgekehrte Entwicklung erreicht werden.

Dieses Ziel macht jeden Einsatz der Administration zur Erfüllung doppelter Aufgaben erforderlich.

Da die Administration aber quantitativ und qualitativ unzureichend ist, ist es fraglich, ob das Ziel erreicht wird.

¹ UN, Department of Economic and Social Affairs, "Implementation of Development Plans", a.a.O., S. 61

213. Die Regelung der inländischen industriellen Konsumgüterproduktion und des Importsektors

2131. Vorbemerkung

Bei der Regelung des inländischen und importierten industriellen Konsumangebots werden im Rahmen der Produktionsplanung folgende Ziele verfolgt:

1. Die im Plan für notwendig gehaltene Produktion von bestimmten Konsumgütern ist in einem auf ein Minimum festgelegten Umfang zu realisieren. Zugleich ist jedoch die Produktion von "non essentials" bzw. von allen Luxusgütern zu verhindern.¹
2. Da die Struktur des Konsumgüterangebots auch durch die Importgüter mitbestimmt ist, ist neben der inländischen Konsumgüterproduktion der Strom der Importgüter zu regulieren. Insbesondere ist das Angebot an Importluxusgütern zu minimieren.

Im folgenden soll untersucht werden, ob und inwieweit es der Planung gelingt, diese Ziele und damit auch die Freisetzung der Mittel aus dem Konsumsektor zugunsten der Kapitalakkumulation zu verwirklichen.

2132. Die Beschränkung des Konsumangebots durch staatliche Genehmigungen

Die Produktion der zugunsten der Investition eingeschränkten industriellen Konsumgüter kann in der Planung den einzelnen Produzenten überlassen werden. Dabei wird die planmäßige Lenkung der Produktion durch ein System von Genehmigung, Lizenz und Quoten zu erreichen versucht. Mit diesen Lenkungsinstrumentarien werden zwei Ziele verfolgt. Einerseits soll die Allokation der Ressourcen in den entsprechenden Produktionssektoren in dem geplanten Umfang und in der geplanten Struktur erreicht werden. Auf

¹ Vgl. D.R.Gadgil, Planning and Economic Policy in India, a.a.O., S. 225

der anderen Seite soll verhindert werden, daß die genahmigten Mittel nicht zweckentfremdet verwandt werden. Daß die Lenkung der Reassourcen in den geplanten Produktionssektoren nicht gelingen kann, erklärt sich aus folgenden Gründen:

Die Festsetzung auf ein Minimum der im Inland durchzuführenden Produktion bestimmter, qualitativ besserer industrieller Güter einerseits und das totale Verbot der Importluxusgüter andererseits haben ein sehr beschränktes Gesamtangebot dieser industriellen Güter zur Folge. Dabei richtet sich der Plan bei der Festlegung des Angebots naturgemäß nicht nach der Nachfrage der Konsumenten nach diesen Gütern.¹ Die Nachfrageelastizität in bezug auf Preisänderung der industriellen Güter ist sehr hoch.

Die durch die Beschränkung einerseits und andererseits durch die Ausdehnung der entstandenen unterschiedlichen partiellen Konsumgüterangebote führen zu unterschiedlichen Preishöhen dieser Güter. Sowohl für die primären wie auch für die industriellen Konsumgüter werden entsprechende Preise zu unterschiedlicher Höhe nach Plan festgesetzt. Diese Preise stellen ein Datum für die Produzenten bzw. Importeure und für die Konsumenten dar. Auf dem inoffiziellen schwarzen Markt bildet sich darüber hinaus ein Preis für industrielle Konsumgüter, dessen Höhe sich nach der Form der Nachfrage nach diesen Gütern richtet. Da die Nachfrage nach diesen Gütern sehr inelastisch ist, werden diese Güter unabhängig von der Höhe ihres Preises gekauft.

Die hohe Rentabilität in dem vom Plan eingeschränkten Produktions- und Importsektor kann zur Folge haben, daß trotz

1 Es besteht z.B. die Gefahr, daß die so festgelegte Angebotsstruktur von den Konsumenten nicht gewünscht wird, so daß das Angebot keine entsprechende Nachfrage findet. Vgl. E. Dürr, "Alternativen der Wachstumsplanung in Entwicklungsländern", in: "Wirtschaftspolitische Chronik", Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, H. 1, 1969, S. 61

direkter Maßnahmen die Ressourceallokation nicht plangemäß geschieht, da die für bestimmte Sektoren genehmigten Mittel infolge der genannten Preisunterschiede in den mehr rentablen volkswirtschaftlichen Sektor fließen. Diese unplanmäßige Zweckentfremdung ist um so wahrscheinlicher, je schwächer der Kontrollapparat der Zentralplanung ist.

In den Entwicklungsländern ist bei dem unzuverlässigen und bestechlichen¹ Verwaltungs- und Kontrollapparat die unplanmäßige Zweckentfremdung wahrscheinlich. Denn die Korruption hat zur Folge, daß mit der unzweckmäßigen und allzu leichten Gewährung von Lizenzen an bestimmte Unternehmen Mittel an nichtgeplante Bereiche überführt werden, was bei der engen Verknüpfung der Plansektoren einerseits zu partiellem Ungleichgewicht innerhalb der Planung und andererseits zur Begünstigung der Bereiche führt, die gerade vom Plan her gesehen nicht vorgesehen sind.

2133. Die Beschränkung des Konsumgüterangebots durch direkte Einschaltung staatlicher Produktions- und Handelsbetriebe

Eine Alternative zur Lösung des Problems der effektiven Lenkung und Kontrolle der Mittel besteht in der direkten Einschaltung der staatlichen Produktions- und Handelsbetriebe.² Auf diesem Wege wird die Verfügung der Ressourcen den privaten Händen entzogen; eine Ressourceallokation in den im Plan im einzelnen aufgeführten Sektoren wird unmittelbar von staatlicher Hand übernommen. In diesem Zusammenhang ist die in den Entwicklungsländern seit langem praktizierte Kontrolle zu erwähnen. Eine Reihe von öffentlich geführten Produktionsbetrieben wird eröffnet. Um den

¹ Vgl. E.Dürr, "Alternativen der Wachstumsplanung in Entwicklungsländern", a.a.O., S. 68

² Zu erwähnen sind die staatlichen Handelsbetriebe, die vor allem im Importsektor eine legalisierte Monopolstellung besitzen.

staatlichen Einflußbereich auszudehnen, und den Kreis der Ausweichmöglichkeit einzuengen, werden bestehende Betriebe durch Nationalisierung übernommen¹ und die einzelnen Individuen zu geplanten neuen Vorhaben nicht zugelassen.²

Abgesehen davon, daß das Problem der betrieblichen Führung im Staatssektor wie im Privatsektor existiert, ist die bloße Übernahme der Durchführung des Produktionsprogramms keine Garantie für die Allokation der Ressourcen in der geplanten Grenze.

Die eben genannten ablaufspolitischen Voraussetzungen gelten auch für den erfolgreichen Einsatz der importeinschränkenden Instrumentarien. Darüber hinaus ist die Verflechtung zwischen dem Import und der inländischen Produktion und Produktionsmöglichkeit bei der Kontrolle des Mittelflusses und bei der Beurteilung der Effekte der eingesetzten Instrumentarien mit in die Überlegung einzubeziehen. Da nämlich bei der Importbeschränkung bzw. bei dem Importverbot bestimmter Konsumgüter eine Importsubstitution bei der inländischen Produktion gesucht wird, ist die effektive Kontrolle inländischer Produktionsmöglichkeiten notwendig, was also bedeutet, daß einerseits die zu realisierende inländische Produktionsstruktur eine solche

1 Das Ziel der Nationalisierung sieht Bronfenbrenner in der Verschiebung der Mittel von kapitalistischem Konsum, Transfer ins Ausland und von unproduktiven Konsumzwecken in den Entwicklungssektor. Vgl. M. Bronfenbrenner, "The Appeal of Confiscation in Economic Development", in: A.N. Agarwala und S.P. Singh (Hrg.), The Economics of Underdevelopment, a.a.O., S. 472

2 Die Vorherrschaft des Staatssektors bei den Neuvorhaben wurde in südostasiatischen Ländern wie Burma, Indien, Indonesien, Nord Korea deutlich gezeigt. Vgl. UN, Technical Assistance Programm, Public Industrial Management in Asia and the Far East, A Selection from the Material prepared for a United Nations Seminar held in New Delhi in December 1959, New York, 1960, S. 45 ff, 52 ff, 78 ff

Substitutionsmöglichkeit nicht bieten kann und andererseits bei der Planimplementation auf die planorientierte Durchführung geachtet werden soll.¹

214. Die Funktionsfähigkeit der Administration als notwendige Voraussetzung für die Anwendung direkter Maßnahmen; die Lage in den Entwicklungsländern

Die Anwendung direkter wirtschaftspolitischer Instrumentarien setzt eine funktionsfähige Administration voraus, die im Rahmen des Planvollzugs eine wesentliche Rolle spielt. Diese Rolle bleibt auch für den Fall wesentlich, daß marktmäßiger ex-post Koordination bestimmte Aufgaben innerhalb der Planimplementation zugesprochen werden - eine Tendenz, die in den Planungsformen östlichen Typs in der letzten Zeit stark zu beobachten ist -, weil die durch den Markt erzielte Koordinierung innerhalb der Planung und des Planungssystems als marginaler Anpasser nur eine transformierende Funktion ausüben kann, während die Administration die Hauptaufgabe bei dem Planvollzug zu erfüllen hat. Eine ausreichend funktionierende Administration kann ohne Zweifel zu einer erfolgreichen Anwendung der direkten wirtschaftspolitischen Instrumentarien verhelfen, Die in den Entwicklungsländern gegenwärtig herrschende Administration bzw. Verwaltung ist qualitativ unzureichend. Selbst die im Vergleich zu den meisten Entwicklungsländern weitaus besser organisierte indische Administration ist, wie die Erfahrung in Indien zeigt, ungenügend; es ist wie in allen Entwicklungsländern gemessen an der Zahl der Beamten, an dem den Aufgaben entsprechenden Aufbau und an

1 Die Substitution von Importgütern durch die im Inland hergestellten Güter entlastet im allgemeinen durch Deviseneinsparung das Zahlungsbilanzproblem. Da es sich jedoch um eine Allokationsverschiebung handelt, werden Produktionsfaktoren aus dem Investitionsgüter- und Konsumgütersektor verlagert. Eine Konsumkürzung wird durch die Substitutionsmöglichkeit nicht erreicht.

der intellektuellen Fähigkeit und Erfahrung von den für die Entwicklung als notwendig erachteten komplexen Aufgaben überfordert. Es wird um so mehr überfordert, als es in der Planung vom vorbereitenden Stadium über die Planaufstellung bis hin zur Plandurchführung beansprucht wird.

215. Die Regelung der effektiven Nachfrage als begleitende Maßnahme für eine effektive Regelung des Konsumsektors

Die bisherigen Ausführungen zeigten, daß der Versuch, den Konsum auf ein planorientiertes Ausmaß zu beschränken und damit auch Mittel in Richtung auf die Bildung von höheren Produktionskapazitäten freizustellen, scheitern muß, wenn nicht auch die effektive Nachfrage durch planungsrelevante Instrumentarien zugleich auf eine bestimmte Höhe reduziert wird. M.a.W. Voraussetzung für die Kapitalbildung ist u.a. auch die Schaffung eines Gleichgewichts zwischen der Produktion und der effektiven Nachfrage. Die Regelung der Nachfrage soll jetzt besprochen werden.

22. Die Regelung der effektiven Nachfrage durch Planung

Nachdem die Planungsmethode zur Regelung des gesamten Angebots erörtert wurde, gilt jetzt die Untersuchung der Frage, ob und inwieweit die Kontrolle der effektiven monetären Nachfrage in den Entwicklungsländern durch Planungsmethoden möglich und erfolgreich ist. Da es sich hier um die Einhaltung der in der Planung festgelegten Konsumausgaben und also umgekehrt um die Zuführung der von diesen abgezweigten und für den Investitionszweck bestimmten Mittel handelt, soll auch der Frage nachgegangen werden, welche Maßnahmen zur Regelung der effektiven Nachfrage in der Planung ergriffen werden, und welche Folgen die angewandten Maßnahmen bei der Regelung der effektiven Nachfrage haben.

221. Die Problematik der Einkommensdistribution

2211. Die Plankonformität der Einkommensdistribution

Unter der Einkommensdistribution wird in der Planwirtschaft die Verteilung des Einkommens zwischen den einzelnen Arbeitnehmern allein verstanden, weil das Nettogesamteinkommen vor der Distribution zwischen den Einzelindividuen bereits in Lohn¹ und Sozialfonds² aufgespalten wurde. Dabei wird die Höhe des Lohnfonds so festgelegt, wie in der Planung ein bestimmtes Konsumniveau gestattet ist. M. a. W. die gezahlten Löhne und Gehälter widerspiegeln nicht die von den Arbeitnehmern geschaffene Produktivität, da ein Teil hiervon in den sogenannten Sozialfonds, dessen Höhe zum einen vom Umfang der sozialen und wirtschaftlichen Staatsaufgaben und zum anderen von dem gesetzten Wachstumsziel abhängt, abgeführt wurde.

Auf der anderen Seite wird der Spielraum in der Bestimmung der Lohnhöhe von der Höhe des für den Konsum freigegebenen Fonds nach oben begrenzt, was dann die Festlegung der Löhne und Gehälter notwendig macht, wobei diese Höhe während der im Plan angenommenen Zeitlänge konstant gehalten werden muß.

Es gibt wesentliche Unterschiede der Lohnhöhe, nicht nur zwischen den einzelnen Arten der zu verrichtenden Arbeiten und zwischen den Arbeitnehmern selbst, sondern auch und vor allem zwischen den einzelnen Sektoren. Mit dieser

1 Unter Lohnfonds wird der Teil des Nationaleinkommens verstanden, der den Arbeitern und Angestellten zur Verfügung gestellt wird.

2 Dieser Fonds wird "sozial" genannt, weil er die Mittel zur Finanzierung der staatlichen Sozialaufgaben enthält. Er enthält außerdem den Teil des Nationaleinkommens, der im allgemeinen der Akkumulation von Kapital dient. Der Sozialfonds wird dem Staatsbudget überführt. Vgl. o.V., "Planimplementation in Eastern Europe and the Soviet Union", in: UN, Secretariat of the Economic Commission for Europe, Economic Survey of Europe in 1962, a.a.O., S. 20

Differenzierung in der Lohnhöhe soll nach Ansicht der Planer das Knappheitsverhältnis zum Ausdruck gebracht werden, indem nämlich bestimmte, knappe technische Berufe höher belohnt werden. Die Praxis geht jedoch dahin, daß die Arbeitnehmer in den förderungswürdigen Sektoren überdurchschnittlich belohnt werden gegenüber denen in den planwirtschaftlich wenig strategischen Bereichen, um damit die Erfüllung des Planziels durch Heranziehung bestimmter Arbeitskräfte zu forcieren.¹ Doch dies bedeutet, daß nicht die Knappheit der Arbeit als solche, sondern die Bedeutung bestimmter Bereiche als Kriterium für die Lohnfestsetzung genommen wird.

Mit der Festlegung der Lohn- und Gehaltshöhe ist darüber hinaus beabsichtigt, das Gleichgewicht zwischen Konsumproduktion und Konsumausgaben zu schaffen und zu erhalten. Dieses Gleichgewicht setzt voraus, daß die vom Arbeitnehmer bzw. Konsumenten gezahlten Preise den entstandenen direkten und indirekten Kosten zuzüglich angemessener Profite² gleich sind. Es setzt weiter voraus, daß der Teil des Einkommens für Konsumzwecke tatsächlich zu dem Zeit-

1 In diesem Zusammenhang ist eine Überschreitung des für bestimmte Betriebe festgelegten Lohnbudgets zulässig. Diese Überschreitungsmöglichkeit wird sehr oft von den Betrieben in Anspruch genommen.

2 Der Profit ist die Differenz zwischen dem Erlös und den Gesamtkosten. Dabei setzen sich die Gesamtkosten eines Betriebes aus Lohn- und Gehaltsaufwendungen, Materialverbrauch, Abschreibung sowie Zinsen für das in Anspruch genommene Betriebs- und Unternehmenskapital zusammen. Auf der anderen Seite sind die Einzelhandelspreise konstant gehalten. Bei steigenden Kosten entsteht eventuell kein Gewinn sondern ein Verlust. Vgl. A. Bajž, "Income Distribution under Workers' Self-Management in Yugoslavia", in: Arthur M. Ross (Hrg.), Industrial Relations and Economic Development, London, 1966, S. 255; o.V., "Planimplementation in Eastern Europe and the Soviet Union", a.a.O., Fußnote, S. 16

punkt ausgegeben wird, wo er entstanden ist. Wenn jedoch die Konsumfreiheit darin besteht, das Konsumangebot zu akzeptieren oder abzulehnen,¹ können die Konsumenten sich so verhalten, daß bei Ablehnung des Angebots die Mittel quasi gehortet werden, um sie in der nächsten Periode bei Gelegenheit zu reaktivieren.

2212. Die Problematik der plangerechten Bestimmung des Arbeitnehmereinkommens in den Entwicklungsländern

Das Problem der plangerechten Einkommensdistribution ist in den Entwicklungsländern durch die Existenz und durch das Machtverhalten der Gewerkschaften aktuell. Bei der Betrachtung deren Lohnpolitik muß nämlich die Frage gestellt werden, ob ihr Lohnverhalten plan- und entwicklungskonform ist,² oder ob ihre Lohnforderungen die Erfüllung der Plan-gleichgewichtsbedingungen erschweren.

Es kann davon ausgegangen werden, daß die Mindestforderung der Lohnpolitik der Gewerkschaften in der Schaffung eines gesetzlich garantierten Mindestlohnes besteht.

Die Frage ist, ob der garantierte Mindestlohn, wie er in den Entwicklungsländern bereits praktiziert wird,³ den Forderungen nach der plangerechten Aufteilung zwischen

1 Vgl. Karl C. Thalheim, "Die Unterschiede zwischen der Zentralverwaltungswirtschaft sowjetischen Typs und marktwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaften", in: derselbe, Beiträge zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung, a.a.O., S. 218 f

2 Das plankonforme Verhalten der Wirtschaftsakteure ist Voraussetzung für eine effektive Planimplementation. Ein bestimmtes Verhalten ist daher von den Gewerkschaften zu fordern. Vgl. UN, Department of Economic and Social Affairs, Implementation of Development Plans: Problems and Experience, World Economic Survey 1966, Part I, New York, 1967, Fußnote, S. 6

3 Vgl. Tijani M. Yesufu, "The State and Industrial Relations in Developing Countries", in: Arthur M. Ross (Hrg.), Industrial Relations and Economic Development, a.a.O., S. 94

Konsum und Investition entspricht. Berg¹ verneint diese Frage. Obwohl er keine genauen quantitativen Angaben machen kann, sind seine Argumente und seine Schlußfolgerung nicht von der Hand zu weisen. Er sagt, daß der garantierte Mindestlohn meistens nach den Lebensgewohnheiten "privilegierter" Lohnempfänger bemessen wird.² Außerdem versuchen die Gewerkschaften in den Entwicklungsländern, die soziale Vorstellung derer in den entwickelten Länder in der Praxis durchzusetzen. Diese hohen Mindestlöhne setzen sich auch bei der Neuwerbung und Beschäftigung der Arbeitskräfte durch, die bisher im Agrarsektor tätig waren.³ Die Reichweite ihrer Effekte verbreitet sich damit unter der tätigen Bevölkerung.

Berücksichtigt man den sehr niedrigen Lebensstandard der Bevölkerung im allgemeinen, so kann angenommen werden, daß die im Plan vorgesehenen Konsumausgaben auch unter Berücksichtigung der Bemühung zur Anhebung des Konsums ziemlich niedrig zu veranschlagen sind. Da die von den Gewerkschaften geforderten Mindestlöhne den Verhältnissen des Lebensstandards der Bevölkerung im allgemeinen einige Schritte vorauslägen, ist es fraglich, ob die Lohnausga-

1 Elliot J. Berg, "Major Issues of Wage Policy in Africa", in: Arthur M. Ross (Hrg.), Industrial Relations and Economic Development, a.a.O., S. 185 - 208

2 Vgl. derselbe, "Major Issues ... ", a.a.O., S. 189

3 Zu der Ausführung über die Migration der in der Landwirtschaft bisher tätigen Arbeiter in den Industriesektor und deren Effekt auf die Lohnhöhe und Kapitalakkumulation vgl. Fußnote S.80 dieser Arbeit.

ben mit den im Plan vorgesehenen Mitteln bestritten werden können.¹ Bei Überschreitung dieser verfügbaren Mittel wird der Staat versuchen, eine andere niedrigere Alternative für die geforderten Mindestlöhne durchzusetzen. Bei einer starken gesellschaftlichen und politischen Machtposition der Gewerkschaft, die dann einen großen Einfluß auf die regierende Partei ausübt, kann ein solcher Versuch meistens nicht zum Erfolg führen.

In den Entwicklungsländern sind die politischen Parteien aus der Bewegung für die Erlangung der Freiheit entstanden. Aus dieser Freiheitsbewegung entstand eine enge Verbindung² mit der Bauernbewegung. Diese enge Verbindung zwingt die regierende Partei, die politische Entscheidung der Gewerkschaft in bezug auf die Festsetzung der Mindestlöhne in ihr Programm einzubeziehen. Auf Lokalebene in Indien z.B. wird dieser Einfluß deutlich spürbar, der den Planvoraussetzungen entgegensteht.³

1 Im Plan richtet sich die Lohnhöhe nach dem Existenzminimum, das im Plan garantiert ist. Da die Investition zu steigern ist, werden Mittel für die Zahlung von Löhnen so viel zur Verfügung gestellt, wie sie zur Zahlung von Konsumausgaben notwendig sind. Bezeichnet man:

m_{Pl} = im Plan garantiertes Existenzminimum

m_0 = der von der Gewerkschaft angeforderte Mindestlohn

g = Größe, die die fortschrittlichen Anforderungen der Gewerkschaft darstellt

$m_0 = m_{Pl} + g$ = Mindestlohn der Gewerkschaft

L = Zahl der Beschäftigten

A = geplante Konsumausgaben, so ist; $L \cdot m_{Pl} = A$

$m_0 = L \cdot m_{Pl} + L \cdot g = A + L \cdot g$

Ist $g > 0$, so ist $L \cdot m_{Pl} < (L \cdot m_{Pl} + L \cdot g)$

2 Vgl. Tijani M. Yesufu, "The State and Industrial Relations in Developing Countries", a.a.O., S. 104

3 Vgl. R.W. Cox, "Trade Union, Employers and the Formation of National Economic Policy", in: Arthur M. Ross (Hrg.), "Industrial Relations and Economic Development", a.a.O., S. 242

222. Voraussetzungen für die Anwendung der direkten Methode zur Regelung der effektiven Nachfrage

2221. Das Gleichgewichtsproblem zwischen den einzelnen Bereichen

Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit des Gesamtsystems und damit auch für die Abstimmung der effektiven Nachfrage mit der Konsumgüterproduktion ist die Erfüllung der Planwerte der einzelnen Sektoren. Diese Bedingung ergibt sich aus der systemimmanenten Verknüpfung der einzelnen Sektoren miteinander. Daß der Gesamtprozeß durch die enge Verbundenheit der Sektoren untereinander bei Nichterfüllung bestimmter Planwerte die Empfindlichkeit des Gesamtsystems zeigt, ist allzu eindeutig. Aus diesem Grunde ist der Zwang zur Einhaltung der festgelegten Plangrößen, wie er in den Planwirtschaften östlichen Typs auf die einzelnen Planinstitutionen ausgeübt wird, notwendig.

Der Erfolg der Planung und damit die Realisierung der (partiellen und gesamten) Gleichgewichte hängt neben der Zuverlässigkeit, d.h. der wissenschaftlichen Fundiertheit der Planungstechniken, auch vom Verhalten der Wirtschaftsakteure und nicht zuletzt von der Qualität der angewandten statistischen Daten ab. Die Prognose über die möglichen Reaktionen dieser Wirtschaftsakteure auf die im Plan getroffenen Maßnahmen gehört zu der realistischen Planung. Ebenso ist die Qualität der statistischen Daten besonders wichtig, die für die Quantifizierung und daher die Ermöglichung der Operationalität der Ziele einerseits und für die Bewertung des Erfüllungsgrades des Plans¹ andererseits unerlässlich sind.

In den Entwicklungsländern fehlen jedoch zuverlässige und

1 Vgl. A.K.Biswas, "Die für eine Entwicklungsplanung erforderlichen Statistiken", in: A.Kruse-Rodenacker (Hrg.), Grundfragen der Entwicklungsplanung, a.a.O., S. 173

aktuelle statistische Daten, was ein großes Handicap für die Planaufstellung und Planüberwachung bedeutet.¹ Die Empfindlichkeit des Gleichgewichtssystems ist in den Entwicklungsländern daher besonders groß. Dies ist auf die Unfähigkeit zurückzuführen, die tatsächlichen Verhältnisse der verschiedenen Plangrößen wegen Datenmängel genau zu ermitteln. Gerügt wird die Praxis bei der Planaufstellung in diesen Ländern, indem teils aus mangelhaften und ungenauen statistischen Daten² und teils aus Mangel an empirischen Verhaltensuntersuchungen in den betreffenden Ländern³, solche meist Vergangenheitsdaten genommen werden, die bei anderen Volkswirtschaften als Plandaten angewandt wurden.⁴ An dem erwarteten Erfolg solcher Verfahrensmethode muß theoretisch gezweifelt werden, weil zu Anfang der Einführung der Planung in den Entwicklungsländern sogar Daten aus den entwickelten Ländern mit ganz anderen Wirtschaftsstrukturen herangezogen wurden.⁵ Die Mo-

1 Vgl. A.Waterston, Development Planning, Lessons of Experience, Baltimore, 1965, S. 170

2 Vgl. UN, ECAFE, Economic Development and Planning in Asia and the Far East, Problems and Techniques, Economic Bulletin for Asia and the Far East, Vol. VI (1955), Nr. 3, S. 64

3 Vgl. R.Clapham, "Marktwirtschaftliche Theorie und Entwicklungsländer", a.a.O., S. 72

4 Vgl. A.Kruse-Rodenacker, Grundfragen der Entwicklungsplanung, a.a.O., S. 65

5 Auf diesen Aspekt wurde z.B. bei der Einführung des ersten Fünfjahresplans in Indien hingewiesen. Aus Mangel an benötigten Daten in Indien wurden die Ergebnisse der Untersuchungen in den USA und der Sowjetunion allerdings mit Modifikationen übernommen, die jedoch auf Schätzungen beruhen. Auf der anderen Seite wurde angenommen, daß der Kapitalkoeffizient von 2,2 : 1 konstant ist. Vgl. C.N.Vakil und P.R.Brahmanand, Planning for an Expanding Economy, Accumulation Employment and Technical Progress in Underdeveloped Countries, Bombay, o.J., S. 50 f, 54 f. Über die Problematik der Annahme des konstanten Kapitalkoeffizienten vgl. E.Dürr, "Methodische und politische Probleme der Berechnung des Entwicklungshilfebedarfs", in: "Ordo", Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Düsseldorf - München, Bd. 18 (1967), S. 207 - 250

difizierung dieser Daten und anderer dem Entwicklungsniveau nach vergleichbaren Daten anderer Volkswirtschaften wird auch nicht zu den quantitativ festgelegten Zielwerten führen, weil die heutige und zukünftige Entwicklung auf ungenauer, ganz allgemeiner Basis durchgeführt wird. Aber selbst wenn die der Konsumnachfrage und daher der entsprechenden planadäquaten Konsumausgaben genau ermittelt und andererseits die entsprechenden benötigten Produktionsfaktoren ausreichend zur Verfügung gestellt werden können, bleibt die Empfindlichkeit des Gleichgewichts bestehen, weil die Agrarwirtschaft naturabhängig ist. Die Anwendung der direkten Planungsmethode muß bei einer von der Agrarwirtschaft stark beherrschten Volkswirtschaft gegen Ungleichgewicht empfindlicher sein.

2222. Grundlegende Änderung des Gesellschaftssystems

Für die Regelung der effektiven Nachfrage mit Hilfe der bereits beschriebenen Planungsmethode ist eine grundlegende Änderung des Gesellschaftssystems und der Eigentumsordnung notwendig. Diese Notwendigkeit beruht auf der Schaffung von Möglichkeiten zur Kontrolldurchführung der Einkommensverteilung und auf der Aufteilung des Einkommens zwischen dem Konsum- und dem Investitionsbereich. Aus diesem Grunde gibt es in der Planwirtschaft nur Arbeitnehmer auf der einen und Staat bzw. Staatsinstitutionen (Staatsunternehmen und Genossenschaften) auf der anderen Seite. Mit dieser neuen Institutionalisierung wird dem Plan die Möglichkeit gegeben, zum einen die Einkommensdistribution zwischen den Arbeitnehmern so durchzuführen, daß die Konsumausgaben der Konsumproduktion entsprechen, und zum anderen die Mittel dem Kapital- bzw. Sozialfonds zuzuführen. Dabei ist festzustellen, daß die Funktion der Kapitalakkumulation dem Staat allein zufällt.

Der Versuch, das bestehende Gesellschaftssystem von Grund auf zu revolutionieren muß auf harte Widerstände vor allem

dort stoßen, wo der Einfluß der sparfähigen Minorität auf gesellschaftspolitische Entscheidung sehr groß ist. Es ist z.B. in Latein Amerika sehr schwer oder fast unmöglich, solche Reformen durchzusetzen, die die bestehenden Privilegien in Frage stellen und abschaffen, geschweige denn die Funktion der Kapitalakkumulation dem Staat zu überlassen.¹

Die Schwierigkeit und die Problematik der von der Planwirtschaft verlangten gesellschaftlichen Forderungen wurden schon früh in den Entwicklungsländern erkannt, natürlich nicht zuletzt aus der politischen Überlegung, nämlich aus dem Wunsch heraus, eine parlamentarisch demokratische Ordnung zu gestalten.²

1 Reformen lassen sich sehr schwer durchführen. Sie sind fast unmöglich, wenn die auf Minderheit beruhenden traditionellen Kräfte die Regierungsgewalt fest in der Hand hat. In Latein Amerika z.B. rekrutieren sich die Regime aus dieser Minderheit. Vgl. P.Molt (Hrg.), Lateinamerika, Eine Analyse seiner gegenwärtigen Probleme, Bonn, 1965, S. 122 f

2 Indien hat wiederum ein typisches Beispiel geliefert. Dort wurde schon früh für die Beibehaltung der demokratischen Ordnung als Grundlage für die Entwicklungspolitik entschieden. Die von Anfang an von allen Seiten sehr intensiv geleisteten Anstrengungen sind nur aus dieser demokratischen Bestrebung zu sehen, da die Meinung herrschte und immer noch herrscht, daß Indien und China zwei Alternativen für andere Entwicklungsländer sind. Vgl. W.Malenbaum, "India and China: Contrasts in Development Performance", in: "The American Economic Review", Bd. 49 (1959); B.Ward, India and the West, London, 1961

III Zwischenergebnis

Der Erfolg zur Einschränkung des Konsums zugunsten der Kapitalakkumulation in der Planung hängt von der Integriertheit der Planung ab. Diese Integriertheit setzt detaillierte statistische Angaben und administrative, bestimmte institutionelle Voraussetzungen voraus. Da diese Voraussetzungen oft fehlen, wird die Effektivität der einzusetzenden planungsadäquaten Instrumentarien in Frage gestellt.

E Zusammenfassung

Die Analyse über die Möglichkeit des Einsatzes der Marktwirtschaft und der Planung als Entwicklungsprinzip zur Erhöhung der Kapitalakkumulation führt zu folgenden Ergebnissen:

1. Die Aussicht auf höhere Kapitalkkumulation durch den Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumentarien ist gering.

Diese Aussage wird damit begründet, daß der Konsum in der Präferenzskala der sparfähigen Einzelindividuen den primären Rang einnimmt. Diese Konsumpriorität hängt nicht nur von den übermäßigen Konsumgewohnheiten, die sich in der Inelastizität der Nachfrage nach bestimmten Gütern manifestieren, sondern auch und vor allem davon ab, ob den Einkommensbezieher eine Alternative zu dem Konsum entgegengehalten werden kann. M.a.W. eine auf die Entscheidung der Einzelindividuen beruhende Drosselung des Konsums ist nur dann wahrscheinlich, wenn die Investitionserwartung günstig ist. Die Möglichkeit der Schaffung eines erforderlichen, günstigen Investitionsklimas durch Beeinflussung der Investitionsdeterminanten Kosten und Umsatz, ist aufgrund der Beschränktheit der der Entwicklungspolitik verfügbaren Mittel einerseits und aufgrund institutioneller Handicaps andererseits gering.

2. Die Anwendung der (Zentral-) Planung ist auf der anderen Seite damit zu begründen, inwieweit die geplante zusätzliche Kapitalakkumulation durch Planungsmaßnahmen erzielt wird. Die Effektivität der Planung hängt von bestimmten Bedingungen administrativer und institutioneller Art ab. Diese Forderung ist von der ordnungspolitischen Grundlage unabhängig. Bei Nichterfüllung der Bedingungen werden die festgelegten Ziele, d.h. die geplante Aufteilung des Volkseinkommens zwischen dem Konsum und der Investition in Frage gestellt.

Es wurde gezeigt, daß die benötigten Voraussetzungen für die Aufstellung und den Vollzug der Planung entweder feh-

len oder nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind. Unter diesen Umständen ist es fraglich, ob Planung die geplante Aufteilung verwirklichen kann.

Um diese Schwierigkeit zu vermeiden, wird eine globale Formulierung in der Aufteilung der Mittel vorgenommen; man begnügt sich mit einer allgemeinen Richtungsangabe der einzuschlagenden Politik. Die Bedeutung einer solchen Politik im Hinblick auf die Kapitalakkumulation soll zwar nicht übersehen werden; die damit eintretende Unsicherheit führt aber zu der Frage, wieviel erfolgsversprechender die Anwendung dieser "ungenauen" Planung sein muß, um diese Anwendung zu begründen.

Abkürzungen

ECAFE	:	Economic Commission for Asia and the Far East
HdSW	:	Handwörterbuch der Sozialwissenschaften
HWWA	:	Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv
UN	:	United Nations

- Abramovitz, Moses, Capital Formation and Economic Growth, A Conference of the Universities - National Bureau Committee for Economic Research, New York, 1955
- ders., The Allocation of Economic Resources, Essays in Honor of Bernard Francis Haley, Stanford - California, 1959
- Agarwala, A.N. und S.P.Singh, The Economic of Underdevelopment, 3. Aufl., New York, 1963
- Ahluwalia, Surendra S., "Balancing vis-a-vis Input-Output Techniques in Ensuring the Internal Consistency of a Plan", in: Essays on Planning and Economic Development, Center of Research on Underdeveloped Economies, Research Papers, Vol. 2, Warszawa, 1965, S. 99 - 139
- Al-Ani, Awni, "Deutsche Direktinvestitionen in Entwicklungsländern", in: "Wirtschaftsdienst", Wirtschaftspolitische Monatschrift, 49. Jg. (1969), H. 4, S. 203 - 206
- Allen, G.C. und A.G.Dormithorne, Western Enterprise in Far Eastern Economic Development, London, 1954
- Arndt, Helmut, Sozialwissenschaftliche Untersuchungen, Gerhard Albrecht zum 80. Geburtstag, Berlin, 1969
- ders., "Die Planung als Problem der Marktwirtschaft", in: E.Schneider (Hrg.), Rationale Wirtschaftspolitik und Planung in der Wirtschaft von heute, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF Bd. 45, Berlin, 1967, S. 281 - 296
- Arndt, H.W., "External Economies in Economic Growth", in "Economic Record", Nov. 1955
- Aubrey, Henry G., "Investment Decisions in Underdeveloped Countries", in: M.Abramovitz (Hrg.), Capital Formation and Economic Growth, Princeton, 1955, S. 297 - 440
- Aukrust, Odd, "Factors of Economic Development: A Review of Recent Research", in: "Weltwirtschaftliches Archiv", Bd. 93 (1964 II), S. 23 - 43
- Bajt, A., "Income Distribution under Workers' Self-Management in Yugoslavia", in: Arthur M.Ross (Hrg.), Industrial Relations and Economic Development, London, 1966, S. 252 - 295

- Balassa, Bela, "The Capital Needs of the Developing Countries", in: "Kyklos", Vol. XVII (1964), S. 197 - 205
- Bangs, Robert B., Financing Economic Development, Fiscal Policy for Emerging Countries, Chicago - London, 1968
- Baran, Paul Alexander, "On the Political Economy of Backwardness", in: "The Manchester School of Economics and Social Studies", Vol. XX (1952), wiedergedruckt in: A.N. Agarwala und S.P. Singh (Hrg.), The Economics of Underdevelopment, 3. Aufl., New York, S. 75 - 92
- Bauer, Peter Tamas und Yamey, B.S., The Economics of Underdeveloped Countries, Cambridge 1957
- Bauer, Peter Tamas, "The Vicious Circle of Poverty", in: "Weltwirtschaftliches Archiv", Bd. 95 (1965 II), S. 4 - 20
- ders., Indian Economic Policy and Development, New York 1961
- Behrendt, Richard F., "Gesellschaftliche Aspekte der Entwicklungsförderung", in: E. Schneider (Hrg.), Wirtschaftliche Probleme der Gegenwart, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF Bd. 35, Berlin 1965, S. 505 - 535
- ders., Soziale Strategie für Entwicklungsländer, Entwurf einer Entwicklungssoziologie, Frankfurt/M., 1965
- Berg, Elliot J., "Major Issues of Wage Policy in Africa", in: Arthur M. Ross (Hrg.), Industrial Relations and Economic Development, London 1966, S. 185 - 208
- ders., "Backward-Sloping Labour Supply Functions in Dual Economies-The African Case", in: "The Quarterly Journal of Economics", Vol. LXXV(1961), S. 475 ff
- Berril, K., Economic Development with Special References to East Asia, New York 1964
- Besters, H. und E.E. Boesch, Entwicklungspolitik - Handbuch und Lexikon
- Bettelheim, Charles, Some Basic Planning Problems, Indian Statistical Series, Nr. 12, New York - Calcutta 1961
- Bird, Richard M., Taxation and Development, Lessons from Colombian Experience, Cambridge 1970

- Bissing, Wilhelm Moritz, Frhr. von, "Theorie der sozialistischen (sowjetischen) Wirtschaft", in: G.Hahn und Wilhelm Moritz von Bissing (Hrg.), Die Wirtschaftssysteme der Staaten Osteuropas und der Volksrepublik China, Untersuchung der Entstehung, Entfaltung und Wandlung sozialistischer Wirtschaftssysteme, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF Bd. 23/1, Berlin, 1961, S. 1 - 76
- Biswas, Ajit K., "Die für eine Entwicklungsplanung erforderlichen Statistiken", in: Albrecht Kruse-Rodenacker, ~~Grundfragen~~ der Entwicklungsplanung, Schriften der Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer, Bd. 1, Berlin, 1964, S. 173 - 177
- Blum, Reinhard, "Eine dynamische Theorie der Wirtschaftsordnung als Lösung ordnungspolitischer Probleme der Entwicklungsländer", Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF Bd. 60, Berlin, 1971, S. 1 - 29
- Boeke, Julius Herman, Economics and Economic Policy of Dual Society, Haarlem, 1953
- Boettcher, Erik, "Die zentrale Planung sowjetischen Typs im Wandel", in: E.Schneider (Hrg.), Rationale Wirtschaftspolitik und Planung in der Wirtschaft von heute, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF Bd. 45, Berlin, 1967, S. 458 - 476
- Brand, W., Het Streven van de economisch onontwikkelde Landen naar een hogere Levensstandaard, Leiden, 1954
- ders., The Struggle for a Higher Standard of Living, Den Haag - Bandung, 1958
- Brandt, Karl, "Konkurrenzprobleme im wirtschaftlichen Wachstum", in: "Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft", Tübingen, Bd. 119, (1963), S. 218 - 238
- Bronfenbrenner, Martin, "The Appeal of Confiscation in Economic Development", in: A.N.Agarwala und S.P.Singh (Hrg.), The Economics of Underdevelopment, A Series of Articles and Papers, 3. Aufl., New York, 1963, S. 472 - 494
- Bruton, Henry J., Principles of Development Economics, Englewood Cliffs, 1965

- Bruten, Henry J., "Growth Models and Underdeveloped Economies", in: A.N. Agarwala und S.P. Singh (Hrg.), The Economics of Underdevelopment, 3. Aufl., New York, 1963, S. 219 - 241
- Bryce, Murray D., Industrial Development, A Guide for Accelerating Economic Growth, New York, - Toronto - London, 1960
- Buchanan, Norman S. und Howard S. Ellis, Approaches to Economic Development, New York, 1955
- Bryson, L., Social Change in Latin America Today, New York, 1960
- Chamberlain, Neil W., Private and Public Planning, New York, 1965
- Chelliah, Raja J., Fiscal Policy in Underdeveloped Countries with Special Reference to India, London, 1960
- ders., "Public Sector Investment and the Financial Plan - A General Framework and Policy Issue", in: UN, ECAFE, Economic Bulletin for Asia and the Far East, Vol. XIX (1968), Nr. 1, S. 29 - 47
- Chenery, Hollis B., "The Interdependence of Investment Decisions", in: Moses Abramovitz (Hrg.), The Allocation of Economic Resources, Essays in Honor of Bernard Francis Hiley, Stanford - California, 1959, S. 82 - 120
- ders., "Comperative Advantage and Development Policy", in: "The American Economic Review", Bd. LI (1961), S. 18 - 51
- ders., "The Role of Industrialization in Investment Programs", in: "American Economic Review", papers and Proceedings, Vol. 45 (1955), S. 40 - 57
- Clairmont, Frederick, Economic Liberalism and Underdevelopment, Studies in the Disintegration of an Idea, Bombay, 1960, neu bearbeitet aus dem in französisch geschriebenen Original mit dem Titel: Le libéralisme économique et les pays sous-développés: études sur l'évolution d'une idée, Genève, 1958
- Clapham, Ronald, "Marktwirtschaftliche Theorie und Entwicklungsländer", in: "Wirtschaftspolitische Chronik", H. 2/3 (1969), S. 55 - 78

- Clark, Colin, "The Fundamental Problems of Economic Growth", in: "Weltwirtschaftliches Archiv", Bd. 94 (1965 I), S. 1 - 8
- Cox, R.W., "Trade Unions, Employers and the Formation of National Economic Policy", in: Arthur M. Ross (Hrg.), Industrial Relations and Economic Development, London, 1966, S. 229 - 251
- Dammroff, Edgar, Finanzierung der Infrastruktur, Staatswissenschaftliche Studien, NF Bd. 59
- Das Gupta, H.Lal, "Agriculture as a Barrier to the Growth of Indian Economic Development", Center of Research on Underdeveloped Economies, Research Papers, Vol. 2, Warszawa, 1965, S. 141 - 182
- Datta, Amlan, Paths to Economic Growth, 2. verb., Aufl., New Delhi - Bombay u.a., 1963
- Doebel, Rüdiger, Devisenbewirtschaftung und Wirtschaftswachstum in Entwicklungsländern, Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, Schriften zur Wirtschaftspolitik, Bd. 6, Frankfurt/M, 1968
- Domar, D.Evsey, "Capital Expansion, Rate of Growth, and Employment", in: "Econometrica", Vol. XIV (1946)
- Doyle, Leonard A., Inter-Economy Comparisons, A Case Study, A Comparative Study of Industrial Development, Currency Devaluation, and Inflation, Publications of the Institute of Business and Economic Research University of California, Berkeley and Los Angeles, 1965
- Duesenberry, James S., Income, Saving and the Theory of Consumer Behaviour, Cambridge, 1952
- Dupriez, Leon H., Economic Progress, Papers and Proceedings of a round Table held by the International Economic Association, Louvain, 1955
- Dürr, Ernst, "Alternativen der Wachstumsplanung in Entwicklungsländern", in: "Wirtschaftspolitische Chronik", Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, H. 1, 1969, S. 53 - 83
- ders., "Methodische und politische Probleme der Berechnung des Entwicklungshilfedarfs", in: "Ordo", Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, Düsseldorf - München, Bd. 18 (1967), S. 207 - 250

- Dürr, Ernst, "Wachstumspolitisch relevante Ergebnisse der Wachstumstheorie", in: H.K. Schneider (Hrg.), Beiträge zur Wachstumspolitik, Berlin, 1970, S. 1 - 32
- Eckaus, Richard S., "The Factor-proportions Problem in Underdeveloped Areas", in: "The American Economic Review", Bd. 45 (1955), S. 539 - 565
- Enke, Stephan, "Economic Development with Unlimited and Limited Supplies of Labour", in: "Oxford Economic Papers", Bd. 14 (1962), S. 159 - 172
- Eppler, Rudolf, Die Steuerwirkungen, Volkswirtschaftliche Schriften, H. 145, Berlin, 1970
- Eucken, Walter, Die Grundlagen der Nationalökonomie, Jena, 1940
- ders., Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Bern - Tübingen, 1952
- Fei, John C.H., und Alpha C. Chiang, "Maximum Speed Development through Austerity", in: Irma Adelman und Erik Thoerbecke (Hrg.), The Theory and Design of Economic Development, Baltimore, 1966, S. 67 - 93
- Feinstein, Charles H., Socialism, Capitalism and Economic Growth, Essays presented to Maurice Dobb, Cambridge, 1967
- Fiscal Policy for Economic Growth in Latin America, Papers and Proceedings of a Conference held in Santiago, Chile, Dec. 1962, Baltimore, 1965
- Fischer, G., Marktwirtschaftliche Entwicklungspolitik, Bedingungen und Erfahrungen, Diss., Erlangen - Nürnberg, 1968
- Fitter, Jörn C., "Droht die Sprengung der Indischen Union?", in: "Wirtschaftsdienst", 50. Jg., (1970), Nr. 9, S. 541 - 545
- Frisch, Ragnar, Planning for India: Selected Explorations in Methodology, Indian Statistical Series, Nr. 8, New York - Calcutta, 1960
- Furtado, Celso, "Capital Formation and Economic Development", abgedruckt in: A.N. Agarwala und S.P. Singh (Hrg.), The Economics of Underdevelopment, 3. Aufl., New York, 1963, S. 309 - 337

- Gadgil, D.R., Planning and Economic Policy in India, Bombay, 1962
- Galenson, Walter und H. Leibenstein, "Investment Criteria, Productivity and Economic Development", in: "Quarterly Journal of Economics", Vol. LXIX (1955), S. 343 - 352
- Ghaussey, A. Ghamie, Das Genossenschaftswesen in den Entwicklungsländern, Freiburg, 1964
- Ghose, D.C., "Zur Frage der indirekten Besteuerung in Entwicklungsländern", in: Finanzpolitik in Entwicklungsländern, Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, A. Sozialwissenschaftliche Schriften, Hannover, 1965, S. 227 - 237
- Ghosh, Santikumar, "Antiinflationäre Finanzpolitik, Geldpolitik und direkte Kontrollen in Entwicklungsländern", in: Finanzpolitik in Entwicklungsländern, Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, A. Sozialwissenschaftliche Schriften, Hannover, 1965, S. 269 - 278
- Giersch, Herbert, Allgemeine Wirtschaftspolitik - Grundlagen -, Bd. 1, Die Wirtschaftswissenschaften, hrg. von E. Gutenberg, 27. und 28. Lieferung, Reihe B (Volkswirtschaftslehre), Wiesbaden, 1960
- ders., "Das Beste aus beiden Welten: Planung und Preismechanismus", in: "Weltwirtschaftliches Archiv", Bd. 69 (1952 II), S. 216 - 228
- ders., "Aufgaben der Strukturpolitik", in: "Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik", 9. Jg., Tübingen, 1964, S. 61 - 90
- ders., "Infrastruktur und Regionalpolitik", in: A. Plitzko (Hrg.), Planung ohne Planwirtschaft, Veröffentlichungen der List-Gesellschaft e.V., Bd. 34, Basel - Tübingen, 1964, S. 69 ff
- Goode, Richard, "Taxation of Savings and Consumption in Underdeveloped Countries", in: Richard Bird und Oliver Oldman (Hrg.), Readings on Taxation in Developing Countries, S. 259 - 280
- Gutenberg, Erich, Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre, Bd. I, Die Produktion, 6. Aufl., Berlin - Göttingen - Heidelberg, 1961

- Gulhati, Ravi I. "The Need for Foreign Ressources, Absorptive Capacity and Debt Servicing Capacity", in: J.H. Adler (Hrg.), Capital Movements and Economic Development, New York 1967, S. 240 - 267
- Gutmann, Gernot, Theorie und Praxis der monetären Planung in der Zwangsverwaltungswirtschaft, Schriften zum Vergleich von Wirtschaftsordnungen, H. 5, Stuttgart, 1965
- Haberler, Gottfried, "Critical Observations on Some Current Notions in the Theory of Economic Development", in: "L'Industria", Nr. 2 (1957)
- ders., "Die Theorie der komparativen Kosten und ihre Auswertung für die Begründung des Freihandels", in: "Weltwirtschaftliches Archiv", Bd. 32 (1930), S. 349 - 370
- Haffner, Friedrich, Das sowjetische Preissystem, Theorie und Praxis, Änderungsvorschläge und Reformmaßnahmen, Ost-Europa-Institut an der Freien Universität Berlin, Bd. 29, Berlin, 1968
- Hagen, Everett E., On the Theory of Social Change, How Economic Growth begins, Homewood, III. 1962
- ders., "The Process of Economic Development", in: "Economic Development and Cultural Change", Vol. 5, Nr. 3 (1957), S. 193 - 215
- Hahn, Gerhard, Investitionslenkung im sowjetischen Wirtschaftssystem, Eine Untersuchung der staatlichen Planung des Wirtschaftsprozesses, Schriften des Vergleichs von Wirtschaftsordnungen, H. 11, Stuttgart, 1967
- Halm, Georg N., Economic Systems, A Comparative Analysis, 3. Aufl., New York - Chicago - San Francisco usw., 1968
- Hansmeyer, Karl Heinrich und D. Furst, Die Gebühren. Zur Theorie eines Instrumentariums der Nachfragelenkung bei öffentlichen Leistungen, Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaften, Bd. 18, Stuttgart - Berlin - Köln - Mainz, 1968
- Hanson, Alvin H., The Process of Planning: A Study of India's Five Year Plans 1950 - 1964, London, 1966
- Harrod, R.F., Towards a Dynamic Economics, London, 1952

- Hayek, F.A., "Toward a Theory of Economic Growth", in: R.Lekachman (Hrg.), National Policy for Economic Welfare at Home and Abroad, New York, 1955
- Healey, John Michael, The Development of Social Overhead Capital in India, 1950 - 1960, Oxford, 1965
- Heertje, Anton, "On the Optimum Rate of Saving", in: "Weltwirtschaftliches Archiv", Bd. 90 (1963 I), S. 7 - 44
- Heller, Walter W., "Fiscal Policies for Underdeveloped Countries", Papers prepared to Fiscal Divisions of UN, Department of Economic Affairs, erschienen in: UN, Technical Assistance Administration, Taxes, and Fiscal Policy in Underdeveloped Countries, New York, 1954, wiedergedruckt in: R.Bird und O.Oldman (Hrg.), Readings on Taxation in Developing Countries, Baltimore, 1964, S. 3 - 30
- Herskowitz, Melville J., Cultural Anthropology, New York, 1955
- Hicks, Ursula K., "The Terminology of Tax Analysis", in: "The Economic Journal", Vol. LVI (1946), Nr. 221, S. 38 - 50
- Higgins, Benjamin H., Economic Development, Principles and Design, New York, 1959
- Hill, T.P., "Growth and Investment According to International Comparison", in: "The Economic Journal", Bd. 74 (1964), S. 289 ff
- Hirsch, Hans, Mengenplanung und Preisplanung in der Sowjetunion, Basel - Tübingen, 1957
- Hirschman, Albert O., The Strategy of Economic Development, New Haven, 1958
- Hoffmann, Walther G., "Die unverteilten Gewinne der Kapitalgesellschaften in Deutschland, 1871 - 1957", in: "Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft", Tübingen, Bd. 115 (1959), S. 271 - 291
- ders., "Wachstumsnotwendige Wandlungen in der Sozialstruktur der Entwicklungsländer", in: "Kyklos", Vol. XV (1962), S. 80 - 94

- Hoppmann, Erich, "Workable Competition als wettbewerbspolitisches Konzept", in: Hans Besters (Hrg.), Theoretische und institutionelle Grundlagen der Wirtschaftspolitik, Theodor Wessels zum 65. Geburtstag, Berlin, 1967, S. 145 - 178
- Hoselitz, Bert F., Sociological Aspects of Economic Growth, 3. Aufl., London, 1964
- Hunold, A., Entwicklungsländer - Wahn und Wirklichkeit, Zürich - Stuttgart, 1961
- IMF, International Financial Statistics, Vol. XXIV (Juli 1971), Nr. 7
- Jaeger, Dieter, Handelspolitik als Entwicklungspolitik, Bochumer Schriften zur Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik, Bd. 2, Bielefeld, 1968
- Jochimsen, Reimut, "Marktform und wirtschaftliche Entwicklung", in: "Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft", Tübingen, Bd. 122 (1966), S. 29 - 43
- Jöhr, Walter Adolf, "Planung als Mittel rationaler Wirtschaftspolitik in der Marktwirtschaft?", in: E. Schneider (Hrg.), Rationale Wirtschaftspolitik und Planung in der Wirtschaft von heute, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF Bd. 45, Berlin, 1967, S. 74 - 109
- Johnson, Harris, G., "An Economic Theory of Protectionism, Tariff Bargaining, and the Formation of Customs Unions", in: "The Journal of Political Economics", Vol. LXXIII (1965), S. 256 - 283
- Jürgensen, Harald, und E. Kantzenbach, "Ansatzmöglichkeiten gesamtwirtschaftlicher Planung", in: Joseph H. Kaiser (Hrg.), Planung II, Begriff und Institut des Plans, Baden - Baden, 1966, S. 49 - 62
- Kade, Gerhard, "Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, Gedanken zu einigen neueren Veröffentlichungen", in: "Konjunkturpolitik", 9. Jg. (1963), S. 57 - 61
- Kahn, Alfred E., "Investment Criteria in Development Programs", in: "Quarterly Journal of Economics", Vol. LXV (1951), S. 38 - 61
- Kaiser, Joseph H., Planung II, Begriff und Institut des Plans, Baden - Baden, 1966

- Kaldor, Nicholas, "The Role of Taxation in Economic Development", in: Fiscal Policy for Economic Growth in Latin America, Papers and Proceedings of a Conference held in Santiago, Chile, Dec. 1962, Baltimore, 1965, S. 70 - 86
- Kantzenbach, Erhard, Die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs, Göttingen, 1967
- Kapp, K.William, "Economic Development in a New Perspective: Existential Minima and Substantive Rationality", in: "Kyklos", Vol. XVII (1965), S. 49 - 77
- Kidron, Michael, Foreign Investments in India, London - New York - Bombay, 1965
- Kindleberger, Charles P., Economic Development, New York - St. Louis usw., 1965
- Kitamura, Hirose, "Trade and Capital Needs of Developing Countries and Foreign Assistance", in: "Weltwirtschaftliches Archiv", Bd. 97 (1966 II), S. 303 - 324
- Klatt, S., "Industrialisierung", in: H.Besters und E.E.Boesch (Hrg.), Entwicklungspolitik - Handbuch und Lexikon, Sp. 1165 ff
- Knall, Bruno, "Die Ziele und Kriterien realistischer Entwicklungsplanung", in: "Weltwirtschaftliches Archiv", Bd. 95 (1965 II), S. 43 - 67
- ders., "Ziele und Kriterien realistischer Entwicklungsplanung", in: W.Guth (Hrg.), Probleme der Wirtschaftspolitik in Entwicklungsländern, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF Bd. 46, Berlin, 1967, S. 13 - 37
- Knirsch, Peter, Strukturen und Formen zentraler Wirtschaftsplanung, Osteuropa-Institut, Wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen, Bd. 30, Berlin, 1969
- Komiya, Ryatoro, "A Note on Professor Mahalanobis' Model of Indian Economic Planning", in: "Review of Economics and Statistics", Bd. XLI (1959), S. 29 - 35
- Krelle, Wilhelm, "Investition und Wachstum", in: "Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik", Bd. 176 (1964), S. 1 - 22

- Krüger, Rolph, Das wirtschaftspolitische Instrumentarium, Einteilungsmerkmale und Systematisierung, Volkswirtschaftliche Schriften, H. 110, Berlin, 1967
- Kruse-Rodenacker, Albrecht, Grundfragen der Entwicklungsplanung, Eine Analyse und die Ergebnisse einer Tagung, Schriften der Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer, Bd. 1, Berlin, 1964
- Kuznets, Simon, Quantitative Aspects of the Economic Growth of Nations, VII: "The Share and Structure of Consumption", in: "Economic Development and Cultural Change", Vol. 10 (1962), S. 58 ff
- Lakdawala, D.T., "Minimum Wage Policy in India", in: Amlan Datta (Hrg.), Paths to Economic Growth, 2. verb. Aufl., New Delhi - Bombay u.a., 1963, S. 354 - 378
- Lange, Oskar, Essays on Economic Planning, 2. verb. Aufl., London - Calcutta, 1967
- Levčik, Bedřich, "Zum Problem der Wirtschaftsreform in der CSSR", in: E.Schneider (Hrg.), Rationale Wirtschaftspolitik und Planung in der Wirtschaft von heute, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF Bd. 45, Berlin, 1967, S. 477 - 491
- Lewis, W.A., "Economic Development with Unlimited Supplies of Labour", in: "The Manchester School of Economic and Social Studies", Vol. XXII (1954), S. 139 - 191
- ders., The Theory of Economic Growth, London, 1955, deutsche Übersetzung: Die Theorie des wirtschaftlichen Wachstums, Tübingen - Zürich, 1956
- Lokanathan, P.S., "The Indian Economic System", in: C.B. Hoover (Hrg.), Economic Systems of the Commonwealth, London, 1962, S. 262 - 329
- Lorenz, Detlef, "Investitionsorientierte Wachstumspolitik", in: H.K.Schneider (Hrg.), Beiträge zur Wachstumspolitik, Berlin, 1970, S. 132 - 158

- Mahalanobis, Prasanta Chandra, Talks on Planning, Indian Statistical Institute, Indian Statistical Series, Calcutta - London, 1961
- Mahbub Ul Haq, The Strategy of Economic Planning, A Case Study of Pakistan, Karachi - Lahore - Dacca, 1963
- Malenbaum, Wilfrid, "India and China: Contrasts in Development Performance", in: "The American Economic Review", Bd. 49 (1959), S. 284 - 309
- Malmgren, H.B., "Balance, Imbalance, and External Economies", in: "Oxford Economic Papers", März 1963
- Massé, Pierre, "The French Plan and Economic Theory", in: "Econometrica", Vol. 33 (1965), Nr. 2, S. 265 - 276
- Meier, Gerald M., Leading Issues in Development Economics, Selected Materials and Commentary, New York, 1964
- Meier, Gerald M. und Robert E. Baldwin, Economic Development, Theory, History, Policy, New York - London, 1957
- Meinhold, Helmut, Art. "Investition", in: HdSW, Bd. 5, Stuttgart - Tübingen - Göttingen, 1956, S. 333 - 367
- Meyer, Fritz W., "Entwicklungshilfe und Wirtschaftsordnung", in: "Ordo", Bd. 12 (1961), S. 279 - 303
- Mihailović, Predrag, "Die Planung in Jugoslawien", in: E. Schneider (Hrg.), Rationale Wirtschaftspolitik und Planung in der Wirtschaft von heute, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF Bd. 45, S. 492 - 500
- Molt, Peter, (Hrg.), Lateinamerika, Eine Analyse seiner gegenwärtigen Probleme, Bonn, 1965
- Mukherjee, P.K., "A Conceptual Framework for the Analysis of Village Output", in: V.K.R.V. Rao, S.R.Sen, M.V.Divitita und Uma Datta (Hrg.), Papers on National Income, and Allied Topics, Vol. I, New York, 1960, S. 62 - 69
- Musgrave, Richard A., The Theory of Public Finance, New York - Toronto - London, 1959

- Myint, Hla, "Economic Theory and Underdeveloped Countries", in: "The Journal of Political Economics", Bd. 73 (1965), H. 5, S. 477 - 491
- ders., The Economics of the Developing Countries, New York - Washington, 1964
- Myrdal, Gunnar, Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen, Stuttgart, 1959, übersetzt aus dem Englischen: Economic Theory and Underdeveloped Regions, London, 1956
- Narasimhan, M., "India's Third Five Year Plan", in: "International Monetary Fund", Staff Papers, Vol. IX (1962)
- Nichols, William N., "The Place of Agriculture in Economic Development", in: C.Eicher und L.Witt (Hrg.), Agriculture in Economic Development, New York - Toronto - San Francisco - London, 1964
- Neumark, Fritz, Art. "Steuer I", in: HdSW, Bd. 10, Stuttgart - Tübingen - Göttingen, 1959, S. 93 - 107
- Nurkse, Ragnar, Problems of Capital Formation in Underdeveloped Countries, Oxford, 1953
- ders., "Some International Aspects of the Problem of Economic Development", in: "The American Economic Review", Vol. XLII (1952), Nr. 2, S. 571 - 583
- Ohm, Hans, Art. "Konsum", in: HdSW, Bd. 6, Stuttgart - Tübingen - Göttingen, 1959, S. 142 - 160
- Ortlieb, Heinz-Dietrich, "Ausbildungshilfe - wohin? Zur Ausbildung von Spezialisten und Führungskräften der Entwicklungsländer in der Bundesrepublik", in: E.Boettcher (Hrg.), Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, Gerhard Mackenroth zum Gedächtnis, Tübingen, 1964, S. 409 - 443
- Ott, Alfred E., Art. "Technischer Fortschritt", in: HdSW, Neuaufl., Bd. 10, Göttingen, 1959, S. 302 - 316
- Papanek, Gustav F., "The Development of Entrepreneurship", in: "The American Economic Review", Papers and Proceedings, Vol. LII (1962), Nr. 2, S. 46 - 58

- Patel, I.G., "The Strategy of Indian Planning", in: C.R.Rao (Hrg.), Essays on Econometrics and Planning, presented to Prof. P.C. Mahalanobis on the Occasion of his 70th Birthday, Calcutta, o.J., S. 217 - 224
- Patel, Surendra J., Essays on Economic Transitions, London, 1964
- Pfister, Bernhard, Investitions- und Industrialisierungsprobleme in Entwicklungsländern, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF Bd. 60, Berlin, 1971
- Plitzko, Alfred, Planung ohne Planwirtschaft, Veröffentlichungen der List-Gesellschaft e.V., Bd. 34, Basel - Tübingen, 1964
- Prebisch, Raul, "Commercial Policy in the Underdeveloped Countries", in: "The American Economic Review", Papers and Proceedings, Bd. 49 (1959), S. 251 - 273
- Prest, Aland Richmond und R.Turvey, "Cost Benefit Analysis, A Survey", in: "The Economic Journal", Vol. 75 (1965), S. 683 - 735
- Pütz, Theodor, "Die wirtschaftspolitische Konzeption", in: E. von Beckerath, F.W.Meyer und A. Müller-Armack (Hrg.), Wirtschaftsfragen der freien Welt, 2. Aufl., Frankfurt/M., o.J., S. 42 - 50
- Rangnekar, D.K., Poverty and Capital Development in India, London - New York - Bombay, 1958
- Ranis, Gustav und John C.H.Fei, "A Theory of Economic Development", in: "The American Economic Review", Bd. 51 (1961), Nr. 4, S. 533 - 565
- dies., "Innovation, Capital Accumulation, and Economic Development", in: "The American Economic Review", Bd. 53 (1963), Nr. 3, S. 283 - 313
- Recktenwald, Horst C., Steuerüberwälzungslehre, Theoretische und empirische Verteilung von Abgaben und Kosten, 2. Aufl., Berlin, 1966
- Röpke, Wilhelm, "Die unterentwickelten Länder als wirtschaftliches, soziales und gesellschaftliches Problem", in: A.Hunold (Hrg.), Entwicklungsländer - Wahn und Wirklichkeit, Stuttgart, 1961, S. 11 - 82

- Rosenstein-Rodan, P.N., "International Aid for Underdeveloped Countries", in: "The Review of Economics and Statistics", Vol. XLIII (1961), S. 107 - 138
- ders., "Problems of Industrialization of Eastern and South Eastern Europe", in: "The Economic Journal", Vol. LIII (1943), wiedergedruckt in: A.N. Agarwala und S.P. Singh (Hrg.), "The Economics of Underdevelopment", S. 245 - 255
- Rotschild, Kurt W., "Socialism, Planning, Economic Growth, Some Untidy Remarks on an Untidy Subject", in: C.H. Feinstein (Hrg.), "Socialism, Capitalism, and Economic Growth, Essays presented to Maurice Dobb, Cambridge, 1967, S. 162 - 175
- Rudra, Ashok und Bina Roy, "Some Results in Consumption Studies", in: P.C. Mahalanobis (Hrg.), "Studies on Consumer Behaviour, Indian Statistical Series, Nr. 6, Bombay - Calcutta, 1960, S. 16 ff
- Schiller, Karl, "Möglichkeiten einer rationalen Entwicklungspolitik", in: "Wirtschaftsdienst", 44. Jg. (1964), H. 10, S. 417 - 424
- ders., "Zur Wachstumsproblematik der Entwicklungsländer", in: E. Boettcher (Hrg.), "Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, Gerhard Mackenroth zum Gedächtnis, Tübingen, 1964, S. 175 - 201
- Schmith, Alan H., "Steuerliche Erleichterungen für neue Industrien in Ghana", in: "Finanzpolitik in Entwicklungsländern, Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, A. Sozialwissenschaftliche Schriften, Hannover, 1965, S. 159 - 169
- Schneider, Erich, "Einführung in die Wirtschaftstheorie, II. Teil, Wirtschaftspläne und wirtschaftliches Gleichgewicht in der Volkswirtschaft, 7. verb. Aufl., Tübingen, 1960
- ders., "Einführung in die Wirtschaftstheorie, III. Teil, Geld, Kredit, Volkseinkommen und Beschäftigung, 10. verb. Aufl., Tübingen, 1967
- ders., "Rationale Wirtschaftspolitik und Planung in der Wirtschaft von heute, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF Bd. 45, Berlin, 1967

- Schneider, Erich, Wirtschaftliche Probleme der Gegenwart, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF Bd. 35, Berlin, 1965
- Schneider, Hans Karl, "Planification als normatives Informationssystem und als Koordinationsprinzip", in: "Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft", Bd. 120 (1964), S. 329 - 351
- ders., Beiträge zur Wachstumspolitik, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF Bd. 55, Berlin, 1970
- Scitovski, Tibor, "Two Concepts of External Economics", in: "Journal of Political Economy", April 1954, S. 148 ff
- Sellien, R. und H. Sellien, Wirtschaftslexikon, Bd. 1, 5. Aufl., Wiesbaden, 1962
- Sen, Pankaj Kumar, "Use of the Capital Output Ratio in Economic Planning", in: "The Indian Economic Review", Biannual Journal of the Delhi School of Economics, Vol. V (1960 - 1961), S. 23 - 31
- Seraphim, Hans-Jürgen, Zur Grundlegung wirtschaftspolitischer Konzeptionen, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF Bd. 18, Berlin, 1960
- Singh, D. Bright, Economics of Development, London, 1966
- Solomon, Morton, "The Structure of the Market in Underdeveloped Economies", in: "The Quarterly Journal of Economics", Bd. 62 (1948), S. 519 - 541
- Spencer, Daniel L., India, Mixed Enterprise and Western Business, Experiments in Controlled Change for Growth and Profit, The Hague, 1958
- Spindler, Joachim von, Das wirtschaftliche Wachstum der Entwicklungsländer, Stuttgart, 1963
- Spulber, Nicolas, The Soviet Economy, Structure, Principles, Problems, New York, 1962
- Strümpel, Burkhard, Wirtschaftliche Entwicklung und Entwicklungsmentalität, Berlin, 1964
- Subramanian, S., Die Wirtschaftsentwicklung Indiens 1951 - 1961, Kieler Studien, Bd. 69, Tübingen, 1965

- Tanzi, Vito und Joseph Aschheim, "Saving, Investment and Taxation in Underdeveloped Countries", in: "Kyklos", Internationale Zeitschrift für Sozialwissenschaften, Vol. XVII (1965), S. 205 - 225
- Taylor, Milton C., "What happens when Exemptions End: Retrospect and Prospect in Puerto Rico", in: R.Bird und O.Oldman (Hrg.), Readings on Taxation in Developing Countries, S. 245 - 256
- Thalheim, Karl C., Beiträge zur Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsordnung, Gesammelte Aufsätze und Vorträge, Berlin, 1965
- ders., "Systematische Merkmale von Wirtschaftsordnungen", in: H.Arndt (Hrg.), Sozialwissenschaftliche Untersuchungen, Gerhard Albrecht zum 80. Geburtstag, Berlin, 1969, S. 329 - 343
- Tinbergen, Jan, Central Planning, Studies in Comparative Economics, Nr. 4, New Haven - London, 1964
- ders., Economic Policy, Principles and Design, Amsterdam, 1964
- ders., Modelle zur Wirtschaftsplanung, München, 1967
- ders., The Design of Development, Baltimore, 1958
- Tintner, Gerhard, "The Maximization of Utility over Time", in: "Econometrica", Vol. VI (1938), S. 154 - 158
- Tomasson, Gunnar, "Indonesien: Wirtschaftliche Stabilisierung 1966 - 1969", in: "Finanzierung und Entwicklung", Vierteljahresschrift der Internationalen Währungsfonds und der Welthandelsgruppe in Zusammenarbeit mit dem HWWA - Institut, Hamburg, 7. Jg., 1970, H.4, S. 46 - 53
- Tuchfeldt, Egon, "Infrastrukturinvestitionen als Mittel der Strukturpolitik", in: R.Jochimsen und Udo E.Simonis (Hrg.), Theorie und Praxis der Infrastrukturpolitik, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF Bd. 54, Berlin, 1970, S. 125 - 145

- Tuchfeldt, Egon, "Das Instrumentarium der Wirtschaftspolitik", in: "Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik", Veröffentlichung der Akademie für Gemeinwirtschaft, Hamburg, hrg. v.: H.-D.Ortlieb, Tübingen, 2. Jg., 1957, S. 52 - 64
- ders., "Zur Frage der Systemkonformität wirtschaftspolitischer Maßnahmen", in: H.-J.Seraphim (Hrg.), Zur Grundlegung wirtschaftspolitischer Konzeptionen, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF Bd. 18, Berlin, 1960, S. 203 - 238
- Tun Wai, U, "Interest Rates in the Organized Money Markets of Underdeveloped Countries", in: "International Monetary Fund", Staff Papers, Vol. V, S. 249 - 278
- Uhlig, Christian, "Der 4. indische Fünfjahresplan 1966/67 - 1970/71", in: "Wirtschaftsdienst", 44. Jg. (1966), Nr. 12, S. 666 - 672
- UN, Department of Economic Affairs, Domestic Economic Development, Methods of Increasing Domestic Savings and for Ensuring their most Advantageous Use for the Purpose of Economic Development, New York, 1950
- UN, Department of Economic Affairs, Measures for the Economic Development of Underdeveloped Countries, New York, 1951
- UN, Department of Economic Affairs, Methods of Financing Economic Development in Underdeveloped Countries, New York, 1949
- UN, Department of Economic and Social Affairs, Planning for Economic Development, Report of the Secretary-General transmitting the Study of a Group of Experts, New York, 1963
- UN, Department of Economic and Social Affairs, World Economic Survey, 1965, Part one, The Financing of Economic Development, New York, 1966
- UN, Department of Economic and Social Affairs, World Economic Survey, 1966, Part one, Implementation of Development Plans: Problems and Experiments, New York, 1967
- UN, ECAFE, Economic Development and Planning in Asia and the Far East, Problems and Techniques, Economic Bulletin for Asia and the Far East, Vol. VI (1955), Nr. 3

- UN, ECAFE, Economic Development and Planning in Asia and the Far East, Policies and Means of Implementation, in: Economic Bulletin for Asia and the Far East, Vol. VII (1956), Nr. 3
- UN, ECAFE, Economic Development and Planning in Asia and the Far East, Economic Bulletin for Asia and the Far East, Vol. IX (1958), Nr. 3
- UN, ECAFE, Economic Bulletin for Asia and the Far East, Vol. X (1959), Nr. 1
- UN, ECAFE, Economic Development and Planning in Asia and the Far East, in: Economic Bulletin for Asia and the Far East, Vol. XVIII (1967), Nr. 3
- UN, Economic Development in Selected Countries, Vol. I
New York, 1948
- UN, Economic Development in Selected Countries, Vol. II,
New York, 1950
- UN, Secretariat of the Economic Commission for Europe, Economic Survey of Europe in 1962, Part 2, Economic Planning in Europe, Genf, 1965
- UN, Statistical Yearbook 1970, New York, 1971
- UN, Technical Assistance Programm, Public Industrial Management in Asia and the Far East, A Selection from the Material prepared for a United Nations Seminar held in New Delhi in Dec. 1959, New York, 1960
- Vakil, C.N. und P.R. Brahmanand, Planning for an Expanding Economy, Accumulation, Employment and Technical Progress in Underdeveloped Countries, Bombay, o.J.
- Vernon, Raymond, "Comprehensive Model-Building in the Planning Process: The Case of the Less-developed Economies", in: "The Economic Journal", Bd. 76 (1966), Nr. 301, S. 57 - 69
- Vinger, Jacob, The Economics of Development, in: International Trade and Economic Development - Lectures delivered at the National University of Brazil, 1953, VI. Kapital, wiedergedruckt in: A.N. Agarwala und S.P. Singh (Hrg.), The Economic of Underdevelopment, A Series of Articles and Papers, New York, 1963

- Wagle, Charles, "The Brazilian Revolution: Social Change since 1930", in: L.Bryson (Hrg.), Social Change in Latin America Today, New York, 1960
- Ward, Barbara, India and the West, London, 1961
- Warriner, Doreen, "Land Reform and Economic Development", in: C.Eicher und L.Witt (Hrg.), Agriculture in Economic Development, New York - Toronto - San Francisco - London, 1964
- Waterston, Albert, Development Planning, Lessons of Experience, Baltimore, 1965
- Werner, Josua, "Wachstumspolitik als Rahmenpolitik und als Prozeßpolitik", in: H.K.Schmieder (Hrg.), Beiträge zur Wachstumspolitik, Berlin, 1970, S. 50 - 73
- Wilbrandt, Hans, "Die politische und sozialökonomische Stellung der landwirtschaftlichen Entwicklung im Rahmen der Entwicklungsplanung", in: A.Kruse-Rodenacker, Grundfragen der Entwicklungsplanung, Eine Analyse und die Ergebnisse einer Tagung, Schriften der Deutschen Stiftung für Entwicklungsländer, Bd. 1, Berlin, 1964, S. 178 - 187
- Willgerodt, Hans, "Warum Staatsplanung in der Marktwirtschaft?", in: Wirtschaftspolitische Chronik, H. 3 (1965)
- Wülbern, Jan-Peter, Zur Frage einer funktionsfähigen Wettbewerbsordnung in Entwicklungsländern, Bochumer Schriften zur Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik, Bd. 7, Düsseldorf, 1970
- Yang, Shu-Chin, "Capital Supply and Economic Growth: Sources of Savings", in: K.Berril (Hrg.), Economic Development with Special References to East Asia, New York, 1964, S. 71 - 97
- Yesufu, Tijani M., "The State and Industrial Relation in Developing Countries", in: Arthur M. Ross (Hrg.), Industrial Relations and Economic Development, London, 1966, S. 90 - 114
- Zimmermann, Carl C., Consumption and Standards of Living, New York, 1936

- Zimmermann, Horst, "Alternativen der Finanzierung von Infrastrukturvorhaben", in: R.Jochimsen und Udo E.Simons (Hrg.), Theorie und Praxis der Infrastrukturpolitik, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF Bd. 54, Berlin, 1970, S. 187 - 206
- Zimmermann, Louis J., The Propensity to Monopolize, Amsterdam, 1952
- Zielinski, Janusz G., Lectures on the Theory of Socialist Planning, Ibadan, 1968

Lebenslauf

Am 7. 1.1937 wurde ich in Porsea/Indonesien geboren. Nach der Volksschule in Balige/Indonesien besuchte ich das von den katholischen Missionaren geleitete altsprachliche Gymnasium in Flores/Indonesien. Dort habe ich im Jahre 1956 das Abitur abgelegt. Von 1956 - 1958 studierte ich in Prapat/Indonesien Philosophie. Dieses Studium habe ich unterbrochen und stattdessen von 1958 - 1961 an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Nommensen-Universität in Medan/Indonesien Volkswirtschaft studiert. Dieses Studium setzte ich im Winter 1961 an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster/Westf. fort, wo ich dann im Oktober 1965 das Diplomexamen für Diplom-Kaufleute bestand. Von Dezember 1965 bis Mai 1969 war ich an der Westdeutschen Landesbank Girozentrale Münster tätig. Im Mai 1969 habe ich mich von dort an die Stadtparkasse Essen versetzen lassen. Ich bin verheiratet und habe eine Tochter. Ich besitze die indonesische Staatsangehörigkeit.

